

# Registratur

des

Bürgermeister - Amtes von Menden.

## Acta

generalia

betreffend

*Die Einweisung einer städtischen Verfassung, Wahl,  
Beschlüsse und Kommunikation der Bürgermeisterin der  
Stadting und der Bürger, Landtags-Verhandlungen*

Til. II

Sect. II

Nr. 5

1ter Band

Fach 2

Anteriora

A

3



Nr 428.

3

Zur Kenntniss der vorzunehmenden Vorarbeiten und  
der Aufstellung des Maßstabes der Abgrenzung  
der im folgenden Landtrassen nachstehend  
bekannt, dass nach einer alten Urkunde  
die Pläne nicht mehr nach dem Besten der Maßstabe  
sondern nach folgenden Landtrassen aufgeführt,  
sowohl sollen:

- I. Plan der Inseln und Nordsee Grenze;
- II. Plan der Küstenlinie;
- III. Plan der Meere;
- IV. Plan der Landgemeinden.

Hamburg d. 18. April 1830

Von Landroth  
Meyer

Die Herren Landgemeinden

Zu

Münden





Nr 428.

3

Zur Durchsicht bei vorzunehmenden Besichtigungen und  
zur Aufzeichnung des Befundes selbst von Abgeordneten  
zu den (bezüglichen) Landtagen nachstehend  
bekannt, dass nach einer Allerhöchsten Befehl,  
die Stände nicht mehr auf dem Hofen der Kaiserlichen  
Landtage nachfolgenden Landtagen aufgeführt,  
erhalten sollen:

- I. Stand der Bürger und Handwerker;
- II. Stand der Krieger;
- III. Stand der Mönche;
- IV. Stand der Landgemeinden.

Hannover d. 15. April 1830

Der Landtag  
Mann

An  
den Herrn Landtagspräsidenten

Zu

Mann



# Reglement

zur  
Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April d. J.,  
für die  
zur Vereinbarung der Preussischen Staatsverfassung  
zu berufende Versammlung.

§. 1.  
Die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehören, die Magistrate und da wo kein Magistrat besteht, die Bürgermeister haben unverzüglich nach Maafgabe der Bestimmungen des §. 2. des Wahlgesetzes vom 8ten April d. J. die nöthigen Einleitungen zur Begrenzung der Bezirke für die Urwahlen zu treffen. Bestimmungen über die Abgrenzung der Wahlbezirke.

§. 2. (§. 2. des Gesetzes.)  
Sie haben also festzustellen:  
1. zu welchem Wahlbezirk diejenigen Gemeinden und zu einem Gemeindeverbande nicht gehörigen Besitzungen, deren Bevölkerung nicht 300 Seelen erreicht, vereinigt werden sollen. Der so gebildete Wahlbezirk steht in Beziehung auf die Zahl der zu wählenden Wahlmänner einer Gemeinde von derselben Volkszahl gleich;  
2. die Zahl der auf die einzelnen Wahlbezirke fallenden Wahlmänner nach den gesetzlichen Verhältnissen. Wie viel Wahlbezirke in den zu einem landrätlichen Kreise gehörenden Gemeinden von mehr als 1000 Einwohnern gebildet werden sollen, bestimmen die Gemeinde-Behörden unter Aufsicht des Landraths. Da kein Bezirk mehr als 5 Wahlmänner wählen soll, so ergibt sich, daß kein Bezirk volle 3000 Einwohner enthalten darf.

§. 3. (§. 8. des Gesetzes.)  
In den Städten, in welchen die Städte-Ordnung von 1808. oder 1831. eingeführt ist, wird die Wahl durch Beauftragte des Magistrats, in den übrigen Städten durch Beauftragte des Bürgermeisters geleitet. In den Landgemeinden ist in der Regel die Orts-Polizeibrigade oder die Orts-Behörde mit der Leitung der Wahl zu beauftragen. Da wo dies in kleinen Gemeinden Schwierigkeit findet und bei Zusammenlegung mehrerer Ortschaften zu einem Wahlbezirk bleibt es dem Ermessen des Landraths überlassen, auch einen andern wahlberechtigten Einwohner des Wahlbezirks zum Wahl-Kommissar zu ernennen. Urwahlen.

§. 4.  
In jeder Gemeinde wird sofort von der Orts-Behörde ein namentliches Verzeichniß aller nach §. 1. des Wahlgesetzes vom 8ten April d. J. stimmberechtigten Wähler aufgestellt, und zu Jedermanns Einsicht in einem zu bestimmenden Lokal ausgelegt, auch daß solches geschehen, öffentlich bekannt gemacht. Wer sich darin übergangen glaubt, hat seine Einwendungen binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung anzugeben und zu beschreiben. Die Entscheidung über die Reklamation steht für diesmal dem Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister zu.

§. 5.  
Die Wahlen in allen Wahlbezirken werden im ganzen Umfang der Monarchie am 1sten Mai d. J. abgehalten. Wenn in demselben Orte mehrere Wahlbezirke sind, so werden sie in denselben überall zur nämlichen Stunde vorgenommen.

§. 6.  
Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise vorzuladen.

§. 7.  
Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl Theil nehmen.

§. 8.  
In der Versammlung werden zunächst die Wählerlisten vorgelesen, die erschienenen Wähler als anwesend verzeichnet und jeder nicht stimmberechtigte Anwesende zum Abtreten veranlaßt.

§. 9.  
Aus der Mitte der Anwesenden ernannt der Wahl-Kommissar einen Protokollführer und 2 bis 8 Stimmzähler und verpflichtet sie mittelst Handschlags an Eidesstatt.

§. 10.  
Der Wahl-Kommissar läßt durch die Stimmzähler gestempelte Stimmzettel an die einzelnen Wähler austheilen.

§. 11.  
Jeder Wähler schreibt auf den ihm übergebenen Zettel den Namen des von ihm gewünschten Wahlmanns. Zettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person geschrieben steht, oder aus welchen der Gewählte nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, ebenso ungestempelte Zettel sind ungültig.

Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihren Stimmzettel durch einen oder mehrere vom Wahl-Kommissar hierzu bestimmte Stimmzähler schreiben.

§. 12.  
Die Stimmzettel werden von den Stimmzählern gesammelt und in das vor dem Wahl-Kommissar und dem Protokollführer stehende Gefäß gelegt.

§. 13.  
Die unersöffneten Zettel werden laut gezählt. Sollte diese Zählung durch ein mit der Zahl der Anwesenden im Mißverhältnis stehendes Resultat Bedenken erregen, so sind Wahl-Kommissar und Stimmzähler befugt, die Abstimmung für ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen.

§. 14.  
Nach vollendeter Einsammlung der Stimmzettel können später erschienene Wähler an dieser Abstimmung nicht mehr Theil nehmen, sind dagegen von den nach ihrem Erscheinen beginnenden Abstimmungen nicht ausgeschlossen und werden zu diesem Behufe nachträglich als anwesend verzeichnet.



§. 15.

Die Stimmzettel werden durch einen Stimmzähler unter Vorzeigung an die übrigen und in Gegenwart der Versammlung laut verlesen, vom Protokollführer bei dem Namen des Kandidaten vermerkt und vorweg laut gezählt.

§. 16.

Derjenige, welcher die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, ist für gewählt zu erklären.

§. 17.

Zur absoluten Stimmenmehrheit gehört mehr als die Hälfte der gültigen Stimmzettel.

§. 18.

Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen 5 Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissars gezogen wird.

Bei Ausmittelung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf eine engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Loos.

§. 19.

Bei engeren Wahlen sind die Stimmzettel mit anderen Namen als den auf die engere Wahl gebrachten Kandidaten ungültig.

§. 20.

Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheiden Wahl-Kommissar und Stimmzähler.

§. 21.

In Wahlbezirken, wo mehr als Ein Wahlmann zu wählen ist, findet vorstehendes Verfahren mit der Maßgabe statt, daß für jeden Wahlmann eine besondere Wahlhandlung vorzunehmen ist.

§. 22.

Das Wahlprotokoll, welches nach den anliegenden Formularen aufzunehmen ist, wird vom Wahl-Kommissar, den Stimmzählern und dem Protokollführer unterzeichnet und dem Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister eingereicht, welchen die Prüfung der Wahl in formeller Beziehung zusteht.

§. 23.

Wenn gegen die formelle Gültigkeit einer Wahl Bedenken obwalten, so sind dieselben der Versammlung der Wahlmänner vorzulegen, welche darüber entscheidet, und sodann mit Ausschließung des Wahlmannes, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, unmittelbar zu ihrem ordentlichen Wahlgeschäfte fortchreitet.

§. 24.

Der Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister stellt aus den eingereichten Wahlverhandlungen ein Verzeichniß der Wahlmänner auf, und ladet dieselben zur Wahl des oder der vom Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten und Stellvertreter schriftlich ein.

§. 25.

Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird im ganzen Umfang der Monarchie am 8ten Mai d. J. vorgenommen.

§. 26.

Bei der Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter kommen die Vorschriften der vorstehenden §§. 7. bis 21. zur Anwendung, mit Ausnahme der §§. 9. und 18., an deren Stelle folgende Bestimmungen treten.

§. 27.

Die Stimmzähler und der Protokollführer werden von den anwesenden Wahlmännern aus ihrer Mitte durch absolute Stimmenmehrheit gewählt und vom Wahl-Kommissar mittelst Handschlags an Eidesstatt verpflichtet.

§. 28.

Hat sich auf einen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so ist derselbe als gewählt zu erklären.

Hat sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben, so wird zu einer zweiten Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur Eine Stimme gehabt hat.

Die zweite Abstimmung wird unter den übrig bleibenden Kandidaten in derselben Ordnung wie die erste vorgenommen. Jeder Stimmzettel ist ungültig, welcher einen andern als die in der Wahl geliebten Kandidaten enthält.

Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt je in der folgenden Abstimmung derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich Mehrere in der geringsten Stimmzahl gleich, so entscheidet unter ihnen das Loos, welches aus der Wahl fällt.

§. 29.

Wenn die Abstimmung nur zwischen 2 Kandidaten noch Statt findet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissars gezogen wird.

§. 30.

In den Versammlungen sowohl der Urwähler als der Wahlmänner dürfen keine Diskussionen stattfinden noch Beschlüsse gefaßt werden, vorbehaltlich der in §. 23. der Versammlung der Wahlmänner überwiesenen Prüfung.

§. 31.

Sämmtliche Verhandlungen über die Wahl sowohl der Wahlmänner als der Abgeordneten werden vom Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister dem Ober-Präsidenten eingereicht, welcher dieselben mit seinem Gutachten versehen dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die Abgeordneten-Versammlung vorzulegen hat.

Berlin, den 8ten April 1848.

**Königliches Staatsministerium.**

gez. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim.  
Hansmann. v. Reyher.

**Wahlgesetz**

für die

**zur Vereinbarung der Preussischen Staats-Verfassung  
zu berufende Versammlung.**

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen** 2c. 2c.

verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Jeder Preuße, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, in sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

§. 2.

Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt.

In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Behörden in der Art zu begrenzen haben, daß in Einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind.

Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören, und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath Behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3.

Jeder ist nur in dem Wahlbezirke zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist.

§. 4.

Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5.

Jeder Preuße, der das 30ste Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1.), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.

§. 6.

Für jeden landrätlichen Kreis, sowie für jede Stadt, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechzig Tausend Seelen, so werden zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede fernere Vollzahl von vierzig Tausend Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundert Tausend Seelen drei, für hundert vierzig Tausend Seelen vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden.

§. 7.

Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846. stattgehabten amtlichen Zählung.

§. 8.

In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats, und da, wo kein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet.

Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung des Wahlgesetzes zu erlassenden Reglement (§. 12.) feststellen.

Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden in den Kreisen durch die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters, geleitet.



§. 9.

Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises.  
Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugrenzen haben.

§. 10.

Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung, und sind an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden.

§. 11.

Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung.

§. 12.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

§. 13.

Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staats-Anleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.

Urkundlich 12.

# Verordnung

über

## die Wahl der preussischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König  
von Preußen 2c. 2c.

verordnen, in Gemäßheit des von der deutschen Bundes-Versammlung in der Sitzung vom 7ten April d. J. gefassten Beschlusses wegen Einberufung einer deutschen National-Versammlung auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Jeder großjährige Preusse, welcher nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

§. 2.

Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt.

In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Behörden in der Art zu begränzen haben, daß in Einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind.

Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3.

Jeder ist nur in dem Wahlbezirke zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist.

§. 4.

Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5.

Jeder großjährige Deutsche, der den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verliert hat (§. 1.), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.

§. 6.

Die Zahl der von Preußen nach Maßgabe des Bundes-Beschlusses vom 7. April d. J. zu wählenden Abgeordneten wird auf die Provinzen nach den Verhältnissen ihrer Bevölkerung zur Gesamt-Bevölkerung der zum deutschen Bunde gehörigen Landestheile vertheilt.



## §. 7.

Die Ober-Präsidenten haben in jeder Provinz so viel Wahl-Bezirke von möglichst gleicher Einwohner-Zahl zu bilden, als Abgeordnete zu wählen sind.

In jedem solchen Bezirke ist Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter zu wählen.

## §. 8.

Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

## §. 9.

In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet.

Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (§. 12.) feststellen.

Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden durch vom Ober-Präsidenten zu bestimmende Wahl-Kommissare geleitet.

## §. 10.

Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmen-Mehrheit aller Erschienenen, und zwar nach der näheren Festsetzung des Ober-Präsidenten in einem der Hauptorte des Wahl-Bezirks.

## §. 11.

Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden.

## §. 12.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Berlin, den 11ten April 1848.

**Friedrich Wilhelm.**

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerwald. Bornemann.  
Arnim. Hansemann. von Keyher.

## Reglement

zur

Ausführung der Verordnung vom 11. April d. J.,

über

die Wahl der preussischen Abgeordneten

zur deutschen National-Versammlung.

Mit Bezugnahme auf die heutige Verordnung über die Wahl der preussischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung wird hierdurch festgesetzt, daß die Wahlen der genannten Abgeordneten überall nach dem Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 8ten April d. J. für die zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung abgehalten werden sollen. Es treten nur folgende Modifikationen dabei ein:

Zu §. 4.

Die Verzeichnisse der stimmberechtigten Wähler werden nicht nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 1. des Wahlgesetzes vom 8ten April d. J., sondern derjenigen des §. 1. der Allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage aufgestellt.

Zu §. 5.

Die Wahlen der Wahlmänner werden ebenfalls im Umfange der ganzen Monarchie am 1sten Mai d. J. vorgenommen, jedoch erst, nachdem die Wahlen, welche durch das Reglement vom 8ten April d. J. angeordnet sind, abgehalten sein werden. Die Wahlen sind in getrennten Wahl-Äkten vorzunehmen, wobei jedoch die bei den ersteren Wahlen gewählten Wahlmänner bei den letzteren nicht ausgeschlossen sind.

Zu §§. 22. und 31.

Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird im ganzen Umfange der Monarchie am 10ten Mai d. J. abgehalten. Doch bleibt den Ober-Präsidenten überlassen, da, wo der Umfang der Wahlkreise solches zuläßt, die Abhaltung der Wahlen schon am 8ten Mai d. J. zu gestatten, und kommen dann die vorstehenden Bestimmungen für die Urwahlen zur Anwendung.

Die Zahl der vom preussischen Staate abzusendenden Abgeordneten berechnet sich nach dem Beschluß der Bundes-Versammlung vom 7ten April d. J. mit Ausschluß der Provinz Preußen auf 159. und mit Einschluß dieser Provinz auf 191. Dieselben werden auf die Provinzen wie folgt vertheilt:

Brandenburg . . . . .	27
Pommern . . . . .	15
Schlesien . . . . .	39
Sachsen . . . . .	23
Westfalen . . . . .	20
Rhein-Provinz . . . . .	35
Preußen . . . . .	32

Zu §. 31.

Die Wahl-Verhandlungen werden zur Mittheilung an die Versammlung dem Königlichem Bundestags-Gesandten zu Frankfurt a. M. zugesandt werden.  
Berlin, den 11ten April 1848.

**Königliches Staats-Ministerium.**

(gez.) Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerwald. Bornemann.  
Arnim. Hansemann. von Keyher.







stenden zuvalen Gerechtsamen verzichte, weil dieselben in einem Lande mit constitutioneller Beschaffung nicht mehr am Platze seien. Wollte man aber das constitutionelle System, so müsse man es mit allen seinen Consequenzen wollen. Diese Consequenzen nicht wollen, heiße die Reaction wollen. So sprach der Fürst zu Solms-Lich; das Bravo der Versammlung begleitete seine Worte, ein lebhaftes Hoch auf den König folgte, und Camphausen erklärte auf Befehl Sr. Maj. den zweiten Vereinigten Landtag für geschlossen, — die Institution vom 3. Februar 1847 hatte aufgehört zu sein.

[illegible]

**Wagdebürg, 10. April.** Eine Petition, betreffend die Entlastung des Grundbesizes von allen darauf ruhenden Lasten, so weit sie aus gutsherrlichen oder denen ähnlich gebildeten Rechts-Verhältnissen entspringen, ist von mehreren Landtags-Abgeordneten der Provinz Sachsen eingereicht worden. Sie bitten darin, ein hoher Vereinzelter Landtag wolle sich mittheilen, bei Sr. Majestät dafür verwenden:

geneigtest für Se. Majestät dafür verwenden:  
1), daß ohne Bezug ein Patent dahin emanirt werde, wie es in der Absicht der Regierung liege, den nach dem neuen Wahlgesetze versammelnden Ständen auch folgende Gesetzes-Vorschläge zu machen. 1) in Bezug auf Revision und Ausdehnung der Grundsteuer. 2) in Bezug auf vollständige Befreiung der Grundbesitzer von allen darauf haftenden Lasten — so weit sie aus den un-  
herrlichen und diesen analog gebildeten Rechts-Verhältnissen entspringen im Vergleich der zinslosen Ablösung und zwar: a) unter der Maßnahme, daß nicht zu schwere und flackernde, sondern auch die Verpflichteten erleichternde Ablösungs-Schriften erlassen werden sollen — so wie gleichzeitig b) unter der Maßnahme, daß der Staat selbst erleichtert hinzutrete, als durch Uebernahme der Ablösungskosten, durch Begründung von Ablösungs-Banken, unter etwanigem Zuzusatz der Erleichterung der vorzugsweise belasteten Grundstücke. 11. daß alle Dispositionen dahin getroffen werden, die vorsehend erbetene Befreiung sobald als nur möglich auch ins Leben treten lassen zu können; 111. so wie, daß die Vertheilung des Gesetzes vom 31. März 1833, wegen Ausdehnung der Ablösungs-  
güter und Domänen aus dem Communal-Verbande, schleunigst definitiv aus-  
sprechen werde.“

**Münster, 10. April.** Heute hat der Hr. Ober-Präsident Flottwell die Einwohner der Provinz Westfalen einen Aufruf erlassen, in welchem u. A. heißt:

unter dem Bestande bewaffneter Macht, welche dabei aber immer nur der höchsten Verlangen der Gemeinden zu Hülfe kam, und (was ich mit der höchsten Anerkennung aussprechen darf) überall ohne Anwendung der Waffen, verheißend und dem Richter zur Befragung übergeben. Die gesellschaftlichen Behörden sind, Ausnahme sehr weniger Fälle, in welchen einzelne Beamte sich im Gesühle Unzufriedenheit oder der Unhaltbarkeit ihrer Stellung selbst zurückgezogen haben, der ungestörten Ausübung ihrer ordentlichen Aemter geblieben, und die herrschende Anarchie ist noch wenigstens Tagen wieder einem Zustande gehöriger Ordnung und Sicherheit gewichen.... Aber wir dürfen uns dennoch nicht verhehlen, noch lange nicht alle Gefahren überwunden sind.... Darum richte ich meine Stimme an die Gemeinde-Beamten und Vorsteher, und lege mir aufs ernstlichste die Verpflichtung auf das Feuer zu schüren, sondern durch Unbesonnenheit oder Muthlosigkeit das Feuer zu schüren, sondern durch Wohlwollen, Besonnenheit und unmittelbare entschiedene Einwirkung auf geleitete und Uebelwollende den zum Wohl ihrer Gemeinde unentbehrlichen zu erhalten oder wieder herzustellen; kleinere Beschwerden über mangelhafte Verwaltung des Gemeinbewesens oder über ungütliche Härte, denen sie selbst helfen können, sogleich und ohne erst bringender Vorstellungen abzuwarten erlösigen, bedeutendere aber sofort zur Kenntniß des Landrathes oder der ihnen zur Pflicht, der Streitigkeiten, welche zwischen verschiedenen herrschende Verhältnisse, oder bei Gelegenheit von Gemeinheits-Abtheilungen und gleichen entstehen, vermittelnd und versöhnend einzutreten, wobei es oft nur eine unbefangene Beurtheilung des Streites und auf eine leicht herbeizuführende Verständigung ankommt. Den Herren Landrath aber kann ich nur empfehlen, in dem Bestreben, das Ansehen des Gesetzes mit Ernst und Nachdruck zu erhalten und denselben durch ihren persönlichen Einfluß Geltung zu verschaffen, fortzufahren; ihr Augenmerk insbesondere auf eine zweckmäßige und liche Beschäftigung erwerbsloser Arbeiter zu richten, und zu diesem Ende Gemeinden die Anlage neuer oder Verbesserung schon vorhandener Wege, Kulturen, Wisien-Meliorationen und vergleichen durch ihre Vermittelung Stande zu bringen, oder die Errichtung größerer Wegebauten durch Gemein- und Kreis-Verwaltungs-Behörden anbahnen, und zu deren Ausführung den kaiserlichen Regierung oder den meizigen in Anspruch zu nehmen. Die Thätigkeit der Kreis-Verwaltungs-Behörden bei Gemeinheits-Abtheilungen ist zu meinen dauern in dieser Provinz fast noch gar nicht erwacht, wiewohl sie gerade ihren Seiten der Schwärznisse und egoistischen Bestrebungen sich sehr heilsam weisen könnte; ich mache es deshalb den Herren Landräthen zur angenehmen Pflicht, die Ergänzung dieser Behörden durch neue Wahlen, wo sie erforderlich sind, sofort in Anregung zu bringen, damit ihre Mitwirkung so viel als möglich in Anspruch genommen werde, weil die Erfahrung in anderen Provinzen lehrt, daß durch ihre Thätigkeit oft sehr vermehrte und vieljährige Streitigkeiten zwischen den Interessenten in kurzer Zeit ausgeglichen, und dadurch sondern die oft drückenden Kosten des Verfahrens bedeutend ermäßigt oder vermieden worden sind. Endlich aber wende ich mich an die Gemeinden der verschiedenen Landestheile dieser Provinz, welche in vielfachen äußeren Beziehungen von einander abweichen, aber in ihrer treuen, gottesfürchtigen und in ihrem Abscheu gegen jede gesetzwidrige Ausübung einen Vereinigungspunkt haben, der sie den obersten deutschen Volkskammern anreicht. Ihren Gauen hat seit vielen Jahrhunderten das Recht seinen fruchtbarsten gefunden und darin unzerstörbare Wurzeln geschlagen; darum wird auch für Zeit der Bewegung und des Umschwunges alter Gewohnheiten und Tugungen, wie ich sehr vertraue, die angeerbte und im Volke heilig gewordene Achtung vor der Unverletzlichkeit des Besizes hier nicht erschüttert und werden. Es bedarf aber eines festen Zusammenhaltens in und unter den Gauen, um alle gesetzwidrigen Angriffe auf Eigenthum und Personen mit Erfolg zuwehren.....

\* Köln, 11. April. Heute Nachmittag gegen 5 Uhr fand  
 figen Arresthaufe, als eben die Brod-Austheilung vorgenommen wur-  
 Aufftandsvorlauf der Sträflinge Statt. Sie überfielen einen der  
 fclben und tödteten ihn durch einen Stich mit seinem eigenen Säbe-  
 reu Ähren und zogen sich in d. östlichen Gang des Gefäng-  
 bäudes zurück. Von da aus riefen sie zu den Fenstern heraus um  
 ten über schlechte Behandlung. Die Militärwache so wie die Ue-  
 eilten sogleich in das Gebäude, und die erstere gab Feuer; doch se-  
 den auf dem Gange sich niederbuckenden Gefangenen nur Einer  
 fen fein; getödtet ist keiner. Binnen Kurzem waren drei Compas-  
 Soldaten auf dem Plaze, mit deren Hülfe die Sträflinge von  
 ihre Gefängnisse eingesperrt wurden. Weiterer Widerstand schein-  
 gegeistet worden zu sein und von den Soldaten ist keiner verwund-  
 den. Ob ein vorheriges Complot oder ein Zusammenhang des  
 gen Versuches mit außerhalb des Arresthauses Statt gefunden habe  
 die Untersuchung ergeben; bis jetzt indeß soll es an allen sicheren  
 hiefür fehlen. Der getödtete Aufseher, Namens Schäfer, soll ein gutmü-  
 Mann gewesen sein. Die Bürgerwache war bei dem entstandenen Ue-  
 rasch zur Hand und sperrte die Straßen in der Nähe des Arresthau-  
 Bis in die Nacht hinein war ein großer Theil derselben in ihren  
 Localen confignirt; die Patrouillen zogen nur in verstärkter Zahl  
 bewaffnet aus. Die Besichtigung aber, daß die Ruhe der Stadt  
 rend der Nacht noch ernstliche Störungen erleiden würde, bewei-  
 glücklicher Weise als ungegründet. Die einzige Ruhestörung ging  
 Abend von einigen pommer'schen Recruten aus, die grober Excesse  
 von der Bürgergarde verhaftet werden mußten und sich dem —  
 gleich vergeblich — mit Messern widersezten, wobei es nicht ohne  
 erhebliche Verwundungen abging.

✱ Aus dem Kreise Wezlar, 9. April. Nachdem sich in unserem Kreise die Landleute zu Tausenden zusammen gerottet die Fürsten von Solms-Braunsfels und Solms-Lich zu den erheblichen Concessionen genöthigt ist in den zahlreichen Dorfschaften eine

Anarchie eingetreten. Gestern war abermals ein Freischaren-Zug gegen Braunsfeld veranlaßt, dessen Ausführung nur durch die imponirende Haltung, welche das jetzt im Kreise anwesende Militär annahm, unterblieb. Die Fürstinnen sollen, nachdem sie von ihrem Vermögen die bedeutendsten Opfer gebracht und nebenein auch auf die Gerechtigkeit und Verwaltung verzichtet haben, zur gänzlichen Aufhebung der Lehnten und zur Abtretung der Bergwerke angehalten worden. Man begreift dieses alles unter der in Berlin bewilligten Pressfreiheit, wie denn bei dem Auftritte in Hohenstolms einer der Anwesenden ihre Beschwerde dahin angab, „daß der Fürst ihre Pressfreiheit noch immer nicht anerkennen wolle.“ Nachdem die demnächstige Aufhebung der fürstlichen Regierung in Braunsfeld den Eingekerkerten bereits angekündigt worden, wäre es sehr zu wünschen, daß die unmittelbaren Behörden die Leitung der Angelegenheiten alsbald und mit der durchaus erforderlichen Energie in die Hände nähmen, damit nicht der Glaube weiteren Raum gewinne, als ob alle und jede Obrigkeit ihrer Auflösung entgegengehe. Vor Allem aber erscheint es nöthig, dem so weit entlegenen Kreise die jetzt hier vorhandenen Militärkräfte bis dahin zu belassen, wo der Glaube an die Wirksamkeit des Gesetzes nicht mehr an den unmittelbaren Anblick der Baponnette gebunden sein wird. Was gestern geschehen sollte, ist nur vertagt, aber noch keineswegs aufgegeben.

— **Kaiserruhe**, 9. April. Die heutige Sitzung unserer zweiten Kammer wird einen Wendepunct in den theilweise anarchischen Zuständen des Landes hervorrufen; die Kammer hat sich mit ihrem alten Rhythmus bedeckt und das am Abgrunde stehende Vaterland gerettet. Die Muthlosen und Launen sind zur Kraft, die Aufwieglzer zum Schweigen gebracht. Schon vor Beginn der Sitzung wurde Hr. Mathy, der den Fickler wirklich in eigenem Antriebe wegen Landesberraths gefesselt haben ließ, mit einem endlosen Hoch von der Galerie begrüßt, eben so Coizon, Wecker und die Mitglieder des Staatsministeriums; bei Fickler's Eintritt blies Alles flümm. Hecker fehlte. Hierauf erhob sich Staatsrath Beck und sprach etwa Folgendes:

Die Lage des Landes, der Kammer, der Regierung ist bekannt; die Ausführung, das Land genommen, ist für jeden Patrioten ein erfreuliches, ein Aufschwung für die Freiheit. In früheren Sitzungen haben wir bereits gesagt, was wir hinsichtlich der ausgesprochenen Wünsche zu thun gegonnen; Vieles hiervon ist geschehen, Vieles in der Arbeit begiffen. Allein es ist in einer Zeit solcher Erregung, wie die jetzige, viele, welche Alles über den haufen werfen wollen, welche anfänglich ein großes Geschrei darüber erhoben, daß die Bereidigung des Militärs auf die Verfassung nicht schleimig, folgt, ist, welche aber jetzt gegen die Verfassung agiren, welche sie aufheben wollen, ohne zu berücksichtigen, ob die Lage unseres geliebten Deutschlands ihren Idealen passe oder nicht; ja, bei jeder Mißthätigkeit schicken sie sich an einen gewaltsamen Widerstand zu organisiren. Wir haben Belege solchen Verfassungswidrigen Bestrebens, sie liegen zudem vor durch die Beschlüsse der Volks-Versammlungen, so wie in der Presse. Sie, meine Herren, haben die Maßregeln gutgeheßen hinsichtlich der Aufstellung der Truppen; hiergegen haben sich nun viele Bezirke ausgesprochen, sie sind verführt durch bekannte Mandanten, man hat selbst in einer Versammlung gedroht, wenn der Beschluß des Bundes und der kompetenten Staatsgewalt in Volksgesetz würde, offene Gewalt zu gebrauchen. Eine Adresse aus Mannheim, aus dem Schwarzwald und von anderen Orten ist dem Großherzog überreicht worden, darin ist gesagt, daß eine kassenfähige Mannschaft mit Gewalt das Militär vertreiben würde, und es zugleich eine schändliche Drohung gegen die fürstlich fürstenbergische Familie ausgesprochen; sodann verlangt diese Adresse die Entlassung des Ministeriums. In wiederholte, was ich schon in einer früheren Sitzung gesagt, daß man mit einem besseren Dienst leisten kann, als mich von meiner Stelle zu entfernen; das sollte ich auch von meinen Kollegen versichern. Dagegen ist eine schwache Pflichtenpflicht. (Stürmischer Beifall: „Wohlan! Wohlan!“) Dieses Pflichtgefühl allein hindert uns im gegenwärtigen Augenblicke, uns zurückzuziehen; dabei halten wir uns gefährlich, jetzt den Volks-Versammlungen, die illegal find, Folge zu geben. Wenn Sie aber, meine Herren, es wollen, so werden wir heute unsere Ziele niedertreten. (Einstimmiges „Nein“). Wir verhandeln nun mit gesetzlich constituirtem Gewalten. Man hat es jedoch so weit in der Presse getrieben, daß man zum Umsturz und zum Fortjagen der Fürsten offen auffordert; aber auch noch bei Weitem schändlicher, wenn man mit Fremden, mit dem Auslande Verbindung steht. Wir haben dieses Treiben gewöhnlich lassen, weil wir überzeugend hatten, daß das bairische Volk so viel politische Einsicht besitzt, daß durch dieselben Händereien nicht auf Abwege geführt zu werden, daß vielmehr durch der wohlgeachteten Bürger zum Widerstande aufgefördert wurde. Dies ist zum Theil bestätigt, an vielen Orten des Landes haben sich die guten Väter zur Zusammenkunft, so z. B. in Mannheim, wo der Gemeinderath und die städtische Verwaltung eine öffentliche Versammlung der Bürger zu veranstalten beabsichtigt. (Stürmischer Beifall.) Die größte Theil der Anwohner folgen der öffentlichen Adresse dergl. die Stadtgr. Nr. 2. Stg. uns heute einschickten (in vor). Es liegt uns nun ob, die Strenge des Gesetzes anzuwenden, aber nicht überlegt, daß wir es kaum nöthig haben, wenn überall geschieht, was in Mannheim; doch sind wir entschlossen, alle Störungen der Ordnung mit den besten Mitteln zu beseitigen, welche die Verfassung uns an die Hand gibt. Ich glaube ich denn, es wird aus diesem Aufschwung, statt einer Anarchie, vielmehr eine freie Freiheit hervorgehen. (Unhaltender Beifall.)

Nach einer längeren Discussion, worin die Abg. Hefstein und Seemann die kleinliche Angriffe vorbrachten, aber durch Wassermann, Schmitt, Weidner, Bissling und Zentner der Regierung alle Anerkennung schenkte und auf die Mittel, der Anarchie zu begegnen, aufmerksam gemacht wurden, schloß der Präsident mit einer Motivirung der heute ausgesprochenen Ansicht der Kammer die denkwürdige Sitzung. Wir sind, in Baden ist von heute an die Anarchie los geworden; doch werden noch Versuche zu Ruhestörungen vorkommen, da im Seekreise eine Menge Emigranten das Volk aufwiegelt.

— Auf dem hiesigen Rathhause liegt diesen Abend folgende Ad-  
auf, welche bereits mit einer Masse von Unterschritten bedeckt ist:

Hoch zweite Kammer der Ständeversammlung! Heilige Pflicht jedes Bürgers ist es, in Zeiten stürmischer Aufregung die Herrschaft des Gesetzes und der Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten; Gesetz und Ordnung sind der Grundpfeiler der Freiheit. Heilige Pflicht ist es, offen den verfassungswidrigen Verordnungen entgegen zu treten, welche durch Aufrechterung ganzer Volksschläfen die Grauel Bürgerkriege in unser schönes Vaterland schleudern, welche uns den Ruhm auf gesetzlichem Wege erlangen wollen Freiheit rauben wollen. Den lebhaftesten Ausdruck dieser wahren Bürgergesinnung haben wir in der heutigen Sitzung des Volkes für die Unterführung, welche sie einer die Freiheit schützenden Regierung zugesagt haben. Wir schenken dieser Regierung unser vollkommenes Vertrauen, und mit Freuden den Beispiele der Stadt Mannheim folgend, auch wir, das auch wir bereit sind, wie bisher die Ehre der Stadt und des Landes, so viel in unseren Kräften steht, vor den Fäden der Rabsheit und der Unterdrückung zu bewahren, festzuhalten an der bisherigen Verfassung, und jedem unwillkürlichen Verzuge zum Umsturz unserer freien Staatsverordnungen und Verfassung, Ordnung, Gerechtigkeit entgegen zu treten. Karlsruhe, 9. April 1848.

**Mannheim, 3. April.** Nachdem heute die (gestern mitgetheilte) Proclamation des Gemeinderathes verlesen worden war, da erscholl die einstimmige jubelnde Ruf: „Muthy heraus!“; und als er auf dem Balkon des Rathhauses erschien, schwenkten unzählige Mützen, und die benachbarten Häuser flatterten die Fahnen der Farben des Württembergischen Reichsadlers.

ergang Abhille und mit den Worten schloß, er habe nur seine  
 Erfüllung erfüllt und werde sie in jedem ähnlichen Falle wieder er-  
 füllen und sollte es ihm auch augenblicklich sein Leben kosten. Endlos-  
 er folgte dem Manne, der kaum noch zwei Stunden vorher verhöhnt  
 und beschimpft worden war. — Nicht lange sollten wir uns aber in  
 dieses errungenen Sieges erfreuen. Auf heute halb 8 Uhr war Ver-  
 sammlung des vaterländischen Vereines angesetzt; vorausichtlich versuch-  
 in demselben stark vertretene Partei der Anarchisten das Aeußerste,  
 ihre Pläne durchzuführen. Es galt also noch einmal festzuhalten. An-  
 wies die Versammlung ruhig, bis Buchhändler Hoff in einem mit  
 augenblicklich, zu begründen suchte. Der Terrorismus seiner Partei  
 seinen Worten Nachdruck verleihen. Als sich einige Zeichen des Mi-  
 lens erhoben, schrie die tobende Meute: „Hinaus mit den Feiglin-  
 und versuchte, an dem Nächsten, Besten ihr Vorhaben auszufüh-  
 Diesmal scheiterte aber das freche Beginnen an der Festigkeit der  
 sammelten Männer; trotz der geistlichen Dolche wich Niemand von  
 Stelle; die Terroristen sahen ihren Plan vereitelt, und vergebens  
 Hoff durch seine wachsthum thuschauenden Vorträge die Versam-  
 mit gleichem Wahnsinn hinzureißen. Sein Anhang nahm sichtbar ab,  
 er mußte unter allgemeinem Tumult abtreten. Heder sprach entse-  
 für die Republik, aber doch nicht zu alsbaldiger Gewaltherrschaft.  
 Wirklich ekelhaft waren die Angriffe, welche nun von Seiten Ham-  
 und Grobe's gegen den abtretenden Mathy erfolgten, der als re-  
 Unmuth, schlechter als der schlechteste Polizeisergeant an dem lan-  
 men Fieber gehandelt habe. Auch dieser Sturm war vergeblich, nur  
 um Moras erworbene Anhang stimmte diesen Tiraden bei,

gänzliche Schwäche der Partei zeigte sich zum Schlusse auf das glänzendste, als ein mir unbekannter junger Mensch, auf das tiefste ergiffen, Achtung vor jeder Ueberzeugungstreue forderte; als ein Mann von uner- schütterlichen Grundätzen habe sich, wie immer, so auch heute, Mathy bewiesen, den in seiner Abwesenheit zu beschimpfen eine Schmach sei. Alle Versuche, diesen jugendlichen Redner nicht zum Worte kommen zu lassen, scheiterten an dem festen Willen der Versammelten, die Redefreiheit zu erhalten, wofür jetzt selbst ein großer Theil der anfänglichen Anhänger der Herren Hoff und Sonforten auf das kräftigste wirkte. Durch ihre eigene ekelhafte Uebertreibung sah sich die Partei am Ende der Versammlung gestürzt, welche sie anfangs wie gefesselt hatte terrorisiren wollen. Welch dringende Lehre für alle Bürger, in einer so sturmbelegten Zeit wie jetzt, mit ausdauerndem Muthe den Posten bis zum Tode zu behaupten! — Die Stadt ist jetzt — um Mitternacht — vollkommen ruhig. Mathy ist bereits nach Karlsruhe zurückgekehrt. (Deutsche Z.)

— Die hier erscheinende „Deutsche Volkszeitung“ enthält wieder eine Zuschrift Herwegh's „im Namen der deutschen demokratischen Legion von Paris“. Es heisst in derselben:

Die pariser deutsche demokratische Legion ist an den Ufern des Rheines angekommen, — sie hat hier deutsche Freiheits- Legionen aus anderen Städten Frankreichs und der Schweiz geholt, alle gekommen, um für die Freiheit des deutschen Volkes zu sechten. — Ehe wir vereint zur ersten entscheidenden That schreiten, sei ein offenes Wort an unsere Fremde und Mitkämpfer und an das ganze deutsche Volk gesprochen: Wir sind keine Freischaren! Wir sind demokratische Demokraten, wollen Alles für das Volk, Alles durch das Volk! — Wir wollen die deutsche Republik mit dem Völker-verbünden Waschlauge: Freiheit Gleichheit! Bruderliebe! . . . Die Armeen der Fürsten umgeben Euch von allen Seiten, — schäut Euch glücklich, daß auch eine Armee der Freiheit in Eure Ränge steht. Sobald Ihr sie ruft, wird sie über den Rhein in Eure Mitte eilen und Euch Reich verpfänden, sie wird mit Ordnung und Manneszucht, mit Begeisterung und Freiheitsliebe den letzten entscheidenden Kampf für die Befreiung Deutschlands sechten helfen. Wir erklären Euch aber auch zugleich, daß wir umgerufen nicht kommen, daß es ferne von uns liegt, gewaltsam in Deutschland einzubringen, und daß, falls Ihr unglücklicher Weise Deutschland für die vollständige Staatsform der Freiheit: die Republik, noch nicht reif wähnt, wir weit entfernt find, Euch unsere Ueberzeugung aufzubringen, oder Euch zu zwingen, freie Republikaner zu werden, wenn Ihr Unterthanen bleiben wollt. — Wir werden dann dem neuwachsenden Polen zu Hülf eilen, oder für Schleswig-Polens deutsche Rechte in den Kampf ziehn; — als Freiheitsarmee des deutschen Volkes werden wir an der Weichsel oder an der Ostsee stets nur für Deutschlands Größe, Freiheit und Sicherheit sechten.

\*\*\* **Darmstadt, 10. April.** Schon vor mehreren Tagen hatte man hier in Erfahrung gebracht, daß in Keißen im hessischen Oberwald ungefähr an derhalben Stunden von dem badiſchen Städtchen Weinheim an der Bergstraße gelegen, eine Volksversammlung beabſichtigt werde. Die Einladung dazu war in einem mannheimer republicanischen Blatte erschienen; ein Comité hatte ſich nicht genannt, ſondern ein hessiſcher Schülchler in deſſen Namen unterzeichnet. Man nahm hier an, daß die bekannten Mannheimer auch auf dieſer Volksversammlung die Frage der Republik vorbringen und wo möglich mit Hilfe der obenwährender Bauern welche unter Republik ſich vielleiſt einen höchſt idealen materiellen Stand dächten, einen ihr günſtigen Beſchluß durchſetzen wollten. Dieſe entgegen zu treten, war der einſtimmige Beſchluß des hiesigen vaterländiſchen Vereins, der, obgleich durchaus für republicanische Staatsformen in Verbindung mit der Monarchie, doch eine republicanische Staatsform für nicht an der Zeit, der Eintritt in Deutſchland ſchädlich und deßhalb für verwerflich hielt. Man traf ſeine Einrichtungen, ernannte aus dem Ausſchuſſe deſſen Commiſſare, entwarf Aufrufe und ein förmliches Programm und eine Erklärung gegen die Republik von bezeichneter Standpunkte aus. Zugleich verſagten ſich geſtern (9.) vierhundert von Darmſtädtern und Bergſtädtlern nach Keißen. Es waren keine Badener da, wohl aber kamen nach und nach viele Landleute aus auch noch Badener; die Darmſtädter wählten den Präſidenten der Verſammlung; die Vorträge begannen, und erſt eine halbe Stunde nach von ihm ſelbſt feſtgeſetzten Zeit erſchien mit ſeinem Zugzuge der gebachte hessiſche Schülchler. Die Verſammlung ſaßte ihre Beſchlüſſe gegen den Anträgen, nachdem ein junger Mann, ein Student aus Kurfürſtenthum der eben aus der Schweiz kam, eifrig für die Republik geſprochen, a kein Gehör gefunden hatte. Die Verſammlung war bereits beend als Buchhändler Hoff von Mannheim und der Bürgermeiſter aus Weinheim erſchienen und ebenfalls die Redner beſtiegen, ſich für die Republik ausſprechend. Es ſammelten ſich wieder neue Menſchenhaufen die Tribüne, aber auch die neu angekommenen Redner fanden keinen Anklang. Man blieb bei dem, was man in Folge der Vorträge der Präſidenten der Verſammlung, Abgeordneten Reh, des D. Wiltb. Schütz u. A. beſchloſſen hatte.

**\* Mainz**, 10. April. Nach den jüngsten Ercessen ist nun die K<sup>sche</sup>n scheinbar wieder hergestellt. Doch gibt man die Vorsicht noch nicht auf und das starke gemeinschaftliche Patrouilliren des Militärs und Bürgergarde dauert fort. Eben so ist die Untersuchung in Betreff begangenen Frevel im lebhaftesten Gange, und zu den vielen Verhaf<sup>teten</sup> gen gefellen sich täglich neue. Die Ergebnisse der Untersuchung werden leider, wie man hört, darauf hin, daß nicht alle zu dem Proletariat gehören, die darin verwickelt sind, das Aufreizungen und Geldaustheilen die Arme der Verbrecher in Bewegung gesetzt haben; aber rein politische Natur waren die Erresse nicht. Die Republicaner haben jetzt Ansehen zu thun, die Agitation für die Parlaments-Wahlen in republicanischem Sinne liegt ihnen näher; aber auf diesem Terrain ist der Sieg schwer vielleicht unmöglich. Denn die wirklichen Liberalen, die verkündigen Bürger aller Classen wissen, was diese Wahl bedeutet, sie wissen, der Sieg der Republik in Frankfurt alle Freiheit und alle Einheit Deutschlands untergraben und uns dafür den Bürgerkrieg bringen wird Sie sind gerüßet gegen das demokratische Central-Comité in Frank<sup>furt</sup> das die Republik zwar nicht offen zur Schau trägt, aber sie unter Mantel versteckt hält!

**\*\* Weimar, 8. April.** In der vergangenen Nacht kamen Schuler v. Auersperg, Kuranda u. als österreichische Abgeordnete, in Begleitung mehrerer Studenten, mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne hier an, um nach Frankfurt zum permanenten Ausschusse des deutschen Parlamentes zu gehen. Obgleich ihre Ankunft tief in der Nacht erfolgte, so eilten doch mehrere hiesige Bürger zu ihrer Begrüßung herbei. — Heute ist eine ziemlich stürmische Witterung aus jamaikanischen Studirenden bestehende Freischär nach Schwabach-Holzstein abgegangen, worunter auch fünf junge Männer aus Marburg sich befanden. Die Regierung thut alles Mögliche, um die Freischärern gegebenen Zusagen so schnell als thunlich zu erfüllen. So hat sie die Bewaffnung geistlich anerkannt und auch den zum thüringischen Landtage gehörigen Regierungen den Antrag gemacht, sich mit denselben zu verbinden, daß die drückende und allgemein verhaßte Salzsteuer aufgehoben werde. Auch der Großherzog hat wieder einen Beweis von Wohlwollen gegen seinen Herzogthum gegeben. Der Landtag hat ihm nämlich eine Abkretzung von 700,000 Thlrn. bewilligt, welche er auf die Hälfte der Bevölkerung des Landes freiwillig verzichtet und die Civilliste auf nur 250,000 Thlrn. festgesetzt. In Folge dieser hochherzigen Handlung wurde Seiner Majestät heute Abend im Theater mit einem lauten und herzlichem Lob empfangen.

Wienburg, 9. April. In der dritten landchaftlichen Sitzung der Landchaftspräsident von Lindenau einen Vortrag in Bezug auf eine künftige Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage. Anstößten desselben werden indeß wenig Beifall finden, wovon die nachstehenden Vorschläge überzeugen dürften. Es wird vorgeschlagen:

1: Die erste Kammer wird bestehen aus 17 Fürsten der verbündeten Fürsten, die zweite aus 37 Abgeordneten aller Bundesglieder, die den jetzt in allen Bundesstaaten bestehenden ständischen Kammern nachgeordnet werden; unter 6: Die Abgeordneten beider Kammern sind den Institutionen ihrer Regierungen abhängig und die demgemäßen majora zu fassenden Beschlüsse für die betreffenden Bundesstaaten verbindlich; hinsichtlich des Inhaltes dieser Institutionen sind alle Verfügungen den Ständen dafür verantwortlich, daß selbige in Geist, Sinn und Zweck mit den diesfälligen ständischen Erklärungen vollständig Einklang stehen. Die öffentliche Meinung verlangt eine viel kräftigere und durchgreifendere Einigung, als die eine solche Verfassung zu gewähren vermöchte.

X Braunschw. 10. April. Zu der am Sonnabend den  
M. Statt gefundenen ersten Sitzung unserer Stände-Verammlung  
ten sich sämmtliche Mitglieder unseres Staats-Ministeriums eingefun-  
Die Galerie war zahlreich besetzt; zur schnellen Verbreitung der  
colle sind Sinographen angenommen. Zu den Vorlagen von ge-



Wichtigkeit gehört ein Gesetz über die Wahlen von National-Vertretern zu dem National-Parlamente, die Wechsel-Ordnung nebst einem Wechsel-Gesetz, ein Gesetz über die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Stadt-Verordneten etc. Von den Ministern wurde auch eine Proposition zur Ausgleichung der mit dem vorigen Landtage in Beziehung auf den Staatshaushalt-Etat gebliebenen Differenzen übergeben. Unter den von den Abgeordneten ausgehenden selbstständigen Anträgen zeichnete sich der Abgeordnete Stolle in Beziehung auf das Jagdrecht aus. Er verlangt Ausrottung des Wildes in den Kammer-Wäldern, Verpflichtung der Jagdberechtigten zur Entschädigung für jeden Wildschaden ohne Ausnahme, Berechtigung eines jeden Eigenthümers oder Nutznießers eines Grundstücks, das auf demselben erscheinende Wild zu tödten oder tödten zu lassen. Es herrschte die größte Ruhe und der größte Anstand. — Heute ist ein Bataillon unseres Infanterie-Regiments ausgerückt, um nach der Elbe zu marschiren; alle unsere entbehrlichen Truppen werden bald nachfolgen. Unser Herzog ist selbst nach der Elbe gerückt, wo er sich überzeugt hat, daß die hannoverschen Truppen dort sehr weit von einander stehen. Er hat darauf gedungen, daß man bis zur Elbe vorrücken möchte, und hat, wie es heißt, deshalb die dringendsten Anträge in Hannover machen, auch dem preussischen General in Rendsburg erklären lassen, daß er die hiesigen Truppen, sobald die Preussen deren bedürften, abgeben von den übrigen Contingenten des 10. Armee-Corps, zu seiner Verfügung stelle. Nach einer Antwort, die der Herzog einer Deputation des Bürger-Vereins erteilt hat, muß man schließen, daß nur, wenn seine Gegenwart hier dringend erforderlich sein sollte, er sich abhalten lassen würde, an einem etwaigen Feldzuge gegen Dinemark persönlich Theil zu nehmen.

— \* Aus Schleswig-Holstein haben wir unseren Lesern heute Besichte zu bringen, welche wir mit diesem Bedauern niederschreiben. Das umfängliche Jögern der Preussen und des 10. Armee-Corps hat seine bekanntheitwerthen Früchte getragen. Um es kurz zu sagen: die Deutschen haben ihre bisherigen Stellungen verlassen müssen, die Dänen sind an der Landspitze bei Holnis gelandet, eine Freischär ist durch sie abgeschnitten, der König von Dänemark ist in dem eingekommenen Flensburg, die Hälfte von ganz Schleswig ist in den Händen der Feinde. Und in derselben Zeit sieht die preussische Garde unthätig den Ereignissen aus der Ferne zu, während die Unthätigkeit Mecklenburgs und Hannovers den gerechten Unwillen von ganz Deutschland längst auf sich gezogen hat. — Wir lassen nunmehr die einzelnen Berichte über die neuesten Vorfälle folgen.

Der „Weser-Ztg.“ wird unter dem 6. April von Rendsburg aus berichtet: „Bei Holnis wird seit gestern geschossen. Unsere Truppen schießen vom Dorfe Vockholm aus auf die Fahrzeuge des Feindes mittels des aufgestellten schweren Geschützes sowohl als durch Pelotonfeuer. Gestern gelang es, die Fahrzeuge stark zu beschädigen und den Maff des einen derselben abzuschießen. Wie viele Feinde getödtet worden, ist unbekannt; von unseren Truppen sind zwei Leute kampfunfähig gemacht worden. Heute wird das Geschütz fortgesetzt.“ Eine Correspondenz, „Von der Nieder-Elbe“ fügt hinzu: Die „Schleswig-Holsteiner rüdten den Dänen von Glücksburg aus entgegen. Sie führten zwei Kanonen bei sich und es gelang ihnen, die dänischen Schiffe zu vertreiben; doch behaupteten die dänischen Soldaten ihre Schanzen.“ — Dem „Hamb. Correspond.“ schreibt man aus Kiel vom 8. April: „Diese Nacht hat ein Durchkreuzer mitgetheilt, daß unsere Truppen sich südlich von Flensburg hin vorlegt hätten. Anderen Privatberichten und umlaufenden Gerüchten zufolge — setzt der „Hamb. Correspond.“ hinzu — wäre nördlich von Flensburg ein Gefecht vorgefallen, wobei dänischerseits 100 Mann und schleswig-holsteinerseits 30 geblieben wären. Gestern, den 8. d., habe man in Flensburg fortwährend schießen hören. Es scheint mit den Dänen bei Holnis zum Kampfe gekommen zu sein. Das 14. schleswig-holsteinische Linien-Bataillon hatte von Vockholm aus die dänischen Fahrzeuge beschossen und ihnen großen Schaden zugefügt. Aus Flensburg haben wir keine Nachrichten.“

Am genauesten sind die Berichte der „Hamb. Börsen-Halle“. Diese bringt aus Rendsburg vom 8. April folgende Berichte: Unter dem Schutze der dänischen Kanonenbatterien, welche vor Holnis Station genommen haben und eine weite Strecke landeinwärts mit Kartätschen beschleichen können, ist die Landung dänischer Truppen von Allen aus bei Holnis bewerkstelligt, welche, wenn weiter fortgerückt, unser Armee-Corps bei Bau im Rücken bedrohen. Die Dänen werden nun abgehalten werden müssen, von Holnis, so weit sie nicht unter dem Schutze der Kanonenbatterien stehen, weiter vorzurücken. — Nachmittags. Die Dänen haben sich bei Holnis verchanzt. Unter 14. Linien-Bataillon steht mit Artillerie bei Vockholm und hat gestern ein anhaltendes Feuer auf den Feind unterhalten. Die Fahrzeuge desselben sind stark beschädigt, und ein Maff ist zertrümmert worden. Der Verlust der Dänen an Mannschaften kann nicht unbedeutend sein. Von den Unfrühen ist ein Mann getödtet und einer verwundet. Heute wird fortwährend geschossen. Nach direkten Nachrichten aus Flensburg hat man daselbst die Schiffe gehört. — 9. April, Abends 8. Uhr. Ein so eben hier angekommenes Boot aus Flensburg berichtet, daß nach einem hartnäckigen Treffen bei Bau bei der Gefahr des Abzuges der auf Holnis und bei Glücksburg gelandeten Dänen, da gleichzeitig zwei dänische Kriegsschiffe der Stadt gegenüber lagen, vom commandirenden General heute Mittag der Befehl zum Aufgeben der Position in und um Flensburg erteilt sei. — Ein anderer Bericht aus Rendsburg vom 9. d. meldet, daß die schleswig-holsteinischen Truppen in Folge der Drohung dänischer Kriegsschiffe, Flensburg zu bombardiren, sowohl diese Stadt als ihre Stellung bei Bau geräumt und eine feste Position diesseits Flensburg bezogen haben. Das 16. Bataillon unter Graf Dautschin hat, dem Vernehmen nach, auf dem Rückzuge stark gelitten. Der König ist in Flensburg eingezogen.

Die übrigen Zeitungen, auch das „Rendeb. Tagebl.“ und die „Bremer Zeitung“, fügen nichts Näheres hinzu. Dagegen macht uns unser alterer Correspondent folgende Mittheilung:

— Altona, 10. April. In aller Eile melde ich Ihnen, daß gestern Abend nach einem lebhaften Gefechte, wobei auch die dänischen Schiffe mitgewirkt haben, Flensburg in die Hände der Dänen gefallen ist. Einzelne Daten fehlen noch. Eine deutsche Freischär, unter Commando des Hauptmanns Wiselien, ist abgeschnitten und nach Westen gedrängt worden. Wenn ihr nicht schleunige und ansehnliche Hülfe zukommt, so ist sie verloren. Aus dem Ereignisse ergibt sich, daß die Küstenstädte nicht zu halten sind; wir mächtigen Deutschen vermögen den drei Kriegsschiffen Dänemarks, ihrer einzigen dormalen ausgerüsteten Marine, nicht eine elende Schaluppe entgegenzustellen. In dem bekannten Dorfe Mianfens, zwei Stunden abwärts von hier an der Elbe gelegen, haben sich die Krieger erhoben, ihre Schiffe, so gut es gehen will, zu bewaffnen. Jedemfalls muß nun rasches und entschiedenes Handeln eintreten, um die Scharte auszuweichen, und man ist hier allgemein überzeugt, daß Prinz Friedrich morgen mit der ganzen Armee auf Flensburg losgehen und die Schlacht annehmen wird. Der König Friedrich ist in Jütland gelandet und wird heute noch in Flensburg erwartet. Allgemeinen Unwillen hat der Bundesbeschluß vom 4. hervorgerufen. Man klammert sich nicht um ihn, er ist zu spät und wird die Entscheidung durch die Waffen nicht verhindern. Sollten die Preussen, wenn die Schlacht sich zu unserem Nachtheile wendet, wirklich in ihrer Unthätigkeit verharren und aufsehen, daß die Dänen Schleswig besetzen und die Deutschen vertreiben? Die Enttarnung über das Verhalten der deutschen Bundesgenossen ist allgemein. „Alles das hätte vermieden werden können“, sagt z. B. die „Bremer Ztg.“, „wenn die zwei preussischen Regimenter, die in Rendsburg stehen, Befehl hätten, nach Schleswig vorzurücken. Statt dessen erkennt die preussische Regierung, wenn sie ihre Truppen in Rendsburg stehen läßt, die Elbe als Gränze Deutschlands und die Trennung Schleswigs von Holstein an. Wir haben gehofft, daß Deutschland sein im Jahre 1848 gegebenes Wort lösen werde; durch Freischaren kann dies nicht geschehen, sondern nur durch geordnete Kriegshülfe. Wird diese nicht geleistet, wollen die deutschen Fürsten es verantworten, daß eine Nation von 40 Millionen sich von einer Räuberbande von einer Million auf der Nase haunpfeilen läßt, will das deutsche Volk dieser Unthätigkeit seiner Fürsten ruhig zusehen, so werden wir zu einem Kampfe der Nothwehr und Verzweiflung gezwungen, wir werden gezwungen, die wildesten Elemente der Anarchie und Empörung in Bewegung zu setzen. Die Hoffnung auf deutsche Hülfe hat uns bisher bewogen, mehr zurückzuhalten als aufzusehen; wir haben jetzt 14 Tage vergebens gewartet; bleiben wir in Schleswig uns selbst überlassen, so wollen wir lieber in Anarchie als in Knechtschaft untergehen. Es ist jetzt die äußerste Zeit, daß die deutschen Fürsten das Wort lösen, auf das wir gebaut haben. Will der König von Preußen wirklich, wie er dem Herzoge geschrieben

hat, mit den geeignetsten Mitteln die Selbstständigkeit von Schleswig zu verteidigen, so wird er anerkennen müssen, daß es nicht die geeigneten Mittel sind, wenn die preussischen Truppen an einem Punkte stehen bleiben, der weder bedroht noch angegriffen ist.“ Und aus Rendsburg sagt ein anderes Schreiben: „Alles Unglück dieser Art wird einzig und allein durch das Jögern Preussens und des zehnten Armee-Corps verschuldet. Während die Dänen bereits in Schleswig haufen, ist ein preussischer Botschafter in Kopenhagen, um zu unterhandeln! Bei dem Interesse, welches das ganze deutsche Volk an unsern Angelegenheiten nimmt, kann es nicht zweifelhaft sein, daß dieses Benehmen der Fürsten wenig dazu dienen wird, das so erschütterte Vertrauen des Volkes zu ihnen zu befestigen.“ — In ähnlicher Weise sprechen sich alle anderen Blätter aus.

Die übrigen Nachrichten aus Schleswig-Holstein sind ohne großen Belang. Den Kieler Hafen sucht man mittels 117 Tonnen Pulver zu schlißen, die durch einen unter dem Wasser fortlaufenden galvanisch-elektrischen Draht entzündet werden können. — Ob die von den Preussen besetzten Dörfer jenseits der Elbe zu Holstein oder Schleswig gehören, darüber ist man noch immer nicht einig: das „Rendeburger Tagebl.“ behauptet sehr entschieden das Letztere. Am Ende ist die Sache sehr gleichgültig, wenn die Preussen von da aus zusehen sollen, wie eine deutsche Stadt nach der andern verloren geht. Die Stärke des deutschen Heeres in Schleswig wird von den Dänen selbst auf 14,000 Mann angegeben. — Die Unterhandlungen Preussens sollen in Kopenhagen zu keinem Ziele geführt haben.

Frankfurt, 10. April. Es sollte gestern ein Sonntag sein, und die Künftiger wollten einen Rasttag halten. Aber die Zeit ist nicht zum Ausruhen gestimmt. Wenn indeß der gestrige Tag kein Ruhetag war, so sollte er wenigstens ein Festtag werden. Die von der wiener Bürger- und Studentenschaft abgeschickten Vertreter Oesterreichs sind gestern in Frankfurt eingetroffen und in den Kreis der Künftiger aufgenommen worden. Bei dem Eingange der Oesterreicher wurde das deutsche Banner vorgetragen; dann kamen vier Studenten, festlich geschmückt, und nach diesen die übrigen Abgeordneten. Sie wurden mit Jubel überall empfangen. In dem Sitzungssaale der Künftiger angekommen, schaltete ihnen auch hier der freudigste Empfang und das kräftigste Hoch entgegen. Hier hielten die Herren Endlicher, Anastasius Grün und Kuranda Reden, die überall den rechten Fleck, das heißt gleichgestimmte Herzen, fanden. Der zweite Vorkühende, Abegg, antwortete auf diesen Gruß, worauf er den Führer der Oesterreicher im Namen der Künftiger umarmte. Es lösten sich die Reihen, und die Deutschen aus Nord, West und Süd drückten ihre Brüder aus Oesterreich aus freudig pochender Herz. Alle Anwesenden waren aufs innigste gerührt, und in den Augen manches starken Mannes glänzte eine freudige Thräne. Es ist die alte Geschichte von dem verlorenen Sohne. Nicht als ob die Oesterreicher selbst in irgend einer Weise Deutschlands unwürdig geworden wären, aber es lag in einer unheilvollen Politik eine eiserne Mauer zwischen Oesterreich und Deutschland — diese Mauer ist gefallen, und das Gefühl, das mit dem Eingange der Oesterreicher unter die Vertreter des wiedererstandenen Deutschlands der letzte und in vieler Beziehung auch der liebste, Sohn Germaniens wieder zu seiner Mutter heimgekehrt sei, bewegte alle Herzen zum höchsten Entzusehismus.

Frankfurt, 10. April. (Abends.) Eine Commission des Ausschusses hat sich mit den österreichischen Abgeordneten dahin verständigt, daß neben Schusika und Baron Andrian (der aber, durch dringende Gründe zur Rückreise genöthigt, Hrn. Schilling für sich substituirt) die Hrn. Hornbostel, Kuranda, Meyerle von Mühlfeld und Enblicher in den Ausschuss eintreten sollten, womit auch die Verammlung einverstanden war. Es wurde dabei festgesetzt, daß bei etwaiger späterer Ankunft eines der vom Ausschusse bereits früher eingeladenen derjenigen von den anwesenden Abgeordneten, der die wenigsten Stimmen gehabt, wieder austreten solle. Kuranda äußerte den Wunsch, daß besonders auf den Eintritt Palastys hingewirkt werde, damit auch die böhmische Nationalität in dem Ausschusse vertreten sei. Den sechs übrigen hier anwesenden Abgeordneten aus Oesterreich wurde der Eintritt zwar ohne Stimmrecht, aber mit beratender Stimme eingeräumt. Auf der Tagesordnung stand der bereits gestern von Hrn. Simon angeregte Antrag wegen der Bundes-Matrikel. Das Vor-Parlament hatte beauftragt für einen Abgeordneten auf 50,000 Seelen unter Zugrundelegung der letzten Bundes-Matrikel gestimmt. Aus dem veröffentlichten Bundes-Beschlusse von diesem Monat ergibt sich nun aber, daß die letzte Bundes-Matrikel vom Jahre 1842 noch auf der Grundlage jener von 1819 beruht und somit die Bevölkerung um wenigstens 10 Mill. unter ihrem gegenwärtigen Stande an gegeben ist. Es würde sonach in der That anstatt auf 50,000 kaum auf 70- und 80,000 Seelen ein Abgeordneter kommen. Aus dieser Rücksicht wurde nun beantragt, den Bund zu veranlassen, daß er statt der Matrikel von 1842 den neuen Bevölkerungsstand zur Grundlage nehme. Es wurde für den Antrag angeführt, daß das Vor-Parlament eine Vertretung von 800 Mitgliedern gewollt, daß es von der Voraussetzung ausgegangen, die Bundes-Matrikel sei seit 1819 und resp. 1842 ergänzt worden. Darauf wurde entgegnet, daß das Parlament wohl gewußt, wie es mit der Matrikel stehe, daß der Ausschuss sich bloß an den Wortlaut des Beschlusses zu halten habe, daß es nicht auf die größere Anzahl der Vertreter ankomme, sondern darauf, daß kein Wahlfähiger ausgeschlossen werde. Daß endlich durch Zurücknahme der bereits publicirten und in einigen Ländern schon in Vollzug gesetzten Beschlüsse das moralische Ansehen des Bundestages und des Ausschusses selbst geschwächt und durch Verzögerung der Wahlen der Zutritt des Parlaments am 1. Mai unmöglich gemacht würde. Bei der Abstimmung blieben denn auch die Gegner des Antrages in entschiedener Majorität. Morgen Nachmittag findet wieder öffentliche Sitzung statt, in welcher die österreichischen Abgeordneten sich über die Stellung ihres Vaterlandes näher erklären werden.

Die „Deutsche Zeitung“ sagt in einem Schreiben aus Frankfurt: Venedig habe erklärt, die Republik gebe nur über seine Leiche. Dies ist nicht ganz genau. Venedig bekannte sich im Gegentheil ausdrücklich zu der Idee der Republik, deren naturgemäße Entwicklung er aber nur als Ergebnis des unverfälschten und unabweisenden Gesamtwillens der Nation zulassen wollte. In diesem Sinne fügte er hinzu: wenn eine despotische Faction dem Gesamtwillen des Volkes vorgehe, oder wenn man Deutschland die republikanische Staatsform mit Hilfe von Freischaren oder fremden Vapornetten aufzudringen versuche, so gehe die Republik über seinen Leib.

Wien, 8. April. Die Zustände wollen noch nichts von ihrer Unbehaglichkeit nach innen und nach aufhören zu verlieren. Die Wille sind abwechselnd nach Süden und nach Nordost gerichtet und finden weder hier noch da viel Tröstliches. Hinsichtlich Russlands nimmt die Presse, und wohl auch die Regierung, von Tag zu Tag eine entschiedenere Haltung an. Niemand befragt eine Unterordnung Oesterreichs und Deutschlands, und wie sie in Zukunft zu verhalten sind, sondern nur die Unterordnung zur Abwehr eines neuen Angriffes. Allein bei allem dem und bei der beginnenden Besinnung manche sich zu ergebende Divergenz kann man sich dem doch nicht hehlen, wie wir selbst den ersten Angriffen bloßgestellt erscheinen sind, wie auf dem Schauplatze noch nicht die rechten Männer erschienen sind. Zudem sind gerade in Oesterreich die so reichlich gefloßenen Drachenzugmächtig aufgeschossen, und wie ächten nun die Früchte des elenden Ucinandernehmens der Nationalitäten in der unsäglich schmerzhaften, zu einem großen Staatsgange zu vereinigen. Kaiser Joseph II. war zu rufen, den schönen Tempel aufzubauen, den unvollendet, ja, schon wieder zertrümmert, der Herosstatue Franz, der schon allzu lang auf das ägyptische Todengericht wartet, zu Füßen und Staub verbannt. Diese düsteren Betrachtungen finden täglich in den Berichten aus den Provinzen neue Nahrung, und die in der heutigen „Wiener Ztg.“ mitgetheilte neue Adresse der prager Bürgerchaft ist eben nicht geeignet, niederschlagen. — Der Erzbischof ist bereits vorgestern nach dem nächsten erzbischoflichen Sitze St. Veith abgegangen. — Heute weht die National-Fahne auch von den Gotteshäusern der verschiedenen confessionellen Gemeinden. — Privat-Nachrichten zufolge stehen die Russen hart an Galizien's Gränze und im Begriffe, dieselbe zu überschreiten. Während das Manifest sich an den Fanatismus der Intoleranz wendet, sucht man die Juden durch liberale Versprechungen für die russische Sache zu gewinnen. — Die hiesigen Journalisten gehen damit um, das an die „Wiener Zeitung“ mittels eines Nachbetrages von 40,000 R. C. M. monopolisirte Recht zu Anfeindungen als ein allgemeines zu reclamiren und dafür eine Entschädigung der Vertheilungen und sogar ein Einkommensquelle für die Regierung zu beantragen, indem sie in ihm

Aufrufe auf die „Times“ hinweisen, welche der Regierung durch die auf jede Infection gelegte Abgabe über eine Viertel-Million Gulden einbringe.

Aus Wien schreibt man der „Berliner Zeitung-Halle“ vom 8. April: Die heutige Stimmung ist eine höchst aufgeregte; Gerüchte verbreiten sich, daß ein russisches Corps bereits in Galizien eingerückt sei, und ein Artikel in der gestrigen „Wiener Zeitung“ über das Aufsuchen Russlands, Truppen zur Erhaltung (!) des Friedens in die österreichisch-polnischen Provinzen einzurücken zu lassen, ist eher geeignet, dem Gerüchte einen offiziellen Charakter zu geben, als ihm zu widersprechen. — Jicquelmont ist der Sympathien für Russland verdächtig — die königlichen Kreisämter in Galizien hegen, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren können, die Bauern noch immer gegen die Edelkute, — alle diese Momente zusammen genommen lassen in den Gemüthern gar Vieles die Idee aufzulauchen, als beabsichtige unsere Regierung reactionäre Bewegungen, zu denen Russland thätige Hülfe leisten werde. Nur eine offene, freie Erklärung des Ministers über Oesterreichs Stellung Russland gegenüber oder seine baldige Entfernung kann das Mißtrauen gegen Metternich's Nachfolger und Schüler unterdrücken. — Vom 9. April. Hartig und, wie wir hören, auch Hofrath Goernig reisen nach Italien ab, mit unbeschränkter Vollmacht zum Friedensschlusse [andere Nachrichten bestätigen dies]; und so wäre denn vorläufig ausgesprochen, daß unsere Dynastie nicht weitere Menschen-Opfer an die Herrlichkeit des Kaiserthums solcher Kronen wagen will, für deren Behauptung das Stammvolk der österreichischen Monarchie innerlich Sympathie zeigt. Gegen Russland ist die Stimmung hier eben so entschieden, wie sie flau ist gegen Italien; namentlich ist die „Oesterreichische Zeitung“ in mehreren Artikeln auf das heftigste gegen das Manifest des Kaisers von Russland aufgetreten und hat hierin wirklich alle Patrioten auf ihrer Seite. — Allgemein macht sich das Bedürfnis der Ordnung wieder geltend, und hätten wir ein Ministerium, das mehr Vertrauen genießt, so würden unsere Bürger gern wieder zu ihren Berufsgeschäften zurückkehren, während sie jetzt noch mit Mißtrauen und bewaffneter Hand die Thätigkeit der Regierung verfolgen.

Triest, 3. April. Wieder ein Schiff der österreichischen Marine gerettet. Das Dampfboot „Vulcano“, welches zum Schutze der Oesterreicher nach Neapel gegangen war, ist noch zeitig genug in Kenntniß gesetzt worden, nicht seine Richtung nach Venedig zu nehmen, und hat heute auf unserer Röhde die Anker geworfen. An Bord befindet sich Fürst Schwarzenberg, außerordentlicher Gesandter am neapolitanischen Hofe. Dagegen sind wir hier noch in Ungewißheit über das Schicksal des k. k. Kriegsschiffs „Guerrica.“ (H. A. Z.)

### Schweiz.

Basel, 7. April. Glauben Sie ja nicht, daß ich zu Hause allein Querköpfe zu haben, die anderen ethischen Leuten nicht nach zu schaffen machen, auch bei uns können wir uns nicht über den Mangel derselben beklagen. Da ist Hr. J. Kay von Genf, der durchaus seinen kleinen Heimat-Canton zu einem großen umwandeln will und deshalb dem Vorort keine Ruhe noch Maff läßt, die benachbarten Savoyen, Brieze, Chablais und Faucigny, deren Neutralität zu wahren der Eidgenossenschaft nach den wiener Verträgen zusteht, militärisch zu besetzen und wo möglich dem Canton Genf einzuverleiben. Bezüglich der Wiedrigkeit er tauben Ohren: der Vorort mahnte ab, sandte eidgenössische Commissarien nach Genf, aber Alles vergebens. Wenn der Vorort nicht will, so hat Genf nicht über Luft, auf eigene Faust die Besetzung vorzunehmen; und wirklich hat es bereits sein eigenes Contingent aufgestellt. Das ist der Hauptgrund, weshalb der Vorort so plötzlich und unerwartet die Tagelagerung auf den 13. zusammenberufen hat; außerdem haben die italienischen Wirren, in welche sich die Tessiner leider schon einemisch haben und in welche sich die Franzosen leicht noch einmischen könnten, die Veranlassung zu dieser Maßregel gewesen sein. Ein französisches Lager sammelt sich schon an des Landes Gränze und würde eventuell die schweizerische Neutralität wohl sehr wenig respectiren, falls dieselbe nicht durch ein Achtung gebietendes Truppcorps aufrecht erhalten wäre. Damit stand auch die Sendung des Hrn. Huber-Salabim von Paris nach Bern in enger Verbindung; man wünschte ein Schutzbündnis mit der Schweiz einzugehen, um sich in vorkommenden Fällen ohne Schwertstreich die Alpenpässe zu öffnen. Hr. v. Lamartine weiß nun, daß zu einem solchen Bündnis durchaus keine Neigung in der Schweiz vorhanden ist; wir achten und lieben die Franzosen von Herzen, allein in ihre Händel mischen wir uns nicht, und ich kann Ihnen versichern, daß die ganze Schweiz gefonnen ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften nach allen Seiten hin ihre Neutralität zu wahren. Mögen die Deutschen in Bern und Biel exerciren, so viel sie wollen, das wird man ihnen dort nicht wehren; sobald sie aber nur Mene machen wollten, in feindseliger Absicht die Gränze zu überschreiten, so würden sicherlich die schweizerischen Regierungen ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen wissen, wennschon die angeblich bedrohten deutschen Regierungen im vergangenen Herbst nicht eben so loyal gegen die Eidgenossenschaft gehandelt haben. — Die hiesigen Deutschen werden übermorgen sich versammeln, um eine Petition an das deutsche Parlament zu berathen, in welcher um eine genügende Vertretung und um besseren Schutz der Deutschen in der Schweiz durch einen deutschen Gesandten, statt der bisherigen Particular-Gesandten der einzelnen deutschen Staaten, dringend gebeten wird.

### Italien.

Rom, 1. April. Der uns zugehende „Contemporaneo“ meldet unter diesem Datum: Die Priester des Apollinaris-Klosters haben gestern in den Schulen des Collegio romano die Jesuiten erst. — Man hat an verschiedenen Orten ansehnliche Zettel gegen mehrere geistliche Orden angeschlagen. Es ist kein Bürger, der sich durch diese Zettel hätte verleiten lassen oder sie nicht aufs höchste mißbilligt. Ganz Rom weiß, aus welchen geheimen Verbindungen derartige Schreiben ausgehen, mit dem Zwecke, nicht allein die liberale Partei, sondern auch die Frömmigkeit und die Ordnungsliebe der Römer zu verächtlichen.

Neapel, 31. März. Der „Rombarbo“ hat folgende Nachrichten von diesem Datum nach Marseille mitgebracht: Beim Abgange des Schiffs brach ein Aufruhr gegen die erste Constitution aus, und das Volk verlangte neue Reformen. Der König weigerte sich. Die Regierung bereitete sich auf Widerstand vor; der Ausgang war nicht abzusehen. Der Commandant der Festung von Messina hatte neuen Kriegsvorath verlangt. Das sicilianische Cabinet ist unter der Regenschaft von Ruggiero Settimo zusammengesetzt, wie folgt: Muriano Stabile, Auswärtiges; Riso, Krieg; La Lumia, Justiz; Calvi, Inneres; Corbo, Finanzen; Scordia, öffentlicher Unterricht.

Lurin, 5. April. Das „Risorgimento“ meldet, daß die österreichische Besatzung von Comacchio am 30. März capitulirt hatte. Die „Opinione“ veröffentlicht eine Proclamation der venetianischen Regierung, welche das Volk zur Vertreibung des fremden Heerführers zu den Waffen ruft. Eine österreichische Wölge desselben Blattes meldet, daß Wallomano am 2. April die Festung von Comacchio in Mantua eingenommen ist.

Genua, 2. April. Die 200 neapolitanischen Freiwilligen, welche mit dem Dampfer „Virgilio“ am 31. März hier ankamen, sind gestern Abend unter lautem Volksjubel nach Pavia abgegangen. — Man ist hier in gespannter Erwartung auf die Ankunft eines Corps italienischer Freiwilliger, welche der bekannte Costa zu Marseille aus dort anfassigen Italienern bildet. Die Flucht der Jesuiten von Rom nach Malta hat hier neuerdings Stoff zu lauten, freudigen Bewegungen und Demonstrationen auf öffentlicher Straße Veranlassung gegeben. — Man spricht heute allgemein von einem französischen Geschwader, welches unter Admiral Baudouin zwischen dem Golfe von Genua und Livorno kreuzen soll.

Straballa, 31. März. Der Graf Landi und der Advocat Giesia sind so eben hier durchgekommen und sich in das Hauptquartier des Königs von Savoyen zu begeben, um ihn zu bitten, das sich von Parma losgetrennt habende Piacenza in seine Staaten einzuverleiben.

Mailand, 31. März. Das von der provisorischen Regierung unter heutigem Datum veröffentlichte Bulletin vom 3. März-Schauplatz lautet also:

Die lombardischen und schweizerischen Freicorps sind in Brescia. Der piemontesische General Bes, mit einem Corps von 5000 Mann, ist bereits bis Chiari vorgeückt. Der General Trotti, mit einem Corps von 8000 Mann, war gestern in Lodi angelangt. König Karl Albert, mit seinem zweiten Sohne, dem Herzoge von Genua, zog gestern Abend, an der Spitze von 8000 Mann, in Lodi ein. Der Herzog von Savoyen, ältester Sohn Karl Albert's, wird heute Abend mit 2000 Mann in Lodi erwartet. Das piemontesische Geschütz, welches diese Heere begleitet, beläuft sich auf 100 Kanonen. 10,000 Römer und 7000 Toscaner sind über Bologna und Ferrara an den Po gelangt, wel-



den ist bei Ponte-Rago-Euro überschritten werden. Bei Bagnato, in Nieder-Brescia, sind die lombardischen und schweizerischen Freicorps — zu denen sich viele insurgente Tyroler gesellt haben sollen — mit österreichischen Truppen handgemein geworden und haben 700 bis 800 Gefangene gemacht, wovon 50 Offiziere; auch eine Kriegsschiffe ist in die Hände der Sieger gefallen. Radeky war dieser Tage zu Desio und Somino. Die österreichischen Truppen haben sich längs den Ufern des Oglio aufgestellt. Es hat allen Anschein, daß wegen gänzlichen Mangels an Proviant der österreichische General die Absicht, sich in Mantua zurückzuziehen, aufgegeben habe. Das ganze Land zwischen dem Po, den Alpen und Tyrol ist insurgirt und bewaffnet. Man lebt hier allgemein in der festen Hoffnung, daß, sobald die schon jetzt in der Lombardie befindlichen italienischen Hülfstruppen sich vereinigt dem Feinde gegenüber zeigen werden, dieser seinen Rückzug aus dem Lande nur einer großmüthigen Capitulation verdanken dürfte.

Italienische Ueberläufer aus dem österreichischen Heere melden einstimmig, daß die in Orzinovi verfallenen Truppen in einem ganz erbärmlichen Zustande sind. Nach den eben eingelaufenen Berichten soll es bei jener Stadt bereits zu einem Gefechte zwischen den piemontesischen und österreichischen Truppen gekommen sein, wobei letztere den Kürzeren gezogen, gegen 3000 Mann Tode und Gefangene und vier Kanonen eingebüßt hätten. Zuverlässig ist, daß die nach der deutschen Gränze hin abgezogenen österreichischen Truppen in Elmarchen nach dem Innern der Lombardie ziehen.

**Mailand, 3. April.** Die Freiwilligen strömen von allen Seiten herbei, und die Deserteure, auf 40,000 Mann zusammen geschmolzen, werden gezwungen sein, in einer Schlacht ihr Glück zu wagen. Diefelbe wird wahrscheinlich bei Ronato Statt finden. — In Venedig soll man ein Schiff des österreichischen Lloyd erbeutet haben. — Ein aus Brescia heute Morgen angelangter Courier meldet, daß ein Corps Piemonteser eine Abtheilung Cavallerie, welche die Brücke von San-Marco bewachte, in die Flucht geschlagen hatte. — Die Deserteure lassen ihre Wuth an den Mannen aus. Die vornehmsten Bürger sind als Geiseln verhaftet, und die Stadt ist mit einer außerordentlichen Steuer von 3 Millionen Lire belegt worden.

**Wien, 8. April.** Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine dem Bericht Radeky's entnommene Uebersicht der Operationen in Ober-Italien. Diefelbe enthält nichts Neues, nur daß Alles darin zum Vortheile der Deserteure lautet. Das Aesthetische ist in jenem brutalen Tone abgefaßt, der so gut zu dem abentheuerlichen Militar-Despotismus des Hero der Lombardie, Feldmarschall Radeky, paßt. „Der Charakter dieses Volkes“, berichtet Radeky, „ist ganz umgewandelt; der Fanatismus hat jeden Rang, jedes Alter und jedes Geschlecht ergriffen.“ Der Verlust auf Seiten der Deserteure ist nirgends angegeben, genugsam aber darauf hingedeutet, daß er beträchtlich gewesen sein muß. „Der Verlust an Menschen“, — setzt die „Wiener Zeitung“ hinzu — „muß in Mailand sehr bedeutend gewesen sein, zumal in den Häusern, die mit Sturm genommen wurden, wo Alles, was sich widersetzte, den Tod fand. Auch der Verlust der Truppen kann nicht unbedeutend sein; die Verlustangaben werden noch erwartet. Die letzten Nachrichten des Feldmarschalls“ — so schließt der Bericht — „sind aus Verona vom 2. und bieten nichts Neues.“ Die Zerstörung von Molignano berichtet der greise Wüthend in folgenden Worten: „Am 23. vor Molignano angekommen, hatte der Ort die Frechheit, die Niederlegung der Waffen zu verlangen. Der Feldmarschall, davon benachrichtigt, ließ sogleich Batterien auffahren und den brennenden Ort mit Sturm nehmen. Der Schrecken, den das Schicksal von Molignano vor dem Feldmarschall her verbreitete, hatte die heilsamsten Folgen.“ Man glaubt sich wirklich in die Zeiten Tilly's verlegt!

## Belgien.

**Brüssel, 11. April.** Die provisorische Regierung von Mailand hatte an den hier verweilenden General Duvornick den ehrenvollen Antrag ergeben lassen, die Arme der Lombarden zu organisiren und zu befehligen. Der General hat den Antrag abgelehnt mit den Ausdrücken: er habe ein Vaterland zu befehlen, und diesem gehöre sein letzter Blutstropfen. — Die freiwilligen Unteroffiziere für die National-Anleihe dauern fort und haben bereits beträchtliche Summen geliefert. Der Nationalleiter ist wirklich bewundernswürdig. — Hr. Belloeg ist zum französischen Gesandten beim brüssler Hof ernannt. Ein Beweis, daß es der provisorischen Regierung mit ihren freundschaftlichen Beziehungen zu Belgien Ernst ist. — Nachrichten aus Lille zufolge haben die französischen Freischaren vorläufig jede Unternehmung gegen Belgien aufgegeben.

## Frankreich.

**Paris, 10. April.** Nach dem „National“ wird höchstens ein Erlass des Kabinetts erschienen, durch welchen 7-800 Beförderungen, wovon 4-500 von Unteroffizieren, vorgenommen werden. Es soll dies bloß der Anfang von Maßregeln sein, welche der Armee Beförderung zu gewähren und die Militär-Institutionen mit dem Grundfeste der Regierung in Einklang zu bringen bezwecken.

— Gestern war an der Börse von einem großartigen Finanzplane die Rede, über welchen ein Morgen-Journal folgende nähere Mittheilungen macht: Nach diesem Plane sollen alle Banken aufgehoben werden und fortan nur eine einzige Central-Anstalt als „Nationalbank“ bestehen. Diese soll in die Hände der Regierung gegeben werden, und die Actionäre der Bank von Frankreich und ihrer Zweigbanken will man durch Billets der Nationalbank entschädigen. Die Nationalbank soll vermittelst neuer Billets-Ausgaben zuerst die Eisenbahnen und nachher alle Berg- und Grubenwerks-Concessionen an sich kaufen. Man will Billets für beinahe zwei Milliarden ausgeben, um sowohl die jetzigen Actionäre abzulösen, als um die Eisenbahn-Arbeiten fortzusetzen. Der gesammte Umlauf der Billets der Nationalbank soll auf dreihalb Milliarden gebracht werden, und in ganz Frankreich soll es keine anderen Billets geben. Die Ausgabe der Billets soll 1) durch die Staatsdomänen, 2) durch die Staatseinnahmen und 3) durch das Eigenthum und das Material sämtlicher Eisenbahn-Linien gewährleistet werden. — Die Bank-Aktien sind in dieser Woche auf 990 gefallen, d. h. auf den niedrigsten Standpunkt, den sie noch je erreicht haben.

— Der Arbeitsminister Marie wollte gestern die 25 1/2 Stunden lange Eisenbahn von Tropez nach Montevau ein. Sie ist die wohlfeilste in Frankreich, indem der Bau nur 200,000 Fr. per Kilometer gekostet hat. — Die blühigen Clubs machen schlechte Fortschritt; der von L. Blanc geleitete ist in völliger Auflösung begriffen. In einem der Clubs äußerten vorgestern Abend zwei auf einander folgende Redner, daß zur Kräftigung der Republik 2000 Köpfe fallen müßten. Ein sehr bekannter Schriftsteller (E. Sue) befragt nach ihnen die Tribune und sagte: „Um die Republik zu retten, verlange ich nicht 2000, sondern nur zwei Köpfe, nämlich die der Redner, die so eben gesprochen haben.“ Sofort kam es im Club zu Spaltungen und zwischen den beiden Parteien zum Handgemenge, welches damit endigte, daß man die vorerwähnten zwei Redner und ihren Anhang zur Thür hinauswarf.

— Umgeben von Paris dazu verwendet, die Fabriken und Werkstätten durch zum Stillstand zu bringen, daß die Arbeiter zur Einstellung ihrer Arbeit gezwungen wurden. Vorgestern feilte verfuhr die Bande in drei Orten auf diese Weise; der Maire von Brunoy aber versammelte die Nationalgarde, umzingelte die Meuterer, zwang sie, ihren Namen und Aufenthalt genau anzugeben, und entließ sie, nachdem sie streng bewacht bis zur Gränze des Gemeindebezirks geführt worden waren, mit der Versicherung, nie mehr zurückzukehren.

— Vier Männer mit einer Fahne versammelten gestern der Börse gegenüber 2 bis 3000 Leute um sich und forderten die zahlreich darunter befindlichen Arbeiter auf, alle Fabriken, Werkstätten, Läden etc. zu besetzen und die dort beschäftigten ausländischen Arbeiter mit Gewalt auszuweisen. Die Aufforderung wurde sehr kalt aufgenommen, und als einer der anwesenden Arbeiter rief, daß sie das Barricaden-Motto: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ nimmer entweihen wollten, erscholl allgemeiner Beifall. Der Fahnenträger und seine Begleiter wurden sofort festgenommen, nach der Polizei-Präfectur gebracht und eingesperrt.

— Die Zahl der für die National-Werkstätten eingeschriebenen Arbeiter beträgt gegenwärtig 45,000. Jeder Arbeiter erhält täglich ein Durchschnittslohn von 1 Fr.

— Zu St. Etienne trafen am 8. April fünf Abgeordnete eines Ignor Clubs ein, welche die Soldaten der Besatzung aufzuwiegen versuchten. Diese machten aber sofort ihren Offizieren Anzeile und die Verführer konnten nur durch schnelle Flucht der Verhaftung entgehen.

## Großbritannien.

**\* London, 10. April.** Heute Morgen schlug die National-Convention der Chartisten folgenden Aufruf an die Straßenknechte an: „Die Erhaltung des Friedens und die Sicherheit des Eigenthums ist die erste Pflicht eines jeden Bürgers. Die National-Convention wird denjenigen als einen Feind betrachten, der auf irgend eine Weise den Frieden der Hauptstadt stört.“ Um die Aufrichtigkeit dieses Aufrufes zu beweisen, hat die National-Convention die Anordnungen für den Zug geändert. Um halb zehn Uhr brechen die Führer der Chartisten, die Häupter der Convention, mit der Mittags von Tottenham-Road auf und ziehen über Holborn und Blackfriars-Road nach Kennington Common. Hier wird die Versammlung gehalten, und der Zug bewegt sich, wie er gekommen, bis nach Regent-Circus. Hier, also in bedeutender Entfernung vom Parlamente, löst sich der Zug auf, und die 49 Mitglieder der Convention allein begleiten die Petition zum Unterhause. Die Polizei wird von dieser Anordnung in Kenntniß gesetzt und traf danach ihre Maßregeln. Nach 11 Uhr ward kein Wagen in Desfordstreet und Regentstreet, sonst die belebtesten Straßen des Westendes, zugelassen. Alle Gebäude der Regierung sind durch Truppen geschützt, und viele Eigenthümer der Häuser, wo der Zug vorbeikommen soll, haben alle Maßregeln getroffen, um sich gegen einen Einbruch zu vertheidigen. Mit der Eisenbahn kommen viele Chartisten an, besonders aus dem Norden, ihrem Hauptziele; doch ist keine Stadt von einiger Bedeutung ohne ihre Vertreter geblieben. Um 10 Uhr brach die Convention auf, wo D'Connor erschien und über diejenigen spottete, die herum gingen und sagten, D'Connor sei entflohen. Die Convention befragte ihre Wagen, die mit Bannern und Aufschriften versehen waren z. B.: „Die Stimme der Erkenntniß wird den Kanonendonkern überdauern“, u. s. w. Hinter den Wagen bildete sich ein ganzer Zug. Ungehindert zog er durch die Straßen. Die Sonne schien hell, der reinste Himmel lagte über London. Angekommen auf dem Plage der Versammlung, trat D'Connor auf und ward mit endlosem Jubel begrüßt. Fünf- und zwanzig Jahre, sagte er, habe er für die Charte gekämpft und werde jetzt wahrlich nicht davon schleichen. Die Brücken waren von der Polizei gesperrt; der Zug konnte nicht hindern. Aber er wollte dem Unterhause schon sagen, daß die Chartisten ihre Petition eingeleitet, mit oder ohne Zug. Es sei für diesmal genug, daß ein Brief mit 5,700,000 Unterschriften die Rechte des Volkes fordere. Er werde heute Abend im Unterhause auf seinem Posten sein und der Minister des Innern verklagen, daß er die Rechte des Volkes schmälere. Er edle alle Chartisten, über den Frieden zu wachen. Als D'Connor sich entfernt hatte, trat Ernest Jones auf. Auch er könne für heute zum Zug mitgehen, obgleich er ein physical-force-Chartist sei (einer, der die Forderungen der Chartisten mit Gewalt durchsetzen will), denn sie werden heute in eine Falle gelockt. Die Polizei hätte die Brücken besetzt und liegen nur einzelne hinüber gehen. Die Versammlung zerstreute sich friedlich. Die Straßen in der Nähe des Parlamentes füllten sich gegen Mittag mit einer großen Menge meist wohlgekleideter Menschen. Die Chartisten versammelten sich an verschiedenen Orten. Das Militär blieb in der Stille bereit gehalten. Der Herzog von Wellington, der Oberbefehlshaber des englischen Heeres, und andere hohe Officiere reiten herum, um nach den Umständen ihre Maßregeln zu treffen. Doch bis nach 2 Uhr schien Alles ohne Aufregung verlaufen zu wollen. Die Zahl der Versammelten auf Kennington Common schätzte man auf nicht mehr als 20,000. Quo promissa cadunt?

Die Chartisten haben in vielen Städten heute Versammlungen angekündigt. Die Regierung hat für heute den elektrischen Telegraphen ausschließlich in Anspruch genommen. Bis jetzt sind keine Nachrichten von Unruhen eingetroffen.

In Irland scheint ein Ausbruch kaum zu vermeiden. Die Aufregung ist so groß, daß die Parteien ihre Streitigkeiten vergessen. In Dublin haben auch die Studenten der Regierung ihre Unterstützung angeboten. Die Regierung hat dieses Anerbieten angenommen. Doch werden die Studenten nur im äußersten Falle Waffen ausgeliefert erhalten. Neue Truppen sind angekommen.

Lord Palmerston gab gestern ein glänzendes Fest zu Ehren des Prinzen von Preußen.

## Ungarn.

**Breßburg, 6. April.** Uebermorgen begibt sich von hier eine glänzende Deputation unter dem Namen nach Wien, um dem König auf seiner Herrreise zu begleiten. Derselbe wird am 10. die Auflösung des letzten ungarischen Reichstages in eigener Person vollziehen. Der Herzog Bielewsky wird sich dann nicht nach Ofen begeben, sondern, wie es heißt, den ganzen Sommer über hier verbleiben. In gut unterrichteten Kreisen spricht man von den republikanischen Bewegungen in Pesth, welche einen immer bedenklicheren Charakter annehmen, als von der Veranlassung zu dem bescheidenden Entschlusse des Erzherzogs. In der That ist die Stimmung in Pesth sehr drohend. Die blutrothen Cocarden kommen in erschrecklicher Menge zum Vorschein. Man ist dort mit der Wägung des Landtages nicht zufrieden und bringt namentlich auf die augenblickliche Zurückberufung des ungarischen Militärs aus allen österreichischen Provinzen und die Entfernung des nichtungarischen aus Ungarn. Der pesther Nationalgarde zählt bereits über 11,000 Mann, sie hat auch schon alle Cafenen besetzt, so sehr sich auch der commandierende General von Ungarn, Baron Lederer, dagegen stämmte. Dieser fand seine Stellung so peinlich, daß er nach Wien abreiste und dort wahrscheinlich sein Commando niederlegen wird. Neben den entschieden Constitutionellen, welche dem Königthum treu bleiben, aber Ungarn durchaus unabhängig von Oesterreich sehen wollen, erhebt eine furchtbare socialistische Partei ihr Haupt, welche die allseitig machende französische Republik einführen will. (Westl. Ztg.)

## Galizien.

\* In Krakau hat sich am 6. d. M. ein Bürger-Comité als Vermittler zwischen der Bürgerschaft und der Regierung gebildet, um der Dolmetscher der Volkswünsche bei der letzteren zu sein. Die Behörde hat dasselbe provisorisch bekräftigt, in der Annahme, daß dasselbe keinen anderen Zweck als den angegebenen verfolgen werde.

## Griechenland.

\* Athen, 29. März. Der König hatte folgende Ministerliste für das neue Cabinet festgesetzt: Präsident und Vizepräsident: Konduriotti; Finanzen: Christacopoulos; Auswärtiges: Drosos Manolas; Krieg: General Rhodius; Justiz: Dionysios Arriacos; öffentlicher Unterricht und Cultus: General Anastasius Mavromichalis. Die beiden Letzteren haben aber nicht angenommen; jener sollte die Auflösung der Kammer als Bedingung seines Eintrittes; dieser wollte das Kriegs-Portefeuille haben. Beides schien dem Könige unangenehm, und er gab das Portefeuille des Unterrichts interimistisch dem Minister des Auswärtigen, und das der Justiz dem Minister des Innern zur Verwaltung. Das so constituirte Cabinet erließ eine Anticris-Proclamation. Man hofft, daß mehrere Mitglieder der Opposition sich demselben anschließen werden. Die Partei Kallitris, so wie die des Mavromichalis, die französische und die englische, werden sich demselben anschließen. Die Nationalen Grundlagen basiren Verwaltung consolidiren und dem Lande Ruhe verschaffen!

## Türkei.

\* Konstantinopel, 22. März. Trotz der Vermählungen des österreichischen Prinzen und des russischen Grafen glaubt man zu wissen, daß Suleyman Pascha in Paris angewiesen worden sei, freundschaftliche Beziehungen mit der französischen Republik zu unterhalten. Der Sultan bereitet sich indessen auf alle Fälle vor, und die Rüstungen im Arsenal werden thätig betrieben. — Der Vertrag zwischen der Pforte und Persien ist endlich unterzeichnet worden. — Die Cholera nimmt seit vierzehn Tagen zu. — Der englische Gesandte, Lord Cowley, ist abgereist.

## America.

\* New-York, 25. März. Am 19. traf die Nachricht von der französischen Revolution hier ein, die mit Enthusiasmus begrüßt ward. Ueberall wurden Versammlungen gehalten und Reden und Subscriptionen unternommen. Die Abkömmlinge aller Völker feiern gleichsam ein gemeinsames Fest, vor allen strahlen die Franzosen vor Freude. Aber am nachschaffensten regen sich die Irländer. Sie wollen sogleich eine Million Dollars aufbringen, um Irland zu unterstügen, daß es die „englische Sklaverei“ abschütteln könne. — In den Vereinigten Staaten ist nicht die Geringste Veranlassung zu einer Revolution. Das Parlament hat einen Ausschuss niedergesetzt, um zu berathschlagen, ob man die Trunkenheit nicht mit Strafen belegen solle!

## Neueste Nachrichten.

\* Köln, 12. April. Man ist hier im Begriffe, ein constitutionelles Wahl-Comité für den Regierungs-Bezirk Köln zu bilden. Das Nähere darüber morgen.

**München, 8. April.** Die Kammer der Reichsräthe hat einstimmig mit Resolution die Desfection ihrer Sitzungen beschlossen. (Zf. Z.) **Karlsruhe, 11. April.** Der Großherzog und das Staatsministerium haben unterm gestrigen Tage einen Aufsat erlassen, in welchem sie der Ansicht widersprechen, als ob mit der Zusammenziehung der Truppen des 7. und 8. Armeecorps eine Unterdrückung der freisinnigen Bestrebungen des badischen Volkes beabsichtigt werde.

**Kassel, 10. April.** Während ich diese Zeilen schreibe, durchtobt der fürchterliche Aufbruch die Straßen der Stadt. Die Alarm-Trommel ruft die Bürgergarde unter Waffen, die Sturmlocke tönt schauerlich durch die Nacht. Eine Anzahl Einwohner hat ihre Antipathie gegen den Finanzminister v. Nos durch ein Charivari kund gegeben. Vorgestern Abend wurden diese Demonstrationen vor den Häusern der vorerwähnten Minister, der Herren Dehn-Rothfeller und Abbes, in größerer Ausdehnung wiederholt, wobei auch Beschädigungen fremden Eigenthums, leider auch Verwundungen von Bürgergardesten vorkamen. Gestern Abend beabsichtigte eine große Anzahl junger Leute eine Demonstration entgegengesetzter Art, man wollte sämmtlichen Ministern ein Lebehoch bringen, vor der Wohnung des Ministers Eberhard war dieses bereits ausgeführt, in aller Ruhe und Ordnung begab man sich zu dem Justizminister v. Baumbach; da wurde der Zug in der Nähe der Gardecorps-Casernen von einem Piquet Gardecorps angehalten, welches sofort auf die unbewaffnete Menge schauf einhieb und mehrere verwundete, von denen bereits einer verchieden ist. — Die Erbitterung über diesen durch nichts provocirten Gewaltthat ist schwer zu beschreiben. In allen Straßen erhoben sich sofort Barricaden, das Zeughaus wurde gestürmt und bis auf die letzte Pistole angelegert; ehe der Anstich gegen die Gardecorps-Casernen erfolgen konnte, hatten diese jedoch das Weite gesucht, jedoch verfolgt von den Schüssen der wenigen anwesenden bewaffneten Bürger. Durch einen Pistolenschuß aus einem Fenster der Caserne war noch ein junger Mensch verwundet worden, worauf von allen Seiten Schüsse gegen die Casernen fielen; als man jedoch in dieselbe eindrang, war außer wenigen Kranken kein Mann mehr vorhanden. Das Haus wurde von Grund aus demolirt, den Anstrengungen des Überbürgermeisters gelang es mit Mühe, das Volk von der Anzündung der Casernen zurückzuhalten. Mehr als 4000 Menschen stiegen unter Waffen, man sieht Anaben von 14 Jahren mit den prächtigen Carabinen und Pistolen durch die Straßen ziehen und dieselben abfeuern. — Um 3 Uhr. Da mit der Entfernung der Gardecorps der Gegenstand der allgemeinen Erbitterung beseitigt ist, so hat sich der Sturm einiger Waffen gelegt; die Barricaden stehen jedoch noch und werden bewacht, man will die Waffen nicht eher niederlegen, als bis die Gardecorps aufgelöst und die Officiere, welche den Anstich geleitet, verhaftet sind. Letztere sollen einige junge adeliche Leute sein, die sich schon vor einigen Tagen geflüchtet hatten, bei der nächsten Gelegenheit auf die Bürger einhauen zu lassen. Noch immer durchziehen zahlreiche bewaffnete Volkshaufen die Stadt, ihre Gewehre von Zeit zu Zeit abfeuernd. Wie werden sehen, was der Tag uns bringt. Minister Eberhard war während der ganzen Nacht auf dem Schauplatz des Auftrubs inmitten der Bürger. (Frankf. Z.)

**Bern, 9. April.** Endlich hat sich auch die hiesige Regierung veranlaßt gefunden, gegen die deutschen Freischaren einzuschreiten. Es wurde nämlich gestern nachstehender Beschluß öffentlich bekannt gemacht:

Der Regierungsrath des Cantons Bern, auf erhaltene amtliche Anzeige, daß in diesem Cantone Ausländer sich militärisch organisiren und bewaffnen, um eventuell als Streitmacht bei den politischen Bewegungen der Nachbarstaaten sich zu betheiligen — in Betrachtung, daß die Betheiligten solcher Zwecke nach dem Völkerrechte im Allgemeinen und nach der staatsrechtlichen Stellung der Schweiz insbesondere unzulässig ist, mit Bezugnahme auf das Kreisreiben des hohen Bundesrates vom 28. Februar 1848 — beschließt: 1) Die Bildung bewaffneter und militärisch organisirter Vereine zum Zwecke der Einmischung in die politischen Verhältnisse benachbarter Staaten ist untersagt; 2) die bereits errichteten Vereine dieser Art sind aufzulösen; 3) die Regierung-Statthalter sind mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt. (Deutsche Z.)

## Bericht.

über die Verhandlungen der siebenzehn Vertrauensmänner am Bundestage.

Durch Beschlußnahme vom 10. März d. J. wurden sämtliche Regierungen eingeladen: „Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der 17 Stimmen des engeren Rathes einen, alsbald (spätestens bis zu Ende d. M.) mit dem Auftrage nach Frankfurt abzuordnen, der Bundes-Versammlung und deren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundes-Versaffung mit gutachtlichem Berath an die Hand zu gehen.“ Die nach diesem Beschlusse abgeordneten Männer verhandeln theils unter sich collegialisch in gesondelter Sitzung, theils in gemeinschaftlicher mit dem vom Bundestage bestellten Ausschuss für Revision der Bundes-Versaffung, welcher jedoch bis jetzt für sich allein seine Beschlüsse faßt.

30. März. — Erste (vorläufige) gemeinschaftliche Sitzung. Die zuerst als Vertrauensmänner amfendenden Herren Albrecht (Oldenburg und Anhalt), Baffermann (Baden), v. Gager (Braunschweig und Nassau), von der Gabelenz (Sächsische Herzogthümer), Jordan (Rheinland), Langen (Großherzogthum Hessen), Stever (Mecklenburg), Uhlund (Württemberg) und v. Wangenheim (Hannover) zu gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Bundes-Revisions-Ausschuss, der aus den Herren Bundestags-Gesandten von Oesterreich, Preußen, Baden, Sachsen, Hannover, Baden und der freien Städte besteht, in den Bundespalast eingeladen, legen das Programm zu den Verhandlungen der am 31. März beginnenden Notablen-Versammlung vor und empfehlen dringend, daß der Bundestag auf die Parlaments-Frage seinertheils offen eingehen möge. Hierdurch ist der noch am 30. März gefasste und am folgenden Morgen publicirte Bundesbeschluß erwirkt.

## 3. April. — Erste Sitzung der XVII.

Neu eingetreten: die Herren Dahmann (Preußen) und Zolt (Sachsen). Nachdem die Verhandlungen in der Paulskirche beendet sind, constituiren sich heute die XVII Vertrauensmänner. Sie wählen zu ihrem Präsidenten Hrn. v. Gager, zum Vice-Präsidenten Hrn. Baffermann.

## 5. April.

Hinzutreten: die Herren Drosfen (Hofheim) und Petri (16. Stimme). Es wird bestimmt, daß für jeden der zu einer Curie vereinten Bundesstaaten ein besonderer Abgeordneter zu den Verhandlungen der Vertrauensmänner zulässig sei, mit der Beschränkung, daß den mehreren Abgeordneten derselben Curie zwar die volle Theilnahme an der Beratung gewährt werde, bei der Abstimmung aber dieselben sich zu einer einzigen Stimme vereinigen müssen. In Antwort auf ein eben eingelaufenes Schreiben des Revisions-Ausschusses, den Geschäftsgang betreffend, wird beschloffen, gegen ertheilen den Büschen auszusprechen, daß die Vertrauensmänner künftig bei allen denjenigen Beschlüssen der Bundes-Versammlung, welche in offizieller Form zur Publication kommen sollen, zum Beirath zuzuziehen werden so wie den weiteren Wunsch: daß der neuerlich erlassene Bundesbeschluß wegen Aufhebung der Ausnahmebefehle in offizieller Weise zur Publication gebracht werde. Nach dem vorgedachten Schreiben des Revisions-Ausschusses soll, unter Beziehung auf einen beigelegten Bundesbeschluß vom 30. März, die Initiative und namentlich die Aufstellung eines Entwurfes zu einer neuen Bundes-Versaffung dem aus den Männern des allgemeinen Vertrauens zusammengesetzten Beirath überlassen sein. Es wird beschloffen, zur Ausarbeitung eines Verfassungs-Entwurfes eine Commission niederzusetzen, und dazu werden berufen: die Herren Dahmann, Jordan, Baffermann und Albrecht unter Zutritt des Vorstehenden. Die Commission wird ihre Arbeiten diesen Nachmittag beginnen.

## 6. April. — Dritte Sitzung der XVII.

Die Vorstände des von der Versammlung in der Paulskirche gewählten Fünfziger-Ausschusses, die Herren v. Sotiron, Blum und Abegg, werden eingeführt und erneuert die von ihnen bereits an den Hrn. Präsidenten der XVII gestellten Anträge: 1) wegen directer und mündlicher Communication zwischen dem Bundestage, den XVII und dem Fünfziger-Ausschuss; 2) wegen der Ausschreiben von Seiten des Bundes zu den Wahlen in die constituirende Versammlung nach dem Maßstabe von 1 auf 50,000; 3) wegen der Stellung von Schleswig-Holstein zum Bunde. Von Seiten der XVII wird die Bereitwilligkeit (Siehe den Verfolg in der Beilage.)

## Hierbei eine Beilage.

Herausgeber: Hof. DuMont.

Verleger und Drucker: M. DuMont-Schauberg.

Erstition: Breitstraße Nr. 76 u. 78.



# Rheinische Zeitung.

Nr. 105.

Freitag, 14. April

1848.

## U e b e r s i c h t.

**An die Arbeiter.**  
Landtags-Angelegenheiten.  
Deutschland. Berlin (Umsichtes; der Landtag; die Finanz-Angelegenheiten; Clubs und Vereine; Ausschüsse wegen der Arbeiter-Verhältnisse; Zettel-Ausgabe; Departement; evangelische Kirchen-Verfassung). Posen (Beginn der Organisations; große Versammlung; Zug gegen Schöden). Götting (Proclamation an die Polen). Breslau (Dr. Vinder; die Bayern). Köln (Kriegscharren nach Schleswig-Holstein; Adresse an Mathy). München (Gesandtschaft über Minister-Verantwortlichkeit; Karlsruhe (die zweite Kammer). Hannover (Zug der Volkskammer). Braunschweig (Aufregung wegen Schleswig-Holstein's). Aus Schleswig-Holstein (Nachrichten vom Kriegsschauplatz; fast ganz Schleswig verloren). Hamburg (hannoversche Truppen; Einmarsch der Preußen in das Herzogthum Schleswig; die „Hoffnung“; der Sund). Frankfurt (die Bundes-Matrosen; Abohnungen des Rüniger-Ausschusses und des Bundes nach Kassel). Vom Main (die Anarchisten; der Rüniger-Ausschuss). Wien (Demonstrationen). Schweiz. Vom Jürische (die Deutschen in der Schweiz). Italien. Turin (Parma unzufrieden). Venedig (Venedig und Mailand in Unterhandlung). Mailand (Nachrichten vom Kriegsschauplatz). Von der italienischen Grenze (Lage des Kriegsschauplatzes). Wien (Küftungen). Frankreich. Paris (der Schweiz angeblich ein Bündnis angeboten; Rumschreiben an die Maires; der Finanzplan; die „Debatte“ über Deutschland; die Büllets von 50 Francs; Nationalgarde-Wahlen; Schatz-Verkäufung; Versammlungen; Spaltung im Club Montagu; Schließung als National-Gardisten; Wirren zu Belfort und Troyes; Schreiben Ludwig Philipp's an seine Tochter Louise; Briefe Guizot's; geheime Fonds-Essen). Straßburg (die deutsche Legion). Spanien. Madrid (Ankunft des Herzogs und der Herzogin von Montpensier in St. Sebastian). Großbritannien. London (die Chartisten am 10. April; die Ruhe in England ungebrochen; die irischen Conservativen; Watten-Pandel in Irland). Ungarn. Preßburg (Verwirrungen). Schweden und Norwegen. Stockholm (der geheime Ausschuss). **Neueste Nachrichten.**  
Börsen- und Handels-Nachrichten.

## An die Arbeiter.

Köln, 13. April.

Nicht zu euch sprechen wir heute, die ihr die Geschichte der Staaten vom Gipfel zu Gipfel verfolgt. Nein, wir wenden uns an euch, die ihr nicht durch Berggipfel, nicht durch Reichthum, nicht durch die Wissenschaft geduldet wird; wir wenden uns an euch, die ihr keinen anderen Mitleidstheil als — die Arbeit habt.

Wir haben uns die Freiheit erkauft, und ihr, ihr Männer der Arbeit, seid nicht die Letzten gewesen bei den Baricaden von Berlin. Wir wollen ächten von der Freiheit, und ihr werdet die Ersten sein, die von ihr ächten.

Aber — vergessen wir es nicht! — nur unter gewaltigen Wehen wird eine neue Zeit geboren. Es ist die Pflicht jedes Mannes, diese Zeit baldmöglichst zu ihrem Ende zu führen. Und aus dieser Ueberzeugung sprechen wir zu euch.

Wenn es zu einem gewaltigen Umschwung alles Bestehenden gegeben hat in der Weltgeschichte, so ist er in diesem Jahre und für euch gegeben. Ihr, die ihr von den Tagen des grauen Alterthums an feine Geschichte hattet, die ihr unbeschrieben in euren dunklen Behausungen fort-lebten von Geschichte zu Geschichte, die Noth und Uebel oft den edelsten Gefühlen des Menschen entfremdete: — ihr seid wieder empor gestiegen zu euren menschlichen Berufen. Ihr wart die Verflorenen, ihr habt den Adel der Menschheit wieder errungen.

Freilich, Mancher unter euch hat diese Wahrheit nicht erkannt. Schon ist manche unheilvolle That geschehen. Das Eigenthum, die persönliche Freiheit, die Grundlagen aller Gerechtigkeit sind verletzt worden. Wenn wir fragen, welchen Zweck ein solches geschehndes Vergehen haben kann, so kann man nur mit Bedauern und mit Besorgniß eine Antwort geben.

Man hat Fabriken zerstört, man hat vor Allen die Communications-mittel — die Dampfschiffe und Eisenbahnen — zu vernichten gesucht. Gewiß, es ist nicht schwer, in einer Stunde zu vernichten, was in Wochen, in Monaten geschaffen worden ist. Aber nur Barbaren können ohne Zweck vernichten, und nur Thoren können vernichten, daß zur Zweck auf dem Wege der Zerstörung zu erreichen sei.

Ihr beklagt euch über Mangel an Arbeit, und mit Recht. Aber jede Uebergangsperiode muß mit Opfern, mit Gefahren überdauert werden. Von den Reichen sowohl, wie von den Armen. Es ist auch dieses Mal in dem allgemeinen Strome ein Mistrauen gegen die Zahlungsfähigkeit der Staaten entstanden, Schlag auf Schlag sind die großen Capitalien gefallen, andere haben sich dem Verkehre entzogen. Je mehr die Unordnung sich steigert, desto mehr weicht das Capital, weicht die Gelegenheit zur Arbeit, zum Verdienste. So wie die Staatspapiere bei einer unsicheren Lage des Staates sinken, so sinkt die Möglichkeit der Arbeit mit dem sinkenden Vertrauen in die Dauer der Staaten und unserer Zustände. Zerstört ihr Dampfschiffe und Eisenbahnen, so zerstört ihr den Verkehr, und — was noch unendlich mehr ist — ihr zerstört den Lebensunterhalt von tausend Andern, ihr zerstört die Zukunft des Vaterlandes. Jeder Schuß, der auf ein Schiff im Rheine fällt, ist ein Schuß auf die Freiheit; jede Schiene, die gehoben wird, ist eine Wunde für das Vaterland. Es kann im Ernste Niemand glauben, daß wir wieder zu jener Zeit zurückkehren könnten, wo noch keine Macht, als die der Hände, den Menschen zu Gebote stand: diese Zeit des ersten Faustrechts ist zum Glück der Menschheit auf ewig dahin.

Und somit wenden wir uns an euch. Die Welt hat die Arbeiter von Frankreich gerührt, daß sie nicht durch gefesselte Ketten die Verbesserung ihrer eigenen Zustände hemmen. Ihr habt den Beruf, das Beste zu thun und den alten Glauben nicht lösen zu lassen, daß das deutsche Volk das geschickteste der Erde ist. Nach wenigen Tagen, und die großen Mächte unseres Volkes sind befestigt, und die Frage der Arbeit wird die erste sein, welche alle Geister unseres Volkes beschäftigen wird. Wer bis dahin eine Etablierung der öffentlichen Ruhe versucht, ist ein Feind des allgemeinen Wohles und muß als Verräther geachtet werden von dem Volke; denn er sucht auf ferne Zeiten zu verschieben, was schon morgen geschehen könnte.

Arbeiter, erhebt euch gegen diese! Verschmäht diejenigen, welche durch euch die Ruhe stören wollen; denn nur in der Ruhe kann die Freiheit auf euch hinübergeleitet werden.

Oder zweifelt ihr daran? Bald werden die Vertreter des deutschen Volkes zusammenkommen, und ihr werdet eure Vertreter wählen, wie die Höchsten und Erlauchtesten, die es bisher gegeben hat. Es ist für euch eine Zeit gekommen, wo euch die Ruhe größere Siege bringt, als der Zwiespalt und der Aufruhr. Es ist dahin gekommen, daß jede Revolution zu einer Niederlage für euch wird, daß die Arbeit und die Freiheit nur noch dieselben Feinde hat.

Und sodann ein Anderes! Es ist in Köln, es ist in vielen anderen Orten eine Bürgerwehr gegründet, weil die Truppen hinfort nur gegen den äußeren Feind zu setzen haben werden. Aber nicht gegen die Arbeiter ist die Bürgergarde gegründet, sondern gegen die Exzesse, welche Uebelthäter — und zum Schaden der Arbeiter — verüben möchten. Die Bürgergarde ist da, die neue Freiheit zu beschützen, nicht aber, sie in irgend einem Kreise der Gesellschaft zu bekämpfen; und die Freiheit und der Fortschritt ist zunächst für euch, für die Arbeiter, erschaffen; die Welt bedarf nicht mehr als der Ordnung und des Friedens, um diesen Sieg zu sichern und zu behaupten.

## Landtags-Angelegenheiten.

Vierte Sitzung des Vereinigten Landtages, am 10. April.

Der Landtags-Commissar eröffnet die Sitzung mit dem bereits in der gestrigen Nr. d. Bl. mitgetheilten Vortrage in Betreff der Wahlen zur deutschen National-Verammlung, worauf die Mitglieder des Landtages fast einstimmig erklären, daß die von ihnen vorgenommenen Wahlen für nicht geschehen anzusehen seien.

Dr. Knoblauch trug alsdann als Referent der Finanz-Abtheilung das (bereits in der vorgest. Nr. mitgetheilte) „Gutachten“, und zwar zunächst den ersten Theil desselben, vor, in Betreff dessen

Abg. Winkler sich auf das nachdrücklichste gegen die Weise verwehrte, wie das Geld etwa herbeigeschafft werden solle, nämlich durch Anleihe, Erhöhung der bestehenden oder Auflage neuer Steuern. Durch solche Maßregeln werde nämlich der Staats-Credit um so vergeblicher erschöpft, als eine Anleihe außer nicht wohl möglich, eine Erhöhung der Steuern noch schlimmer sei, da man statt der gehofften Ersparnisse Erhöhungen bringe, und die Steuerquote eines jeden Einzelnen dann auf, wo nicht gar über das Doppelte steige, und damit unmöglich Ruhe und Ordnung geschafft werde. Dennoch müsse man dem Ministerium die Unterstützung nicht versagen, vielmehr müsse man ihm andere Wege eröffnen, und deshalb schlage er zunächst vor, sich bei Geldbeschaffung offen an die Gerechtigkeit des Volkes zu wenden (Sachen und Unterbrechung). Dieses Vertrauen werde nicht trügen, der König und die königl. Familie bei derartigen Unterzeichnungen an die Spitze treten. Wollte man aber diesen Weg nicht einschlagen, so möge man eine freiwillige Anleihe im Laufe selbst mit einem erhöhten Zinsfusse, als er jetzt von Staatswegen gewährt werde, aufnehmen. Als dritter Weg endlich eröffne sich die Zwangs-Anleihe, welche immer noch besser, als die durch neue Steuern erzeugte Aufregung sei. Deshalb möge zunächst sein erster Antrag: einen Aufruf an das Volk zu freiwilliger Beisteuer zu erlassen, zur Frage kommen. (Der Antrag wird unterzogen).

Finanzminister Hansemann: Es ist nicht meine Absicht, jetzt in die eben gemachten Vorschläge näher einzugehen; nur eine Bemerkung möchte ich mir erlauben. Der Abgeordnete hat bei seinem Vortrage auch Er. Maj. in Bezug auf Steuer-Vorschläge erwähnt. Wir müssen sehr wünschen, daß bei der jetzigen Verfassung, wo die Verantwortlichkeit der getroffenen, so wie die Unterstellung der nicht angeordneten Maßregeln, die etwa von dem Einnahme der Steuern gewinnlich werden, auf uns, die Minister, fällt, während der Discussion, Er. Maj. bei dergleichen Vorschlägen nicht genannt werde. Wir haben mit Eifer und Treue für Er. Maj. auszusprechen, aber nicht den König in die Verantwortlichkeit der getroffenen Maßregeln zu mischen. Denn die Verantwortlichkeit fällt, ich wiederhole es, einzig und allein auf uns, die Minister. (Beifall). Sodann möchte ich den Herrn Marschall bitten, den Bericht nicht in zwei Theile zu sondern, sondern die Vorschläge im Ganzen zur Debatte und demnach zur Abstimmung zu bringen. Eine Sonderung dieser Art ist für das Ministerium nicht annehmbar.

Referent Knoblauch trug nun den übrigen Theil des „Gutachtens“ vor. Dr. Winkler rechtfertigte sich gegen die Ausfertigung des Ministeriums und wies, falls sie sich auf ihn beziehen sollte, zurück.

Dr. v. Gaffron sprach über die Befugniß des Landtages zur Beratung und Begutachtung der Vorlage. Sie sei allerdings überraschend gekommen, um so mehr, als man geglaubt habe, der Landtag werde sich nur mit der Grundlage der Wahl für die Verfassungs-Versammlung beschäftigen. Aus der Auseinandersetzung der Minister und dem eigenen Bewußtsein habe man sich indes von der Dringlichkeit der vorliegenden Proposition und davon überzeugt, daß der Landtag doch jetzt noch das einzige gesetzliche Organ sei. Aus Gründen des inneren Rechts könne man die Beschlußnahme nicht ablehnen. Was zunächst den geforderten Credit von 15 Mill. Thlr. für die Heeres-Mobilisation betreffe, so könne man nicht verfehlen, das Stoff zum Kriege vorhanden sei, und Preußen für Deutschland mit gerüstet sein müsse. Wollte man geistige Grundlagen, so dürften auch materielle Mittel nicht fehlen. Ueber die etwaige Aufbringung möge das Ministerium entscheiden, eine Auflage könne aber rechtlich kein Recht haben. Was sodann die Bürgschaft bis zu 25 Mill. betreffe, so erscheine die Summe zwar bedenklich, man möge indes erwägen, daß eine Bürgschaft noch keine Schuld sei. Habe man also Gründe der Nothwendigkeit zur Annahme der Vorschläge, so liegen auch moralische vor, da man in solcher Weise dem Ministerium Vertrauen zeige. Dieses erwecke Gegenvertrauen, daß die Regierung nämlich Kraft und Energie zur Herstellung der Ordnung entwickeln werde. Der Redner dankte schließlich dem Minister des Innern dafür, daß die ländliche Bevölkerung auf friedlichem, gesetzlichem Wege zu ihrer Pflicht geführt werde, und sprach den Wunsch aus, daß die Verhältnisse dieses Theils der Einwohner doch der künftigen Volksvertretung mit zurecht vorgelegt werden. Er stimmte schließlich für die vorliegenden Anträge.

Dr. v. Bismarck-Schönhausen: Nachdem die dem Landtage vorgelegten rechtlichen Grundlagen bereits Gesehenskräft erlangt haben, würde die Regierung an der nächsten Verfassungs-Versammlung einen wirksamen Schutz gefunden haben. Für die Kürze der Zeit bis zu der nächsten Versammlung seien 11 1/2 Mill. Thlr. vollkommen ausreichend, und er (der Redner) müsse bedauern, daß man dem Landtage eine Bewilligung von 40 Mill. zugemuthet habe. Ueberhaupt habe man sich die Bedürfnissfrage gar nicht recht klar gemacht. Der Finanzminister habe im vorigen Jahre, als er die Stadt Aachen vertreten, gesagt, man müsse bei Geldbewilligungen sehr vorsichtig sein. Die Zeit sei allerdings zu kurz gewesen, um entsprechende Vorschläge zu machen, das Ministerium hätte doch mehr geben müssen, als gegeben sei. Er protestire gegen das eingeschlagene Verfahren, denn die ganze, durch den Industrialismus verschuldete, Last (Unterbrechung) werde, nach den vorgeschlagenen Maßregeln, auf dem platten Lande und den kleinen Städten ruhen, der industrielle und Geldverkehr der großen Städte aber überwiegende Vorteile haben. Eben so ungünstig erscheine ferner der Erlaß der Maßregeln, indem abermals die kleinen Städte und das platt Land die Last davon tragen. Diese letztgedachte Handlung der Finanzgesetzgebung sei nur eine casuistische benevolentiae gegen den Zeitgeist, wie er in den großen Städten aufsteige. In den Provinzen wolle man auch Ordnung, aber keine Benachtheiligung des platten Landes. Schließlich könne er nur für eine freiwillige oder gezwungene Anleihe, oder für Steuern mit der ihnen durch die Städte beigelegten rechtsverbindlichen Kraft, endlich für die zu der Heeres-Mobilisation bestimmten 15 Mill., aber er müsse gegen die Bürgschaft bis zu 25 Mill. Thren stimmen.

Dr. Doppel verteidigte die Ansichten der vorbereitenden Abtheilung, welcher er angehört, wie die Forderungen der Minister, welche Schutz nach innen und außen verlangen. Die Summe von 15 Mill. sei nicht zu hoch, wenn man bedenke, daß damit 450,000 Mann auf die Beine gebracht werden, die Bürgschaft von 25 Mill. aber nur ein Dilemma, keine Forderung, es werden also nicht 40 Mill. gefordert. In der Vorlage sehe man aber andererseits einen Fortschritt des Constitutionalismus, indem die an der Spitze stehenden, alle Interessen des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues, die Interessen der Provinzen, und nicht das Volk, eine Abtheilung nach Provinzen aufstellen, und nur das im Auge behalten. Möge man daher dem Ministerium vertrauen und ihm erlauben, wie es die Summen aufbringen wolle. Er (der Redner) stimme für unbedingte Bejahung beider Fragen der Abtheilung.

Dr. Schaaf erkennt vorerst die volle Befugniß des Landtages zur Abgabe eines Vertrauens-Votums an. Was aber die Garantie bis zu 25 Mill. Thren betreffe, so müsse er den Rechts- mit dem Boden des praktischen Lebens vergleichen. Bis zu dem Erheben der Volksvertreter seien 25 Mill. überflüssig. Das Land sei noch gar nicht so discreditirt, um solcher Summe zu bedürfen: eine Garantie komme aber einer Schuld gleich, und er könne dem preussischen Staat einen Rest von 25 Mill. jetzt nicht zusprechen, welchen er doch, wenn Bürgschaft geleistet werden sollte, haben müsse. Er (der Redner) halte dafür, daß man mit einer ungleich geringeren Summe auskommen könne. Dazu müsse man den Credit durch Vertrauen stärken. Wollte die Versammlung die Bürgschaft übernehmen, so werde das Vertrauen aber eher schwächen als stärken. Uebrigens könne auch eine Ueberwachung nicht borgen, daß das Ministerium, Angelegenheiten, die eine einfache Bürgschaft die Befugnisse nicht zur Vergabe ihrer Gelder veranlassen werde. Landbesitzer, welche, wie er wisse, gar ihre Baarverträge vergraben, dürften die Erben zur Stützung von Lombard- und Discontobanken nicht öffnen. Die Banquiers und Gewerbetreibenden seien aber selbst zu gebückt, um Beliehungen geben zu können. Deshalb, da baar Geld einmal gebraucht werde, und er sich von einer freiwilligen Anleihe nichts verspreche, schlage er vor: eine Zwangs-Anleihe von 5, höchstens 8 Mill., worüber vierprocent Obligationen gegeben werden, auszuscheiden, um jeder der einzelnen Provinzen die Zinsen einzunehmen, so werde man etwaige Verluste und belaste nicht mit neuen Zinsen. (Der Vorschlag fand keine Unterstützung, konnte also nicht einmal zur Abstimmung kommen).

Finanzminister Hansemann: Im Laufe der bisherigen Verhandlungen sind mehrere Vorschläge gemacht worden. Das Ministerium hat in der Abtheilung, so wie es auch hier der Fall sein wird, nicht genau gesagt, welche Art der Aufbebung der Fonds und welche Weise zur Bekämpfung der Verlegenheiten es wählen würde. Es ist in der Abtheilung nur beispielsweise angeführt worden, wie in einer oder der anderen Weise, vermittels Garantien, möglicherweise oder nachtheiligerweise würde geholfen werden können. Es ist nun nicht unsere Sache, zu prüfen, ob dieser oder jener Plan, der hier vorgebracht ist oder vorgeschlagen werden möchte, zur Ausführung geeignet sei. Denn nicht das ist es, was wir herbeigeführt zu sehen wünschen, daß Sie einen bestimmten Plan hier discutiren und genehmigen. Das würde gleich sein der Vorlage eines Gesetzes, nach welchem in der und der Weise so und so viel Fonds aufzubringen wären. Es handelt sich vielmehr darum, in außerordentlicher Zeit dem Ministerium die Mittel zu geben, in außerordentlicher Weise großen Bedürfnissen, wenn auch nicht ganz zu genügen, doch in so weit ihnen zur Hülfe zu kommen, als es irgend möglich ist. Wenn ich noch wenige Worte in Bezug auf das, was freilich vorgeschlagen, erwidere, so soll dies nicht eine Prüfung der Ausführungen des einen oder des anderen Planes sein, sondern nur dazu dienen, Ihnen darzulegen, daß es sich hier wirklich um ein Vertrauens-Votum handelt, wodurch Sie im Voraus meinen dem Ministerium freie Hand geben, unter den obwaltenden Verhältnissen die Mittel zu wählen, die es für geeignet halten wird. Es ist von dem ersten Redner angedeutet, es würde einen tiefen Eindruck machen, nachdem man jetzt in Folge der eingetretenen Veränderung der Staats-Verfassung überall die Geltendmachung der Lasten hoffe, der Landtag mit der Aussicht auf Erhöhung der Steuern oder auf Abschluß von Anleihen in seine Heimat entlassen werde. Aber wie, ist denn Einer unter Ihnen, der geglaubt hätte, wenn der Reichthum, wenn außerordentliche Bedürfnisse evident vorliegen, daß in einem solchen Augenblicke nicht auch außerordentliche Mittel nöthig wären? Ein anderer Abgeordneter der höchsten Mittelstufe hat mit einer Offenheit, die ich eher, als Gegner des Ministeriums und insbesondere des Finanzministers sich erlaubt, es ist sehr natürlich, daß das verehrte Mitglied und ich politische Gegner sind, und ich habe nicht das Geringste dagegen einzumenden. Das verehrte Mitglied hat gesagt, daß die Grundlage des Abgeordneten mit denen des Ministers in Gesinnung zu bringen. Ich glaube, daß das verehrte Mitglied sich jetzt ich habe früher behauptet, daß es in den Gesetzen begründet sei, daß der Landtag die Bewilligung von Steuern haben müsse, auch in Kriegszeiten, auch wenn, wie in dem Patent vom 3. Februar steht, Krieg erwartet werde. Nun ist eben dieses Erwarten zwar noch nicht bestimmt, im Gegentheil habe ich die Hoffnung, daß kein Krieg ausbrechen werde, aber ein Jeder denkt doch an eine Möglichkeit des Krieges, und daß auf diese Möglichkeit auch Bedacht genommen werden müsse; da haben wir, nicht auf das Patent, sondern auf die früheren Gesetze geachtet, geglaubt, es könne das Ministerium außerordentliche Steuern nicht aufnehmen, ohne den Landtag um seine Bewilligung zu befragen. Oder schließt etwa das constitutionelle System aus, daß in außerordentlichen Zeiten dem Ministerium ein Vertrauens-Votum gegeben werde? Ganz und gar nicht. Im Gegentheil, das ist der wahre Sinn des Constitutionalismus, daß die Staatsgewalt, die Macht der Krone, in Uebereinstimmung mit dem Willen des Volkes gehandelt werde. Haben Sie nun ein solches Vertrauen zu dem Ministerium nicht, um ihm in schwierigen Zeiten die Mittel zu überlassen, so ist dem, was das Gesetz erfordert, Genüge gethan, und das Ministerium wird demnach nach einem solchen Votum seine constitutionelle Pflicht zu erfüllen wissen. (Beifall). Wenn das verehrte Mitglied geglaubt hat, es würde nun ein gewisser Individualismus bei den Ministern herrschen, nicht die Norm des Staatsmannes befolgt werden, so habe ich darauf nur zu erwidern, daß es dem geehrten Mitgliede, wie jedem Andern, freisteht, die Minister nicht für geheime Staatsmänner zu halten. Alles das ist sich auf in das Votum der Majorität der Versammlung. Es ist von zwei verehrten Rednern die von dem Ministerium getroffene Maßregel hinsichtlich der Maßregeln getadelt worden. Wir haben die Pflicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten, und dies ist unser fester Wille. Wir wollen nicht, daß an die Stelle der Freiheit und der friedlichen Discussion aller Interessen die Gewaltthätigkeit trete; aber auf der anderen Seite wollen wir auch, so viel wir können, ungerechte Verhältnisse schon jetzt abändern. Die Classensteuer beträgt durchschnittlich auf dem Kopf 16 1/2 Sgr., die Wahl- und Schlichtsteuer dagegen durchschnittlich auf den Kopf über 80 Sgr. Dasjenige, was dem Staate jetzt erlassen ist, beträgt ungefähr von beiden Steuern zusammen 1/4, und durch diesen Erlaß wird gerade derjenige Theil, der bisher nach dem Steuerfiskus am meisten überbürdet war, erleichtert werden; er wird es, da, wo die Steuer beibehalten wird, ebenfalls und vielleicht noch um so mehr, weil der Nachschuß gerade diesem Theile zu Gute kommen soll. Dieser Nachschuß beträgt, wie gesagt, ungefähr 1/4, und das Verhältniß wird dann immer noch so bestehen bleiben, daß 16 1/2 Sgr. auf den Kopf der Classensteuerpflichtigen, gegen 40 Sgr. auf den Kopf der Wahl- und Schlichtsteuerpflichtigen bleiben. Was die verfassungsmäßige Befugniß des Ministeriums zum Erlaß dieser Anordnung betrifft, so beziehe ich mich auf die diesfällige Erläuterung, welche veröffentlicht worden ist. Statt nun in die vorgebrachten Pläne, zu welchen gewiß noch manche andere hinzukommen könnten, näher einzugehen, spreche ich Ihnen aus, wie wir hoffen, daß bis zum Zusammentritt der nach dem neuen Wahlgesetz sich bildenden Volksvertretung die Erhebung außerordentlicher Steuern und die Aufnahme von Crediten und unvortheilhaften Anleihen vermieden werden könne. Die Unterstützung der preussischen Bank und eine für den allgemeinen Verkehr geeignete Vernehmung der vorhandenen Circulations-Mittel, in Verbindung mit den dem Staate zu Gebote stehenden baaren Fonds, wird nach unserer Ansicht die erforderlichen Mittel zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse schaffen und auf die Hebung des für die Erwerbszweige nöthigen Crediten günstig einwirken. (Beifall). Sprechen Sie übrigens vor den 25 Millionen nicht zurück. Man hat in der Abtheilung gewünscht, eine Summe genannt zu sehen, und da dieser Wunsch dort allgemein ausgesprochen wurde, so haben wir demselben genügt; aber wenn auch hinsichtlich der Verpflichtung und hinsichtlich des Begriffs der Mitwirkung der Städte oder Volksvertreter zur Aufnahme von Anleihen die Garantien das mit gleichzurechnen sind, so ist es doch etwas Anderes in Beziehung auf deren Wirkung. Da kommt es ganz vorzüglich darauf an, daß die Summe groß genug sei, um die Wirkung, auch ohne den Staat in große Kosten zu bringen, herbeiführen zu können. Möge Ihnen dies nur durch ein einziges Beispiel klar werden. Denken Sie sich, daß in einem gewissen Bezirke mehrere Kreise zusammengetreten und auf genügende Depots geeignete Papiere ausgegeben, um dort als Circulations-Mittel zu dienen; denken Sie sich nun, daß, wenn etwa nachgegeben würde, diese Papiere für gewisse Steuern innerhalb dieser Bezirke in Zahlung zu nehmen, so würde diese Maßregel im Wesentlichen nur einen kleinen Verlust zur Folge haben, jedoch nicht die Garantie über die ganze Summe als völlig wirksam in Verlust auflösen können, indem dagegen die gebräuchlichen Maßregeln angeordnet sein würden. Indem ich Ihnen dies Beispiel anführe, will ich damit nicht sagen, daß gerade dieses Mittel das geeignetste wäre, um Unterstützung zu gewähren; es kann dies in anderer Weise eben so gut geschehen und vielleicht noch zweckmäßiger. Ich will nur einzig und allein dieses Beispiel anführen, damit Sie den großen Unterschied zwischen einem Anleihe, die zurückgezahlt werden muß, und einer Garantie, wo ein Ausfall bis zu einem gewissen Grade vorkommen kann. Zum Schluß noch wenige Worte: Sie werden nun bald in Ihre Heimat zurückkehren; da bitte ich Sie, überall dahin zu wirken, daß ein Jeder mit Muth und Vertrauen den schwierigen Umständen entgegenstehe; daß nicht diejenigen, die Vermögen haben, sich zurückziehen und begnügen; daß nicht diejenigen, die Vermögen haben, sich zurückziehen und begnügen. Wirken Sie dahin, daß ein Jeder, so viel es seine Vermögensverhältnisse erlauben, in gewohnter Weise lebe, daß man nicht aus Angst und Besorgniß den solidesten Bankhäusern und Credit-Instituten, die Sie manden in Verlust bringen können, das bei ihnen niedergelegte Geld entzieht. Eine Furcht dieser Art ist es vorzugsweise, was auf die Stöckung der Gewerbe wirkt. Aber noch etwas Anderes ist es, wozu Sie wirken können, und wozu ein Jeder, der es gut mit dem Vaterlande meint, wirken kann. Dahin nämlich, daß ein Jeder begreife, daß jeder Angriff auf das Eigenthum, jede Drohung, jede Gewaltthätigkeit die Zustände verschlimmert; daß nämlich die Arbeiter es begreifen können, daß, wenn ihre Lage verbessert werden soll — wie es Niemand mehr wünschen kann, als die Mitglieder des Ministeriums und diese ganze hohe Versammlung — auch die Freiheit herrschen und jede Frage nur in friedlicher Discussion gelöst werden darf. Jede Gewaltthätigkeit, ich wiederhole es, ist eine Verschlimmerung der allgemeinen Lage und auch die Lage der Arbeiter. Mögen also alle Classen der Nation, die wohlhabenden wie die nichtwohlhabenden, die, welche durch Handarbeit und die, welche auf andere Weise ihr Brod verdienen, mögen sie zusammenwirken, daß die Freiheit in Preußen zugleich mit der Ordnung sich fest begründe. Das ist das Wesentlichste, was zur Herstellung des allgemeinen Credit, zur Herstellung des allgemeinen Erwerbes erforderlich ist.

Abg. Frhr. v. Vincke: Die Versammlung hat bereits in der Uebereinstimmung mit der gegenwärtigen Regierung ausgesprochen, die Abtheilung hat bei näherer Erwägung der Vorschläge, welche das Ministerium und



gemacht hat, dieses Vertrauen in vollster Maße getheilt. Wir haben aber dessen ungeachtet geglaubt, daß gerade die Lage einer constitutionellen Regierung eine weitere Mittheilung, eine größere Oeffentlichkeit bedinge, als dieses bei dem Vortrage der Allerhöchsten Botchaft in einer der vorigen Sitzungen und vergangen war. Das Ministerium ist uns darin bereitwillig entgegengekommen und hat uns, wie das Gutachten der Abtheilung näher nachweist, namentlich über den Zustand unserer Finanzen die allerumfassendsten Eröffnungen gemacht. Ich will mich zuerst auf diesen Punkt beschränken, um meine Ueberzeugung auszusprechen, daß die Finanzlage unseres Staates in diesem Augenblicke, namentlich im Verhältnisse zu allen anderen Staaten Europa's, eine sehr glänzende genannt zu werden verdient. Wir haben in dem Staatsbudget, nachdem alles das, was das Gutachten erwähnt, abgerechnet worden, noch einen baaren Bestand von 8 1/2 Millionen Thlrn.; dazu kommen noch die schon von einem anderen Redner erwähnten drei Millionen Thlr. Ich bin freilich mit dem gezeigten Mitgliede der sächsischen Ritterschaft in Betreff seiner Berechnung nicht völlig einverstanden. Er meinte, drei Millionen seien zur Realisation von Cassenanweisungen angewiesen, davon gehe eine Million ab. Diese eine Million ist aber nicht, wie angenommen wurde, bereits vorausgelegt, es hat sich vielmehr herausgestellt, was hier wohl erwähnt zu werden verdient, daß es ein besonderes Vertrauen zu dem Credit des Staates ausspricht, daß die Realisirung von Cassenanweisungen im Monat März auf nur einige 70,000 Thlr. und in den ersten acht Tagen des Monats April auf 17,000 Thlr., insgesammt also auf noch nicht ganz 90,000 Thlr., sich belaufen hat; es ist daher nur so zu verstehen, daß jene eine Million zwar aus dem Staatsbudget bereits abgehoben, aber noch nicht vorausgelegt ist. Dagegen ist die zurückgebliebene eine Million von den zu den Roggen-Ankäufen verwandten vier Millionen Thlrn. nur in der General-Staatscasse verinnahmt; sie befindet sich also noch nicht wieder im Staatsbudget, sondern nur unter den Beständen der General-Staatscasse, welche für laufende Bedürfnisse reservirt bleiben müssen, und daher nur unter den Reckennahmen des Staatsbudgets. Außerdem kommen aber noch zu diesem Baarbestande von 11 1/2 Millionen die drei Millionen, welche der Bank überwiesen sind, und dann das Guthaben der General-Staatscasse an die Bank, welches sich ebenfalls auf über eine Million beläuft, so daß, wenn es darauf ankömmt, die disponiblen baaren Mittel des Staates anzugeben, diese Summen zusammengeordnet sich auf mehr als 15 Mill. belaufen würden. Dieses muß ich wiederholen, es als ein sehr günstiger Zustand angesehen werden, zumal wenn man die im Verhältnisse zu anderen Staaten so geringe Staatsverschuldung in Betracht zieht.

Nachdem uns nun das Ministerium diese ausführlichen Mittheilungen gemacht hatte, die wir mit dem lebhaftesten Danke entgegengenommen haben, haben wir geglaubt, von demselben erwarten zu dürfen, daß es auch über den Gang, den es ferner einzuschlagen gedenkt, und über die Wege der Ausführung uns vollständige Eröffnungen machen würde. Die Abtheilung oder wenigstens ich für meine Person habe dies weniger im Interesse der Discussion in dieser Versammlung für wünschenswerth erachtet, weil wir von der Ansicht ausgingen, daß die Versammlung zu dem Vertrauen, welches sie bereits in der Adresse ausgesprochen hat, sich auch heute bekennen, und nicht das Ministerium in seinen Maßnahmen allzu ängstlich beschränken würde, namentlich in der jetzigen Zeit, wo man kaum über den Zeitraum von 8 Tagen hinaus alle Eventualitäten in Europa zu übersehen vermag. Wir haben aber geglaubt, daß es für das Land von der größten Wichtigkeit sei, wenn das Ministerium mindestens in allgemeinen Zügen den Weg andeute, auf welchem es vorwärts zu schreiten gedenkt. Wir können uns nicht verhehlen, daß, wenn selbst das Votum in dieser Versammlung, wie ich hoffe, einstimmig ausfallen wird, dies nicht ausreicht, um das Vertrauen im Lande zu gewinnen, welches das Ministerium in Anspruch nehmen muß. Es schien uns unbedingt erforderlich, daß man sich von neuem von der Wahrheit und praktischen Erfahrung der Regierung, und namentlich der Finanzminister in der That, anschaulich überzeuge, daß zu dem Ende, und dies ist auch der Gang in allen constitutionellen Staaten, die Minister allgemeine Andeutungen machen über den Weg, den sie einzuschlagen bereit sind zur Hebung der jetzigen Verhältnisse, zur Befestigung der gegenwärtigen Krisis. Wir haben uns Glück gewünscht, daß diese Vorstellungen bei dem Ministerium Eingang gefunden haben. In der Abtheilung war dies zwar noch nicht vollständig der Fall, weshalb auch zwei Mitglieder, das verehrte Mitglied für Breslau und ich, nicht mit der zweiten Frage einverstanden erklären konnten. Heute aber will ich gern gestehen, daß durch die Erklärungen, welche wir so eben aus dem Munde des Herrn Finanzministers gehört haben, meine Bedenken vollständig gehoben sind. Wie sich einige Redner bereits ausgesprochen haben, so hatte es auch uns geschehen, als ob das Ministerium wesentlich bezwecke, im Lande einzelne Credit-Associationen von Privaten sich bilden zu lassen, diesen die Ausgabe von Zetteln zu gestatten und dann diese Zettel zu garantiren. Wir haben diesen Weg für bedenklich gehalten, namentlich mit Rücksicht auf die geringe Zahl von Capitalisten, die in den verschiedenen Localitäten des Staates in diesem Augenblicke vorhanden sind. Unter dem jetzigen Regime waren wir gewohnt, alle Kenntnisse, alle Intelligenz nur von Berlin aus zu hoffen (Gelächter.) und alles Heil nur von dort her zu erwarten. Dies Regime hat zur Folge gehabt, daß in den Provinzen an manchen Orten nicht die hinlänglichen Fähigkeiten vorhanden sind zur Handhabung eines so schwierigen, so viele Sachkenntnis und Gewandtheit, wie die Leitung von Credit-Associationen erfordernden Geschäftes. Dieser Zustand wird sich freilich leicht ändern, aber es kann doch nicht mit einem Zauberstriche geschehen. Aus dieser Erwägung der gegenwärtigen Lage und aus der Schwierigkeit einer solchen Finanz-Operation haben wir die Befürchtung geschöpft, daß einzelne Institute dieser Art nicht mit der gehörigen Sorgfalt konnten geleitet werden, so daß ihre Zettel das Vertrauen verlieren würden, — daß in Folge dessen die Creditlosigkeit des einen Papiers nachtheilig auf die Sicherheit der anderen Bank zurückwirken und in dem allgemeinen Credit selbst das bis jetzt zu den Banknoten und Cassenanweisungen mit Recht bestehende Vertrauen erschüttern und eine beispiellose Verwirrung in den circulirenden Mitteln herbeiführen müßte. Das Ministerium hat wohl in Folge dieser Bedenken es gerathen gefunden, sich über seine Pläne heute näher auszusprechen, und ich pflichte dem von dem Herrn Finanzminister in seinen Grundzügen entwickelten Plane jezt vollständig bei. Er stimmt im Wesentlichen mit dem Plane überein, dessen Entschieden wir dem verehrten Mitgliede für Breslau verbanden, und welchem ich mich sehr gern angeschlossen habe. Dieser Plan läuft darauf hinaus, daß man die vorhandenen baaren Mittel des Staatsbudgets, also diese 12 oder 15 Millionen nicht verausgabt, sondern sie als Stammfonds für die Realisirung der noch ferner ausstehenden Staatsnoten zusammenhalte, daß man diesen Fonds in Verbindung mit der Bank verwaltet, ohne jedoch die Verwaltungen zu verschmelzen, was nach den bestehenden leider sehr beschränkten Bestimmungen nicht gestattet wäre, vielmehr mit einem besonderen Ausschusse unter dem jetzigen Chef und unter Controlle des Herrn Finanzministers. Er würde benutzt werden zur Erreichung neuer Circulationsmittel, welche ihre Sicherheit in diesen Realisationsfonds mit Beziehung der vorhandenen Staats- und Eisenbahnpapieren und, wenn es erforderlich ist, in speciellen Hypotheken auf die Staatsdomänen finden würden, damit sie in keiner Weise, wie dies freilich in anderen Ländern, und namentlich in Frankreich mit den Assignaten der Fall gewesen ist, der nothigen Sicherheit für die jedesmalige Realisation entbehren. Wir haben namentlich auf darauf hingedeutet, daß diese Noten in kleineren Appoints von 1 bis 5 Thaler emittirt werden müssen, einmal, weil der Verkehr eben dieser kleinen Gelbmittel bedarf, um die Zahlungen im Interesse der arbeitenden Classe zu vermitteln, und dann, weil diese kleineren Appoints die Uirgthschaft gewähren, daß sie nicht zu häufig und in großen Summen zur Realisation präsentirt werden können, wodurch das baare Geld aus dem Realisations-Fonds gezogen werden könnte. Um dem Credit in den Provinzen aufzuhelfen, würde es nöthig sein, Special-Banken in den Provinzen zu bilden, aber diese müssen alle unter der centralen Leitung der Staatsbank verwaltet und nur aus dieser mit deren Zetteln fundirt werden. Dies stimmt im Wesentlichen auch mit dem Vorschlage des verehrten Mitgliedes aus Berlin überein. Die Ausführung überläßt uns jeder Nothwendigkeit einer Anleihe, und namentlich der bedeutenden Anleihe, welche Zwangs-Anleihe, wobei ich noch einsatzhaft muß, daß ich das Wort nicht in jeder Zeit für ganz unausführbar halte. Es übersteht uns auch der Nothwendigkeit einer neuen Steuer in einem Zeitpunkt, wo dem Vernehmen nach in manchen Theilen des Staates die Passion, Steuern zu bezahlen, sehr abgenommen haben soll. (Gelächter.) Wir haben geglaubt, daß dieses Mittel praktisch und ausführbar, und was sehr zu beachten ist, zugleich angenehm ist, zumal es sich vor Allem darum handelt, dies Circulations-Mittel an die Stelle des, wie wir aus den mancherlei Vorträgen in den verschiedenen Bildern gehört haben, in verschwiegene Höhlen vertriehenen baaren Geldes zu setzen, und den geschwundenen Credit dadurch zu beleben. Ich glaube, daß dadurch auch die Bedenken, von denen wir gehört haben, wesentlich vermindert werden; selbst die des verehrten Abgeordneten für die sächsische Ritterschaft, dessen politische Antipathie ich sehr wohl begreife, die ihn aber, davon bin ich überzeugt, bei seinem lokalen Charakter nicht soweit führen wird, dem Gouvernement unnöthige Verlegenheiten zu bereiten. Es wird namentlich nicht zweifelhaft sein können, daß man die Erreichung dieser Maßregel nicht verschoben darf bis zum Zusammenritte der nächsten Versammlung, welche jedoch, wie ich hoffe, nicht erst nach zwei oder drei Monaten, sondern, wie ich höre, schon am 22. Mai zusammenzutreten wird, also an einem großen Tage von historischer Bedeutung. — Denn gerade in dem jetzigen Augenblicke, wo jede Stunde drängt, wo jede Stunde neue Deputationen nach Berlin fordert, welche die Minister ungleich wichtigeren Staatsgeschäften entziehen, wo jede Stunde neue Cassamittel herbeiführt, wo es überall an Circulationsmitteln fehlt, dürfen wir nicht säumen, zu handeln, es handelt sich um das Wohl des Landes, um die Existenz jedes Einzelnen in dieser Versammlung. Diese zweite Maßregel ist noch viel dringender wie die erste. Es handelt sich nicht darum, Gabiken zu unterstützen, die schon gefallen sind, Banquiere zu erhalten, welche schon zu Grunde gingen, sondern im Allgemeinen den Credit im Lande aufzuheben, nicht etwa bloß für die Fabriken, die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft und den Grundbesitz, dadurch, daß man neue Circulationsmittel schafft, wo die alten verschwunden sind. Diese Maßregel ist unerlässlich, sie muß eintreten, wenn die

Zahl der Bankrotte, welche o großes Uebel für den Verkehr geschaffen haben, sich nicht sündlich noch vermehren soll. Die Bewilligung der 15 Millionen zum Zweck der Mobilmachung des Geldes ist nur eine eventuelle Maßregel, wir dürfen erwarten, daß sie erst dann eintreten wird, wenn es nothwendig ist, daß sie aber unter allen Umständen früher eintreten wird, bevor das verhängnisvolle Wort „zu spät“ ertönt, jetzt, wo wir nicht über den Zeitraum von acht Tagen hinausblicken können, wo an der östlichen wie an der westlichen Grenze sich Kriegswolken zusammenziehen. Wir hören, daß der Einfall von einigen Tausend Deutschen zu erwarten ist, um uns die Republik mit gewaffneter Hand zu bringen, wobei ohne Zweifel auch Franzosen sich betheiligen werden. Wenn auch von der provisorischen Regierung zu Paris desavouirt, können sie doch uns mit Frankreich in einen Krieg verwickeln, denn wenn einmal ein Zusammentreffen statt gefunden hat, so wird die Regierung entweder dem Drängen der Massen in Paris nachgeben oder die Idee der französischen Ehre sie verleiten, sich der Sache anzunehmen. Wollen wir also die Ehre des Landes behaupten, so müssen wir zeigen, daß wir noch die alten Preußen sind, wir müssen die Regierung unterstützen aus allen Kräften. (Lebhafter Beifall.) Es handelt sich nicht bloß um die Existenz des Staates, es handelt sich zugleich um die Geltung Preußens in Deutschland, um eine würdige Stellung im deutschen Bunde. In Darmstadt ist in einer halben Stunde und in Stuttgart in eben so kurzer Zeit ein Vertrauens-Votum ertönt: Soll Preußens geringerer Patriotismus bereuen? Soll der letzte Vereinigte Landtag nicht mit Ehren seine Tage beschließen? (Bravo!) Es kann hiergegen kein Zweifel aufkommen. Wenn wir dem Ministerium vertrauen, so wollen wir, nachdem wir nun seine Pläne kennen gelernt und von der Zweckmäßigkeit derselben überzeugt sind, diesem Vertrauen Kraft geben durch unser Votum. Unsere Minister sind ja verantwortliche Minister; noch kurze 6 Wochen, und sie haben denen, die nach uns kommen, eine schwere Rechenschaft abzulegen. Verlassen wir dies Votum, so ist das Ministerium außer Stande, die Regierung länger zu führen; ich brauche nicht zu sagen, wie schwer es sein würde, ein neues Ministerium zu bilden, und ich weiß in der That nicht, welcher der gezeigten Redner dazu in der Lage sich befinden würde. (Gelächter.) Ich habe Niemanden persönlich zu nahe treten wollen; aber ich darf sagen, daß wir allen Grund haben, uns Glück zu wünschen, daß in dieser verhängnisvollen Zeit es Männer gegeben hat, die ihrer politischen Meinung nach sich in der Lage befanden, diese Pläne einzunehmen, und die Muth und Charakter hatten, dieses große persönliche Opfer dem ganzen Lande zu bringen (Bravo!) Diese Männer sind auch auf Dornen, nicht auf Rosen getreten, erhöhen wir nicht die Schwierigkeiten ihrer Stellung, sondern wir ihnen Anerkennung und Vertrauen! Ein jedes Mitrauen-Votum würde ich als einen Verrath des Vaterlandes erkennen. Ich stimme für das Ministerium! (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Marshall: Beschließt die Versammlung, die Regierung zu ermächtigen, 1) auf außerordentlichem Wege zum äußeren und inneren Schutz der Monarchie eine Summe von 15 Millionen Thaler zu beschaffen? 2) zur Herstellung des Credits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft Garantien bis zum Gesamtbetrage von 25 Millionen Thaler unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst getreut werde, Verluste für den Staat, welche diese Garantien zur Folge haben könnten, zu verhindern. — Die Frage ist mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität bejaht worden.

Landtags-Commissar: Die anerkennenden Worte, welche wir von dem letzten der Herren Redner von dieser Tribüne aus gehört haben, und die er mit dem Altem ausgesprochen, welches schon so oft die Verurtheilung der Versammlung erregte, haben in Ihrer Versammlung Anklang gefunden, und eine für den Staat hochwichtige Angelegenheit ist kurz und rasch erledigt worden. Die Regierung drückt den Dank für das Vertrauen aus, welches in der so eben statt gegebenen Abstimmung sich ausdrückt. Ich knüpfe daran eine Hoffnung, welche zu dem Muth der Regierung gehörte, als sie die Proposition vorlegte, nämlich: daß das Land werde die Ueberzeugung gewinnen, daß die Mitglieder des Landtages selbst Glauben haben an das, was die Gegenwart uns gebracht hat, Vertrauen auf das, was die Zukunft uns bringen wird.

Abg. Graf v. Greifenau: Aus den öffentlichen Blättern habe ich ersehen und vernommen, daß der Magistrat von Berlin Maßregeln trifft, um die Laster, welche nicht den Angehörigen von Berlin sind, zu entfernen. In so fern eine solche Maßregel nur auf Ausländer in Anwendung gebracht wird, läßt sich dagegen nichts einwenden; so fern sie aber auch auf preussische Unterthanen angewandt wird, scheint sie eines geselligen Bundes zu entbehren und droht das übrige Land mit einem Heer Mittellosen zu überhäufen. Ich trage darauf an, daß der Herr Minister des Innern eine Erklärung darüber geben wolle, was den Magistrat zu diesem Schritte berechtigt, und für die Zukunft Maßregeln treffen zu wollen, daß die Gleichheit vor dem Gesetze in allen Communen eingeführt werde.

Staatsminister v. Auerswald: In so fern der Sinn dieser mit nicht vor her mitgetheilten Anfrage dahin geht, zu erfahren, ob das Ministerium entschlossen ist, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Geseze aufrecht zu erhalten, kann ich versichern, daß es in jeder, auch in der erwähnten Beziehung geschehen wird; in so fern aber beabsichtigt gewesen ist, über specielle Verhältnisse, die derselbe aus der Zeitung entnommen hat, hier Auskunft zu erhalten, so muß ich bemerken, daß ich mich dazu hier nicht veranlaßt finde, weil der Gegenstand nicht klar vorliegt; ich darf übrigens mit Bestimmtheit voraussetzen, daß das Ministerium nicht in die Lage kommen wird, einer Behörde, wie der Magistrat von Berlin, gegenüber, das verlegte Gesetz aufrecht erhalten zu müssen.

Abg. Wdowse: Ich muß dem Herrn Minister darin beistimmen, daß dieser Gegenstand gegenwärtig hier einer Berathung nicht unterworfen werden kann. Ich erlaube mir aber zu bemerken, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Stadt schon das Ministerium des Innern durch das Polizeipräsidium sich veranlaßt gesehen hat, dahin zu verfügen: daß alle Personen, die der Stadt Berlin nicht angehören und ohne Arbeit sind, entfernt werden sollen, eine Maßregel, der Niemand wird widersprechen können, da sie auf früheren Gesez-Grundlagen beruht und durch die Nothwendigkeit der Umstände dringend geboten wird.

Abg. v. Saucken-Barputsch: Der im Einscheiden begriffene Landtag hat eben ein sehr bedeutendes, sehr wichtiges Vertrauens-Votum der Staatsregierung gegeben. Er fordert nunmehr aber auch vom Gouvernement, daß es sofort zum entscheidendsten Handeln sich wende, um Ordnung und Ruhe, Achtung vor dem Geseze und Sicherheit des Eigenthums wieder herzustellen. Denn nur auf diesem Wege kann Preußen wieder in sich erstarken, wieder den Einfluß gewinnen, den es in Deutschland seiner Größe und Bedeutung nach haben muß und beanspruchen darf. (Beifälliges Bravo.)

Landtags-Commissar: Ich bemerke, daß die vorgelegten Propositionen erledigt sind, daß Petitionen zur Erledigung nicht vorliegen und von Seiten der Regierung dem vereinigten Landtage keine weiteren Mittheilungen zu machen sind, so daß dem Schlusse des Landtages nichts entgegenstehen würde. Es wird die Versammlung zu erwägen haben, in wie fern sie noch neue Gegenstände in Berathung ziehen will. (Nein, nein!)

Marshall: Wir kommen nun zum Schlusse des Landtages, und ich will nur noch wenige Worte hinzufügen. Die Mitglieder des ersten wie des letzten Vereinigten Landtages dürfen sich sagen, daß sie ihre Aufgabe darin erkannt haben, Sonders-Interessen nicht zu vertreten. Sonders-Interessen zu vertreten, war es niemals an der Zeit; von nun an wird dies weniger als jemals an der Zeit sein. So werde ich z. B. auf die mir zuteilgewordene Geschäftsfrage in Bezug auf Gerichtsbarkeit, Polizeiverwaltung, Patronat und Steuerfreiheit verzichten, so wie ich schon auf das Jagdrecht in Gemeinde-Waldungen und auf Gemeinde-Feldern verzichtet habe, nicht in Folge von Nachsicht, die ein Nichtigkeitsgrund sein würde, und die nicht statt gefunden hat, sondern weil ich glaube, daß solche Rechte in einem Lande, in welchem alle Konsequenzen des constitutionellen Systems wirklich gezogen werden, nicht an ihrem Platze sind. Alle Konsequenzen der constitutionellen Regierungsform müssen aber jetzt wirklich gezogen werden, und Preußen kann niemals das thun, was in anderen deutschen Staaten schon geschehen ist, nämlich die constitutionelle Regierungsform annehmen, aber ihre wesentlichen Konsequenzen abgelehnt hatten, weshalb auch diese Angelegenheit der letzten 20 Jahre für Preußen niemals als Vorbild aufgestellt werden konnte. Alle Konsequenzen der constitutionellen Regierungsform müssen gezogen werden, nicht mehr, das wäre gefährlich für die öffentliche Wohlfahrt, nicht weniger, denn jedes Weniger würde eine Reaction sein, und eine Reaction kann und darf nicht Statt finden. Das ist meine feste und unerwiderliche Ueberzeugung. Wir Alle hoffen, und wer ist unter uns, die es nicht auch glauben wollte, daß sich in Preußen unter der wahrhaft constitutionell-monarchischen Regierungsform befriedigende Zustände herabzubilden werden. Wir richten aber unsere Blick nicht allein auf Preußen, sondern mehr noch auf Deutschland. Keiner von uns ist zu alt, als daß er sich nicht durch den Gedanken an eine einheitliche Gestaltung Deutschlands, mit Veranbarung aller achtunggebenden Befürworter, sollte begeistert fühlen. Daß dies nicht auf vollkommen ruhigem Wege erreicht werden konnte, war zu erwarten. Wir wollen aber die Ueberzeugung festhalten, daß die Opfer, die von vielen Seiten gebracht werden müssen, nicht so groß sein werden, daß sie gegen das zu erreichende Ziel in Betracht kämen. Unserm Könige ist es in jedem Falle vorbehalten, hierzu auf eine tief eingreifende Weise mitzuwirken. Gott erhalte ihn! Er lebe hoch! (Dreimaliges einstimmiges Hoch!)

Landtags-Commissar: Auf Befehl Sr. Majestät des Königs erkläre ich den zweiten Vereinigten Landtag hiemit für geschlossen.

wegen Einberufung einer deutschen National-Versammlung auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Jeder großjährige Preusse, welcher nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Wähler, in so fern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

§. 2. Die Wähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Wollzahl von fünf hundert Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünf hundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu einem Wahlbezirke vereinigt. — In Gemeinden von mehr als Tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Vertheilung in der Art zu begründen haben, daß in einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Bezirke, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath Behufs der Umräuelen der zunächst gelegenen Städte oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirke zum Wahlmann wählbar, worin er als Wähler stimmberechtigt ist.

§. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5. Jeder großjährige Deutsche, der den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verlor hat (§. 1), ist im ganzen Bereiche des Staates zum Abgeordneten wählbar.

§. 6. Die Zahl der von Preußen nach Maßgabe des Bundes-Beschlusses vom 7. April d. J. zu wählenden Abgeordneten wird auf die Provinzen nach den Verhältnissen ihrer Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der zum deutschen Bunde gehörigen Landestheile vertheilt.

§. 7. Die Ober-Präsidenten haben in jeder Provinz so viel Wahl-Bezirke zu möglichst gleicher Einwohnerzahl zu bilden, als Abgeordnete zu wählen sind. — In jedem solchen Bezirke ist ein Abgeordneter und ein Stellvertreter zu wählen.

§. 8. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 statt gebliebenen amtlichen Zählung.

§. 9. In den Städten werden die Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Collegium besteht, des Bürgermeistermeisters geleitet. — Ueber die Leitung der Wähler auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verhältnisse der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (§. 12) feststellen. — Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden durch vom Ober-Präsidenten zu bestimmende Wahl-Commissare geleitet.

§. 10. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmen-Mehrheit aller Erschienenen, und zwar nach der näheren Festsetzung des Ober-Präsidenten in einem der Hauptorte des Wahlbezirkes.

§. 11. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden.

§. 12. Die zur Ausführung dieses Gesezes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insegle.

Gegeben Berlin, den 11. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen, Graf v. Schwerin, v. Auerswald, Bornemann, Arnim, Hansemann, v. Keyser.

Reglement

zur Ausführung der Verordnung vom 11. April d. J. über die Wahl der preussischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung.

Mit Bezugnahme auf die heutige Verordnung über die Wahl der preussischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung wird hierdurch festgesetzt, daß die Wahlen der genannten Abgeordneten überall nach dem Reglement zur Ausführung des Wahlgesezes vom 8. April d. J. für die zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung abgehalten werden sollen. Es treten nur folgende Modificationen dabei ein:

§. 1. Die Verzeichnisse der stimmberechtigten Wähler werden nicht nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 1 des Wahlgesezes vom 8. April d. J., sondern derjenigen des §. 1 der Allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage aufgestellt.

§. 2. Die Wahlen der Wahlmänner werden ebenfalls im Umfange der ganzen Monarchie am 1. Mai d. J. vorgenommen, jedoch erst, nachdem die Wahlen, welche durch das Reglement vom 8. April d. J. angeordnet sind, abgehalten sein werden. Die Wahlen sind in getrennten Wahl-Acten vorzunehmen, wobei jedoch die bei den ersten Wahlen gewählten Wahlmänner bei den letzten nicht ausgeschlossen sind.

§. 3. §§. 22 und 31. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird im ganzen Umfange der Monarchie am 10. Mai d. J. abgehalten. Doch bleibt den Ober-Präsidenten überlassen, da, wo der Umfang der Wahlkreise solches zuläßt, die Abhaltung der Wahlen schon am 8. Mai d. J. zu gestatten, und kommen dann die vorstehenden Bestimmungen für die Wahlen zur Anwendung.

Die Zahl der vom preussischen Staate abzuhaltenden Abgeordneten berechnet sich nach dem Beschlusse der Bundes-Versammlung vom 7. April d. J. mit Ausschluß der Provinz Preußen auf 159 und mit Einschluß dieser Provinz auf 191. Dieselben werden auf die Provinzen wie folgt vertheilt:

Brandenburg . . . . .	27	Besessenen . . . . .	20
Pommern . . . . .	15	Rheinprovinz . . . . .	35
Sachsen . . . . .	39	Preußen . . . . .	32.
Sachsen . . . . .	23		

§. 31. Die Wahl-Verhandlungen werden zur Mittheilung an die Versammlung dem königlichen Bundesrats-Gesandten zu Frankfurt a. M. zugesandt werden. Berlin, den 11. April 1848.

Königliches Staatsministerium.

Camphausen, Graf v. Schwerin, v. Auerswald, Bornemann, Arnim, Hansemann, v. Keyser.

In den vergangenen Tagen sind von mehreren Orten des Rheinflusses aus verbrecherische Angriffe auf vorüberfahrende Schlepddampfschiffe, und nicht bloß auf die Schiffe, sondern selbst gegen Personen erfolgt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet und die Freier werden der gesetzlichen Strafe nicht entgehen. Zugleich sind in Verbindung mit der Militär-Behörde Anordnungen getroffen, jedem Angriffe gegen die Schlepdschiffe mit Gewalt zu begegnen und den freien Rhein und die Provinz vor der Schande zu bewahren, daß die Freiheit des Verkehrs durch verbrecherische Gewalt gehemmt werde.

So sehr ich bedauere, wenn Familien-Väter durch die Ungunst der Zeit und durch Umgestaltung der Schiffabtrahs-Verhältnisse in Noth und Verlegenheit gerathen, und so sehr ich denselben Hilfe wünsche und nach Kräften dafür zu sorgen bereit bin, so ist es doch meine erste Pflicht, den gesegneten Zustand zu wahren.

Coblenz, 12. April 1848.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz, Eichmann.

Der Staats-Anwalt beim königlichen Criminal-Gerichte, von Kirchmann, hat unterm 11. April folgende Bekanntmachung erlassen:

Der Unterzeichnete ist von vielen Seiten aufgefordert worden, gegen die Uebergriffe der Presse in den letzten Tagen am hiesigen Orte gesetzlich einzuschreiten. Bei der großen Zahl dieser Aufforderungen und ihrer theilweisen Anonymität ist der Unterzeichnete genöthigt, hier Antwort auf dieselben zu geben. So lange die Presse sich nur in dem Felde des Allgemeinen, in Theorien über Reform des Staates, der Gesellschaft, des Verkehrs bewegt, seien die Vorschriften auch noch so übertrieben, noch so sehr das Bestehende angreifend, so lange hält der Unterzeichnete jedes Einschreiten der Strafverwaltungen für unzulässig. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, selbst des böswilligen in dieser Sphäre, gibt es keine anderen Waffen, als die des Geistes. Sachthaus, Gelbheben dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Verbreiter zu Martyrern in welcher jene ihre Verbreitung zu erlangen sucht. Je mehr jeder Ansicht, auch der äußersten, Raum gestattet wird, sich öffentlich auszusprechen, um so gefährlicher wird sie. Die Gefahr beginnt erst mit dem Momente, wo die Verfolgung solcher Ansichten notwendig, ihre Verbreitung im Geheimen zu suchen. Der Pressefreiheit will, muß auch deren Mißbrauch zu ertragen wissen. Die Freiheit der Rede läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überwiegen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung wird auch den verführerischsten solchen Theorien zu widerstehen wissen, wenn ihnen nicht bloß Bitten und Ermahnungen entgegengestellt, sondern das Unhaltbare und für

# Deutschland.

Berlin, 11. April.

## Verordnung

über die Wahl der preussischen Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm 2c, verordnen in Gemäßheit des von der deutschen Bundes-Versammlung in der Sitzung vom 7. April d. J. gefassten Beschlusses



den Arbeiter selbst Beobachtungen solcher Lehren ruhig und ernst dargelegt wird. Der Unterzeichnete wird deshalb nur dann gegen Ueberschreitung der Presse einschreiten, wenn er sich in der Richtung der Nation zu politischem Bewusstsein, das hat er geleistet, von dem ersten Augenblicke seiner Geburt an bis zu seinem Tode; die Nation wird ihm dafür ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Die geistige Schluss-Sitzung bot den erhebenden Anblick dar, daß sich fast die ganze Versammlung — nur etwa drei oder vier Mitglieder blieben sitzen — zu dem Vertrauens-Votum, welches die Minister gefordert hatten, erhob. Nach den Vorgängen in der Abtheilung zur Berathung der Finanz-Proposition war dies kaum zu erwarten; um so mehr ehrte sich die Versammlung selbst, daß sie ihr Vertrauen zu dem aus ihr hervorgegangenen Ministerium durch eine That an den Tag legte und dadurch dem Lande, wie sich der Minister-Präsident ausdrückte, die Ueberzeugung gab, „daß sie selber an das, was die Gegenwart gebracht, und an seine Entwicklung für die Zukunft glaube.“ Auch daß die Versammlung die von ihr vollzogenen Wahlen zu Abgeordneten für die deutsche National-Vertretung annullirte, gehört mit zu den Acten der Selbstverleugung, wodurch sie sich ums Vaterland verdient gemacht hat. Das Ministerium hat die schmerzhafteste Vollziehung neuer Wahlen nach dem durch den Bundes-Beschluß vom 7. d. M. aufgestellten Wahlmodus angeordnet. Der Deputation der städtischen Behörden, welche den Protest derselben gegen die vollzogenen Wahlen übergeben, hat der Minister-Präsident seine Geneigtheit zur Mitwirkung dahin, daß das deutsche Parlament auf eine kurze Zeit hin verschoben werde, zu erkennen gegeben; man hofft nun, daß diese Hinausschiebung bis zum 15. Mai gelingen werde. Am 22. Mai aber wird der aus Urwahlen hervorgegangene preussische Reichstag zusammentreten: ein glücklich gewählter, historisch denkwürdiger Tag; denn vor nun 33 Jahren erging an diesem Tage jene berühmte Verordnung über die Bildung einer „Repräsentation des Volkes“, die endlich nach so vielen Kämpfen, Niederlagen und Siegen zur Wahrheit werden soll. Glücklicherweise für uns, trifft es sich, daß die Wiedergeburt Preussens mit der Wiedergeburt Deutschlands zusammenfällt: kein einziges, freies und starkes Deutschland ohne Preußen, kein Preußen ohne Deutschland! Darum aber wollen wir auch mitwirken zur Wiedergeburt Deutschlands; wir haben ein vollständiges Recht darauf, und das übrige Deutschland wird daher in den kurzen Aufschub des deutschen Parlamentes gern einwilligen wollen, um auch die Preußen bei demselben vollständig vertreten zu sehen. — Nachdem unser verantwortliches Ministerium durch das Vertrauens-Votum, das ihm der Vereinigte Landtag unbedingte Gewährung hat, in seiner Stellung gesichert ist, wird es seine erste Sorge sein, die notwendigen Geldmittel zu innerem und äußerem Schutze und zur Hebung des stockenden Verkehrs zu beschaffen. Den praktischen Finanzmännern, die jetzt im Rathe der Krone zunächst dem Throne stehen, wird dies nicht schwer fallen, und sie werden sich gewiß dem Andrängen der Börsenmänner, die bereits mit ihren Operationen, Propositionen und Manipulationen auftreten, zu entziehen wissen. Die außerordentlichen Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel, und es ist keinem Zweifel unterworfen, daß sich jeder Staatsbürger gegenwärtig beilegen wird, durch Darreichung der ihm zu Gebote stehenden Mittel, sei es durch freiwillige Anleihe oder durch eine neue Steuer, an dem Staate auch in dieser Beziehung sich zu betheiligen. Dieser Weg zur Beschaffung von Geldmitteln scheint gegenwärtig der einzig passende: das Volk muß heraustrreten, im Innern muß die Hülfe, die notwendig ist, gefunden werden, und wir zweifeln nicht, daß das Ministerium, das so eben einen so schönen Beweis des Vertrauens erhalten hat, dasselbe durch ein gleiches Vertrauen erwidern werde. Wird diesem Vertrauen entsprochen — und wer möchte dieses dem neu gewählten Volksgeiste abschreiben wollen? — so wird das Ministerium einen unerschütterlichen Halt gewinnen. — Sind die Geld-Verhältnisse geordnet, ist der Mangel beseitigt, der jetzt auf alle Angelegenheiten drückt, so kommen die sozialen Fragen an die Reihe. Das erregende Vereins- und Versammlungs-Recht bietet dazu den schönsten Anhalt, und der gesunde Sinn der arbeitenden Klassen bewährt sich hier auf das kräftigste. Die fast täglichen Volks-Versammlungen verlaufen in der größten Ordnung, und allmählich gewöhnt sich auch das Pfahlbürgerthum an diese neue Erscheinung und legt die lächerliche Furcht vor Aufwiegelung ab, die es durch die Volks-Versammlungen und Clubs befördert glaubte. Auch der Local-Verein für das Wohl der arbeitenden Classe wird nun wieder seine ununterbrochene Thätigkeit beginnen; wäre er vor zwei Jahren bestätigt worden, so wären diese Verhältnisse jetzt in eine Organisation gebracht, die vielen Verlegenheiten entgegenzutreten könnte. Das ursprüngliche Comité des Vereins, das sehr gelichtet ist, ist wieder zusammengetreten, und hat sich durch Mitglieder aus der arbeitenden Classe verstärkt; es wird in diesen Tagen öffentlich auftreten. Ueberhaupt hat sich die allgemeine Physiognomie der Stadt sehr verändert; das Vertrauen fängt an, Wurzel zu schlagen; die Furcht, welche die verschiedenen Classen der Bevölkerung aus einander hielt, schwindet immer mehr, und die Befürchtung, welche noch vor wenigen Tagen die Gemüther mit Angst erfüllte, daß ein neuer Straßenkampf zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen sich entspinne könne, gibt schließlich mehr der Zuversicht Raum, daß sich mit der Freiheit zugleich die Ordnung begründen werde.

— Großen Anklang findet Herr Prince-Smith's „Vorschlag in der Noth“, wonach das Volk freiwillig die Regierung auffordern soll, zur Abwehr der jetzigen politischen und commerciellen Verlegenheiten die unersetzlich nöthigen Geldmittel durch eine Einkommensteuer zu erheben. Mit jedem vermehrten Tage wachsen die zu besiegenden Schwierigkeiten, und die durch Geschäftstillstand verursachten Verluste. Wird nicht heute das Nöthige willig gehoben, so wird es später noch, vielleicht das Doppelte zu nehmen. Auch hat die directe Besteuerungsweg den Vorzug, daß sie den Besitzwerth und die Erwerbsthätigkeit möglichst wenig stört. Man möchte also diese Gelegenheit benutzen, einerseits um durch Aclamation Seitens des Volkes das Princip der directen Beschaffung des Staatsbedarfs zur Geltung zu bringen, andererseits um durch freiwillige Entgegenkommen des Volkes zur Stütze der Staatsmacht einen gewichtigen Hebel zur Herstellung des Vertrauens in unsere Zustände zu gewinnen. Diese Rücksichten haben auch schon bei mehreren einschneidenden Patrioten den Wunsch erregt, mit vereinter Kraft zur Förderung dieser wichtigen Angelegenheit zu wirken. Das Princip der Selbstbeschaffung wird jedenfalls festzuhalten sein. Soll aber der Ertrag hinreichen, so müssen alle Staatsbürger mit Ausnahme bloß der Lohn-Empfänger herangezogen werden. — Wenn man nämlich aus den Classen-Steuerlisten einen annähernden Anschlag machen will, so ergibt man, daß auf je 100,000 Einwohner in die Classen I., II. und III. etwa resp. 40, — 800, — 4000 steuernde Haushaltungen fallen, deren Einkommen sich mindestens auf 1500, — 500, — 250 Thaler jährlich im Durchschnitt annähern ließe. Demnach kämen bei einem Steuerfusse von 40 St. für Classe I. und II. und von 20 St. für Classe III. etwa über 6 Mill. Thlr. jährlich im ganzen Staate ein.

— Die gestrige Volks-Versammlung vor dem schönhauser Thore an der kahlen Pappel war sehr zahlreich besucht. Eine Menge ins Einzelne und Einzelne gehender Vorschläge in Betreff der „Arbeiter-Verhältnisse“ wurde vorgebracht, aus denen kein bestimmtes allgemeines Resultat zu erwarten stand. Der Herr Dr. D. S. O. M. u. g. das Wort, um eine praktische Maßregel vorzuschlagen, die allein Aussicht auf Erfolg gewähre. Er trug darauf an, sorgfältig Arbeiter-Commissionen zu ernennen, welche die Interessen der verschiedenen Gewerke zu berathen hätten; diese sollten unter einem Central-Ausschusse stehen, der unmittelbar mit dem Ministerium in Verkehr stehe. Dieser Vorschlag erhielt den ungetheiltesten Beifall. Auch außerhalb der Versammlung hat der Anklang gefunden. Der Minister von Auerwald hat sich entschieden damit einverstanden erklärt; heute morgen sind schon Deputationen von Gewerksamen, den Schuhmachern, Goldschlägern und Brauereien, bei Herrn Schomburgk gewesen, um ihm ihre Theilnahme zuzusichern; morgen Abend (Dinstag) soll in der um 7 1/2 Uhr im maasschen Locale in der Sebastianstraße statt findenden Versammlung aller Gewerke die Wahl des Central-Ausschusses vorgenommen werden. — Wir begreifen freudig diesen ersten Schritt zu einer wahrhaft gründlichen und organisierten Verbesserung der Arbeits-Verhältnisse; — es ist nur erst ein Schritt, aber wie find der festen Ueberzeugung, daß man auf dieser Bahn fortgeritten wird. (National-Bl.)

— Der Plan des Landtags-Abgeordneten Milde, die baaren Verhältnisse des Staatsschatzes zur Begründung eines National-Department of

issue neben der bestehenden Haupt-Bank zu verwenden, wodurch unter der solidesten Fundirung Banknoten von 1 und 5 Thaler zur Vermittelung der Werthe und materiellen Erleichterung des Kleinhandels ausgegeben werden sollen, ist von dem Ministerrathe, wie verlautet, angenommen.

— Der Minister der geistlichen Angelegenheiten hat in der Uebersetzung, daß die wegen Mitbenutzung evangelischer Kirchen durch evangelische oder katholische Dissidenten seither ergangenen Verfügungen mit der von dem Könige seinem Volke zugesicherten Religionsfreiheit nicht vereinbar seien, und die Befugnis der Gemeinden, über die Kirchen zu verfügen, mehr beeinträchtigen, als es selbst nach der bestehenden Gesetzgebung geboten erscheint, so eben in einer an sämtliche Consistorien und Regierungen erlassenen Verfügung bestimmt, daß den Dissidenten die Mitbenutzung evangelischer Kirchen zu gestatten sei, sobald Patron und Gemeinde-Vertreter ihre Zustimmung erklärt haben. In Betreff der Kirchen landesherlichen Patronats ist angeordnet worden, daß die von Seiten der Patronats-Behörde zu ertheilende Zustimmung nicht zu verweigern, wenn die Gemeinde-Vertreter Dissidenten die Mitbenutzung der Kirche gestatten wollen. Außerdem sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen, um auch im legislativen Wege durch angemessene Aenderung des Patentes und der Verordnung vom 30. März v. J. der freien Religionsübung Raum zu gewähren.

\*\*\* Elbing, 4. April. In der letzten, zahlreicher als je besuchten Bürger-Versammlung kamen die vielfachen Ueberschüsse mehrerer unbesonnenen, vielleicht auch schlechtgefinnten Bewohner Preussens polnischer Zunge zur Sprache, die dem polnischen Landvolke einzureden suchen, Westpreußen müsse und werde an einen neu zu errichtenden polnischen Nationalstaat abgetreten werden. Es wurde beschlossen, auch von hier aus, wie es schon an sehr vielen Orten unserer Provinz geschehen ist, eine Proclamation zu erlassen. Es wurde zu dem Zwecke eine Commission ernannt, zu welcher auch der Ober-Bürgermeister und der Stadtvorstand-Vorsteher gehörten. Die Proclamation ist abgefaßt und demnächst von Magistrat und Stadt-Verordneten einstimmig angenommen worden. Sie lautet, wie folgt:

Polen! Einige unbesonnene oder boshafte Männer wollen Euch einreden, daß Westpreußen ein polnisches Land sei, und daß Ihr gerechte Ansprüche auf den Besitz selbst von Elbing und Danzig habet. Laßt Euch durch so thörichte und lächerliche Vorurtheile nicht verführen. Auch wir wünschen, daß es Euch gelingen möge, einen freien polnischen Staat innerhalb derjenigen Grenzen zu erwerben, die unbestreitbar dem polnischen Volke angehören. Solltet Ihr Euch aber verleiten lassen, auch nur eine Hand breit Landes von Westpreußen an Euch zureichen oder die Bestimmung zwischen polnischer und deutscher Grenze innerhalb der jetzigen Großherzogthums Polen auf irgend einem anderen Wege als auf dem der glüklichen Vereinbarung mit den Vertretern des deutschen Volkes treffen zu wollen: alsdann werdet Ihr an den Deutschen eben so empfindliche Feinde finden, wie Ihr jetzt noch entschieden auf ihre Freundschaft rechnen dürft. Der Ruch eines Krieges zwischen zwei Völkern, welche dazu bestimmt sind, um in inniger Verbindung den Barbaren des Ostens zu widerstehen, wird nicht auf unsere, sondern auf Eure Häupter fallen!

Posen, 8. April. Die Deutschen hielten heute zweimal Volks-Versammlungen, worin mit großer Aufregung gegen die Anordnungen des Commissars deklamirt wurde; eine gewählte Deputation mußte ihm sofort mehrere Protestpuncte überbringen. Desgleichen war man mit der Zusammenfassung der Commission, die das Reorganisationswerk betreiben soll, wenig zufrieden und erklärte das deutsche Element nicht genügend vertreten. Diese Commission, die schon heute eine Vorberathung gehalten hat, besteht, so viel ich vernommen, außer Hrn. v. Willisen, aus den Regierungs-Mitgliedern: Ober-Präsident von Baumann und Regierungs-Präsident v. Kreis; aus den Polen: Graf M. Mielowski, v. Pomorski, D. Libelt und Stefanski; und aus den Deutschen: Gutsbecker v. Treckow, Landgerichtsrath Küttner, Justizrath Neumann und dem Kreis-Physikus Grunwald. Einige Stunden nach der Willisen'schen Proclamation erschien eine Bekanntmachung des Ober-Präsidenten v. Baumann und des commandirenden Generals v. Solomb folgenden Inhalts: „Durch Aufruf, durch Reden und Gespräche hat man euch, Bewohner des Großherzogthums Posen, v. rathsch, die Waffen in die Hand zu nehmen und euch auf ein gegebenes Zeichen zu versammeln. Diejenigen, die euch das gesagt oder befohlen haben, bilden nicht eure Obrigkeit. Euer oberster und erster Herr ist der König, und eure Obrigkeit sind die Behörden, die dazu ausdrücklich eingesetzt sind. Diese befehlen euch nun auf Grund der Feste, die Waffen niederzulegen und euch nicht in großer Anzahl zu versammeln.“ Der Schluss lautet: „Legt die Waffen, Senfen u. nicht nieder, versammelt ihr euch dennoch zu Hunderten, um den Behörden und dem Militäre zu trotzen, so seht ihr euch harten Strafen aus.“ — Nach dem Städtischen Schreibe, wo etwa 4000 Sentenärer eine Art Lager bezogen haben, sollten schon gestern die nöthigen Streikkräfte zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung von hier abgehen; indessen ist das noch nicht geschehen, weil man nach dem Wunsche des Hrn. v. Willisen noch einige Tage ansetzen will, um erst den Erfolg der Proclamation abzuwarten. — Aus dem Königreiche Polen ist die auffällige, jedoch verbürgte Nachricht hier eingetroffen, daß die Russen ihre Truppen wieder von der Grenze mehr ins Innere des Landes zurückziehen. Man kann sich diese Erscheinung hier nicht erklären, meint aber, man wolle dadurch nur die hiesigen Inturgenten zum Einfalle ins Königreich verleiten, um sich ihrer dann sofort zu bemächtigen. (D. A. Z.)

Posen, 9. April. Die erste Proclamation des Herrn Generals von Willisen machte hier unter beiden Nationalitäten keinen guten Eindruck, allein die Resultate der seitdem gepflogenen Unterhandlungen in der Reorganisations-Commission erwießen die gegründete Hoffnung, daß die Sachen zu einem guten Ziele werden geführt werden, wenigstens glauben wir jetzt die Ueberzeugung hegen zu dürfen, daß die gestellte „Vorbedingung: daß zuvor Ordnung und Gesetzlichkeit zurückkehre“ und namentlich die geforderte Waffen-Niederlegung, an der jede friedliche Lösung scheitern zu wollen schien, mit der von den eigenthümlichen Umständen und Verhältnissen gebotenen Mäßigung und Rücksicht werde ausgeführt werden. Wir theilen Ihnen die Resultate der bisherigen Verhandlungen mit:

„Vorläufige Zugeständnisse für die zukünftige Reorganisation: §. 1. Es wird ein Pole an die Spitze der Verwaltungs- und ein Pole an die Spitze der Justiz-Behörden gestellt. §. 2. Die Wahl der Landräthe wird von den Kreis-Eingefessenen, nämlich von den Rittersgütern, den Städten und Landgemeinden nach einer zu erlassenden Wahlordnung erfolgen. §. 3. Die Policei-Verwaltung soll anderweit eingerichtet werden, und zwar durch Wahl der betreffenden Gemeinden. §. 4. Das Tragen der polnischen Farben wird erlaubt; Se. Majestät der König wird nachstens über ein anderes Wappen des Großherzogthums Posen entscheiden. §. 5. Die polnische Sprache soll die Geschäftssprache werden, neben ihr die deutsche gleichberechtigt dastehen. §. 6. Eine nationale Reorganisation des Unterrichtes und Justizwesens wird erfolgen. §. 7. Die geistlichen Angelegenheiten werden in der Weise geordnet, daß sie sich frei und selbstständig bewegen können. §. 8. Ein nationales Armeecorps für das Großherzogthum Posen soll sofort organisiert werden: a) aus dem Landwehr, b) aus polnischen National-Regimenten. A) Die Landwehr hat selbst gewählte Officiere, trägt die Fahne des Großherzogthums Posen, besteht theils aus überwiegend polnischen, theils aus überwiegend deutschen Truppen-Abtheilungen. Die ersten haben ein polnisches, die anderen ein deutsches Commando. Es wird den Truppen anheimgestellt, die polnischen Coarden zu tragen. Die polnisch zu commandirenden Truppenkörper soll es freistehen, polnische Officiere in jedem Range aus früheren militärischen Dienstverhältnissen, theils aggregirt, theils anstellt zu werden. Die Landwehr-Bataillone und Escadrons können durch Freiwillige aus dem Großherzogthume Posen verstärkt werden. B) Das polnische Armeecorps wird aus dem Privatmilitäre des Großherzogthums Posen und namentlich der polnischen Bevölkerung gebildet, bis es völlig organisiert und vom Staate übernommen werden wird. Das Corps wird aus lauter Freiwilligen und aus benannten Landwehrmännern gebildet, welche es vorziehen sollten, hier, statt bei der Landwehr zu dienen. Es wählt seine Führer selbst. Commando und Abzeichen sind polnisch, der Ober-Anführer des Corps führt unter dem Befehle des commandirenden Generals des Großherzogthums Posen. C) Allen Soldaten, Unterofficieren und Officieren, welche Eingeborne des Großherzogthums sind und in anderen Regimentern des preussischen Heeres dienen, wird gestattet, ihre Versetzung nach dem Großherzogthume Posen zu verlangen um in die dortigen neugebildeten Corps einzutreten. D) Die Landwehr, so wie das Armeecorps werden vorläufig auf den Großherzog von Posen, später auf die Verfassung des Großherzogthums verlegt. §. 9. Die Truppen aus anderen Provinzen werden zurückgezogen und selbst die consistirenden Truppen vermindert, sobald in Folge der zu bildenden nationalen Landwehr des Großherzogthums Posen und des polnischen Armeecorps die concentrirte Volks-Bewaffnung in dieselbe — soweit sie zu gebrauchen ist — aufgehen wird, und die Verwaltung sich frei und ordnungsgemäß in allen Kreisen bewegen wird. §. 10. Wegen der bis jetzt vorgefallenen, sowohl polnischen wie militärischen Vergehen soll Niemand zur Verantwortung gezogen werden.“

Das sind die Hauptpuncte, über welche man sich vereinbart hat, und die per Exakte nach Berlin zur Bestätigung gefandt worden sind. Zur vorläufigen Wiederherstellung der Ordnung sind folgende Maßregeln beschlossen worden:

„Der Commissarius zur Reorganisation des Großherzogthums Posen hat nach Anhörung des Gutachtens der betreffenden Commission beschlossen, bis zur definitiven Reorganisation zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung im Lande folgende Maßregeln sofort ins Leben treten zu lassen. §. 1. Da die jetzt funktionierenden Landräthe durch neu erwählte nach einem bald zu erlassenden Wahlmodus ersetzt werden sollen, so treten inzwischen in allen Kreisen Commissarien neben die künft. Landräthe; die Commissarien werden von der Commission vorgeschlagen und von dem Reorganisations-Commissarius bestellt; ihre Function hört auf, sobald der neu gewählte Landrath sein Amt angetreten haben wird. §. 2. Es liegt den Commissarien ob, gemeinschaftlich mit den Landräthen die Ordnung da, wo sie gestört ist, wieder herzustellen, namentlich dahin zu wirken, daß die gesetzliche Autorität respectirt, die Abgaben eingezahlt, die Verwaltung sich frei bewegen können. §. 3. An den Orten, wo die Landräthe, die Bürgermeister, Rentanten und Districts-Commissarien abgesetzt sind, wird der Commissarius des betreffenden Kreises an Ort und Stelle Grundrindungen einziehen, ob die Wiedereröffnung der abgesetzten Beamten nicht die Erörterung der Bevölkerung aufregen würde. Im letzteren Falle, welcher durch protocolarische Erklärung einflussreicher Gutsbesitzer im Kreise und bekannten Orts-Eingefassen constatirt werden muß, hat der Commissarius die Verwaltung interimistisch selbst zu übernehmen, resp. interimistisch zu befehlen, bis anderweitige Bestimmungen von der künftigen Regierung, an die darüber berichtet werden muß, getroffen sein werden. In allen Fällen, in denen die bisherigen Beamten ihre Posten nicht wieder einnehmen, müssen sie ihr Gehalt bis zur Entscheidung der vorgedachten Regierung beziehen. §. 4. Da so bald als möglich ein neues Polizeigesetz erlassen werden soll, wonach das Institut der Districts-Commissarien eine Umgestaltung erhalten wird, so bleiben bis dahin die Districts-Commissarien in Ausübung ihrer Aemter: allein es soll den Commissarien im Vereine mit den Landräthen freistehen, missliebige Districts-Commissarien und eben solche Gensdarmen in ihrer Function zu suspendiren, interimistisch durch andere Personen zu ersetzen, bis die künft. Regierung darüber entschieden haben wird. §. 5. Die künft. Landräthe haben über alle allgemeinen Ordnungen für den Kreis mit den Commissarien, sofern sie in der Kreisstadt anwesend sind, Rücksprache zu halten und nach dieser Uebereinkunft dann die Anordnungen selbstständig zu erlassen. §. 6. Den Commissarien bleibt das Recht, die nach der gemeinschaftlichen Uebereinkunft erlassenen Verfügungen des Landrathes im Concept mitzutheilen und gegen den Erlaß von Verfügungen, die sie der Ruhe und Ordnung unter den Bewohnern des Kreises nachtheilig achten, Berufung auf die Entscheidung der künft. Regierung einzulegen; bis zum Eingange dieser Entscheidung darf dann solche Verfügung nicht erlassen werden. §. 7. Den Commissarien steht das Recht zu, Beschwerden der Kreis-Eingefassen entgegenzunehmen, sich über die Lage jeder Sache durch Einsicht der landrathlichen Acten Ueberzeugung zu verschaffen und mit dem Landrath wegen Abhilfe der Beschwerden in Verbindung zu treten, event. sich damit an die künft. Regierung und die Reorganisations-Commission zu wenden. §. 8. Es gibt für die Commissarien keine anderen Beförden, an welche sie zu berichten oder von welchen sie Verfügungen anzunehmen haben, als die künft. Regierung, den Ober-Präsidenten und den Reorganisations-Commissarius. §. 9. Ein Gehalt oder eine Entschädigung haben die Kreis-Commissarien nicht zu beziehen. Die interimistisch angestellten Vertreter der Districts-Commissarien werden aus den Communal-Cassen entschädigt, sofern sie nicht selbst darauf verzichten.“

Dieser Beschluß wird wahrscheinlich morgen veröffentlicht und zur Ausführung gebracht werden. — So eben wird uns mitgetheilt, daß per Exakte die künft. Bestätigung der obigen „vorläufigen Zugeständnisse“ eingegangen und daß dieser Depesche eine zweite beigefügt sei, durch welche die früher beabsichtigte Entwaflnung der Polen zurückgenommen und jede feindselige Demonstration — wie sie für morgen gegen Schroda beschlossen war — untersagt werde. Gott sei Dank, daß der durch Ueberzeugungen, Unschlüssigkeiten u. so sehr verschlungene Knoten friedlich sich zu entwirren beginnt! — Nachschreibt. Die letzte Nachricht bestätigt sich nicht: Es marschirten um 3 Uhr 6000 Mann Infanterie mit 3 Batterien, einigen Haubitzen und 2 Schwadronen Cavallerie (Hufaren und Cuirassiere) nach Schroda ab, um morgen diese Stadt zu stürmen und zu beschließen, wenn die Polen bis dahin dieselbe, in der 15—20,000 Mann verchanzt, nicht verlassen haben sollten.

— Aus Posen geht uns unaufhörlich eine Menge von Berichten — oft sehr widersprechenden — zu, welche wir ihres Umfanges wegen nicht wiedergeben können, und aus denen nur das hervorgeht, daß die Verwahrheit der dortigen Verhältnisse noch immer wie bisher ist. Die Polen beklagen sich eben so bitter über die Deutschen, wie diese über die Polen. Eine uns zukommende Nummer der „Gazeta Polska“ z. B. enthält ein wahres Sündenregister den Deutschen gegenüber. Dagegen liegt uns zugleich ein Manifest aus Westpreußen vor, in welchem die Bewohner dieser Provinz fordern, daß kein Haarbrett Landes ihnen entzogen werde; sodann ein anderes aus Bromberg, „von den Bewohnern des Neg-Districtes“, dem wir Nachstehendes entbieten: „Wir sprechen es hier im Angesichte von Europa laut und feierlich aus: 1) daß wir die in Posen zusammengetretene Commission, mit Einschluß des königlichen Immediat-Commissars, zur nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen für incompetent und im Voraus alle ihre Beschlüsse für null und nichtig erklären müssen, da diese Commission von der Gesamtbevölkerung mit keinerlei Vollmacht versehen worden ist; 2) daß wir diese Commission namentlich für incompetent erachten, sich in die Verwaltung des Neg-Districtes irgend wie zu mischen; vielmehr sind wir fest entschlossen, schlimmsten Falles eine solche Einschmischung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurück zu weisen; 3) daß wir, die Bewohner des Neg-Districtes, nicht mehr zum Großherzogthume Posen gehören wollen und daher verlangen, die dazu gehörigen Kreise Bromberg, Wirsitz, Gzarnickau, Inowracław, Chodzież, Schubin, Mogilno und Wągrowice vom Großherzogthume Posen abzutrennen und der Provinz Preußen einzuverleiben, da wir fortan mit dem Königreiche Preußen dem gesammten deutschen Bunde angehören wollen; 4) daß, um den möglichen Gräueln eines Bürgerkrieges vorzugeben, wir das bestimmte Verlangen stellen müssen, diese Abtrennung sofort provisorisch eintreten zu lassen. Wir müssen die allergeringste Beschleunigung beantragen, damit kein Bürgerblut vergossen werde und der Ruf nicht ertöne unter den sich kreuzenden Waffen: Es ist zu spät!“ — Aus einer Correspondenz aus Posen theilen wir noch folgende Stelle mit: „In den letzten drei Tagen sind die bewaffneten Haufen durch Zug von allen Seiten verstärkt worden und schienen fest entschlossen, den Angriff unserer Truppen entweder zuvorkommen oder hartnäckigen Widerstand zu leisten. Eßen sie vor dem Kampfe sich auf, so kann die Gefahr, mit der Liebelt gedroht hat, daß diese bewaffneten Haufen im Lande haufen, das Leben und Eigenthum zunächst der Deutschen und Israeliten bedrohen würden, nicht erst entstehen, sie ist wenigstens für deren Eigenthum schon entstanden.“

— Unser Militär von jenen Haufen angegriffen oder auch nur gezwungen, zu „interveniren“, wie Libelt sagt, so wird das „schreckliche Blutbad unter den beiden Nationalitäten“, womit er droht, gewiß eine der vielen freischaffenen Phantasien bleiben, mit denen unsere Polen ihre Verunsicherung brüderlicher Eintracht mit den Deutschen schon längst zu Schanden gemacht haben; für das Blut aber, welches unsere Krieger haben vergießen müssen, die Verführer, Aufwiegler und Leiter jener bewaffneten Haufen eine furchtbare Verantwortung treffen.“

\*\*\* Breslau, 9. April. Die Ernennung des bisherigen Ober-Bürgermeisters Pinder zum Ober-Präsidenten von Schlesien scheint eine glückliche Wahl gewesen zu sein und ist hier mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen worden. Heute gab die hiesige Bürgergarde durch eine sehr feierliche Demonstration zu erkennen, indem die vollständige Bürgergarde, gegen 12,000 Mann, an der Spitze der Magistrat und die Stadt-Verordneten, mit Musik und Fahnen vor das Regierungs-Gebäude zog, um dem neuen Ober-Präsidenten ihre Huldigung darzubringen. Dies geschah auch, ungeachtet eines sehr heftigen Gewitter-Regens. Pinder wurde auf Empfehlung des Ober-Präsidenten von Schön vor vier Jahren zum hiesigen Ober-Bürgermeister gewählt und seine Bestätigung damals nicht ohne Schwierigkeiten erlangt. Er hat seine Farbe nie verläugnet und stets der liberalen Partei angehört, zu der sich jetzt allerdings viele bekennen, aus denen man Alles machen kann. — Die Stadt ist äußerlich ziemlich wieder in ihr altes Geleise gekommen, aber die Arbeitslosigkeit nimmt zu, auch wohl die Unlust an Arbeit; der Credit steht, und eine baldige Aenderung der Dinge wird mit jedem Tage dringender nötig. Auf dem Lande haben sich die Unruhen gänzlich gelegt. Die meisten der Bauern befanden sich in einem sehr bedauerlichen Irthum. Unter „Pressfreiheit“ verstanden sie: Freiheit von allem Pressen von Seiten der Gutsbesitzer, und unter „Censur-Freiheit“: Freiheit vom Censur, (Siehe den Verfolg in der ersten Beilage.)







# Außerordentliche Beilage zu Nr. 101 der Kölnischen Zeitung.

*John aus Menden*

Montag, den 10. April 1848.

## Deutschland.

Berlin, 8. April.

Das 11. Stück der „Gesetz-Sammlung“ enthält unter Nr. 2942 die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. Febr. d. J., betreffend die den Ständen des sächsischen Reiches bewilligten fisciellen Vorrechte in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung der in diesen Kreis fallenden Theile der Straßen 1) von Rültsch über Neudamm, Solbin, Kippel und Pöhl nach Stettin, 2) von Rültsch über Schönfließ und Königsberg nach Schwedt, und 3) von Landsberg über Bietzen und Bernstein nach Stargard; unter Nr. 2943, Allerhöchste Privilegium von demselben Tage, wegen Ausfertigung auf den Inhaber laufender Kreis-Obligationen zum Betrage von 100,000 Thlr.; ferner die unter Nr. 2944 die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 23. Febr. d. J., wegen des rechtsgültigen Fortbestehens der Verordnung vom 22. März 1844, betreffend die Ertheilung von bürgerlichen Wahlen in Westpreußen, und unter Nr. 2945 die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preussischen Verfassung. Vom 6. April d. J.

Das 12. Stück der „Gesetz-Sammlung“ enthält unter Nr. 2946 das Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung. Vom 8. d. M.

## Wahlgesetz

für die zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c. c. verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Jeder Preuze, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Wähler, in so fern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

§. 2. Die Wähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Wahlzahl von 500 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht 500, übersteigt aber 300 Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht 300 Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigt. In Gemeinden von mehr als 1000 Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Verordneten in der Art zu bezeichnen haben, daß in einem Bezirk nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnt Bezirke, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath Befehl der Wahlen der zunächst gelegenen Staats- oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Wähler stimmberechtigt ist.

§. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5. Jeder Preuze, der das 30ste Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verliert hat (§. 1), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.

§. 6. Für jeden landrätlichen Kreis, so wie für jede Stadt, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehört, soll ein Abgeordneter und ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechzig Tausend Seelen, so werden zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede weitere Wahlzahl von vierzig Tausend Seelen ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundert Tausend Seelen drei, für hundertvierzig Tausend Seelen vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden.

§. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 Statt gehaltenen amtlichen Zählung.

§. 8. In den Städten werden die Wahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Collegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Wahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verhältnisse der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staatsministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung des Wahlgesetzes zu erlassenden Reglement (§. 12) feststellen. Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden in den Kreisen durch die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters, geleitet.

§. 9. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises. Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahlen beauftragten Behörden abzugrenzen haben.

§. 10. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Institutionen nicht gebunden.

§. 11. Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung.

§. 12. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat unser Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

§. 13. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammenzutretende Versammlung soll auf Grund der künftigen Staats-Verfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die bisherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staats-Anleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch ausüben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 8. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Gamphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. D. Bornemann. Armin. Hansmann. v. Reiber.

## Reglement

zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April d. J., für die zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung.

Bestimmungen über die Abgrenzung der Wahlbezirke.

§. 1. Die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehören, die Magistrats und da, wo kein Magistrat besteht, der Bürgermeister haben unverzüglich nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 2 des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. die nötigen Einleitungen zur Abgrenzung der Bezirke für die Wahlen zu treffen.

§. 2. §. 2 des Wahlgesetzes enthält also festzustellen, in welchem Wahlbezirk diejenigen Gemeinden, welche nicht abgetrennt werden können, so gebildet werden, daß die Wahlzahl nicht unterschritten wird. Der so gebildete Wahlbezirk steht in der Regel aus der Zahl der Wahlmänner einer Gemeinde von derselben Wahlzahl gleich; 2) die Zahl der auf die einzelnen Wahlbezirke fallenden Wahlmänner nach den gesetzlichen Verhältnissen. Wie viel Wahlbezirke in den zu einem landrätlichen Kreise gehörenden Gemeinden von mehr als 1000 Einwohnern gebildet werden sollen, bestimmen die Gemeinde-Verordneten unter Aufsicht des Landraths. Da kein Bezirk mehr als 5 Wahlmänner wählen soll, so ergibt sich, daß kein Bezirk volle 3000 Einwohner enthalten darf.

## Wahlen.

§. 3. (§. 8 des Gesetzes.) In den Städten, in welchen die Städte-Ordnung von 1808, oder 1831 eingeführt ist, wird die Wahl durch Beauftragte des Magistrats, in den übrigen Städten durch Beauftragte des Bürgermeisters geleitet. In den Landgemeinden ist in der Regel die Orts-Polizei-Ordnung oder die Ortsbehörde mit der Leitung der Wahl zu beauftragen. Da, wo dies in kleinen Gemeinden Schwierigkeit findet, und bei Zusammenlegung mehrerer Ortschaften zu einem Wahlbezirk bleibt es dem Gemeindefreiwahl überlassen, auch einen anderen wahlberechtigten Einwohner des Wahlbezirks zum Wahl-Commissar zu ernennen.

§. 4. In jeder Gemeinde wird sofort von der Orts-Behörde ein namentliches Verzeichniß aller nach §. 1 des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. stimmberechtigten Wähler aufgestellt und zu Jedermanns Einsicht in einem zu bestimmenden Local ausgestellt, auch das selbige öffentlich bekannt gemacht. Wer sich darin übergangen glaubt, hat seine Einwendungen binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung anzugeben und zu beschreiben. Die Entscheidung über die Reclamation steht für diesmal dem Landrath, resp. Magistrat oder Bürgermeister zu.

§. 5. Die Wahlen in allen Wahlbezirken werden im ganzen Umfange der Monarchie am 1. Mai d. J. abgehalten. Wenn in demselben Orte mehrere Wahlbezirke sind, so werden sie in denselben überall zur nämlichen Stunde vorgenommen.

§. 6. Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Bekanntmachung in ortsbühlicher Weise vorgeladen.

§. 7. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl Theil nehmen.

§. 8. In der Versammlung werden zunächst die Wählerlisten vorgelesen, die erschienenen Wähler als anwesend verzeichnet und jeder nicht stimmberechtigte Anwesende zum Abtreten veranlaßt.

§. 9. Aus der Mitte der Anwesenden ernannt der Wahl-Commissar einen Protocollführer und 2 bis 8 Stimmzähler und verpflichtet sie mittels Handschlags an Eidesstatt.

§. 10. Der Wahl-Commissar läßt durch die Stimmzähler gestempelte Stimmzettel an die einzelnen Wähler austheilen.

§. 11. Jeder Wähler schreibt auf den ihm übergebenen Zettel den Namen des von ihm gewünschten Wahlmanns. Zettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person geschrieben steht, oder aus welchen der Gewählte nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, eben so ungestempelte Zettel sind unzulässig. — Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihren Stimmzettel durch einen oder mehrere vom Wahl-Commissar hierzu bestimmte Stimmzähler schreiben.

§. 12. Die Stimmzettel werden von den Stimmzählern gesammelt und in das vor dem Wahl-Commissar und dem Protocollführer stehende Gefäß gelegt.

§. 13. Die unersetzten Zettel werden laut gezählt. Sollte diese Zählung durch ein mit der Zahl der Anwesenden im Mißverhältnis stehendes Resultat Bedenken erregen, so sind Wahl-Commissar und Stimmzähler befugt, die Abstimmung für ungültig zu erklären und eine neue anzubringen.

§. 14. Nach vollendeter Ein Sammlung der Stimmzettel können später erscheinende Wähler an dieser Abstimmung nicht mehr Theil nehmen, sind dagegen von den nach ihrem Erscheinen beginnenden Abstimmungen nicht ausgeschlossen und werden zu diesem Behufe nachträglich als anwesend verzeichnet.

§. 15. Die Stimmzettel werden durch einen Stimmzähler unter Vorzeigung an die übrigen und in Gegenwart der Versammlung laut verlesen, vom Protocollführer bei dem Namen des Candidaten vermerkt und vorweg laut gezählt.

§. 16. Derjenige, welcher die absolute Stimmen-Mehrheit erhalten hat, ist für gewählt zu erklären.

§. 17. Zur absoluten Stimmen-Mehrheit gehört mehr als die Hälfte der gültigen Stimmzettel.

§. 18. Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen fünf Candidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Candidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Trifft in dieser letzten Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Commissars gezogen wird. Ausmittelung derjenigen Candidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf eine engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Loos.

§. 19. Bei engeren Wahlen sind die Stimmzettel mit anderen Namen als den auf die engere Wahl gebrachten Candidaten unzulässig.

§. 20. Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheiden Wahl-Commissar und Stimmzähler.

§. 21. In Wahlbezirken, wo mehr als ein Wahlmann zu wählen ist, findet vorstehendes Verfahren mit der Maßgabe Statt, daß für jeden Wahlmann eine besondere Wahlhandlung vorzunehmen ist.

§. 22. Das Wahl-Protocoll, welches nach den anliegenden Formularen aufzunehmen ist, wird vom Wahl-Commissar, den Stimmzählern und dem Protocollführer unterzeichnet und dem Landrath, resp. Magistrat oder Bürgermeister eingereicht, welchen die Prüfung der Wahl in formeller Beziehung zusteht.

§. 23. Wenn gegen die formelle Gültigkeit einer Wahl Bedenken obwalten, so sind dieselben der Versammlung der Wahlmänner vorzulegen, welche darüber entscheidet, und sodann mit Ausschließung des Wahlmannes, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, unmittelbar zu ihrem ordentlichen Wahlschäft fortzueilen.

Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter.

§. 24. Der Landrath, resp. Magistrat oder Bürgermeister, stellt aus den eingereichten Wahl-Verhandlungen ein Verzeichniß der Wahlmänner auf und läßt dieselben zur Wahl des oder der vom Wahlkreise zu wählenden Abgeordneten und Stellvertreter schriftlich ein.

§. 25. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird im ganzen Umfange der Monarchie am 1. Mai d. J. vorgenommen.

§. 26. Bei der Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter kommen die Vorschriften der vorstehenden §§. 7 bis 21 zur Anwendung mit Ausnahme der §§. 9 und 18, an deren Stelle folgende Bestimmungen treten.

§. 27. Die Stimmzähler und der Protocollführer werden von den anwesenden Wahlmännern aus ihrer Mitte durch absolute Stimmenmehrheit gewählt und vom Wahl-Commissar mittels Handschlags an Eidesstatt verpflichtet.

§. 28. Hat sich auf einen Candidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so ist derselbe als gewählt zu erklären. Hat sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Candidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat. Die zweite Abstimmung wird unter den übrigbleibenden Candidaten in derselben Ordnung wie die erste vorgenommen. Jeder Stimmzettel ist unzulässig, welcher einen anderen als die in der Wahl gebildeten Candidaten enthält. Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt je in der folgenden Abstimmung derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Candidaten vereinigt hat. Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmzahl gleich, so entscheidet unter ihnen das Loos, welches aus der Wahl fällt.

§. 29. Wenn die Abstimmung nur zwischen 2 Candidaten nach Statt findet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Commissars gezogen wird.

§. 30. In den Versammlungen, sowohl der Wähler als der Wahlmänner, dürfen keine Diskussionen Statt finden, noch Beschlüsse gefaßt werden, vorbehaltlich der in §. 23 der Versammlung der Wahlmänner überwiegenen Prüfung.

§. 31. Sämmtliche Verhandlungen über die Wahl sowohl der Wahlmänner als der Abgeordneten werden vom Landrath, resp. Magistrat oder Bürgermeister bei dem Ober-Präsidenten eingereicht, welcher dieselben, mit seinem Gutachten versehen, dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die Abgeordneten-Versammlung vorzulegen hat.

Berlin, 8. April 1848.

## Königliches Staatsministerium.

Gamphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald.

D. Bornemann. Armin. Hansmann. v. Reiber.

Der Staats-Anwalt von Kirchmann hat unterm 8. April folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Aufregung über die politischen und sozialen Fragen, die sich bisher in den gesetzlichen Schranken der Discussion und Petition gehalten hatten, hat sich heute durch die Wahl-Verhandlungen in die öffentliche Meinung übergetragen.

Die seit dem 20. März geschlossenen Vorlesungen an der Universität zu Berlin werden am 1. Mai wieder beginnen. — Wie ich mit Bestimmtheit erfahren, haben die Vertreter der Provinz Westfalen zum deutschen Reichstage folgende Personen gewählt: 1) den Landrath Freiherrn von Vinke, 2) Justiz-Commissar Plange, 3) Landrath von Doff, 4) Krause (Lehrer in Jeterloh), 5) Landrath von Holzbrink, 6) Geh. Rath Hüffer (Oberbürgermeister in Münster), 7) Landrath von Borries, 8) Justiz-Commissar Baare in Paderborn, 9) Schneider in Siegen, 10) Graf von Bockholz, 11) Berger, 12) Gierke (Justiz-Commissar in Münster), 13) Linnenbrink, 14) Amtmann von Jümmeln. Die unter 4, 6, 8, 9 und 12 aufgeführten gehören den Provinzialständen nicht an. (Düsseld. Z.)

Donaufschingen, 6. April. Auf den Bericht, daß Truppen des 8. Bundes-Armee-Corps hier eintreffen würden, entschlossen sich — so schreibt man der „Freiburger Ztg.“ — die hiesigen Einwohner sofort zu kühnem Widerstande, und durch Eilboten, durch Alarmzeichen und Stun-

läuten waren schnell ihre benachbarten Freunde herbeigerufen, welche heute Vormittags 10 Uhr in imposanter militärischer Haltung und vollständig bewaffnet und organisiert sich auf einer Wiese bei Donaueschingen zu einer Rathung versammelten, und nach Anhörung mehrerer Reden, bei heftigem Sturm und Regen, folgende Beschlüsse faßten:

1) Es soll Markgraf Wilhelm als Commandant des 8. Armee-Corps seiner Stelle entbunden werden. 2) Es sollen alle Minister mit Ausnahme des Präsidenten des Finanzministeriums entbunden werden. 3) Die Beschlüsse sub 1 und 2 sollen vom großherzoglichen Staatsministerium innerhalb dreimal 24 Stunden, von der Ueberreichung an gerechnet, vollzogen werden, widrigenfalls man bewaffnet und in Masse erscheine, um diesen Beschlüssen sofort Geltung zu verschaffen. 4) Es soll durchaus kein fremdes Militär und ebenfalls keine deutschen Bundes-Truppen in Baden eintreten, widrigenfalls dieses als Kriegserklärung gegen das Volk angesehen und man Gewalt entgegenzusetzen würde. 5) Das Volk soll augenblicklich bewaffnet und das Einheimische mit der Bürgerwehr verschmolzen werden. 6) Das Gesetz, wonach die Altersklasse von 1818—1821 einberufen worden, soll augenblicklich außer Wirksamkeit kommen. Bei einer nachträglichen Versammlung, welche Nachmittags Statt hatte, wurde beschlossen: 1) von der großherzoglichen Staatsregierung zu verlangen, daß Markgraf Mecklenburg innerhalb dreimal 24 Stunden als Befehlshaber des badischen Armee-Corps entfernt und überhaupt keine Person aus einem fürstlichen Hause als Commandant ernannt werden soll. 2) Es soll heute noch eine Deputation nach Karlsruhe abgesandt werden, um sowohl den Ständen als der großherzoglichen Staatsregierung diese Beschlüsse zu eröffnen, und es soll diese Deputation bis zu einer erlangten Entscheidung in Karlsruhe bleiben; erfolgt diese nicht innerhalb der oben anberaumten Frist, so hat die Deputation augenblicklich zurückzukehren und dem hiesigen Bezirks-Comité Anzeige zu machen.

Wer, wie wir, Gelegenheit hatte, sich persönlich von der Stimmung der Seckreis-Bevölkerung zu überzeugen, kann unmöglich zweifeln, daß hier nicht in Hände vom Worte zur That geschritten werden wird. [Und wenn diese verblendeten Anarchisten uns die Franzosen ins Land gezogen haben, so sollen wir anderen unser Gut und Blut geben, um die Fremden wieder hinauszuschaffen? Wäge doch bald eine neue Bundesgewalt geschaffen werden, die im Stande ist, solchen anarchischen und landesverrätherischen Treiben zu steuern!]

Frankfurt, 8. April. Den Wünschen und Beschlüssen des Vor-Parlaments ist nunmehr vom Bunde vollständig entsprochen worden. Durch Beschluß vom gestrigen Tage hat die Bundes-Versammlung in Rücksicht auf die öffentlich geäußerten Wünsche und das einstimmige Gutachten der Vertrauens-Männer beschlossen, daß für die Wahlen zur konstituierenden National-Versammlung der Maßstab von 50,000 Seelen für einen Abgeordneten (für jeden Ueberschuß von 25,000 Seelen einen weiteren Abgeordneten) zu gelten habe. Sie hat ferner das active und passive Wahlrecht aller volljährigen Staats-Angehörigen ohne Unterschied des Glaubens-Bekenntnisses und Standes und mit Vertheilung jedes Census, so wie auch den Grundbesitz, daß jeder Wahlberechtigte in ganz Deutschland wählbar sei, mithin der Abgeordnete dem Staate, den er vertritt, nicht anzugehören brauche, als Norm angenommen. Schließlich werden sämmtliche Bundes-Regierungen eingeladen, die Wahlen auf obige Grundlagen hin dergestalt zu beschleunigen, daß die konstituierende National-Versammlung am 1. Mai dahier zusammenzutreten könne.

Frankfurt, 8. April. Die gestrige Sitzung des Fünfziger-Ausschusses war nicht weniger bedeutend, als die vorstehende. Das Wahl-Verdict der preussischen Regierung, dem zufolge der gegenwärtige, der zum Tode verurtheilte Landtag in Berlin, 113 Abgeordnete zu der konstituierenden Versammlung nach Frankfurt wählen und abschieben soll, hatte den Bestand des Fünfziger-Ausschusses veranlaßt, unmittelbar zusammenzutreten und zu beraten, was zu thun sei. Es wurde beschlossen, einen Brief an die verschiedenen deutschen Regierungen und besonders an die Regierungen Preußens zu schicken, in welchem dieselben mit Ruhe, aber eben so ernst und kräftig aufgefordert werden sollten, die Wahl der Abgeordneten zur konstituierenden Versammlung nach den Beschlüssen des Vor-Parlaments unmittelbar zu verordnen und vornehmen zu lassen. Bei der Eröffnung der gestrigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses legte der Vorsitzende diesen Brief vor. Die ganze Versammlung erklärte sich einstimmig für den Geist, in welchem der Brief abgefaßt, und nur in Bezug auf einzelne Ausdrücke fanden ein paar Verbesserungs-Anträge Statt, die in Mehrzahl angenommen wurden, da selbst die entschiedensten Mitglieder des Ausschusses sich dahin erklärten, daß ihnen am Worte wenig, an der Sache aber Alles liege. Ich lege den Brief bei, und alle Welt wird einsehen, daß er notwendig war und es sich hier um Sein oder Nichtsein handelte. Er lautet:

Das Vor-Parlament hat die in der Anlage enthaltenen (Sie bekamen, in vorstehender Correspondenz als vom Bundestage functionirt nochmals aufgeführte) Beschlüsse gefaßt. Im Widerspruch mit denselben ist nach dem, am 5. Mai im Vereinigten Landtage in Berlin vorgelegten Propositions-Decrete vom 30. Juss., in Verfolg des von der Bundes-Versammlung in der Sitzung vom 30. J. gefaßten Beschlusses 1) mit mehreren deutschen Staaten die Verabredung getroffen, die zur deutschen konstituierenden National-Versammlung abgeordneten Repräsentanten durch die bestehenden Ständekammern wählen zu lassen, und 2) demgemäß angeordnet, daß die von Preußen zu der deutschen konstituierenden National-Versammlung zu entsendenden Volksvertreter von den Ständen der einzelnen verschiedenen preussischen Provinzen aus den Bewohnern derselben gewählt werden sollen. Eine aus so gewählten Männern bestehende deutsche konstituierende National-Versammlung entspricht Deutschlands Wünschen und Bedürfnissen, wie diese hier in den Tagen vom 31. v. M. bis 4. d. M. unabweislich und entschieden ausgesprochen und anerkannt worden, nicht im Entferntesten. Eine solche Versammlung muß notwendig in sich zerfallen. Die süddeutschen und gewiß auch in Theil der norddeutschen Staaten senden jedenfalls Männer, die das Volk gewählt hat. Diese werden nie und nimmermehr mit Abgeordneten, welche die Ständekammern zur deutschen National-Versammlung erwählen, sich vereinigen können. Bedäglich von Männern des Volkes sind Beschlüsse zu erwarten, die dem Volke genügen; wogegen eine theilweise aus den Ständekammern hergegangene Versammlung Deutschland nicht befähigen, sondern sofort überall Revolution und Anarchie hervorrufen würde. Der endentschiedene Ausschluß derer, die das Volk nicht gewählt hat, ist die einzige Rettung für die deutsche Nation.

Unter Aufforderung nicht sofort vollständig entsprochen, so bleibt es allen Bezug wiederum hiezu zu berufen. Die unabsehbaren Folgen der Nichtbeachtung werden diejenigen Regierungen zu vertreten haben, welche sie Frankfurt am Main, 7. April 1848.

Die Fünfziger-Ausschüsse. Eine Anfrage Hrn. Ruber's über die Maßregeln, die der Ausschuss in Bezug der Wahlen getroffen, führt zu dem Beschlusse, daß man zu dem Ende an die Freunde der Volks Sache in den einzelnen Ländern wenden und sie zu Berichten auffordern soll. Hr. Hergenhahn Hr. Wenden trägt dagegen darauf an, vorerst im Fünfziger-Ausschuss selbst eine Wahl-Commission niederzulassen, welcher Antrag nicht angenommen und darauf die Commission (Blum, Jacob u. c. gewählt) abgelehnt. Der Vorsitzende verkündet dann die bevorstehende Ankunft österreichischer Abgeordneter der wiener Studenten und der wiener Bürger. Auf einen Antrag Hrn. Kierulff's entscheidet der Fünfziger-Ausschuss, daß in deutschen Staaten, wo 25,000 Seelen über 50,000 vorkommen, jene 25,000 einen zweiten Abgeordneten wählen sollen. Ein Antrag des Geschäftsführers eines Polen-Comit'e's in Posen, Hr. Niego, fordert den Fünfziger-Ausschuss auf, im Interesse Polens die Wang von Frei-Corps, von Geld- und Waffen-Sammlungen, und endliche Freilassung und Vereinigung aller polnischen Landestheile unter neuer Herrschaft zu vermitteln. Der Fünfziger-Ausschuss geht auf diesen Antrag zur „begründeten Tagesordnung“ über, indem er die Erklärung abgibt, daß die Fünfziger-Ausschüsse sich nicht erlauben, in die Angelegenheiten der Polen zu vertheilen, sondern die Aufgabe des Fünfziger-Ausschusses ihm nicht erlaube, in







Menden

# **Bekanntmachung** wegen der Wahlen für die Deutsche National-Versammlung.

Für die Wahlen der zu der deutschen National-Versammlung von den Wahlmännern der Rhein-provinz zu wählenden Abgeordneten und Stellvertreter sind die 35 Wahlbezirke, Wahlorte und Wahl-Commissarien gemäß der Allerhöchsten Verordnung vom 11. April d. J. von mir bestimmt worden, wie die nachfolgende Uebersicht ergibt.

Nro	Wahlbezirke.		Wahlorte.	Wahl-Commissare.
	Bestandtheile.	Einwohner-zahl		
I.	1. Kreis Prüm . . . . .	30,916	Schnecken . . . . .	Landrath von Selaufsky.
	2. Kreis Daun . . . . .	23,749		
	3. Vom Kreise Wittburg: die Bürgermeistereien Malberg, Kilburg, Ammeltingen, Rodshausen, Labr, Neuer- burg, Geichlingen, Carlsbause, Eßern, Bickendorf, Biersdorf, Wittburg, Nitters- dorf, Flißem, Durscheid, Baustert, Stoßem, Oberweis, Weidingen, Wies- mansdorf, Wirtendorf, Schankweiler, Husbaum, Messerich, Alsdorf, Bettingen, Dorfendorf, Pessingen . . . . .	25,451		
II.	Iter Wahlbezirk . . . . .	80,116	Trier . . . . .	Advokat-Anwalt Regnier zu Trier.
	1. Vom Kreise Wittburg: Die Bürgermeistereien Erüchten, Wallen- dorf, Körperich, Roth, Bollendorf, Ern- zen, Irrel, Aluw, Speicher, Duldorf, Wetterich, Ordorf, Meckel, Idenheim . . . . .	16,598		
	2. Stadtkreis Trier . . . . .	25,506		
III.	3. Vom Landkreise Trier: die Bürgermeistereien Pfalz, Schleis- weiler, Igel, Trierweiler, Nach, Kalin- gen, Welschbillig, Niebring, Irich, Schön- dorf, Heidenburg, Keiwen, Trittenheim, Beuren, Farschweiler, Schweich, Long- nich, Ruwer . . . . .	38,365	Mergig . . . . .	Eugen Boch zu Mettlach.
	Iter Wahlbezirk . . . . .	80,469		
	1. Vom Landkreise Trier: Die Bürgermeistereien Hermeskeil, Kell, Gonz, Wasserliesch, Oberemmel . . . . .	14,841		
IV.	2. Kreis Saarburg . . . . .	30,334	Berncastel . . . . .	Landrath von Bardeleben zu Berncastel.
	3. Kreis Mergig . . . . .	32,624		
	IIIter Wahlbezirk . . . . .	77,799		
V.	1. Kreis Berncastel . . . . .	43,498	Saarbrücken . . . . .	Landrath Hesse zu Saarbrücken.
	2. Kreis Wittlich . . . . .	35,090		
	IVter Wahlbezirk . . . . .	78,588		
VI.	1. Kreis Saarbrücken . . . . .	41,004	St. Wendel . . . . .	Regierungsrath Engelmann zu St. Wendel.
	2. Kreis Saarlouis mit Ausschluß der Bürgermeistereien Lebach und Bettingen . . . . .	40,349		
	Vier Wahlbezirk . . . . .	81,353		
	1. Vom Kreise Saarlouis: Die Bürgermeistereien Lebach und Bet- tingen . . . . .	7,089		
	2. Kreis St. Wendel . . . . .	37,885		
	3. Kreis Wittlich . . . . .	29,705		
	4. Vom Landkreise Trier: Die Bürgermeisterei Hagenhausen . . . . .	4,854		
	Iter Wahlbezirk . . . . .	79,533		



Nro.	Wahlbezirke.		Wahlorte.	Wahl=Kommissare.
	Bestandtheile.	Einwohner=zahl.		
XXXIII.	1. Kreis Grefeld mit Ausnahme der Bürgermeisterei Friemersheim	55,522	Grefeld . . . . .	Hermann von Beckerath.
	2. Vom Kreise Kempen die Bürgermeistereien Kempen, Hüls, St. Hubert, Lönsberg, Dedt, Vorst, St. Lönis . . . .	24,372		
	XXXIIIter Wahlbezirk.	79,894		
XXXIV.	1. Kreis Gladbach mit Ausnahme der Bürgermeistereien Gorschenbroich, Kleinenbroich, Liedberg, Schelsen . . . .	50,051	Gladbach . . . . .	Friedr. Diergardt zu Bierßen.
	2. Kreis Kempen mit Ausnahme der Bürgermeistereien Kempen, Hüls, St. Hubert, Lönsberg, Dedt, Vorst, St. Lönis . .	30,678		
	XXXIVter Wahlbezirk.	80,729		
XXXV.	1. Kreis Neuß . . . . .	36,472	Neuß . . . . .	Gutsbesitzer Albenhofen zu Zons.
	2. Kreis Grevenbroich . . . . .	34,533		
	3. Vom Kreise Gladbach die Bürgermeistereien Gorschenbroich, Kleinenbroich, Liedberg und Schelsen.	8,739		
	XXXVter Wahlbezirk.	79,744		

Coblenz den 19. April 1848.

Der Ober=Präsident der Rheinprovinz:

gez. **Sichmann.**

Druck von W. Mainzer in Coblenz.

Verhandelt . . . . . den 1. Mai 1848.

In dem auf heute zur Wahl von . . . Wahlmännern für den Wahlbezirk . . . . . anberaumten Termine, sind die in der anliegenden Wahlliste vermerkten stimmberechtigten Wähler erschienen.

Der Wahlkommissar machte der Versammlung bekannt, daß er zu Stimmzählern für das Wahlgeschäft

1. . . . .
2. . . . .
3. . . . .
4. . . . .
5. . . . .
6. . . . .
7. . . . .
8. . . . .

und zum Protokollführer

den . . . . .

hiermit ernenne, und nahm sodann die genannten Personen mittelst Handschlags an Eides=Statt in Pflicht.

Nach geschehener Einsammlung der Stimmzettel ergab sich folgendes Resultat.



Es haben Stimmen erhalten:

1. . . . .
2. . . . .
3. . . . .
4. . . . .
5. . . . .
6. . . . .
7. . . . .
8. . . . .
9. . . . .
10. . . . .
11. . . . .
12. . . . .
13. . . . .
14. . . . .
15. . . . .
16. . . . .
17. . . . .
18. . . . .
19. . . . .
20. . . . .
21. . . . .
22. . . . .
23. . . . .
24. . . . .
25. . . . .
26. . . . .

Für ungültig erklärte Stimmzettel waren . . .  
vorhanden.

Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt also  
. . . , und ist mithin die absolute Majorität . . .

Da der . . . . .  
. . . Stimmen erhalten hat, so ist er hiernach zum  
Wahlmann durch absolute Majorität gewählt worden.

Nicht ausgefüllt, wenn in der ersten Wahl ein Kandidat absolute Stimmeneinheit erhalten hat.

Nicht ausgefüllt, wenn in der ersten engern Wahl ein Kandidat absolute Stimmeneinheit erhalten hat.

Nicht ausgefüllt, wenn einer  
der Kandidaten absolute Stim-  
meneinheit erhalten hat, also  
wenn keine Stimmengleichheit  
vorhanden ist.

Da hiernach keiner der Kandidaten die absolute  
Majorität erhalten hatte, so wurde nach den Be-  
stimmungen des §. 15. der Instruktion vom 8ten  
April c. zu einer engern Wahl geschritten, und es  
erhielten bei derselben Stimmen:

1. . . . .
2. . . . .
3. . . . .
4. . . . .
5. . . . .

Ungültige Stimmzettel waren vorhanden . . .

Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt also  
. . . , und ist mithin die absolute Majorität . . .

Da der . . . . .  
. . . Stimmen erhalten hat, so ist er hiernach zum  
Wahlmann durch absolute Majorität gewählt worden.

Da auch bei dieser engern Wahl keiner der Kan-  
didaten die absolute Majorität erhalten hatte, so  
wurde zu einer zweiten engern Wahl geschritten, und  
erhielten bei derselben Stimmen:

1. . . . .
2. . . . .

Ungültige Stimmzettel waren vorhanden . . .

Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt also  
. . . , und ist mithin die absolute Majorität . . .

Da der . . . . .  
. . . Stimmen erhalten hat, so ist er hiernach zum  
Wahlmann durch absolute Majorität gewählt worden.

Da beide Kandidaten Stimmengleichheit erhalten  
haben, so wurde durch den Wahlkommissar das Loos  
gezogen, und entschied letzteres für den . . . . .  
. . . . .  
welcher hiernach als zum Wahlmann gewählt an-  
zusehen ist.



Gegenwärtige Verhandlung ist nach geschehener  
Vorlesung von den unterzeichneten Wahlkommissar,  
Stimmenzählern und Protokollführer überall ge-  
nehmigt worden und wie folgt vollzogen.

a. u. s.

Der Wahlkommissar. Die Stimmenzähler. Der Protokollführer.

Nr. 6914

3

Die Verlegung der National-Parlamentarische  
von Berlin auf Brandenburg, deren Verlegung bis  
zum 27. 10. 1848. und die gegen diese Anordnungen von  
einem Teile der National-Parlamentarische angegriffenen  
Maßregeln, waren so mit in Berlin auf in den  
Provinzen große Unruhe hervorgerufen.

Das Reichs-Ministerium hat beschlossen, den Weg  
des constitutionellen Fortschritts in Kaiserreichem  
mit dem Allerhöchsten Willen des Kaisers des Reichs  
nicht zu suchen, sondern, daß sämtliche Befehle  
innerhalb ihres Wirkungsbereichs, außer Torgungen,  
das jeder Versuch einer Widerstandigkeit gegen die be-  
stehende Regierungsgewalt mit der erforderlichen  
Kraft bekämpft, und alle ungesetzlichen Handlungen  
Mißguth der bestehenden Gesetzgebung sofort in Ziel gesetzt  
werden.

Daher ist die Forderung in Deutschland, welche  
ist die Forderung, nach einigen vorläufigen Versuchen,  
mit der Verlegung der National-Parlamentarische  
der jetzigen Reichsregierung in Berlin  
sich, mit der Forderung der Forderung zu  
setzen.

Dieburg den 30. November 1848

Der landräthliche Commissar

Reise

Der Längere  
Herrn Längerefeld  
zu

Henden



## Verordnung,

betreffend

die Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung.

**Wir Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc.

haben aus dem beifolgenden Berichte Unseres Staats-Ministeriums über die letzten Sitzungen der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung zu Unserem tiefen Schmerze die Ueberzeugung gewonnen, daß das große Werk, zu welchem diese Versammlung berufen ist, mit derselben, ohne Verletzung der Würde Unserer Krone und ohne Beeinträchtigung des davon unzertrennlichen Wohles des Landes, nicht länger fortgeführt werden kann. Wir verordnen demnach, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung wird hierdurch aufgelöst.

§. 2.

Unser Staats-Ministerium wird mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Ergeben Potsdam, den 5. Dezember 1848.

**Friedrich Wilhelm.**

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg, von Lauenberg, von Strotha, von Mantuffel, Rintelen, von der Heydt.

Wir Königl. Majestät haben durch die Botschaft vom 2ten v. M., aus den darin angeführten Gründen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt und die Versammlung aufgefordert, zur Fortsetzung ihrer sofort abzubrechenden Beratungen am 27ten v. M. in Brandenburg wieder zusammenzutreten. Durch diese Anordnung, welche lediglich den Zweck hatte, die Freiheit der Beratungen der Volksvertreter vor den anarchoischen Bewegungen in der Hauptstadt und ihren terroristischen Einflüssen sicher zu stellen, glaubten Wir Königl. Majestät nicht nur ein unzweifelhaftes Recht der Krone, sondern auch eine durch die Rücksicht auf das Wohl des Landes dringend gebotene Pflicht auszuüben. Leider! ist Wir Königl. Majestät wohlmeinende Absicht dabei von einem großen Theile der Versammlung verkannt worden. Ungeachtet ihrer wahren Aufgabe und ihrer Pflichten gegen die Krone und das Land, hat die Mehrzahl der Abgeordneten ihre Beratungen, der von Wir Königl. Majestät angeordneten Verlegung derselben ungeachtet, eigenmächtig in Berlin fortgesetzt und sich angemacht, als eine souveräne Gewalt über Rechte der Krone zu entscheiden. Sie hat ferner die von Wir Königl. Majestät auf Grund einer klaren gesetzlichen Bestimmung ausgesprochene Auflösung der berliner Bürgerwehr für eine ungesetzliche Maßregel erklärt und dadurch die gedachte Bürgerwehr zum Widerstande gegen die Ausführung jener Anordnung aufgereizt. Sie hat endlich sich nicht gescheut, durch die an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der gesetzlichen Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staatsverband dem Umsturz preiszugeben. Durch diese eben so rechtswidrigen wie verderblichen Beschlüsse hat die in Berlin fortsetzende Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung offen mit der

Krone gebrochen und Wir Königl. Majestät gegenüber einen Standpunkt eingenommen, bei dessen Festhaltung die Möglichkeit einer befriedigenden Vereinbarung des Verfassungswerkes nicht abzusehen war. Hiernach wären Wir Königl. Majestät schon damals, unmittelbar nach dem Steuerverweigerungs-Beschlusse, unzweifelhaft berechtigt gewesen, die Versammlung aufzulösen. Gleichwohl gaben Wir Königl. Majestät die Hoffnung noch nicht auf, daß die seitdem laut gewordene Stimme des Landes und die durch eine leidenschaftliche Auffassung vorübergehend zurückgebrängte Vaterlandsliebe viele jener Abgeordneten von dem betretenen Abwege zurückführen, daß unter deren Hinzutritt die Versammlung nach Ablauf der Verlagsfrist in beschlußfähiger Zahl sich neu konstituiren, daß sie dann die Ungeheuerlichkeit und Ungültigkeit der während der Verlagsfrist von einem Theile ihrer Mitglieder gefassten Beschlüsse in einer unzweifelhaften Weise anerkennen, und daß es so der Krone werde möglich gemacht werden, die abgebrochenen Vereinbarungs-Verhandlungen wieder aufzunehmen und bald zu einem gedeihlichen Ziele zu führen. Wäre dies gelungen, so würde es auch möglich geworden sein, noch einige zur Verbesserung der Lage der bürgerlichen Verfassung und zur Erfüllung anderer dringenden Wünsche des Landes schon vorbereiteten Gesetze, im Verein mit der Versammlung, bald zu Stande zu bringen.

Wir Königl. Majestät Hoffnungen sind indessen leider! durch die Ereignisse der letzten Woche getäuscht worden. Nachdem die ihrer Pflicht gegen Wir Königl. Majestät und das Vaterland getreuen Abgeordneten vier Tage hinter einander, vom 27ten bis zum 30ten v. M., zu Brandenburg in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt gewesen waren, wurde die Versammlung endlich am 1sten v. M. durch den Hinzutritt eines großen Theils derjenigen Abgeordneten beschlußfähig, welche sich bis dahin der durch die Botschaft vom 2ten v. M. angeordneten Verlegung der Versammlung widersetzt hatten. Anstatt aber diesen Widerstand aufzugeben, erklärte der Vorsitzende der hinzugegetretenen Mitglieder, daß dieselben, um die beabsichtigte Einberufung ihrer Stellvertreter abzuwenden und nicht in Befolgung der Anordnungen Wir Königl. Majestät, sondern lediglich deshalb erschienen seien, weil das während der Verlagsfrist von den in Berlin zurückgebliebenen Mitgliedern gewählte Präsidium die Versammlung nach Brandenburg berufen habe. Zugleich wurde von diesem Theile der Versammlung ein auf Verlegung bis zum 4ten v. M. gestellter Antrag in der von ihrem Vorsitzenden ausgesprochenen Absicht unterstützt, um für diejenigen Ausgebliebenen, denen die Berufung des Präsidiums noch nicht zugegangen sei, Zeit zu gewinnen. Als hierauf der Verlegungs-Antrag verworfen war, verließen jene neu hinzugegetretenen Abgeordneten beinahe sämmtlich die Versammlung, welche dadurch wieder beschlußunfähig und außer Stand gesetzt wurde, sich neu zu konstituiren.

Dieser Vorgang, welcher auf den pflichtgetreuen Theil der Versammlung, wie auf jeden dabei anwesenden Freund des Vaterlandes, einen tief verletzenden Eindruck machte, giebt den deutlichen Beweis, daß von derjenigen Fraktion der Abgeordneten, die nach dem 2ten v. M. in Berlin fortgesetzt hat, ein großer, noch immer die Mehrzahl der ganzen Versammlung bildender Theil in offener Auflehnung gegen die von Wir Königl. Majestät in der Botschaft vom 2ten v. M. getroffenen Anordnungen, mithin auf einem Standpunkte verharrt, welcher, nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung, die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Krone ausschließt. Bei der numerischen Stärke dieser Partei würde es jederzeit von ihrem Belieben abhängen, die Versammlung — wie es am 1sten v. M. geschehen ist — beschlußunfähig zu machen, ohne daß gegen ein solches Beginnen die früher beabsichtigte Einberufung der Stellvertreter, die ohnehin während der Anwesenheit der Abgeordneten gesetzlich nicht zu begründen wäre, genügenden Schutz gewähren könnte.

Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung befindet sich hiernach in einem Zustande so tiefer innerer Zerrüttung, daß mit ihr die Verfassungsberatung ohne Verletzung der Würde der Krone nach unserer Ansicht nicht länger fortgesetzt werden kann.



Wir beklagen dies um so schmerzlicher, je zuverlässiger wir von der Fortführung der Vereinbarungs-Verhandlungen mit denjenigen Abgeordneten, welche der von Ew. Majestät ergangenen Berufung nach Brandenburg, zum Theil selbst unter Aufopferung früher versochener Ansichten, schuldige Folge geleistet hatten, ein für das Vaterland geistliches Resultat erwarten durften. Gleichwohl glauben wir eine nochmalige Wiederholung des in der vorigen Woche fünfmal misslungenen Versuchs einer neuen Konstituierung der Versammlung pflichtmäßig widerrathen zu müssen, weil sich mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt, daß dabei die tiefe Zerrissenheit der Versammlung und ihre unvermeidbare innerliche Auflösung in ähnlicher Weise, wie am 1sten d. M., zur Trauer aller wahren Vaterlandsfreunde hervortreten würde.

Ew. Majestät können wir demnach nur die sofortige Auflösung der zur Vereinbarung der Versammlung berufenen Versammlung anordnen, und erlauben uns, den Entwurf der diesfälligen Verordnung zu Ew. Majestät Allerhöchster Vollziehung ehrfürchtvoll beizufügen.

Gewiß ist diese Vereitelung des vor länger als sechs Monaten begonnenen Versuchs der Vereinbarung einer Verfassung zwischen der Krone und den Vertretern des Volks ein sehr beklagenswerthes Ereigniß. Wahrheit vererblich aber würde es sein, wenn, um dieser Vereitelung willen, die Sehnsucht des Landes nach einer Verfassung, von welcher es Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes und des in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gestörten Vertrauens mit Recht erwarten darf, noch längere Zeit unbefriedigt bleiben sollte. Ew. Majestät können wir daher nur pflichtmäßig rathen, Ihrem Volke eine Verfassung, die zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist, unverzüglich unter dem Vorbehalt zu gewähren, daß dieselbe von den zunächst, und zwar sofort, zu berufenen Kammern einer Revision zu unterwerfen sei. Wir haben eine solche Verfassung unter strenger Festhaltung der von Ew. Majestät im März d. J. ertheilten Verheißungen entworfen und dabei nicht nur die Vorarbeiten der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, sondern auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen National-Versammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der vorzubehaltenden Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Indem wir diesen Entwurf, nebst dem Entwurf eines Wahlgesetzes, hierbei unterthänigst vorlegen, stellen wir Ew. Majestät die Vollziehung derselben ehrfürchtvoll anheim.

Schließlich behalten wir uns vor, bei Ew. Majestät den provisorischen Erlaß verschiedener, zur Befriedigung dringender Bedürfnisse des Landes erforderlichen Verordnungen in den nächsten Tagen unterthänigst zu beantragen.

Berlin, den 5. Dezember 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg, von Löbenberg, von Strotha, von Manteuffel, Rintelen, von der Heydt.

An des Königs Majestät.

## Verfassungs-Urkunde

für

den preussischen Staat.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.

thun kund und fügen zu wissen: daß Wir in Folge der eingetretenen außerordentlichen Verhältnisse, welche die beabsichtigte Vereinbarung der Verfassung unmöglich gemacht, und, entsprechend den dringenden Forderungen des öffentlichen Wohls, in möglichster Berücksichtigung der von den gewählten Vertretern des Volkes ausgegangenen umfassenden Vorarbeiten, die nachfolgende Verfassungs-Urkunde zu erlassen beschloßen haben, vorbehaltlich der am Schlusse angeordneten Revision derselben im ordentlichen Wege der Gesetzgebung.

Wir verkünden demnach die Verfassung für den preussischen Staat wie folgt:

### Titel I.

Vom Staatsgebiete.

#### Art. 1.

Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preussische Staatsgebiet.

#### Art. 2.

Die Grenzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden.

### Titel II.

Von den Rechten der Preußen.

#### Art. 3.

Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Be-

dingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.

#### Art. 4.

Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standes-Vorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

#### Art. 5.

Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Verhaftung zulässig ist, sind durch das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24. September laufenden Jahres bestimmt.

#### Art. 6.

Die Wohnung ist unverleßlich. Das Einbringen in dieselbe und Hausdurchsuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Hausdurchsuchung, nur auf Grund eines richterlichen Befehles vorgenommen werden.

#### Art. 7.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen, so weit sie nicht durch diese Verfassungs-Urkunde für zulässig erklärt werden, sind unstatthaft. Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angeordnet oder verhängt werden.

#### Art. 8.

Das Eigenthum ist unverleßlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls gegen vorläufige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzustellende, Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden.

#### Art. 9.

Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögensentziehung finden nicht statt.

#### Art. 10.

Die Freiheit der Auswanderung ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

#### Art. 11.

Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften (Art. 28 und 29) und der gemeinsamen öffentlichen Religions-Übung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religions-Gesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

#### Art. 12.

Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religions-Gesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitze und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

#### Art. 13.

Der Verkehr der Religions-Gesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung ihrer Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

#### Art. 14.

Ueber das Kirchen-Patronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufzuheben, wird ein besonderes Gesetz ergehen.

#### Art. 15.

Das, dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungs-Recht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben.

#### Art. 16.

Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Civilstands-Beamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civil-Aktes stattfinden.

#### Art. 17.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

#### Art. 18.

Der preussischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet. Ältern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichtsgesetz aufstellen wird.

#### Art. 19.

Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat.

#### Art. 20.

Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom

Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsbediensteten.

#### Art. 21.

Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu.

Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religionsgesellschaften.

#### Art. 22.

Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

#### Art. 23.

Ein besonderes Gesetz regelt das gesamte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt.

#### Art. 24.

Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern.

Die Pressfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Konzeptionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsanlagen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und ungleichenmäßigen Postsaß oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden.

#### Art. 25.

Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. Vor der erfolgten Revision des Strafrechts wird darüber ein besonderes vorläufiges Gesetz ergehen. Bis zu dessen Erscheinen bleibt es bei den jetzt geltenden allgemeinen Strafgesetzen.

#### Art. 26.

Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates, so dürfen Verleger, Drucker und Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch andere Thatfachen begründet wird, nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger und der Drucker genannt sein.

#### Art. 27.

Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Orts-Polizeibehörde Anzeige zu machen, welche die Versammlung zu verbieten hat, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet.

#### Art. 28.

Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

#### Art. 29.

Die Bedingungen, unter welchen Corporationsrechte erteilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz.

#### Art. 30.

Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Corporationen gestattet.

#### Art. 31.

Das Briefgeheimnis ist unverleßlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind.

#### Art. 32.

Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz. Auf das Heer finden die in den §§. 5, 6, 27, 28 enthaltenen Bestimmungen insoweit Anwendung als die militärischen Disziplinarvorschriften nicht entgegenstehen.

#### Art. 33.

Die bewaffnete Macht besteht: aus dem stehenden Heere, der Landwehr, der Bürgerwehr.

Besondere Gesetze regeln die Art und Weise der Einstellung und die Dienstzeit.

#### Art. 34.

Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civil-Behörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden.

#### Art. 35.

Die Einrichtung der Bürgerwehr ist durch ein besonderes Gesetz geregelt.

#### Art. 36.

Das Heer steht im Kriege und im Dienste unter der Militär-Kriminal-Gerichtbarkeit und unter dem Militär-Straf-Gesetzbuch; außer dem Kriege und dem Dienste unter Beibehaltung der Militär-Kriminalgerichtsbarkeit unter den allgemeinen Strafgesetzen. Die Bestimmungen über die militärische Disziplin im Kriege und Frieden, so wie die näheren Festsetzungen über den Militär-Gerichtsstand, bleiben Gegenstand besonderer Gesetze.

#### Art. 37.

Das stehende Heer darf nicht berathschlagt. Eben so wenig darf es die Landwehr, wenn sie zusammenberufen ist. Auch wenn sie nicht zusammenberufen ist, sind Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Berathung militärischer Befehle und Anordnungen nicht gestattet.

#### Art. 38.

Die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Fideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommissen sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigenthum umgestaltet werden.

#### Art. 39.

Vorstehende Bestimmungen (Art. 38.) finden auf die Thronlehen, das königliche Haus- und Prinzliche Fideikommiss, so wie auf die außerhalb des Staates belegenen Lehen und die ehemals reichsunmittelbaren Besitzungen und Fideikommissen, insofern letztere durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechtsverhältnisse derselben sollen durch besondere Gesetze geordnet werden.

#### Art. 40.

Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablosbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet.

Aufgehoben ohne Entschädigung sind:

a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien, wogegen die Lasten und Leistungen wegfallen, welche den bisher Berechtigten oblagen.

Bis zur Emanirung der neuen Gemeinde-Ordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizei-Verwaltung.

b) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrlichkeit, der früheren Erbuterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbe-Verfassung, herkommenden Verpflichtungen.

Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstücks ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablosbarer Zins vorbehalten werden.

### Titel III.

Vom Könige.

#### Art. 41.

Die Person des Königs ist unverleßlich.

#### Art. 42.

Seine Minister sind verantwortlich. — Alle Regierungs-Akte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

#### Art. 43.

Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernannt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündung der Gesetze und erläßt unverzüglich die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen.

#### Art. 44.

Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

#### Art. 45.

Er besetzt alle Stellen in demselben, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, insofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet.

#### Art. 46.

Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Handels-Verträge, so wie andere Verträge, durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern.

#### Art. 47.

Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung.



Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derselben Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist.  
Er kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen.

Art. 48.  
Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu.  
Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes.

Art. 49.  
Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von 40 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden.

Art. 50.  
Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Art. 51.  
Die Krone ist, den königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannstamme des königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.

Art. 52.  
Der König wird mit Vollendung des 18ten Lebensjahres volljährig.

Er leistet in Gegenwart der vereinigten Kammern das eidlische Gelöbniß, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Art. 53.  
Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein.

Art. 54.  
Im Fall der Minderjährigkeit des Königs vereinigen sich beide Kammern zu einer Versammlung, um die Regentschaft und die Vormundschaft anzuordnen, insofern nicht schon durch ein besonderes Gesetz für Beides Vorkehrung getroffen ist.

Art. 55.  
Ist der König in der Unmöglichkeit zu regieren, so beruft der Nächste zur Krone oder derjenige, der nach den Hausgesetzen an dessen Stelle tritt, beide Kammern, um in Gemäßheit des Art. 54. zu handeln.

Art. 56.  
Die Regentschaft kann nur einer Person übertragen werden.

Der Regent schwört bei Antretung der Regentschaft einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Art. 57.  
Dem Kron-Erbfolgekompensationsfonds verbleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene Rente.

#### Titel IV.

##### Von den Ministern.

Art. 58.  
Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staats-Beamten, haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind.

Art. 59.  
Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Verräthung und des Verrathes, angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen.

Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und das Strafmaß werden einem besonderen Gesetze vorbehalten.

#### Titel V.

##### Von den Kammern.

Art. 60.  
Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.

Art. 61.  
Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

Art. 62.  
Die erste Kammer besteht aus 180 Mitgliedern.

Art. 63.  
Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter erwählt. (Art. 104.) Die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter bilden, nach näherer Bestimmung des Wahlgesetzes, die Wahlkörper und wählen die nach der Bevölkerung auf die Wahl-Bezirke fallende Zahl der Abgeordneten. \*)

\*) Anmerkung. Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt zu erwägen, ob ein Theil der Mitglieder der ersten Kammer vom Könige zu ernennen und ob den Ober-Bürgermeistern der großen Städte, so wie den Vertretern der Universitäten und Akademien der Künste und Wissenschaften, der Sitz in der Kammer einzuräumen sein möchte.

Art. 64.  
Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Art. 65.  
Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preusse, der das 40ste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits fünf Jahre lang dem preussischen Staatsverbande angehört hat.

Art. 66.  
Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgesetzt.

Art. 67.  
Jeder selbstständige Preusse, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmungsberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung erhält. \*)

\*) Anmerkung. Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt es zu erwägen, ob nicht ein anderer Wahlmodus, namentlich der der Eintheilung nach bestimmten Klassen für Stadt und Land, wobei sämtliche bisherigen Urwähler mitwählen, vorzuziehen sein möchte.

Art. 68.  
Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann.

Art. 69.  
Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner erwählt. Die Wahlbezirke sollen so organisiert werden, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden.

Art. 70.  
Die Legislatur-Periode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt.

Art. 71.  
Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preusse wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr lang dem preussischen Staatsverbande angehört hat.

Art. 72.  
Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislatur-Periode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder wieder wählbar.

Art. 73.  
Das Nähere über die Ausführung der Wahlen zu beiden Kammern bestimmt das Wahlausführungsgesetz.

Art. 74.  
Stellvertreter für die Mitglieder der beiden Kammern werden nicht gewählt.

Art. 75.  
Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Monat November jeden Jahres und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen.

Art. 76.  
Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern.

Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen.  
Wird eine Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt.

Art. 77.  
Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang durch eine Geschäfts-Ordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vice-Präsidenten und Schriftführer.

Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer. Durch die Annahme eines besoldeten Staats-Amtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied einer Kammer Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen.  
Niemand kann Mitglied beider Kammern sein.

Art. 78.  
Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Jede Kammer tritt auf den Antrag ihres Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist.

Art. 79.  
Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen.

Art. 80.  
Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten.

Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen.

Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen.

Art. 81.  
Eine jede Kammer hat die Befugniß, Behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatfachen zu ernennen.

Art. 82.  
Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Art. 83.  
Sie können weder für ihre Abstimmungen in der Kammer, noch für ihre darin ausgesprochenen Meinungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird.

Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammern und eine jede Untersuchungs- oder Civilsache wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt.

Art. 84.  
Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten, noch Diäten.

Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

#### Titel VI.

##### Von der richterlichen Gewalt.

Art. 85.  
Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfenen Gerichte ausgeübt.

Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt.

Art. 86.  
Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt.

Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorsehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise enthoben oder unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt und nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden.

Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Art. 87.  
Den Richtern dürfen andere besoldete Staatsämter nicht übertragen werden. Ausnahmen sind nur auf Grund eines Gesetzes zulässig.

Art. 88.  
Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt.

Art. 89.  
Zu einem Richteramt darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat.

Art. 90.  
Gerichte für besondere Klassen von Angelegenheiten, insbesondere Handels- und Gewerbe-Gerichte, sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfniß solche erfordert. Die Organisation und Zuständigkeit der Handels-, Gewerbe- und Militär-Gerichte, das Verfahren bei denselben, die Ernennung ihrer Mitglieder, die besonderen Verhältnisse der letzteren und die Dauer ihres Amtes werden durch das Gesetz festgestellt.

Art. 91.  
Die noch bestehenden beiden obersten Gerichtshöfe sollen zu einem einzigen vereinigt werden.

Art. 92.  
Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Öffentlichkeit kann jedoch durch ein öffentlich zu verkündendes Urtheil ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr droht. Auch in Civilsachen kann die Öffentlichkeit durch Gesetze beschränkt werden.

Art. 93.  
Bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei Preßvergehen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene. Die Bildung des Geschworenen-Gerichts wird durch ein Gesetz geregelt.

Art. 94.  
Die Kompetenz der Gerichte und Verwaltungs-Beörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Kompetenz-Konflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichts-Beörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichneter Gerichtshof.

Art. 95.  
Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militär-Beamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen.

#### Titel VII.

##### Von den Staatsbeamten.

Art. 96.  
Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staats-Anwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.

Art. 97.  
Auf die Ansprüche der vor Verkündigung der Verfassungs-Urkunde etatsmäßig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdiener-Gesetz besondere Rücksicht genommen werden.

#### Titel VIII.

##### Von der Finanz-Verwaltung.

Art. 98.  
Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden.  
Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.

Art. 99.  
Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden.

Art. 100.  
In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden.

Die bestehende Steuer-Gesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft.

Art. 101.  
Gebühren können Staats- oder Kommunal-Beamte nur auf Grund des Gesetzes erheben.

Art. 102.  
Die Aufnahme von Anleihen für die Staats-Kasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staats.

Art. 103.  
Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalt.



halt werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres, einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden, wird von der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staats-Regierung den Kammern vorgelegt.

Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer bestimmen.

# **Titel IX.**

Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden.

## **Art. 104.**

Das Gebiet des preussischen Staates zerfällt in Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden, deren Vertretung und Verwaltung durch besondere Gesetze unter Festhaltung folgender Grundsätze näher bestimmt wird.

1) Ueber die inneren und besonderen Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgeführt werden.

Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertretung der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staats-Regierung unterworfen sind.

2) Die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise werden von der Staats-Regierung ernannt, die der Gemeinden von den Gemeinde-Mitgliedern gewählt.

Die Organisation der Exekutivgewalt des Staates wird hierdurch nicht berührt.

3) Den Gemeinden insbesondere steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten zu, mit Einschluss der Ortspolizei. Den Zeitpunkt und die Bedingungen des Ueberganges der Polizei-Verwaltung an die Gemeinden wird das Gesetz bestimmen.

Die politischen Funktionen können in Städten von mehr als 30,000 Einwohnern auf Staatsorgane übertragen werden.

4) Die Verathungen der Provinzial-, Bezirks-, Kreis- und Gemeinde-Vertretungen sind in der Regel öffentlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. Ueber die Einnahmen und Ausgaben muß jährlich wenigstens ein Bericht veröffentlicht werden.

## **Allgemeine Bestimmungen.**

### **Art. 105.**

Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.

Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

### **Art. 106.**

Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit genügt.

### **Art. 107.**

Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten haben dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören.

### **Art. 108.**

Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortgehoben, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetze, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

### **Art. 109.**

Alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit.

### **Art. 110.**

Für den Fall eines Krieges oder Aufstands können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 und 28 der Verfassungsurkunde zeit- und distriktweise außer Kraft gesetzt werden. Die näheren Bestimmungen darüber bleiben einem besondern Gesetze vorbehalten. Bis dahin bewendet es bei den in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften.

## **Uebergangs-Bestimmungen.**

### **Art. 111.**

Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungs-Gesetzes nöthig wer-

den, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen.

Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen.

### **Art. 112.**

Die gegenwärtige Verfassung soll sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung (Art. 60 und 106) unterworfen werden.

Das im Artikel 52 erwähnte eidlische Gelöbniß des Königs, so wie die vorgeschriebene Vereidung der beiden Kammern und aller Staats-Beamten, erfolgen sogleich nach vollendeter Revision (Artikel 107).

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 5. Dezember 1848.

**Friedrich Wilhelm.**

Graf von Brandenburg, von Lauenberg, von Manteuffel, von Strötha, Rintelen, von der Heydt.

## **Patent,**

betreffend

die Zusammenberufung der Vertreter,

vom 5. Dezember 1848.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.

haben durch Unsere Verordnung vom heutigen Tage die zur Vereinbarung einer Staats-Verfassung berufene Versammlung aufgelöst. Zugleich haben Wir, in der Absicht, Unser getreues Volk sogleich der von demselben ersehnten Segnungen der verheißenen constitutionellen Freiheit theilhaftig werden zu lassen, die Regelung der letzteren nicht von dem in ferner Aussicht stehenden Ergebnis der Vereinbarung mit einer anderweitigen Volksvertretung abhängig machen wollen, dieselbe vielmehr durch die heute von Uns vollzogene Verfassungs-Urkunde dauernd gesichert. Bei der Feststellung dieses Staatsgrundgesetzes ist der von der Regierung vorgelegte Entwurf, welcher nach Maßgabe der von der Verfassungs-Kommission der zur Vereinbarung berufenen Versammlung ausgegangenen Vorschläge, und der übrigen Vorarbeiten derselben, so wie in gebührender Berücksichtigung der Beschlüsse der deutschen National-Versammlung in Frankfurt a. M., modificirt wurde, zum Grunde gelegt worden. Wir glauben Uns daher der zuversichtlichen Hoffnung hingeben zu dürfen, daß jene Verfassung den Wünschen Unseres getreuen Volkes entsprechen werde. Im Art. 110 ist überdies eine Revision auf dem Wege der Gesetzgebung durch die nächste Volksvertretung vorbehalten. Unmittelbar nach erfolgter Revision werden Wir die von Uns verheißene Vereidung des Heeres auf die Verfassung veranlassen. Der Vorbehalt der Revision der Verfassung gewährt zugleich die Möglichkeit, die Verfassung des preussischen Staates mit dem im Ausbau begriffenen deutschen Verfassungswerke in Einklang zu bringen.

Wir verordnen nunmehr, daß die nach der Verfassungs-Urkunde ins Leben zu rufenden Kammern am 26. Februar 1849 in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin sich versammeln. Zu diesem Zwecke haben am 22. Januar k. J. sämtliche Urwähler im ganzen Staate zur Wahl der Wahlmänner, am 5. Februar k. J. die letzteren zur Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer, am 29. Januar die zur Theilnahme an den Wahlen für die erste Kammer berechtigten Wähler zur Wahl von Wahlmännern, endlich am 12. Februar k. J. die letzteren zur Wahl der Mitglieder der ersten Kammer zusammenzutreten.

Die Rücksicht auf die Unseren Ministern aufgetragene Vorbereitung der den Kammern vorzulegenden, in der Verfassungs-Urkunde vorbehaltenen und sonstigen dringlichen Gesetz-Entwürfe und der Zeit-Aufwand, welchen die Wahl-Operationen erheischen, gestatten nicht, Uns früher mit den Vertretern Unseres Volkes zu umgeben.

Wir erwarten übrigens mit Zuversicht, daß bis zum Zeitpunkt der Versammlung der Kammern die Herrschaft des Gesetzes in Unserer Haupt- und Residenzstadt durch den guten Sinn der Bürger der letzteren völlig wiederhergestellt sein und den freien Verathungen der Volksvertreter daselbst alsdann nichts im Wege stehen wird.

Wir wollen jedoch die Uns besonders am Herzen liegende Hebung des Wohlstandes der ländlichen Bevölkerung, so wie die, keinen Aufschub duldernde, Befriedigung mehrerer anderer, durch ein dringendes Zeitbedürfnis hervorgerufener Wünsche Unseres getreuen Volkes, unter jener nothwendigen Verzögerung nicht leiden lassen, und werden daher mehrere Gesetze unter dem Vorbehalt der Genehmigung der

zunächst zusammentretenden Kammern in kürzester Zeit zur Publication bringen, unter Anderem:

- 1) eine Verordnung über die interimistische Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien;
- 2) eine Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen;
- 3) eine Verordnung über Aufhebung des bäuerlichen Erbfolge-Gesetzes in Westfalen;
- 4) eine Verordnung über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des erimirten Gerichtsstandes, so wie über die anderweitige Organisation der Gerichte;
- 5) eine Verordnung, betreffend die Aufhebung der Circular-Verfügung vom 26. Februar 1799 und die Abänderung der Zuriensstrafen.

Der nächsten Volksvertretung werden zur Berathung vorgelegt werden:

- 1) ein Gesetz, betreffend das Recht der Aelteren zur Bestimmung der Religion ihrer Kinder;
- 2) ein Gesetz über Regulirung der Mühlen-Abgaben;
- 3) ein Gesetz über die Verpflichtung der Gemeinden zum Schadensersatz bei Tumulten;
- 4) ein Gesetz über Aufhebung der Grund- und Klassensteuer-Befreiungen und wegen Einführung einer allgemeinen Grundsteuer;
- 5) ein Gesetz über die Einkommensteuer;
- 6) eine neue Ablösungs-Ordnung und ein Gesetz, betreffend die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben;
- 7) eine Gemeinde-Ordnung;
- 8) eine Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung;

- 9) eine Verordnung, betreffend die Aufhebung einiger Ehehindernisse;
- 10) eine Verordnung über die Form der Eide.

Da die in der Verfassungs-Urkunde bestimmte Wahl der ersten Kammer durch die Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertreter wegen des noch nicht erfolgten Erscheinens der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung gegenwärtig noch nicht ausführbar ist, so haben Wir ein provisorisches Wahlgesetz \*) zur Bildung der ersten Kammer für das erste Jahr der nächsten Legislatur vollzogen.

Wir geben Uns nunmehr der Hoffnung hin, daß die von Uns verliehene Verfassung unter Gottes Segen zum größeren Ruhme des Vaterlandes beitragen und das, durch eine Geschichte von Jahrhunderten begründete, Band gegenseitiger Anhänglichkeit zwischen Unserem königlichen Hause und Unserem getreuen Volke noch fester knüpfen, so wie die Wohlfahrt und Freiheit des letzteren dauerhaft begründen werde.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 5. Dezember 1848.

**Friedrich Wilhelm.**

Graf von Brandenburg, von Lauenberg, von Manteuffel, von Strötha, Rintelen, von der Heydt.

\*) Dieses, so wie das Wahlgesetz für die zweite Kammer, werden unverzüglich nachfolgen.



# Interimistisches Wahlgesetz

für  
die erste Kammer.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.

verordnen in Betreff der ersten Wahlen für die erste Kammer auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

## Artikel 1.

Die erste Kammer besteht aus 180 Mitgliedern, die Wahlbezirke werden nach Maafgabe der Bevölkerung festgestellt. Es können weder wählen noch gewählt werden diejenigen, welche in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehren.

## Artikel 2.

Für die erste Kammer ist jeder Preuße, welcher das 30ste Lebensjahr vollendet hat und einen jährlichen Klassensteuereinfah von mindestens acht Thalern zahlt, oder einen Grundbesitz im Werthe von mindestens 5000 Thalern oder ein reines jährliches Einkommen von fünfhundert Thalern nachweist, stimmberechtigter Urwähler in derjenigen Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

Die Aufstellung der Wählerlisten liegt dem Landrath unter Mitwirkung der Kommunalbehörden ob, in den Städten, die einem Kreisverbande nicht angehören, dem Kommunalvorstande. Die Entscheidung über die dagegen erhobenen Reklamationen erfolgt für die Klassensteuerpflichtigen Ortschaften durch die nach der Verordnung vom 17ten Januar 1830 (Gesetzsamml. S. 19.) zur Mitwirkung bei der Klassensteuer-Veranlagung bestimmte Kommission, für die nicht Klassensteuerpflichtigen Orte durch eine von den Gemeindebehörden zu bildende Kommission.

## Artikel 3.

Je 100 Urwähler wählen einen Wahlmann. In jeder Gemeinde, welche 200 oder mehr Urwähler hat, erfolgt die Wahl nach Abtheilungen. Die Abtheilungen werden von den Gemeindebehörden in der Art begrenzt, daß in einer Abtheilung nicht mehr als 5 Wahlmänner zu wählen sind. Hat eine Gemeinde oder eine nicht zu einem Gemeindeverbande gehörende bewohnte Besitzung weniger als 100 Urwähler, so wird dieselbe durch den Landrath mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Wahlbezirke verbunden.

## Artikel 4.

Die Wahlmänner werden aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler der Gemeinde (des Distrikts, der Abtheilung) gewählt. Die etwa nöthig werdenden Ersatzwahlen werden von den ursprünglich gewählten Wahlmännern vollzogen; jedoch ist an die Stelle jedes Wahlmannes, welcher durch den Tod, durch Wohnortsveränderung oder auf andere Weise ausscheidet, sofort ein neuer Wahlmann zu wählen.

## Artikel 5.

Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Wahlmänner nach absoluter Stimmenmehrheit erwählt. Die Wahlbezirke sollen so gebildet werden, daß in jedem derselben 2 oder 3 Mitglieder der ersten Kammer zu wählen sind. Sollten sich in einem Wahlbezirke weniger als 1000 Urwähler befinden, so haben letztere die 2 oder 3 Mitglieder der ersten Kammer in 2, beziehungsweise 3 Abtheilungen, deren keine mehr als 500 Urwähler umfassen darf, direkt und ohne Vermittelung von Wahlmännern zu wählen.

## Artikel 6.

Die Zahl der in jedem Regierungsbezirke zu wählenden Mitglieder der ersten Kammer weist das anliegende Verzeichniß nach. Die Bildung der Wahlbezirke ist durch die Regierungen zu bewirken.

## Artikel 7.

Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

## Artikel 8.

Zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 40ste Lebensjahr vollendet und bereits 5 Jahre lang dem Preussischen Staatsverbande angehört.

## Artikel 9.

In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (Artikel 11.) feststellen.

Die Wahlen der Mitglieder der ersten Kammer werden durch von den Regierungen zu bestimmende Wahlkommissare geleitet.

## Artikel 10.

Die Wahl der Mitglieder der ersten Kammer erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen.

## Artikel 11.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 6ten Dezember 1848.

Friedrich Wilhelm.

(Gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. Mantuffel. v. Strotha. Mintelen. v. d. Heydt.

## Verzeichniß

der in den einzelnen Regierungsbezirken zu wählenden Anzahl von Abgeordneten zur ersten Kammer.

Regierungsbezirk.	Anzahl der Abgeordneten zur ersten Kammer.	Regierungsbezirk.	Anzahl der Abgeordneten zur ersten Kammer.
Königsberg .....	9	Transport .....	92
Gumbinnen .....	7	Oppeln .....	11
Danzig .....	5	Regnis .....	10
Marienwerder .....	7	Magdeburg .....	8
Posen .....	10	Merseburg .....	8
Bromberg .....	5	Erfurt .....	4
Stadt Berlin .....	5	Münster .....	5
Potsdam .....	9	Minden .....	5
Frankfurt .....	9	Arensberg .....	6
Stettin .....	6	Cöln .....	5
Görlitz .....	5	Düsseldorf .....	10
Stralsund .....	2	Coblenz .....	6
Breslau .....	13	Trier .....	5
		Aachen .....	5
Latus .....	92		



# Reglement

zur

## Ausführung des für das erste Jahr der nächsten Legislatur erlassenen provisorischen Wahlgesetzes zur Bildung der ersten Kammer vom 6ten d. M.

### Urwählen.

§. 1. In jeder Gemeinde wird sofort von der Ortsbehörde nach dem beiliegenden Schema ein Verzeichniß derjenigen Einwohner aufgestellt, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet und seit 6 Monaten ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde gehabt haben, nicht in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehren, und entweder 20 Sgr. monatlicher Klassensteuer zahlen, oder binnen 8 Tagen nach in ortsüblicher Weise erfolgter öffentlicher Aufforderung ein Grundvermögen im Werth von mindestens 5000 Rthlr. oder ein reines jährliches Einkommen von mindestens 500 Rthlr. glaubhaft nachweisen.

§. 2. Das Verzeichniß (§. 1.) wird nebst den dazu gehörigen Verhandlungen dem Landrath innerhalb einer von demselben zu bestimmenden Frist eingereicht. Der Landrath prüft dasselbe, stellt die Urwählerliste danach fest und veranlaßt, daß dieselbe in der Gemeinde auf ortsübliche Weise sofort bekannt gemacht wird.

§. 3. Einwendungen gegen die Wählerliste sind innerhalb fünf Tagen nach der Bekanntmachung bei der nach dem §. 4. zur Entscheidung berufenen Kommission durch Vermittelung des Landraths unter Beifügung der Beweismittel schriftlich anzubringen.

§. 4. Die Entscheidung über die erhobenen Einwendungen erfolgt innerhalb 5 Tagen nach Ablauf der Präklusivfrist (§. 3.) für die Klassensteuerverpflichtigten Ortschaften durch die nach der Verordnung vom 17. Januar 1830. (G. S. S. 19.) zur Mitwirkung bei der Klassensteuer-Veranlagung bestimmte Kommission, in den nicht Klassensteuerverpflichtigten Orten durch eine besondere Kommission, deren Mitgliederzahl vom Gemeindevorstande (Magistrat, Bürgermeister) zu bestimmen ist. Die Mitglieder der letzteren Kommission werden zur Hälfte von dem Gemeinde-Vorstande, zur Hälfte von den Gemeinde-Vertretern gewählt. Der Landrath hat für den rechtzeitigen Zusammentritt der Kommission zu sorgen.

§. 5. Sobald die erhobenen Einwendungen erledigt sind, werden die Urwähler-Listen von dem Landrath nach den erfolgten Entscheidungen berichtigt. Derselbe zeigt demnächst die Zahl der in den einzelnen Gemeinden seines Kreises vorhandenen Urwähler der Regierung übersichtlich an, damit diese zu beurtheilen vermag, ob nach Art. 5. des Gesetzes vom 6ten d. M. in einem Wahlbezirke direkte Wahlen vorzunehmen sind.

§. 6. Hat eine Gemeinde oder eine nicht zu einem Gemeindeverbande gehörende bewohnte Besitzung nach den festgestellten Listen weniger als 100 stimmberechtigte Urwähler, so wird dieselbe durch den Landrath mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Wahlbezirke verbunden. Der Landrath bestimmt zugleich den Ort, wo die Wahl der Wahlmänner vorzunehmen ist. In allen Gemeinden, welche nach der festgestellten Liste 200 oder mehr Urwähler haben, werden von dem Gemeinde-Vorstande (Magistrat, Bürgermeister, Amtmann, Ortsbehörde) Wahlabtheilungen dergestalt gebildet, daß in keiner derselben mehr als 5 Wahlmänner zu wählen, also höchstens 599 Wähler enthalten sind.

§. 7. In jedem Wahlbezirke (Gemeinde, Distrikt, Abtheilung) wird auf jede Vollzahl von 100 Urwählern ein Wahlmann gewählt.

§. 8. Die Wahl wird von einem Wahlvorsteher geleitet. Derselbe wird in denjenigen Städten, welche 100 oder mehr Wähler enthalten, von dem Gemeinde-Vorstande (Magistrat, Bürgermeister), in allen übrigen Wahlbezirken von dem Landrath ernannt. In gleicher Weise wird ein Stellvertreter des Wahlvorstehers für etwaige Verhinderungsfälle ernannt. In den Landgemeinden der Rheinprovinz und der Provinz Westphalen ist in der Regel ein in dem Wahlbezirke wohnender Bürgermeister oder Amtmann, in den übrigen Provinzen ein geschäftsfähiger stimmberechtigter Einwohner mit der Leitung der Wahl zu beauftragen.

§. 9. Die Wahlen in allen Wahlbezirken werden im ganzen Umfang der Monarchie am 29ten Januar 1849 abgehalten. Wenn in demselben Orte mehrere Wahl-Abtheilungen sind, so werden die Wahlen überall zur nämlichen Stunde vorgenommen.

§. 10. Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise vorzuladen.

§. 11. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl Theil nehmen.

§. 12. In der Versammlung werden zunächst die Wählerlisten vorgelesen und die erschienenen Wähler als anwesend verzeichnet. Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt und so die Wahlversammlung konstituiert. Später erscheinende Wähler haben sich bei dem Wahlvorsteher zu melden und werden nachträglich als anwesend vermerkt.

§. 13. Aus der Mitte der Anwesenden ernannt der Wahlvorsteher einen Protokollführer und 2 bis 8 Stimmzähler und verpflichtet sie mittelst Handschlags an Eides statt.

§. 14. Der Wahlvorsteher läßt durch die Stimmzähler gestempelte für jede Abstimmung noch besonders zu bezeichnende Stimmzettel an die einzelnen Wähler austheilen.

§. 15. Jeder Wähler schreibt auf den ihm übergebenen Zettel den Namen des von ihm gewünschten Wahlmannes. Zettel, auf welchen mehr als ein Name, oder der Name einer nicht wählbaren Person geschrieben steht, oder aus welchen der Gewählte nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, eben so ungestempelte und nicht gehörig bezeichnete Zettel sind ungültig. Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihren Stimmzettel durch den Protokollführer schreiben.

§. 16. Die Stimmzettel werden von den Stimmzählern gesammelt und in das vor dem Wahlvorsteher und dem Protokollführer stehende Gefäß gelegt.

§. 17. Nach vollendeter Einsammlung der Stimmzettel erklärt der Wahlvorsteher die Wahl für geschlossen. Es dürfen alsdann Stimmzettel für diese Abstimmung nicht mehr abgegeben werden.

§. 18. Die unteroffnenen Zettel werden laut gezählt. Sollte diese Zählung durch ein mit der Zahl der Anwesenden im Mißverhältnis stehendes Resultat Bedenken erregen, so sind Wahlvorsteher und Stimmzähler befugt, die Abstimmung für ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen.

§. 19. Die Stimmzettel werden durch einen Stimmzähler unter Vorzeigung und in Gegenwart der Versammlung laut verlesen, hat dem Namen des Kandidaten vermerkt und vorweg laut gezählt.

§. 20. Derjenige, welcher die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, ist für gewählt zu erklären.

§. 21. Zur absoluten Stimmenmehrheit gehört mehr als die Hälfte der gültigen Stimmzettel.

§. 22. Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen fünf Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahlvorstehers gezogen wird. Bei Ausmittelung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf eine engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Loos.

§. 23. Bei engeren Wahlen sind die Stimmzettel mit anderen Namen als den auf die engere Wahl gebrachten Kandidaten ungültig.

§. 24. Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheiden Wahlvorsteher und Stimmzähler.

§. 25. In Wahlbezirken, wo mehr als ein Wahlmann zu wählen ist, findet vorstehendes Verfahren mit der Maßgabe statt, daß für jeden Wahlmann eine besondere Wahlhandlung vorzunehmen ist.

§. 26. Das Wahlprotokoll, welches nach den anliegenden Formularen aufzunehmen ist, wird vom Wahlvorsteher, den Stimmzählern und dem Protokollführer unterzeichnet und sofort dem Wahlkommissar (§. 29.) eingereicht, welchem die Prüfung der Wahl in formeller Beziehung obliegt.

§. 27. Wenn gegen die formelle Gültigkeit einer Wahl Bedenken obwalten, so sind dieselben der Versammlung der Wahlmänner vorzulegen, welche darüber entscheidet, und sodann mit Ausschließung des Wahlmannes, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, unmittelbar zu ihrem ordentlichen Wahlgeschäfte fortchreitet.

### Wahl der Abgeordneten.

§. 28. Die Bezirke zur Wahl der Abgeordneten sind von den Regierungen nach Maßgabe der Bevölkerung zu bilden (Art. 5. und 6. des Wahlgesetzes).

Bei der Abgrenzung derselben ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine Theilung der Kreise möglichst vermieden und den Wahlmännern die Theilnahme an der Wahl nicht unnötig erschwert wird.

§. 29. Die Regierung bestimmt den Wahl-Kommissar, so wie den Wahlort und läßt davon die Wahlvorsteher durch die Landräthe benachrichtigen.

§. 30. Falls in einem Wahl-Bezirk sich weniger als 1000 Urwähler befinden (Art. 5. des Ges. vom 6ten d. M.), hat die Regierung die Wahl-Abtheilungen für die alsdann vorzunehmenden direkten Wahlen zu bilden und die Wahl-Kommissarien, so wie die Wahlorte für die Abtheilungen zu bestimmen.

§. 31. Der Wahl-Kommissarius stellt aus den eingereichten Wahlverhandlungen ein Verzeichniß der Wahlmänner auf und ladet dieselben zur Wahl der vom Wahlbezirk zu wählenden Abgeordneten schriftlich ein, ebenso die Wähler im Falle der direkten Wahl (Art. 5. des Wahlgesetzes).

§. 32. Die Wahl der Abgeordneten wird im ganzen Umfange der Monarchie am 12ten Februar k. J. vorgenommen.

§. 33. Bei der Wahl der Abgeordneten kommen die Vorschriften der vorstehenden §§. 12. bis 25. mit Ausnahme der §§. 13. und 22., an deren Stelle folgende Bestimmungen treten, zur Anwendung.

§. 34. Die Stimmzähler und der Protokollführer werden auf Vorschlag des Wahl-Kommissarius von den anwesenden Wahlmännern aus ihrer Mitte durch Acclamation oder vermittelst Aufhebens der Hände nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt und vom Wahl-Kommissar mittelst Handschlags an Eides statt verpflichtet.

§. 35. Hat sich auf einen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so ist derselbe als gewählt zu erklären.

Hat sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat.

Die zweite Abstimmung wird unter den übrig bleibenden Kandidaten in derselben Ordnung wie die erste vorgenommen. Jeder Stimmzettel ist ungültig, welcher einen anderen als einen der in der Wahl gebliebenen Kandidaten enthält.

Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt je in der folgenden Abstimmung derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich Mehrere in der geringsten Stimmzahl gleich, so entscheidet unter ihnen das Loos, welches aus der Wahl fällt.

§. 36. Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissars gezogen wird.

§. 37. In den Versammlungen sowohl der Urwähler als der Wahlmänner dürfen weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden, vorbehaltlich der im §. 28. der Versammlung der Wahlmänner überwiesenen Prüfung.

§. 38. Die Gewählten sind durch den Wahl-Kommissarius von der auf sie gefallenen Wahl in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zu dem Nachweise, daß sie nach Art. 8. des Gesetzes wählbar sind, aufzufordern. Im Falle der Nichtannahme der Wahl, oder der eingeräumten Nichtbefähigung ist sofort eine neue Wahl zu veranlassen.

§. 39. Sämmtliche Verhandlungen über die Wahl sowohl der Wahlmänner als der Abgeordneten werden vom Wahl-Kommissar durch Vermittelung der Regierung dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die erste Kammer eingereicht.

§. 40. In den keinem landrätlichen Kreis-Verbande angehörigen Städten werden die nach Obigem dem Landrath obliegenden Funktionen von dem Magistrat oder Bürgermeister ausgeübt.

In der Stadt Berlin versieht der Magistrat sowohl die Funktionen des Landraths als die der Regierung.

Berlin, den 8ten December 1848.

### Königliches Staats-Ministerium.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. Mantouffel. von Strotha. Nintelen. von der Heydt.



# Verzeichniß

der

in der Gemeinde . . . . . Bezirk . . .  
vorhandenen Urwähler zur ersten Kammer.

[illegible]

# Wahlgesetz

für

die zweite Kammer.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.  
verordnen in Betreff der Wahlen für die zweite Kammer auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

Artikel 1.

Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maaßgabe der Bevölkerung festgestellt. Es können weder wählen noch gewählt werden Diejenigen, welche in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses den Vollgenuss der bürgerlichen Rechte entbehren.

Artikel 2.

Für die zweite Kammer ist jeder selbstständige Preusse in derjenigen Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urvähler, in sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

Artikel 3.

Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann.  
Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht die Zahl von 250 Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu einem Wahlbezirke vereinigt.

In jeder Gemeinde von mehr als 1000 Seelen erfolgt die Wahl nach Abtheilungen, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begrenzen haben, daß in einer Abtheilung nicht mehr als zehn Wahlmänner zu wählen sind.

Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeindevorstande gehören und nicht wenigstens 250 Seelen enthalten, werden durch den Landrath Behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Gemeinde zugewiesen.

Artikel 4.

Die Wahlmänner werden aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler der Gemeinde (des Distrikts, der Abtheilung) gewählt. Die etwa nothwendig werdenden Ersatzwahlen werden von den ursprünglich gewählten Wahlmännern vollzogen; jedoch ist an die Stelle jedes Wahlmannes, welcher durch den Tod, durch Wohnorts-Veränderung oder auf andere Weise ausscheidet, ein neuer Wahlmann zu wählen.

Artikel 5.

Die Mitglieder der zweiten Kammer werden durch die Wahlmänner (Artikel 3.) erwählt. Die Wahlbezirke, sollen so gebildet werden, daß in jedem derselben mindestens zwei Mitglieder zu wählen sind.

Artikel 6.

Die Zahl der in jedem Regierungsbezirke zu wählenden Mitglieder der zweiten Kammer weist das anliegende Verzeichniß nach. Die Bildung der Wahlbezirke ist durch die Regierung zu bewirken.

Artikel 7.

Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846. stattgehabten amtlichen Zählung.

Artikel 8.

Zum Mitgliede der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30ste Lebensjahr vollendet hat und bereits ein Jahr lang dem Preussischen Staatsverbande angehört.

Artikel 9.

Die Urwahlen werden in den Städten durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistratskollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet.

Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staatsministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (Art. 11.) feststellen.

Die Wahlen der Mitglieder der zweiten Kammer werden durch von den Regierungen zu bestimmende Wahlkommissare geleitet.

Artikel 10.

Die Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller erschienenen Wahlmänner, und zwar in einem der Hauptorte des Wahlbezirks.

Artikel 11.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Potsdam, den 6. Dezember 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. Manteuffel. v. Strotha. Rintelen. v. d. Heydt.



## Verzeichniß

der in den einzelnen Regierungsbezirken zu wählenden Anzahl von Abgeordneten zur zweiten Kammer.

Regierungsbezirk.	Anzahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer.
Königsberg.....	18.
Gumbinnen.....	14
Danzig.....	9
Marienwerder.....	13
Posen.....	20
Bromberg.....	10
Stadt Berlin.....	9
Potsdam.....	18
Frankfurt.....	18
Stettin.....	12
Cöslin.....	9
Stralsund.....	4
Breslau.....	25
Oppeln.....	21
Liegnitz.....	20
Magdeburg.....	15
Merseburg.....	16
Erfurt.....	7
Münster.....	9
Minden.....	10
Münsterberg.....	12
Cöln.....	11
Düsseldorf.....	19
Coblenz.....	11
Trier.....	11
Aachen.....	9
= 350	

## Reglement

zur Ausführung des Wahlgesetzes für die zweite Kammer vom 6. Dezember d. J.

### Bestimmungen über die Abgrenzung der Wahlbezirke.

§. 1.

Die Landräthe haben unverzüglich nach Maaßgabe der Bestimmungen des Artikel 3 des Wahlgesetzes vom 6. Dezbr. d. J. die nöthigen Einleitungen zur Begrenzung der Bezirke für die Urwahlen zu treffen. (Vergl. §. 35.)

§. 2.

Sie haben also festzustellen:

- 1) zu welchem Wahlbezirk diejenigen Gemeinden und zu einem Gemeindeverbande nicht gehörigen Besitzungen, deren Bevölkerung nicht 250 Seelen erreicht, vereinigt werden sollen. Der so gebildete Wahlbezirk steht in Beziehung auf die Zahl der zu wählenden Wahlmänner einer Gemeinde von derselben Volkszahl gleich;
- 2) die Zahl der nach dem gesetzlichen Verhältniß auf die einzelnen Bezirke fallenden Wahlmänner. In den Gemeinden von mehr als 1000 Einwohnern bestimmen die Gemeindebehörden unter Aufsicht des Landraths die Zahl und Begrenzung der zu bildenden Wahlbezirke.

Da kein Bezirk mehr als 10 Wahlmänner wählen soll, so ergibt sich, daß kein Bezirk volle 2750 Einwohner enthalten darf. Um eine Ermüdung der Wahlversammlung zu vermeiden, wird es zweckmäßig sein, die Wahlbezirke in einem mäßigen Umfange zu halten.

### Urwahlen.

§. 3.

Die Wahl wird von einem Wahlvorsteher geleitet. Derselbe wird in den Städten von dem Magistrat (Bürgermeister), in den Landgemeinden von dem Landrath ernannt. In gleicher Weise wird ein Stellvertreter des Wahlvorstehers für etwaige Verhinderungsfälle ernannt. In den Landgemeinden der Rheinprovinz und der Provinz Westphalen ist bei diesen Ernennungen besonders auf die Gemeinde-Vorstände (Bürgermeister, Beigeordnete, Gemeinde-Vorsteher, Amtleute) Rücksicht zu nehmen.

§. 4.

In jeder Gemeinde wird sofort von der Ortsbehörde ein namentliches Verzeichniß aller nach Art. 1. u. 2. des Wahlgesetzes vom 6. d. M. und Art. 67. der Verfassungsurkunde stimmberechtigten Wähler aufgestellt, und zu Jedermanns Einsicht in einem zu bestimmenden Lokal ausgelegt, auch daß solches geschehen, öffentlich bekannt gemacht. Wer sich darin übergangen glaubt, hat seine Einwendungen binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung anzugeben und zu bescheineigen. Die Entscheidung über die Reklamation steht derjenigen Behörde zu, die nach §. 3 den Wahl-Vorsteher zu ernennen hat.

§. 5.

Die Wahlen in allen Wahlbezirken werden im ganzen Umfang der Monarchie am 22. Januar k. J. abgehalten. Wenn in demselben Orte mehrere Wahl-Abtheilungen sind, so werden die Wahlen überall zur nämlichen Stunde vorgenommen.

§. 6.

Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise vorzuladen.

§. 7.

Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl Theil nehmen.

§. 8.

In der Versammlung werden zunächst die Wählerlisten vorgelesen und die erschienenen Wähler als anwesend verzeichnet. Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt und so die Versammlung constituit. Später erscheinende Wähler haben sich bei dem Wahl-Vorsteher zu melden und werden nachträglich als anwesend vermerkt.

§. 9.

Aus der Mitte der Anwesenden ernennt der Wahl-Vorsteher einen Protokollführer und 2 bis 8 Stimmzähler und verpflichtet sie mittelst Handschlags an Eidesstatt.

§. 10.

Der Wahl-Vorsteher läßt durch die Stimmzähler gestempelte, für jede Abstimmung noch besonders zu bezeichnende Stimmzettel an die einzelnen Wähler austheilen.

§. 11.

Jeder Wähler schreibt auf den ihm übergebenen Zettel den Namen des von ihm gewünschten Wahlmanns. Zettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person geschrieben steht, oder aus welchen der Gewählte nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, ebenso ungestempelte und nicht gehörig bezeichnete Zettel sind ungültig. Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihren Stimmzettel durch den Protokollführer schreiben.

§. 12.

Die Stimmzettel werden von den Stimmzählern gesammelt und in das vor dem Wahl-Vorsteher und dem Protokollführer stehende Gefäß gelegt.

§. 13.

Nach vollendeter Einsammlung der Stimmzettel erklärt der Wahl-Vorsteher die Abstimmung für geschlossen. Es dürfen alsdann Stimmzettel für diese Abstimmung nicht mehr angenommen werden.

§. 14.

Die uneröffneten Zettel werden laut gezählt. Sollte diese Zählung durch ein mit der Zahl der Anwesenden im Mißverhältniß stehendes Resultat Bedenken erregen, so sind die Wahl-Vorsteher und Stimmzähler befugt, die Abstimmung für ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen.

§. 15.

Die Stimmzettel werden durch einen der Stimmzähler unter Vorzeigung und in Gegenwart der Versammlung laut vorgelesen, vom Protokollführer bei dem Namen des Kandidaten vermerkt und vorweg laut gezählt.

§. 16.

Derjenige, welcher die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, ist für gewählt zu erklären.

§. 17.

Zur absoluten Stimmenmehrheit gehört mehr als die Hälfte der gültigen Stimmzettel.



§. 18.

Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen 5 Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Vorsiebers gezogen wird. Bei Ausmittlung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf eine engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Loos.

§. 19.

Bei engeren Wahlen sind die Stimmzetteln mit anderen Namen als den auf die engere Wahl gebrachten Kandidaten ungültig.

§. 20.

Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzetteln entscheiden Wahl-Vorsieher und Stimmzähler.

§. 21.

In Wahlbezirken, wo mehr als Ein Wahlmann zu wählen ist, findet vorstehendes Verfahren mit der Maaßgabe statt, daß für jeden Wahlmann eine besondere Wahlhandlung vorzunehmen ist.

§. 22.

Das Wahlprotokoll, welches nach den anliegenden Formularen aufzunehmen ist, wird vom Wahl-Vorsieher, den Stimmzählern und dem Protokollführer unterzeichnet, und sofort dem Wahl-Kommissarius (§. 25.) eingereicht, welchem die Prüfung der Wahl in formeller Beziehung obliegt.

§. 23.

Wenn gegen die formelle Gültigkeit einer Wahl Bedenken obwalten, so sind dieselben der Versammlung der Wahlmänner vorzulegen, welche darüber entscheidet, und sodann mit Ausschließung des Wahlmanns, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, unmittelbar zu ihrem ordentlichen Wahlgeschäfte fortzuschreiten.

**Wahl der Abgeordneten.**

§. 24.

Die Bezirke zur Wahl der Abgeordneten sind von den Regierungen nach Maaßgabe der Bevölkerung zu bilden (Art. 5. u. 6. des Wahlgesetzes). Bei der Abgrenzung derselben ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine Theilung der Kreise möglichst vermieden und den Wahlmännern die Theilnahme an der Wahl nicht ohne Noth erschwert wird.

§. 25.

Die Regierung bestimmt den Wahl-Kommissar sowie den Wahlort und läßt davon die Wahl-Vorsieher durch die Landräthe benachrichtigen.

§. 26.

Der Wahl-Kommissarius stellt aus den eingereichten Wahlverhandlungen ein Verzeichniß der Wahlmänner auf und ladet dieselben zur Wahl der vom Wahlbezirk zu wählenden Abgeordneten schriftlich ein.

§. 27.

Die Wahl der Abgeordneten wird im ganzen Umfang der Monarchie am 5. Februar k. J. vorgenommen.

§. 28.

Bei der Wahl der Abgeordneten kommen die Vorschriften der vorstehenden §§. 7. bis 21., mit Ausnahme der §§. 9. und 18., an deren Stelle folgende Bestimmungen treten, zur Anwendung.

§. 29.

Die Stimmzähler und der Protokollführer werden auf Vorschlag des Wahlkommissarius von den anwesenden Wahlmännern aus ihrer Mitte durch Acclamation oder vermittelst Aufhebens der Hände nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt und vom Wahl-Kommissar mittelst Handschlags an Eidesstatt verpflichtet.

§. 30.

Hat sich auf einen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so ist derselbe als gewählt zu erklären.

Hat sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat.

Die zweite Abstimmung wird unter den übrig bleibenden Kandidaten in derselben Ordnung wie die erste vorgenommen.

Jeder Stimmzettel ist ungültig, welcher einen andern als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten enthält.

Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergiebt, so fällt je in der folgenden Abstimmung derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet unter ihnen das Loos, welcher aus der Wahl fällt.

§. 31.

Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahlkommissars gezogen wird.

§. 32.

In der Versammlung sowohl der Urwähler als der Wahlmänner dürfen keine Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden, vorbehaltlich der in §. 23. der Versammlung der Wahlmänner überwiesenen Prüfung.

§. 33.

Die Gewählten sind von der auf sie gefallenen Wahl durch den Wahl-Kommissarius in Kenntniß zu setzen, und zur Erklärung über die Annahme derselben, sowie zu dem Nachweise, daß sie nach Art. 8. des Wahlgesetzes wählbar sind, aufzufordern. Im Falle der Nichtannahme oder eingeräumten Nichtbefähigung hat die Regierung sofort eine neue Wahl zu veranlassen.

§. 34.

Sämmtliche Verhandlungen über die Wahl sowohl der Wahlmänner als der Abgeordneten werden von dem Wahl-Kommissarius der Regierung eingereicht, welche dieselben durch den Ober-Präsidenten dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die zweite Kammer vorzulegen hat.

**Allgemeine Bestimmung.**

§. 35.

In den keinem landrätlichen Kreis-Verbande angehörigen Städten werden die nach Obigem dem Landrath obliegenden Funktionen von dem Magistrat oder Bürgermeister ausgeübt.

In der Stadt Berlin versieht der Magistrat sowohl die Funktionen des Landraths als die der Regierung.

Berlin, den 8. Dezember 1848.

**Königliches Staats-Ministerium.**

Graf Brandenburg. Ladenberg. Manteuffel. von Strottha. Rintelen. von der Heydt.

Verhandelt

den

Januar 1849.

In dem auf heute zur Wahl von Wahlmännern für den Wahlbezirk anberaumten Termine, sind die in der anliegenden Wahlliste vermerkten stimmberechtigten Wähler erschienen.

Der Wahlvorsieher machte der Versammlung bekannt, daß er zu Stimmzählern für das Wahlgeschäfte

1.

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

und zum Protokollführer

den

hiermit ernenne, und nahm sodann die genannten Personen mittelst Handschlags an Eides-Statt in Pflicht.

Nach geschehener Einsammlung der Stimmzetteln ergab sich folgendes Resultat.



Es haben Stimmen erhalten:

1. . . . .
2. . . . .
3. . . . .
4. . . . .
5. . . . .
6. . . . .
7. . . . .
8. . . . .
9. . . . .
10. . . . .
11. . . . .
12. . . . .
13. . . . .
14. . . . .
15. . . . .
16. . . . .
17. . . . .
18. . . . .
19. . . . .
20. . . . .
21. . . . .
22. . . . .
23. . . . .
24. . . . .
25. . . . .
26. . . . .

Für ungültig erklärte Stimmzettel waren vorhanden.

Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt also . . . , und ist mithin die absolute Majorität . . .

Da der . . . Stimmen erhalten hat, so ist er hiernach zum Wahlmann durch absolute Majorität gewählt worden.

Da

Nicht ausgefüllt, wenn in der ersten Wahl ein Kandidat absolute Stimmeneinheit erhalten hat.

Da hiernach keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde nach den Bestimmungen des §. 18. der Instruction vom 8ten December v. J. zu einer engern Wahl geschritten, und es erhielten bei derselben Stimmen:

1. . . . .
2. . . . .
3. . . . .
4. . . . .
5. . . . .

Ungültige Stimmzettel waren vorhanden

Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt also . . . , und ist mithin die absolute Majorität . . .

Da der . . . Stimmen erhalten hat, so ist er hiernach zum Wahlmann durch absolute Majorität gewählt worden.

Da auch bei dieser engern Wahl keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde zu einer zweiten engern Wahl geschritten, und erhielten bei derselben Stimmen:

1. . . . .
2. . . . .

Ungültige Stimmzettel waren vorhanden

Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt also . . . , und ist mithin die absolute Majorität . . .

Da der . . . Stimmen erhalten hat, so ist er hiernach zum Wahlmann durch absolute Majorität gewählt worden.

Da beide Kandidaten Stimmengleichheit erhalten haben, so wurde durch den Wahlvorsteher das Loos gezogen, und entschied letzteres für den . . . , welcher hiernach als zum Wahlmann gewählt anzusehen ist.

Nicht ausgefüllt, wenn einer der Kandidaten absolute Stimmeneinheit erhalten hat, also wenn keine Stimmengleichheit vorhanden ist.



Gegenwärtige Verhandlung ist nach geschehener  
Vorlesung von den unterzeichneten Wahlvorsteher,  
Stimmenzählern und Protokollführer überall ge-  
nehmigt worden und wie folgt vollzogen.

a. u. s.

Der Wahlvorsteher. Die Stimmenzähler. Der Protokollführer.

Wir Rückficht auf die, in Bezug auf die Klassen  
angeordnete Aufforderung, mit der Ausübung des Wahl-  
rechts einen Protest gegen die Wahlbeständigkeit der Ver-  
sammlung vom 3<sup>ten</sup> Dezember d. J. zu verbinden, ersuchen  
das Königlich Preussische Regierungs-Präsidium ergebenst, für die  
Königliche Wahlvorsteher durch die Landräthe ausdrücklich  
auf die Bestimmungen des §. 31 des Wahlreglements  
für die erste Kammer und des §. 32 des Wahlreglements  
für die zweite Kammer aufmerksam machen zu lassen,  
insofern in den Wahlsammlungen sowohl der Kreiswahl-  
als der Wahlmänner, keine Diskussionen stattfinden und  
Einsprüche gegen die Wahlbeständigkeit erhoben werden dürfen.

Berlin, den 16. Januar 1849.

Der Minister des Innern.

gez. von Manteuffel.

An das Königlich Preussische Regierungs-Präsidium zu Köln. H. F.

Alsfried zur Kenntnissnahme und pflichtgemäßen Mitthei-  
lung an die Wahl-Vorsteher, zu verlesen und zu be-  
rathen. In Bezug auf die Wahlbeständigkeit der Wahlmänner  
auf Grund der Bestimmungen des §. 31 des Wahlreglements  
für die erste Kammer.

Köln, den 18. Januar 1849.

Das Regierungs-Präsidium  
gez. Bick.

Nr. 7/6 In Alsfried an den Herrn Bürgermeister von Alsfried  
zur Kenntnissnahme und pflichtgemäßen Mittheilung an die  
Wahl-Vorsteher, zu verlesen und zu be-  
rathen. In Bezug auf die Wahlbeständigkeit der Wahlmänner  
auf Grund der Bestimmungen des §. 31 des Wahlreglements  
für die erste Kammer.

Alsfried, den 22. Januar 1849.

Der Landrath des Kreises.

Alsfried

P. 138.



# Verordnung

## über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.**

verordnen in Ausführung der Artikel 67. bis 74. und auf Grund des Artikels 105. der Verfassungs-Urkunde, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, daß statt des Wahlgesetzes für die Abgeordneten der zweiten Kammer vom 6ten Dezember 1848 die nachfolgenden näheren Bestimmungen zur Anwendung zu bringen sind:

§. 1.

Die Abgeordneten der zweiten Kammer werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt.

§. 2.

Die Zahl der in jedem Regierungsbezirke zu wählenden Abgeordneten weist das anliegende Verzeichniß nach.

§. 3.

Die Bildung der Wahlbezirke ist nach Maßgabe der durch die letzten allgemeinen Zählungen ermittelten Bevölkerung von den Regierungen dergestalt zu bewirken, daß von jedem Wahlkörper mindestens zwei Abgeordnete zu wählen sind. Kreise, die zu verschiedenen Regierungsbezirken gehören, können ausnahmsweise durch den Ober-Präsidenten zu einem Wahlbezirke vereinigt werden, wenn es nach der Lage und den sonstigen Verhältnissen der ersteren nöthig erscheint.

§. 4.

Auf jede Vollzahl von 250 Seelen ist ein Wahlmann zu wählen.

§. 5.

Gemeinden von weniger als 750 Seelen, so wie nicht zu einer Gemeinde gehörende bewohnte Besitzungen, werden von dem Landrathe mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Urwahlbezirke vereinigt.

§. 6.

Gemeinden von 1750 oder mehr als 1750 Seelen werden von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in mehrere Urwahlbezirke getheilt. Diese sind so einzurichten, daß höchstens 6 Wahlmänner darin zu wählen sind.

§. 7.

Die Urwahlbezirke müssen, so weit es thunlich ist, so gebildet werden, daß die Zahl der in einem jeden derselben zu wählenden Wahlmänner durch drei theilbar ist.

§. 8.

Jeder selbstständige Preuze, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung erhält.

§. 9.

Die Militärpersonen des stehenden Heeres und die Stamm-Mannschaften der Landwehr wählen an ihrem Standorte, ohne Rücksicht darauf, wie lange sie sich an demselben vor der Wahl aufgehalten haben. Sie bilden, wenn sie in der Zahl von 750 Mann oder darüber zusammenstehen, einen oder mehrere besondere Wahlbezirke. Landwehrpflichtige, welche zur Zeit der Wahlen zum Dienste einberufen sind, wählen an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimaths-Bezirk.

§. 10.

Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) in 3 Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt.

Diese Gesamt-Summe wird berechnet:

- a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahl-Bezirk für sich bildet oder in mehrere Urwahl-Bezirke getheilt ist. (§. 6.)
- b) bezirksweise, falls der Urwahl-Bezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist. (§. 5.)

§. 11.

Wo keine Klassensteuer erhoben wird, tritt für dieselbe zunächst die etwa in Gemäßheit der Verordnung vom 4. April 1848 anstatt der indirekten eingeführte direkte Staatssteuer ein.

Wo weder Klassensteuer, noch klassifizierte Steuer auf Grund der Verordnung vom 4. April 1848 erhoben wird, tritt an Stelle der Klassensteuer die in der Gemeinde zur Hebung kommende direkte Kommunalsteuer.

Wo auch eine solche ausnahmsweise nicht besteht, muß von der Gemeinde-Verwaltung nach den Grundsätzen der Klassensteuer-Veranlagung eine ungefähre Einschätzung bewirkt und der Betrag ausgeworfen werden, welchen jeder Urwähler danach als Klassensteuer zu zahlen haben würde.

Wird die Gewerbesteuer von einer Handels-Gesellschaft entrichtet, so ist die Steuer behufs Bestimmung, in welche Abtheilung die Gesellschafter gehören, zu gleichen Theilen auf dieselben zu repartieren.

§. 12.

Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritttheils der Gesamtsteuer (§. 10.) fallen.

Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Gränze des zweiten Dritttheils fallen.

Die dritte Abtheilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Drittel fällt. In diese Abtheilung gehören auch diejenigen Urwähler, welche keine Steuer zahlen.

§. 13.

So lange der Grundsatz wegen Aufhebung der Abgaben-Befreiungen in Bezug auf die Klassensteuer und direkte Kommunalsteuer noch nicht durchgeführt ist, sind die zur Zeit noch befreiten Urwähler in diejenige Abtheilung aufzunehmen, welcher sie angehören würden, wenn die Befreiungen bereits aufgehoben wären.

§. 14.

Jede Abtheilung wählt ein Drittel der zu wählenden Wahlmänner.

Ist die Zahl der in einem Urwahlbezirke zu wählenden Wahlmänner nicht durch 3 theilbar, so ist, wenn nur 1 Wahlmann übrig bleibt, dieser von der zweiten Abtheilung zu wählen. Bleiben 2 Wahlmänner übrig, so wählt die erste Abtheilung den einen und die dritte Abtheilung den andern.



§. 15.

In jeder Gemeinde ist sofort ein Verzeichniß der stimmberechtigten Urwähler (Urwählerliste) aufzustellen, in welchem bei jedem einzelnen Namen der Steuerbetrag angegeben wird, den der Urwähler in der Gemeinde oder in dem aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Urwahlbezirk zu entrichten hat. Dies Verzeichniß ist öffentlich auszulegen, und daß dieses geschehen, in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Wer die Aufstellung für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb dreier Tage nach der Bekanntmachung bei der Ortsbehörde oder dem von derselben dazu ernannten Kommissar oder der dazu niedergesetzten Kommission schriftlich anzeigen oder zu Protokoll gehen.

Die Entscheidung darüber steht in den Städten der Gemeindeverwaltungs-Behörde, auf dem Lande dem Landrathe zu. In Gemeinden, die in mehrere Urwahlbezirke getheilt sind, erfolgt die Aufstellung der Urwähler-Listen nach den einzelnen Bezirken.

§. 16.

Die Abtheilungen (§. 12.) werden seitens derselben Behörden festgesetzt, welche die Urwahlbezirke abgränzen (§§. 5. 6.). Eben diese Behörden haben für jeden Urwahlbezirk das Lokal, in welchem die auf den Bezirk bezügliche Abtheilungs-Liste öffentlich auszulegen und die Wahl der Wahlmänner abzuhalten ist, zu bestimmen und den Wahlvorsteher, der die Wahl zu leiten hat, so wie einen Stellvertreter desselben für Verhinderungsfälle zu ernennen.

In Bezug auf die Berichtigung der Abtheilungs-Listen kommen die Vorschriften des §. 15. gleichmäßig zur Anwendung.

§. 17.

Der Tag der Wahl ist von dem Minister des Innern festzusetzen.

§. 18.

Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abtheilung gewählt.

Mit Ausnahme des Falles der Auflösung der Kammer sind die Wahlen der Wahlmänner für die ganze Legislatur-Periode dergestalt gültig, daß bei einer erforderlich werdenden Ersatzwahl eines Abgeordneten nur an Stelle der inzwischen durch Tod, Wegziehen aus dem Urwahlbezirk oder auf sonstige Weise ausgeschiedenen Wahlmänner neue zu wählen sind.

§. 19.

Die Urwähler sind zur Wahl durch ortsübliche Bekanntmachung zu berufen.

§. 20.

Der Wahlvorsteher ernannt aus der Zahl der Urwähler des Wahlbezirks einen Protokollführer, so wie 3 bis 6 Beisitzer, welche mit ihm den Wahlvorstand bilden, und verpflichtet sie mittelst Handschlags an Eidesstatt.

§. 21.

Die Wahlen erfolgen abtheilungsweise durch Stimmgebung zu Protokoll, nach absoluter Mehrheit und nach den Vorschriften des Reglements (§. 32.)

§. 22.

In der Wahlversammlung dürfen weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden. Wahlstimmen, unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig.

§. 23.

Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.

§. 24.

Der gewählte Wahlmann muß sich über die Annahme der Wahl erklären. Eine Annahme unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung und zieht eine Ersatzwahl nach sich.

§. 25.

Das Protokoll wird von dem Wahl-Vorstande (§. 20.) unterzeichnet und sofort dem Wahl-Kommissar (§. 26.) für die Wahl der Abgeordneten eingereicht.

§. 26.

Die Regierung ernannt den Wahl-Kommissar für jeden Wahlbezirk zur Wahl der Abgeordneten und bestimmt den Wahlort.

§. 27.

Der Wahl-Kommissar beruft die Wahlmänner mittelst schriftlicher Einladung zur Wahl der Abgeordneten. Er hat die Verhandlungen über die Urwahlen nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen, und wenn er einzelne Wahlakte für ungültig erachten sollte, der Versammlung der Wahlmänner seine Bedenken zur endgültigen Entscheidung vorzutragen. Nach Ausschließung derjenigen Wahlmänner, deren Wahl für ungültig erkannt ist, schreitet die Versammlung sofort zu dem eigentlichen Wahlgeschäfte.

Außer der vorgedachten Erörterung und Entscheidung über die etwa gegen einzelne Wahlakte erhobenen Bedenken dürfen in der Versammlung keine Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

§. 28.

Der Tag der Wahl der Abgeordneten ist von dem Minister des Innern festzusetzen.

§. 29.

Zum Abgeordneten ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren hat und bereits ein Jahr lang dem preussischen Staats-Verbande angehört.

§. 30.

Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen durch Stimmgebung zu Protokoll.

Der Protokollführer und die Beisitzer werden von den Wahlmännern auf den Vorschlag des Wahl-Kommissars gewählt und bilden mit diesem den Wahl-Vorstand.

Die Wahlen erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit. Wahlstimmen unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig.

Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Mehrheit, so wird zu einer engeren Wahl geschritten.

§. 31.

Der gewählte Abgeordnete muß sich über die Annahme oder Ablehnung der auf ihn gefallenen Wahl gegen den Wahl-Kommissarius erklären. Eine Annahme-Erklärung unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung, und hat eine neue Wahl zur Folge.

§. 32.

Die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen näheren Bestimmungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchstseignhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Sanssouci, den 30sten Mai 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegeg.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha.  
von der Heydt. von Rabe. Simons.

# Reglement

zur Verordnung vom 30. Mai d. J.

## über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten für die zweite Kammer.

§. 1.

Die Landräthe oder, im Falle des §. 6. der Verordnung, die Gemeinde-Verwaltungs-Behörden haben unverzüglich die Aufstellung der Urwählerlisten zu veranlassen.

Gleichzeitig sind von ihnen die Urwahlbezirke (§§. 5. 6. 7. der Verordnung) abzugränzen, und die Zahl der auf jeden derselben fallenden Wahlmänner (§§. 4. 6. 7. der Verordnung) festzusetzen. Kein Urwahlbezirk darf mehr als 1749 Seelen umfassen.

§. 2.

Nach Aufstellung der Urwählerlisten erfolgt die Aufstellung der Abtheilungslisten. (§. 16. der Verordnung.)

§. 3.

Bei der Aufstellung der Abtheilungslisten ist folgendes Verfahren zu beobachten.

Nach Anleitung des anliegenden Formulars werden die Urwähler in der Ordnung verzeichnet, daß mit dem Namen des Höchstebesteuerten angefangen wird, dann derjenige folgt, welcher nächst jenem die höchsten Steuern entrichtet, und so fort bis zu denjenigen, welche die geringste oder gar keine Steuer zu zahlen haben.

Alsdann wird die Gesamtsumme aller Steuern berechnet und endlich die Grenze der Abtheilungen dadurch gefunden, daß man die Summe der Steuern jedes einzelnen Urwählers so lange zusammenrechnet, bis das erste und dann das zweite Drittel der Gesamtsumme aller Steuern erreicht ist.

Die Urwähler, auf welche das erste Drittel fällt, bilden die erste, diejenigen, auf welche das zweite Drittel fällt, die zweite, und alle übrigen die dritte Abtheilung.

Läßt sich, bei gleichen Steuer- oder Schätzungs-Beträgen nicht entscheiden, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abtheilung zu rechnen ist, so giebt die alphabetische Ordnung der Familiennamen den Ausschlag.

§. 4.

In Gemeinden, welche für sich einen Urwahl-Bezirk bilden, und in Urwahl-Bezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, wird nur eine Abtheilungsliste angefertigt. Im ersteren Falle stellt dieselbe die Gemeinde-Verwaltungsbehörde, im letzteren der Landrath auf. Ist aber eine Gemeinde in mehrere Bezirke getheilt, so wird von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde zunächst eine allgemeine Abtheilungsliste für die ganze Gemeinde angelegt und dann aus dieser für jeden einzelnen Bezirk ein Auszug gemacht, welcher für diesen Bezirk die Abtheilungsliste bildet. In der allgemeinen Liste muß bei jedem Urwähler die Nummer des Bezirks angegeben sein.

§. 5.

Steuerfreie Urwähler, welche auf Grund des §. 13. der Verordnung ihr Stimmrecht ausüben wünschen, müssen der Behörde, welche die Urwählerliste aufstellt, innerhalb einer von derselben festzusetzenden und bekannt zu machenden Frist die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung an die Hand geben. Steuerfreie Urwähler, welche es unterlassen, eine solche Angabe rechtzeitig zu machen, werden ohne weitere Prüfung der dritten Abtheilung zugezählt.

§. 6.

Auf der Abtheilungsliste muß von der Behörde, die zur Entscheidung über die Reclamationen berufen ist, also entweder von dem Landrathe oder der Gemeinde-Verwaltungs-Behörde (§§. 15. 16. der Verordnung) noch vor dem Wahltermin bescheinigt werden, daß innerhalb der Reclamationsfrist (§. 15. der Verordnung) keine Reclamationen erhoben oder die erhobenen erledigt sind.

§. 7.

Aus der Abtheilungs-Liste des Urwahlbezirks wird für jeden einzelnen landwehrpflichtigen Urwähler, welcher zur Zeit der Wahl zum Dienste einberufen ist, nach dem Muster der Anlage, ein Auszug gemacht. Derselbe muß enthalten:

- a) den Namen und Wohnort des Urwählers,
- b) den Steuerbetrag, mit welchem er zum Ansatz gekommen ist,
- c) den Bezirk und die Abtheilung, für welche er zu wählen hat,
- d) die Zahl der von der Abtheilung zu wählenden Wahlmänner.

Dieser Auszug ist dem stellvertretenden Landwehr-Bataillons-Commandeur mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn, behufs der Ausfüllung der Namen der Wahlmänner durch die landwehrpflichtigen Urwähler, an den Commandeur desjenigen Bataillons gelangen zu lassen, zu welchem dieselben einberufen sind.

Auf demselben Wege gelangt der ausgefüllte Auszug zurück, und ist die Requisition, so wie die Erledigung derselben, so zu bescheinigen, daß die ausgefüllten Auszüge noch vor dem Wahltermin in den Händen des Wahl-Kommissars sich befinden.

Dasselbe Verfahren findet statt, wenn bei engeren Wahlen eine nochmalige Stimmen-Abgabe der Landwehrmänner erforderlich werden sollte, und sind in diesem Falle auf dem Auszuge die Namen derjenigen Kandidaten zu vermerken, auf welche die Stimmgebung sich nur erstrecken darf. (§. 13. des Reglements.)

§. 8.

Die sämtlichen Urwähler des Urwahl-Bezirks werden zu einer bestimmten Stunde des Tages der Wahl zusammenberufen. Die Wahlverhandlung wird mit Vorlesung der §§. 18. bis 25. der Verordnung und der §§. 8. bis 15. dieses Reglements durch den Wahlvorsteher eröffnet.

Alsdann werden die Namen aller stimmberechtigten Urwähler aller Abtheilungen vorgelesen.

Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt, und so die Versammlung konstituiert.

Später erscheinende Urwähler melden sich bei dem Wahlvorsteher und können an den noch nicht geschlossenen Abstimmungen theilnehmen. Abwesende, mit Ausnahme der zum Dienst einberufenen Landwehrpflichtigen, können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theilnehmen.

§. 9.

Der Wahlvorsteher ernannt den Protokollführer und die Beisitzer (§. 20. der Verordnung). Er beauftragt den Protokollführer mit Eintragung der Wahlstimmen in die Abtheilungsliste.

§. 10.

Die dritte Abtheilung wählt zuerst, die erste zuletzt. Sobald die Wahlverhandlung einer Abtheilung abgeschlossen ist, werden die Mitglieder derselben zum Abtreten veranlaßt.

Diese §§. sind im Urwahlreglement zu verlesen.

Diese §§. sind



## §. 11.

Der Protokollführer ruft die Namen der Urwähler in der Folge, wie sie in der Abtheilungsliste verzeichnet sind, auf. Jeder Aufgerufene tritt an den zwischen der Versammlung und dem Wahlvorsteher aufgestellten Tisch und nennt, unter genauer Bezeichnung, den Namen des Urwählers, welchem er seine Stimme geben will. Sind mehrere Wahlmänner zu wählen, so nennt er gleich so viel Namen, als deren in der Abtheilung zu wählen sind. Diese trägt der Protokollführer neben den Namen des Urwählers, und in Gegenwart desselben, in die Abtheilungsliste ein, oder läßt sie, wenn derselbe es wünscht, von dem Urwähler selbst eintragen.

## §. 12.

Die Wahl erfolgt nach absoluter Mehrheit der Stimmenden. Ungültig sind, außer dem Fall des §. 22. der Verordnung, solche Wahlstimmen, welche auf andere, als die nach §. 18. der Verordnung oder §. 13. dieses Reglements wählbaren Personen fallen. Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

## §. 13.

So weit sich bei der ersten oder einer folgenden Abstimmung absolute Stimmenmehrheit nicht ergibt, kommen diejenigen, welche die meisten Stimmen haben, in doppelter Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner auf die engere Wahl.

Wenn bei einer Abstimmung die absolute Stimmenmehrheit auf mehrere, als die noch zu wählenden Wahlmänner gefallen ist, so sind diejenigen derselben gewählt, welche die höchste Stimmenzahl haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Vorstehers gezogen wird.

## §. 14.

Sowohl bei der ersten, wie bei der engeren Wahl, ist die Abgabe der Stimmen seitens der zum Dienst einberufenen Landwehrmänner behufs Abschließung der Wahlhandlung nur dann abzuwarten oder einzuholen, wenn die fehlenden Stimmen noch einen entscheidenden Einfluß auf den Ausfall der Wahl haben können. In diesem Falle ist die Wahl erst dann abzuschließen, wenn die Stimmen der Landwehrmänner eingegangen sind.

## §. 15.

Die gewählten Wahlmänner müssen sich, wenn sie im Urwahltermin anwesend sind, sofort, sonst binnen drei Tagen, nach dem ihnen die Wahl angezeigt ist, erklären, ob sie dieselbe annehmen und, wenn sie in mehreren Abtheilungen gewählt sind, für welche derselben sie annehmen wollen.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen drei Tagen, gilt als Ablehnung.

Jede Ablehnung hat für die Abtheilung eine neue Wahl zur Folge.

## §. 16.

Ueber die Wahlhandlung ist ein Protokoll nach dem anliegenden Formular aufzunehmen.

## §. 17.

Die Regierungen, haben sofort die Wahlbezirke für die Wahl der Abgeordneten und die Wahl-Kommissionen zu bestimmen, und davon, daß dies geschehen, die Wahl-Vorsteher zu benachrichtigen.

## §. 18.

Die Wahl-Vorsteher reichen die Urwahl-Protokolle dem Wahl-Kommissar ein.

Der Wahl-Kommissar stellt aus den eingereichten Urwahl-Protokollen ein Verzeichniß der Wahlmänner seines Wahlbezirks auf und ladet dieselben schriftlich zur Wahl der Abgeordneten ein.

Die Wahl-Verhandlung wird mit Vorlesung der §§. 26. bis 31. der Verordnung, so wie der §§. 20. bis 23. dieses Reglements, eröffnet.

Im Uebrigen kommen die Bestimmungen des §. 8. zur Anwendung, so weit sie nicht nachstehend modificirt sind.

## §. 20.

Jeder Abgeordnete wird in einer besonderen Wahlhandlung gewählt, und zwar in der Art, daß der aufgerufene Wahlmann den Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme giebt.

Den vom Wahlmann genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Wahlmanns in die Wahlmännerliste ein, wenn der Wahlmann nicht verlangt, den Namen selbst einzutragen.

## §. 21.

Hat sich auf keinen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten.

Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat.

Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Kandidaten in derselben Weise wie die erste vorgenommen.

Jede Wahlstimme, welche auf einen anderen, als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten fällt, ist ungültig.

Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt in jeder der folgenden Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat.

Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet das Loos, welcher aus der Wahl fällt.

Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet ebenfalls das Loos.

In beiden Fällen ist das Loos durch die Hand des Wahl-Kommissars zu ziehen.

## §. 22.

Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahl-Vorstand.

## §. 23.

Die Gewählten sind von der auf sie gefallenen Wahl durch den Wahl-Kommissar in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zum Nachweise, daß sie nach §. 29. der Verordnung wählbar sind, aufzufordern.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen 8 Tagen von der Zustellung der Benachrichtigung, gilt als Ablehnung.

In Fällen der Ablehnung oder Nicht-Wählbarkeit hat die Regierung sofort eine neue Wahl zu veranlassen.

## §. 24.

Sämmtliche Verhandlungen, sowohl über die Wahl der Wahlmänner, als die Wahl der Abgeordneten werden von dem Wahl-Kommissar der Regierung gehörig gesichtet eingereicht, welche dieselben dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die zweite Kammer vorzulegen hat.

Berlin, den 31sten Mai 1849.

**Königliches Staats-Ministerium.**

(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha.  
von der Heydt. von Rabe. Simons.

## Auszug

aus der Verordnung zur Ausführung der Wahlen der Abgeordneten  
zum Volksbause.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc.  
thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem etc. etc.

Verordnen Wir zur Ausführung der Wahlen für das Volksbause dieses Deutschen Parlamentes, für die zum bisherigen Deutschen Bunde gehörigen Theile der Monarchie, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Die Abgeordneten zum Volksbause werden von Wahlmännern in Wahlkreisen, die Wahlmänner von den Wählern in Wahlbezirken gewählt.

§. 2. Die Zahl der in jeder Provinz zu wählenden Abgeordneten weist das anliegende Verzeichniß nach.

§. 3. Die Bildung der Wahlkreise, ist, nach Maßgabe der durch die letzte Volkszählung ermittelten Bevölkerung, von den Ober-Präsidenten dergestalt zu bewirken, daß in jedem Wahlkreise 1 Abgeordneter gewählt wird.

§. 4. Auf jede Vollzahl von 500 Seelen ist ein Wahlmann zu wählen.

§. 5. Behufs der Wahl der Wahlmänner werden Gemeinden unter 1500 Seelen, sowie nicht zu einer Gemeinde gehörende bewohnte Gemeinden von 3500 oder mehr als 3500 Seelen werden von der Gemeinde-Verwaltungs-Behörde in mehrere Wahlbezirke getheilt.

§. 6. Die Wahlbezirke sind so zu bilden, daß höchstens 6 Wahlmänner darin zu wählen sind, und möglichst so einzurichten, daß die Zahl der in einem jeden derselben zu wählenden Wahlmänner durch 3 theilbar ist.

§. 7. Wähler zum Volksbause ist jeder unbescholtene Preuße, welcher

1. das 25ste Lebensjahr zurückgelegt,
2. einen eigenen Hausstand hat,
3. in der Gemeinde, oder, falls ein Wahlbezirk aus mehreren Gemeinden besteht, im Wahlbezirk seit 3 Jahren seinen festen Wohnsitz hat, und heimathsberechtigt ist,
4. seit einem Jahre zu den direkten Staats- und Gemeinde-Abgaben beigetragen hat, und
5. auf Erfordern nachweisen kann, daß er mit der letzten Rate der von ihm zu zahlenden direkten Staatssteuer nicht im Rückstande ist.

§. 8. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen,
2. Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Zahlungsunfähigkeit gerichtlich eröffnet worden ist, bis dahin, daß sie ihre Kreditoren befriedigt haben,
3. Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 9. Als bescholten sind von der Berechtigung zum Wählen diejenigen Personen ausgeschlossen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

§. 10. Der Standort der Militärpersonen des stehenden Heeres und der Stamm-Mannschaften der Landwehr gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, ohne Rücksicht auf Heimathsberechtigung und Dauer des Wohnsitzes (§. 7. No. 3). Landwehrpflichtige, welche zur Zeit der Wahlen zum Dienste einberufen sind, wählen an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren heimathlichen Wahlbezirk.

§. 11. Wo keine direkte Gemeinde-Abgabe erhoben wird, genügt zur Erfüllung der Bedingung §. 7. ad 4. die Betheiligung an der Zahlung der Klassen- oder klassifizirten Steuer (§. 15.). Wo keine Klassen- oder klassifizierte Steuer, wohl aber direkte Gemeindesteuer gezahlt wird, genügt die Betheiligung an der letzteren. Wo weder die eine noch die andere zur Hebung kommt, muß Behufs Feststellung der Berechtigung zur Wahl, von der Gemeinde-Verwaltung nach den Grundsätzen der Klassensteuer-Veranlagung ermittelt werden, wer zur Klassensteuer herangezogen sein würde, wenn eine solche zur Hebung käme.

§. 12. So lange der Grundsatz wegen Aufhebung der Abgaben-Befreiungen in Bezug auf die Klassensteuer und direkte Gemeindesteuer noch nicht durchgeführt ist, sind die zur Zeit noch befreiten Personen aus diesem Grunde von der Wahl nicht auszuschließen.

§. 13. Die Wähler werden behufs der Wahl der Wahlmänner in drei Abtheilungen getheilt.

§. 14. Die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden direkten Staatssteuern (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer), und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt.

Diese Gesamtsumme wird berechnet

- a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Wahlbezirk für sich bildet, oder in mehrere Wahlbezirke zerfällt,
- b) bezirksweise, falls der Wahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist.

§. 15. Zum Zwecke der Abtheilungs-Bildung tritt da, wo keine Klassensteuer erhoben wird, für dieselbe zunächst die etwa in Gemäßheit der Verordnung vom 4ten April 1848 anstatt der indirekten eingeführte direkte Staatssteuer ein.

Wo weder Klassensteuer, noch klassifizierte Steuer auf Grund der Verordnung vom 4ten April 1848 erhoben wird, tritt an Stelle derselben die in der Gemeinde zur Hebung kommende direkte Gemeindesteuer.

Wo auch eine solche ausnahmsweise nicht besteht, muß von der Gemeinde-Verwaltung nach den Grundsätzen der Klassensteuer-Veranlagung eine ungefähre Einschätzung bewirkt, und der Betrag ausgeworfen werden, welchen jeder Wähler danach als Klassensteuer zu zahlen haben würde.

Die Gewerbesteuer, welche von einer Handels-Gesellschaft entrichtet wird, ist behufs Bestimmung, in welche Abtheilung die Gesellschafter gehören, zu gleichen Theilen auf dieselben zu repartiren.

§. 16. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritttheils der Gesamtsteuer fallen.

Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Gränze des zweiten Dritttheils fallen.

Die dritte Abtheilung endlich besteht aus den niedrigst besteuerten Wählern, auf welche das letzte Drittel fällt.

§. 17. Die zur Zeit von der Klassensteuer und direkten Gemeindesteuer noch befreiten Personen (§. 12.) sind in diejenige Abtheilung aufzunehmen, welcher sie angehören würden, wenn die Befreiungen bereits aufgehoben wären.

§. 18. Jeder Wähler darf nur in einer Abtheilung wählen, auch dann, wenn er mehr als ein Drittel der Gesamtsteuer zahlt. In die erste Abtheilung gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur theilweise in das erste Drittel fällt. Die übrigen Wähler bilden die zweite und dritte Abtheilung; die zweite reicht bis zur Hälfte der Gesamtsteuer dieser Wähler.

§. 19. Jede Abtheilung wählt ein Drittel der zu wählenden Wahlmänner.

Ist die Zahl der in einem Wahlbezirk zu wählenden Wahlmänner nicht durch 3 theilbar, so ist, wenn nur ein Wahlmann übrig bleibt, dieser von der zweiten Abtheilung zu wählen. Bleiben zwei Wahlmänner übrig, so wählt die erste Abtheilung den einen, und die dritte Abtheilung den andern.



§. 20. Die im §. 5. für Gemeinden von 3500 oder mehr als 3500 Seelen vorgeschriebene Bildung von Wahlbezirken kann, sofern es den Verhältnissen angemessen erscheint, in der Art vorgenommen werden, daß die Wähler der einzelnen Abtheilungen in besondere, von den Wahlbezirken der übrigen Abtheilungen unabhängige Wahlbezirke getheilt werden.

Eine solche Einteilung der Wähler kann sowohl in Bezug auf sämtliche, als auf einzelne Abtheilungen stattfinden.

In keinem Falle dürfen in einem dieser Wahlbezirke mehr als zwei Wahlmänner gewählt werden.

§. 21. In jeder Gemeinde ist sofort ein Verzeichniß der stimmberechtigten Wähler (Wählerliste) mit Angabe des Steuerbetrages aufzustellen, welcher auf jeden einzelnen Wähler fällt.

§. 22. Von Amts wegen werden nur diejenigen Steuerbeträge bei jedem Wähler in der Liste angegeben, welche er beziehungsweise in der Gemeinde oder im Wahlbezirke zahlt (§. 14.). Wer auch die anderswo von ihm zu zahlenden Steuerbeträge aufgenommen wissen will, muß dieselben der Behörde, welche die Wählerliste aufstellt, rechtzeitig und spätestens innerhalb der Reklamationsfrist gegen die Liste (§. 23.) glaubwürdig nachweisen, widrigenfalls es bei dem Ansage der Behörde bewendet.

§. 23. Die Wählerliste ist zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und daß dies geschehen, in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Einsprachen gegen die Liste sind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Ortsbehörde, oder dem von derselben dazu ernannten Kommissar oder der dazu niedergesetzten Kommission schriftlich anzuzeigen, oder zu Protokoll zu geben.

Die Entscheidung darüber steht in den Städten der Gemeinde-Verwaltungsbehörde, auf dem Lande dem Landrathe zu, und muß innerhalb der nächsten 14 Tage erfolgen, worauf die Listen geschlossen werden.

Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Liste aufgenommen sind.

§. 24. Aus den Wählerlisten ist für jede Gemeinde (§. 14. a.) oder jeden Wahlbezirk (§. 14. b.) eine Abtheilungsliste anzufertigen, und von derjenigen Behörde festzustellen, welche die Wahlbezirke einrichtet (§. 5.).

Eben diese Behörde hat das Lokal oder die Lokale, in welchen die Abtheilungslisten öffentlich auszulegen sind, zu bestimmen.

§. 25. Die Abtheilungslisten müssen innerhalb 8 Tagen nach dem Schlusse der Wählerlisten aufgestellt, und dann sofort aufgelegt werden.

Einsprachen gegen die Abtheilungslisten sind binnen 3 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung schriftlich anzubringen, oder zu Protokoll zu geben.

Die Entscheidung darüber steht auf dem Lande dem Landrathe, in den Städten der Gemeinde-Verwaltungsbehörde zu, und muß innerhalb der nächsten 8 Tage erfolgen, worauf die Listen geschlossen werden.

§. 26. Der Tag der Wahl ist von dem Minister des Innern festzusetzen.

§. 27. Für jeden Wahlbezirk wird von derjenigen Behörde, welche die Wahlbezirke bestimmt, ein Wahlvorsteher, der die Wahl zu leiten hat, sowie ein Stellvertreter desselben für Verhinderungsfälle ernannt.

Der Wahlvorsteher ernannt aus der Zahl der Wähler des Wahlbezirks einen Protokollführer, sowie 1 bis 6 Beisitzer. Die Beisitzer müssen Gemeindeglieder sein, und dürfen kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden. Wahlvorsteher, Protokollführer und Beisitzer bilden den Wahlvorstand.

Der Wahlvorsteher verpflichtet den Protokollführer und die Beisitzer mittelst Handschlags an Eidesstatt.

§. 28. In Wahlbezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, kann der Wahlvorsteher, je nach der Dichtigkeit und dem Bedürfnis, von einer Wahlversammlung für den ganzen Bezirk abgehen, und Wahlversammlungen für einen Theil desselben, oder für jede einzelne Gemeinde ansetzen.

§. 29. Die Wähler sind zur Wahl durch ortsübliche Bekanntmachung zu berufen.

§. 30. In der Wahlversammlung dürfen weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Wahlstimmen unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig.

§. 31. Die Wahlen erfolgen abtheilungsweise durch offene Stimmgebung zu Protokoll, nach absoluter Stimmenmehrheit und nach den Vorschriften des Reglements (§. 43.).

§. 32. Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler des Wahlbezirks, ohne Rücksicht auf die Abtheilung, gewählt.

In Gemeinden, in welchen eine oder mehrere Abtheilungen in abgesonderte Wahlbezirke getheilt sind (§. 20.), werden in diesen die Wahlmänner unbeschränkt aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler der Gemeinde gewählt.

§. 33. Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.

§. 34. Der gewählte Wahlmann muß sich über die Annahme der Wahl erklären. Eine Annahme unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung und zieht eine Ersatzwahl nach sich.

§. 35. Das Protokoll wird von dem Wahlvorstande (§. 27.) unterzeichnet, und dem Wahlkommissar für die Wahl des Abgeordneten eingereicht.

§. 36. Mit Ausnahme des Falles der Auflösung des Volkshauses sind die Wahlen der Wahlmänner für die Zeit, bis das Deutsche Parlament die Verathung des Verfassungswerkes beendet haben wird, dergestalt gültig, daß bei einer erforderlich werdenden Ersatzwahl eines Abgeordneten nur an Stelle derjenigen Wahlmänner neue zu wählen sind, welche inzwischen durch Tod, Wegziehen aus dem Wahlbezirk, beziehungsweise aus der Gemeinde, oder auf sonstige Weise ausgeschieden sind.

§. 37. Der Ober-Präsident ernannt den Wahlkommissar für jeden Wahlkreis, und bestimmt den Wahlort.

§. 38. Die Wahlen der Abgeordneten finden am 31sten Januar 1850 statt.

§. 39. Der Wahlkommissar beruft die Wahlmänner mittelst schriftlicher Einladung zur Wahl des Abgeordneten.

Er hat die Verhandlungen über die Wahlen der Wahlmänner nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen, und, wenn er einzelne Wahlakte für ungültig erachten sollte, der Versammlung der Wahlmänner seine Bedenken zur Entscheidung vorzutragen.

Nach Ausschließung derjenigen Wahlmänner, deren Wahl für ungültig erkannt ist, schreitet die Versammlung zum eigentlichen Wahlgeschäft.

Außer der vorgedachten Erörterung und Entscheidung über die etwa gegen einzelne Wahlakte erhobenen Bedenken dürfen in der Versammlung weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

§. 40. Die Wahl des Abgeordneten erfolgt durch offene Stimmgebung zu Protokoll.

Der Protokollführer und die Beisitzer werden von den Wahlmännern auf den Vorschlag des Wahl-Kommissarius gewählt und bilden mit diesem den Wahlvorstand.

Die Wahlen erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit.

Wahlstimmen unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig.

Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Majorität, so wird zu einer engeren Wahl geschritten.

§. 41. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 30ste Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem derjenigen Deutschen Staaten angehört hat, von welchen das Deutsche Parlament beschickt wird.

§. 42. Der gewählte Abgeordnete muß sich über die Annahme oder Ablehnung der auf ihn gefallenen Wahl, binnen 8 Tagen nach Zustellung der Benachrichtigung, gegen den Wahlkommissarius erklären.

Eine Annahme-Erklärung unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung, und hat eine neue Wahl zur Folge.

§. 43. Die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen näheren Bestimmungen hat Unser Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Allerhöchsteigehändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Potsdam, den 26ten November 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegenez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha.

von der Heydt. von Rabe. Simons. von Schleinitz.

Das wohlgemeinte Wahlbüchlein.

Eine Ansprache

an die Urwähler und Wahlmänner

vom Lande.



Von vielen achtbaren Männern aufgefordert, habe ich dies Wahlbüchlein, das zunächst nur für meine heimatliche Provinz Schlesien bestimmt war, auch für die weiteren Theile unseres Vaterlandes einzurichten versucht. Von der Ueberzeugung geleitet, daß Jeder da am Sichersten zu wirken vermag, wo er seine Thätigkeit hauptsächlich auf die Kreise richtet, die ihm zunächst liegen, muß ich zwar befürchten, daß sich in dieser Schrift manches findet, das nicht für alle Verhältnisse anpaßt und zutrifft, — ich hoffe aber, Ihr werdet an der äußeren Schale keinen Anstoß nehmen, wenn der Kern nur gesund und vaterländisch ist.

Geschrieben am Jahreschluß 1848.

**Kroester,**  
von Sillmenau bei Breslau.

Es ist wohl schon zu Eurer Wissenschaft gekommen, liebe Freunde und Landesgenossen, daß unser König mit derjenigen Seite der Berliner National-Versammlung, welche sich selbst die Linke genannt hat, weil sie überall nirgend auf dem rechten Wege bleiben konnte, keine vernünftige Verfassung vereinbaren konnte, und deswegen gegen Seine anfängliche Meinung und nur durch Seine väterliche Fürsorge um das Wohl des Ihm von Gott anvertrauten Preußenlandes dazu gezwungen, uns eine vorläufige Verfassung gegeben hat. Er hat in derselben aber nicht allein Seine früher gewährten Verheißungen erfüllt, sondern sie auch noch um eine Menge der größten Volksrechte und edelsten Freiheiten vermehrt, und uns nach dem Urtheile der freisinnigsten Männer gerechtfertigt, wie solche kaum ein andres Volk in der Welt besitzt. In Folge dieser Verfassung sollt Ihr nun am 22. Januar 1849 wieder zu Urwahlen zusammentreten, und zwar gerade in derselben Weise, wie solches im vergangenen Rathe geschehen ist. Damit Ihr Euch aber bei dieser Gelegenheit nicht von neuem durch die sogenannten Volksfreunde betrügen und hinter das Licht führen laßt, richte ich als ein mit den ablichen Verhältnissen unseres Vaterlandes wohlbekannter Mann, diese Ansprache an Euch und hoffe, ein gutes Wort werde auch heute noch eine gute Stätte bei Euch finden. Da wende ich mich denn natürlich zuerst an Euch, Ihr wähler! — die ganze Summa des Rathes, den ich Euch geben vermag, läßt sich in wenig Worten zusammenfassen: Gebt keinen Einflüsterungen Gehör, sondern folgt beim Aussuchen der Wahlmänner allein dem gesunden Menschenverstande und der Stimme des Gewissens.



Es werden wieder viele von den Wölfen in Schafsfleibern kommen und zu Euch sprechen: „das Amt des Urwählers ist ein schweres und heisset grausam viele Gelehrsamkeit und hohe politische Einsicht. Da Ihr die nun nicht besizet, so wollen wir Euch mit Rath und That zur Hand gehen und Euch Anweisung geben, wen Ihr wählen sollt und wen nicht. Vor allen nehmt nicht die Gutsbesitzer und Pfarrer, denn beide sind zu Eurem Schaden mit einander verschworen und gehen nur darauf aus, Euch zu übervorthen. Wo es aber einen Stänker in der Gemeinde giebt — einen Prozeßjäger und Grenzsteinverrücker — einen Klugredner und Stammgast im Wirthshause, der seinen Platz auf der Bierbank Sonntag und Werktag nicht kalt werden läßt — den nehmt auf's Korn, das ist Euch ein feiner Kopf, in dem werdet Ihr den rechten Mann finden!“ —

Wenn diese Herrn also zu Euch reden, so glaubt ihnen nicht, liebe Freunde, sondern nehmt Euren Bauernwitz zusammen, der auch bei den Leuten in der Stadt den Nagel auf den Kopf trifft, und zieht ihnen die Würmer aus der Nase. „Bevor wir weiter mit dir discutiren, du kluger Mann mit dem großen Varte, gib uns doch Antwort, von wannen kommst du und wer bist du, auf daß wir dir glauben können?“ Und er wird Euch zu Bescheid thun, daß er von den Demokraten aus der Stadt entsendet ist, um Euch aufzuklären über Euer Bestes und Euer Recht. Ueber Eure zweite Frage wird er aber lieber stillschweigend hinweggehn; denn wie ein dickes Fell er auch immer haben mag, so ist es doch ein garstig Ding, von sich zu sagen: „Ich bin Einer von denen, die nichts sind, nichts haben und nichts können; — ein verlornener Sohn, der der Väter Erbe vergeudet und dem es an Kraft und gutem Willen gebricht, zu einem geordneten und thätigen Leben wieder umzukehren; — ein verdorbener Student, der über Saufen und Huren nicht zum Studiren gekommen ist; — ein ehrgeiziger Assessor oder Referendarius, der es nicht abwarten kann, bis er Rath wird; — ein wegen Schulden und Bruch seines Wortes ausgestoßener Officier — ein krummbeiniger Judenjunge, der unsern Herrn und Heiland noch einmal an's Kreuz schlagen möchte, indem er Euch von der Bahn der Gottesfurcht und des Rechtes ab-

bringt; — ein zuchtloser Mensch, der von der Gemeinschaft der Ehrenhaften ausgeschlossen ist; — ein ungetreuer Beamter, der wegen Fälschung und Unterschlagung öffentlicher Gelder auf dem Zuchthause saß; — kurz, ein verlornes Subject, das in Laster und Verbrechen zu Grunde gegangen ist, und nur dadurch wieder Oberwasser gewinnen kann, daß der Staat und die Religion zu Grunde gehen und alles Bestehende über den Haufen geworfen wird.

Weil sie derlei schöne Dinge aber nicht von sich sagen können, ohne Euer Vertrauen einzubüßen, und sie um eine Lüge nie verlegen sind, so werden sie sich hinter schönen und prächtigen Redensarten verschansen, indem sie Euch erzählen: was sie schon alles um der Freiheit willen erlitten haben, daß man sie haßt und verfolgt, weil sie für Euer Recht streiten und kämpfen, daß ihr Herz nur für Eure Noth und Euer Bedrängniß schlägt.

Liebe Landsleute, gegen solche Redensarten verwahrt Euer arglos Gemüth und nehmt sie nicht ohne Prüfung an. Bedenket vor allem, daß ihnen diese übermäßige Freundschaft und Zärtlichkeit für uns erstlich über Nacht kam! — Es ist ihnen auch heute noch nicht um Euch zu thun und um Euer Wohl, sondern sie gehen Euch um den Bart, weil sie Euer brauchen — sie sprechen Euch zu Munde, weil Ihr ihnen als Werkzeug dienen sollt zur Erreichung ihrer schändlichen, heillosen, eigensüchtigen Zwecke und Absichten.

Oder soll ich Euch noch an die Erfahrungen mahnen, die Ihr aus den letzten Wahlen im Mai schöpfen könnt? — denn damals habt Ihr, leider Gottes! ihren glatten Schlangworten nur ein allzubereitwillig Gehör gegönnt und zu allgemeinem Unheil viele Männer ihres Gelichters in die Berliner Versammlung geschickt. — Und wie haben sie ihre Verheißungen erfüllt? — An ihren Früchten könnt Ihr sie erkennen! — Anstatt fleißig an den Aufbau der Verfassung zu gehn und Ordnung und Eintracht wiederherzustellen, haben sie die Zeit mit nichtigen Zänkereien verbracht, Partheiungen gestiftet, unsern guten König verleumdet und getränkt, nach Ministersstellen gejagt, den Frieden gewehrt, den Unfrieden gemehrt und Alles in die Breite gezogen, um ihre drei Thaler Tagegelber desto länger zu schlucken. Auf solche Weise haben



sie über 500,000 Thaler verzehrt, die zu guter Letzt doch wieder kein anderer als Ihr bezahlt, und den König gezwungen, sie aus einander zu jagen, damit nur das Schandspiel ein Ende nähme, das jedem verständigen Manne ein Greuel und zum Vergerniß geworden war.

„Ja,“ fällt Du mir in die Rede und schüttelst mit dem Kopf, „hätte Er sie nur bei einander gelassen, wer weiß, ob sie nicht doch noch etwas gar Gescheutes zu Stande gebracht hätten.“

Du lieber Freund, darauf will ich Dir mit einem Rechenexempel antworten. Du weißt, daß die Ausgaben des Staates zum größeren Theil durch die Abgaben der Unterthanen gedeckt werden. Der Abgaben sind aber zweierlei Arten; — die directen d. h. diejenigen Abgaben, welche Du als Grund- und Klassensteuer und noch unter mancherlei anderen Namen entrichtest; — und die indirecten Steuern, zu welchen wir mittelbar beitragen durch die Auslagen, mit denen Handel, Fabriken, Gewerbe, fremde und einheimische Waaren belastet sind. Die letzteren sind im allgemeinen viel einträglicher für den Staat als die directen Steuern, aber sie steigen und fallen, je nachdem das Leben in Handel und Wandel mehr oder weniger lebhaft ist. Wenn nun solche Zeiten über das Land kommen, wie die nach unserer Revolution, wo keiner mehr weiß, was Rechtens ist und jeder befürchten muß, man werde bald Greis zu! spielen und männiglich das nehmen, was er abreißen kann, stecken die, welche Geld haben, die Köpfe zusammen und suchen ihre Gold- und Silber-Schätschen in's Trockene zu bringen. Mein Nachbar, der Bauer, kauft sich je nach Bedürfniß ein oder zwei eiserne Töpfe und vergräbt seinen Schatz im Garten unter dem Birnbaum, wo die Sträucher am dichtesten stehen; — mein Nachbar, der Gutsbesitzer, kündigt dem Knecht in der Stadt sein Kapital auf, und schickt es, wo es viel ist, nach England in die Bank, oder wechselt es Gold um und legt es still bei sich nieder. Und so macht es jeder, in der Stadt und auf dem Lande, der Reiche der Arme — jeder sorgt für einen Nothpfennig.

Nun wißt Ihr alle aus eigener Erfahrung, ein wie wenig und unentbehrlich Ding für den Kleinsten wie für Größten der Credit, das Vertrauen ist. Wenn jeder

Geld verbirgt und keiner den Muth hat, seinem Nächsten zu helfen, so stockt das ganze Getriebe des bürgerlichen Verkehrs. Ich hab' Euch aber vorhin gezeigt, wie der Staat den größten Theil seiner Einnahmen aus denjenigen Abgaben bezieht, mit welchen er den Verkehr belastet; diese nehmen natürlich in demselben Verhältnisse ab, wie sich Handel und Wandel vermindern. So ist es denn auch geschehen, daß der Staatseinkünfte seit dem 18. März um viele, viele Millionen weniger geworden ist, während die Staatsausgaben in eben dem Grade wachsen mußten, wie die Versuche und Bestrebungen der linken Seite und der Demokraten fortäuerten, das Vertrauen im Lande zu erstickern und die Gesetzlosigkeit aufrecht zu erhalten.

Du drückst aber deine Kappe über das linke Auge, stemmst den Arm auf den Tisch und fährst mich unwirsch an: „Was schiert das alles mich? Ich hab' mein' Zins' und Abgaben allzeit richtig abgeführt!“

Sieh, Freund, das sprichst Du eben, wie Du es verziehest und vergiffest schier, daß Du seit dem 18. März in die Reihen der constitutionellen Staatsbürger eingetreten bist und dadurch einen Antheil an der Staatsverwaltung erlangtest, Du das Wahlgeschäft sei nur so zum Spaß vor sich gegangen und Deine guten Freunde, die Demokraten, haben Dir nur zur Kurzweil und Ergöhllichkeit die Ohren mit ihrem Geschwätz von Deiner Souveränität, Deinen Freiheiten und Errungenschaften gekitzelt? Ei, Lieber! die Wahlen waren keine Narrethei und kein Fastnachtschwank, und Du wirst so zu liegen kommen, wie Deine Vertreter Dich betten; — was sie schreiben, verpflichtest Du mit — dafür hast Du sie selbst gewählt; — was sie sprechen, dafür bist Du verbunden, und wenn sie durch ihren Unverstand, und leider auch durch ihre Bosheit und Rücksichtslosigkeit den Staat in heillosen Verwirrung halten, die Ausgaben vermehren, die Einnahmen vermindern, und durch die fortwährende Unruhe und Empörung im Lande, mit der sie liebäugelten, den Aufwand für Heer und Loß verdoppelt haben, so mußt Du dafür aufkommen. — Früher war das ein ander Ding; da hatten wir nichts dreinreden und König und Minister mußten sich so einrichten,



daß sie mit den üblichen Steuern und Zinsen gehörig aus-  
tamen. Jetzt darfst Du selbst mit in die Karten gucken und  
wählst zu diesem Behuf als Deine Bevollmächtigten und als  
Deine Vertreter, die Deputirten; was die brauen, das mußt  
du trinken; was die backen, das Brot mußt Du essen, und  
was sie vergenden, dafür mußt Du mit Haus und Hof, mit  
Acker und Vieh, mit Geld und Gelbeswerth aufkommen und  
einstehn. Deßhalb sieh' Du wohl zu bei Deiner Wahl und  
trau' den Nothbärten nicht allzusehr; ich fürcht', daß das  
Häselein, welches sie Dir verschafften, Dir ein theurer Braten  
wird! Bedenk' es wohl, daß jede Veränderung im Staate so  
viele Millionen kostet, als Du Hunderte brauchst, um in  
Deiner Wirthschaft diese oder jene Abstellung zu machen, und  
daß man nicht den Wagen zerschlägt und in den Ofen steckt,  
weil eine Radspeiche versaut ist. Dein Freund, der Franzos,  
war just so leichtgläubig wie Du und verwarf den Pflug,  
weil das Schareisen stumpf geworden war; es ist ihm aber  
schon lange garstig Leid geworden, und wenn Du wissen willst,  
warum? — so wird er Dir erzählen, daß er dreizehn Thaler  
Steuern zahlen muß, wo Du drei Thaler bezahlst. Aber  
laß' Dir nur Zeit, glaub' nur immer recht treuherzig den  
Worten jedes hergelaufenen Gesellen, wähle nur vor allem  
wieder so, wie das letzte Mal, und Du wirst den Franzosen  
bald überholt haben und dreißig Thaler zahlen, wo er drei-  
zehn zahlt! —

Wenn Du nun hieraus ersehen hast, daß Deine vorige  
Deputirten von der linken die Einnahmen des Staates auf  
eine unverantwortliche Weise zerrüttet haben und Dich somit  
in die Gefahr brachten, für die Zukunft höher besteuert  
werden, so ist dies doch noch nicht der größte Schaden,  
Dir aus ihrem schändlichen Gebahren erwuchs. Du bist es  
mit mir im Staatshaushalte gewesen; laß uns nun ein-  
mal in Deinem eigenen Hause nachsehen; wie sieht es da  
seit dem 18. März? —

Du warst ein wohlgeordneter Mann; man hat Dir  
Hypotheken gekündigt und es ist Dir trotz aller Mühe  
allem Laufen nicht möglich gewesen, das Geld wieder zu  
schaffen; — Du hast zwar einige Staatsschuldscheine  
Pfandbriefe zu liegen, mit denen Du vier Wochen vor um

glorreichen Revolution die Schuld hättest decken können, aber  
jetzt reichen sie nicht mehr aus, denn Du sollst fast zwanzig  
Thaler am Hundert verlieren; — Du möchtest schier Dein  
Grundstück verkaufen um nur der Quälereien ledig zu werden,  
obgleich es Deine Väter seit länger als hundert Jahren in  
Ehren besessen haben und ihre gute Nahrung darauf fanden —  
doch Dein Käufer thut Dir ein schimpflich Gebot und will Dir  
trotz der Freiheit und der breiten demokratischen Grundlagen  
nur zwei Dritttheile von dem geben, was Du früher bekommen  
konntest; — Du fällst also in die räuberischen Klauen der  
getauften und ungetauften Bucherer, die Saat auf dem Felde  
ist nicht mehr Dein, das Kalb in der Kuh, die Wolle auf  
den Schafen — Alles um Dich her ist im voraus verpfändet —  
Bauer, murre nicht! bedanke Dich bei Deinem Deputirten von  
der linken, Du hast ihn ja selbst gewählt! — Er war es  
der nicht müde wurde, die Zwietracht im Lande lebendig zu  
erhalten und das Vertrauen zu lähmen — er war es, der  
Dich mit Frau und Kind an den Rand des Verderbens  
führte und Dich in den Abgrund des Bürgerkrieges hinab-  
geführt hätte, wenn ihm die Stimme Deines Königs nicht  
in dem Augenblicke der höchsten Gefahr ein donnerndes Halt!

Doch ich übertreibe; soweit ist es noch nicht mit Dir  
gekommen: Habe nur Geduld, mein Freund; wähle noch ein-  
mal Deinen Herrn von der linken und was nicht ist, wird  
bald werden. Warum kommst Du so verdrüsslich aus der  
Stadt zurück und hängst den Rock an den Nagel ohne Gruß  
für Frau und Kind? — Die Getreidepreise gehen täglich  
herunter. — Du hast recht; es ist rein zum Davonlaufen.

Erst einen Wollmarkt, daß sich Gott erbarm', und nun  
im Winter Getreidepreise, daß man kaum dabei bestehen kann!  
— aber noch einmal, Bauer, murre nicht, und nimm den  
Hut ab vor Deinem Deputirten von der linken! er wird  
Dir halten, was er Dir vor seiner Wahl zusagte — wähle  
ihn nur wieder und er wird Dich befreien nicht allein von  
allem Zins und jeder Abgabe an König und Grundherrs,  
sondern auch von Haus und Hof, von Acker und Vieh —  
denn wer wird Zins von Dir heischen, wenn Du als heimath-  
loser Bettler durch das Land schweiffst und Dein bleiches Weiß



und Deine hungernden Kinder harrend hinter dem Zaune liegen, bis Du ihnen von dem thränenfeuchten Brote mittheilest, das Dir eine milde Hand reichte.

Aber ich übertreibe schon wieder; was hat Dein Depu- tirter von der Linken mit den fallenden Woll- und Korn- preisen zu thun! Gemach, mein Lieber, das will ich Dir sagen. Dein Nachbar will Dir den Falben verkaufen, auf den Du schon so lange ein Auge hattest; — der Preis ist gering, das Geld liegt bereit — warum zögerst Du noch? — Die Zeiten sind halt nicht darnach; Du könntest zwar ein gutes Pferd gebrauchen, Dir fehlt eins an der Zahl — doch Du behilfst Dich lieber. Du hast Recht — aber Dein Woll- käufer dachte gerade so und der Getraidehändler mag Deinen Weizen und Deine Gerste aus eben dem Grunde nicht, aus welchem Du den Falben nicht gekauft hast. Wo aber die Nachfrage aufhört, da weichen die Preise, und der Handel kann nicht eher wieder lebendig und zuverlässig werden, bis die Furcht aufhört und die Ordnung im Lande wieder her- gestellt ist, und gerade dem arbeitet Dein Vertreter von der Linken entgegen.

Du schaust mich von unten auf an, Bauer, und lächelst — sprich, was willst Du? Habe ich Thörichtes geredet? — Du schüttelst den Kopf und lächelst wieder. Soll ich Dir Dein Lächeln auslegen? — Du denkst in Deinem Sinn: reb' du nur immer zu, ich weiß doch, was ich weiß! Du bist auch Einer von den Bauernschindern und Zinshuhnfressern, den Rittergutsbesitzern, und hast Angst um deine Renten und Abgaben; aber unsere Freunde, die Demokraten, haben und darüber aufgeklärt, was es damit für eine Bewandnis hat; die Jagd haben sie uns schon freigemacht, und bringen wir sie nur wieder in die Kammer, so wird mit den Abgaben auch nicht viel Federlebens werden. Darnach mögen sie dann wieder hingehen, wo sie hergekommen sind! — Freilich sind die Zeiten wohl schlecht; ist man aber erst über den Esel, kommt man auch über den Schwanz, und wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Hierauf dien' ich Dir wieder mit einem Rechenexempel — paß auf, Freund! — Du hast ein Gut von hundert Morgen und davon zahlst Du jährlich 20 Thaler an Deinen Grund-

herrn, d. h. die Zinsen von 400 Thalern, wenn wir den Zinsfuß zu 5 Procent annehmen. Wie viel hast Du aber in diesem Jahre durch die unruhigen Zeiten eingebüßt? — ich schlage es gering an, es sollen nur 100 Thaler sein; es ist gewißlich beinahe das Doppelte. Du gewinnst also im nächsten Jahre, wenn Du selbst von all Deinen Abgaben frei würdest, nur noch 15 Thaler; denn Du mußt die 5 Thaler Zinsen, welche Du sonst von den verlorenen 100 Thalern Kapital gezogen hättest, das Du aber wegen der schlechten Zeiten weniger einnimmst, von den 20 Thalern Grundzinsen in Abrechnung bringen. Meinst Du nun, daß das Vertrauen und die Ruhe im Lande wachsen werden, wenn Du wiederum soviel Demoraten, als irgend möglich ist, in die neue Na- tional-Versammlung bringst? — Gewiß nicht — im Gegen- theil werden die Gemüther immer ängstlicher und somit die Zeiten immer schlechter werden; Deine Einnahmen werden sich also im nächsten Jahre nicht allein um 100 Thaler, sondern wahrscheinlich um 150 Thaler vermindern. Unser Königl. der aber ebensowenig ein bloßer Bauernkönig, wie ein Gutsbesitzerkönig ist, sondern jeden Stand im Lande mit gleicher Liebe umfaßt — wird die räuberischen Eingriffe in das Eigenthum der Gutsbesitzer bei der neuen Kammer eben- sowenig billigen, als er es bei der alten gethan hat, die Nationalversammlung wird von neuem aufgelöst werden, und das Spiel so lange fortbauern, bis weder Grundherr noch Bauer mehr einen Pfennig in der Tasche hat.

Hättest Du bei den vorigen Wahlen auf die Stimme Deiner wahren Freunde gehört, und Deine Ohren den Ein- bläsern der langbärtigen Judasse verschlossen — gewiß, mein Freund, Deine Sache und meine Sache ständen tau- sendmal besser. Wir Gutsbesitzer haben schon lange auf einen Vergleich mit Euch gesonnen und wartet Ihr uns nur auf halbem Wege und mit einigem Vertrauen entgegen- kommen, es wäre zu beiderseitigem Nutzen eine Verständ- 18. März die Aufhebung der Patrimonialgerichte, der Polizei- verwaltung, des Patronats über Kirche und Schule bean- trägt; — wir haben schon lange vor unserer Revolution um Errichtung von Landrentenbanken gebeten, bei welchen



Ihr die Dominalabgaben nach einem billigen Anschlage von Euren Grundstücken hättet ablösen können, und wir bieten noch heute die Hand dazu — schläget nur ein! — Das Abhängigkeitsverhältniß, in welchem Ihr zu uns standet, ist uns wahrhaftig gerade so und vielleicht noch mehr verhaßt, als Euch, und hätten sich die Demokraten nur nicht zwischen uns gedrängt und uns bei Euch verheßt, wir wären längst in Ordnung. Es gehört in der That eine so arge und verblendete Zeit dazu, als die unsrige ist, um Euch glauben zu machen, daß wir, die Kinder Eines Dorfes, die Glieder Einer Gemeinde, Nachbarn auf unsern Aedern und Tristen, geborne Feinde und Widersacher sein sollen! Fallen nicht dieselben Schlossen auf Deine Frucht, welche die meine zerschlagen? erquickt nicht derselbe Regen, der meine Fluren tränkt, auch Deine Saaten? Säen wir nicht in derselben Hoffnung und hanten wir nicht unter demselben Kirchdach Gott für die Frucht, die er uns bescheerte? Und wir, sonst in Freud' und Leid gleiche Brüder, sollen nun mit einem Male geschworne Gegner sein, weil ein paar Thaler Abgaben zwischen uns stehen? — Den Gedanken konnte Euch nur die ruchloseste Bosheit einflüstern, und wenn Ihr ihn noch im Herzen tragt, so schleudert ihn von Euch fort zu der Hölle hinab, die ihn Euch eingegeben hat — denn er ist eitel Teufelswerk und höllischer Trug! —

Ich will Dich zu Deinem eigenen Richter setzen — Du magst in Deiner eigenen Sache das Urtheil sprechen. Du hast Verpflichtungen von Deinen Vätern her übernommen oder übernimmst sie bei Erwerbung Deines Grundstückes; sie sind mit Deinem Vorwissen ins Hypothekenbuch eingetragen. Du erkanntest sie durch Deine Namensunterschrift an und hast sie bisher auch pflichtmäßig erfüllt. Nun kommt der Lotterbub, Dein Demokrat, und spricht Dir zu: „Ich will Dich von Deinen Lasten frei machen; komm' mir nur nahe durch Dick und Dünn, durch Recht und Unrecht.“ — Und Du reichst ihm die Hand und gehst mit ihm und treibst schöne Bündelei mit dem Abhub der Landstraßen, mit der Auswurf der Städte! Du verräthst Gott, Deinen König und Deinen ehrlichen Namen in Einem Athem! — denn der Götterfessel, an dessen Arm Du wandelst, hat das Beten schon längst

verlernt und der Name Gottes ist ihm ein leerer Klang; — er haßt Deinen König, weil er weiß, daß Der ein starker Träger der Gerechtigkeit ist; — er haßt Deinen ehrlichen Namen, weil er den seinen mit Schanden trägt! —

Und hättest Du am Ende nur noch wirklichen Vortheil von so unehrlicher Genossenschaft! — Glaubt es mir, liebe Freunde, Ihr treibt ein gefährlich Regelspiel, und werdet, wenn es zur Abrechnung kommt, eine theure Zeche bezahlen! Ihr möchtet den König schier mitten aus den Regeln herauswerfen und vergeßet, daß das gar ein seltener Wurf ist. Der König ist der Gutsherr; — Ihr Bauern und Rustikalen seid die Regel; — die Kugeln, mit denen gespielt wird, sind die Bosheit der Wähler, sind ihre Diebsgelüste nach fremdem Eigenthum; — werft nur zu, Freunde, — aber nehmt Euch in Acht, daß die Kugel, welche auf den Gutsherrn gemünzt ist, nicht auch die Bauern treffe und es ein „Alle Neune“ giebt, daß Euch die Haare zu Berge stehn! — Meint Ihr, es verbleibe in Eurer Macht, die Kugel aufzuhalten, wenn sie einmal im Rollen ist? — Liebe Freunde, täuschet Euch nicht — dann ist es zu spät. Erstlich kommen wir an die Reihe — dann geht es an Euch, Ihr Bauern und Rustikalen — hu! das wird ein lustig Regelspiel werden, wenn Euch die Kugeln um die Ohren sausen und das allgemeine Hasengreifen losbricht! — Die Sonnenbrüder von Stadt und Land, die Hungerer und Langerer mit den weiten Bettelsäcken ihnen, wie sie jetzt hinter Euch stehen — ich sag' Euch, das giebt einen herrlichen Betteltanz und die Melodie von ihrem „Heute mir, morgen Dir.“ wird euch in die Ohren gellen, daß Ihr sie Euer Lebtag nicht vergeßt! —

Was ich aber schon wieder spreche! — gerade als wären Ihr Räuber und Diebe, und seid doch ehrenhafte Männer, die nur ihr Recht wollen, wie König und Kammern es ver-

Liebe Freunde, es heißt im Vater Unser, in der sechsten Bitte: Führe uns nicht in Versuchung. Laßt Euch nicht in Versuchung führen, und wenn Euch die bösen Buben locken, so folget ihnen nicht. — Gehe in Dein Kämmerlein, Du schwärzer Bauersmann, und prüfe Dich vor dem Angesicht Dei-



nes Gottes, ob Du bei der letzten Wahl lediglich das Wohl Deines Vaterlandes und den Sieg der guten und gerechten Sache im Auge hattest, oder nicht, vor allem Deinen Gewinn und die unentgeltliche Aufhebung Deiner Lasten und Abgaben. Ich fürchte gar sehr, daß mancher unter Euch sich bei solcher Frage vor Dem, der in's Verborgene schaut, wird verstecken müssen; aber der Herr läßt sich nicht spotten und wenn er Dich haben will, wird er Dich schon zu finden wissen! —

Wir wollen einmal annehmen, Deine Demokraten hätten es wirklich durchgesetzt und Du wärest frei von allen Deinen Abgaben und Zinsen. Dein Grundherr ist dadurch zwar bankrott geworden und an den Bettelstab gekommen; aber was schiert das Dich? — Du hast das Gesetz nicht gemacht, Deine Deputirten von der Linken müssen es besser wissen, was Rechtens ist, als Du; Du bist ja nur ein einfältiger Bauersmann. So lebst Du herrlich und in Freuden, gleich dem reichen Mann im Evangelium, auf Deinem zinsfreien Gute. Doch eines Morgens, da Du gesund und munter vom Frühstückstisch aufstehst und die Flinte über die Schulter warfst, Dir einen Hasen zu erjagen, vernimmst Du beim Hinausgehen ein Geräusch im Stall. Der junge Fuchshengst wird sich losgemacht haben, oder der Stier zerbrach die Kette — Du mußt doch einmal nachsehn. Wie Du in den Stall trittst, schlägt Dich das Kößlein mit beiden Hinterfüßen vor die Brust, oder das Decklein quetscht Dich mit den Hörnern gegen die Wand, daß Dir Gesicht und Athem schwindet, und Du ins Haus getragen werden mußt, wie ein tochter Mann. Der Arzt wird herbeigeholt; — der greift Dir nach dem Puls und macht ein gar bedenklich Gesicht; — Du merkst, daß es mit Dir zu Rüste geht.

Lieber Freund, hast Du wohl schon von Leuten gehört, die Langelang im Lobekampf lagen und doch nicht sterben konnten, weil ihnen eine Last auf der Seele liegt, welche sie nicht mit sich in's Jenseit hinüber nehmen mögen? — Man steht es an ihrem ängstlichen Blick, an ihrem krampfhaften Zucken, daß sie nach Worten ringen, — aber der Herr hat ihnen die Sprache genommen und ihre Sünde geht ungebeichtet und unentsühnt mit ihnen in's Grab; — da hilft kein heilig Del, kein fromm Gebet, kein Wehlagen der Frau,

kein Jammern der Kinder — der Herr hat Dich gefunden, Du zinsfreier Mann, und Du mußt ihm stille halten! — Zu Füßen Deines Schmerzenlagers steht ein alter Mann, steht ein altes Mütterchen; — es sind Deine frommen Eltern, die du vor langer Zeit begrubest — sie winken Dir freundlich zu, sie möchten Dir das Weh des Abschiedes durch die Freude des Wiedersehens versüßen; — doch Du achtest ihrer nicht, Du starrest immer nur unbeweglich auf Einen Punkt hin; — sprich, wornach blickst Du, daß Du so wildest siehst und nicht gedenkst an Weib und Kind, die Du verlassen mußt? — Ich will es Euch sagen: das Gewissen steht vor ihm, das Gewissen, dem er sich so lange weigerte, dem er im Glücke so störrig Trotz bot — es steht da in der Gestalt seines vormaligen Gutsherrn, den er mit von Haus und Hof treiben half; — das Gespenst wächst mit der Angst des Sterbenden, es hält einen schweren Geldsack in den Händen, den es drohend gegen ihn erhebt und ihm endlich auf die Brust schleudert, daß es ihm dröhnend durch Mark und Bein fährt und er sich winnend auf dem Bette wälzt. Ach, wie gerne gäbe er jetzt Hab' und Gut hin, die Schreckgestalt von seinem Lager zu bannen; — wie wohl weiß er jetzt Recht von Unrecht zu unterscheiden — aber es ist zu spät. Fahre denn hin in Frieden; leicht sei Dir die Erde. Gott wird Dir Deine Sünden vergeben; — doch Ihr andern bedenket es wohl, bieweil es noch Zeit ist: ein rein Gewissen ist ein sanftes Sterbekissen!

Und wenn wir der Sache endlich noch näher zu Leibe gehn, sind es wohl die Dominial-Abgaben, die Euch so schwer bedrücken, daß Ihr schier mit dem Teufel einen Pakt machen müßt, um ihrer ledig zu werden? — Liebe Freunde und Landsleute, Gott weiß es, daß ich nicht aus Eigennutz also spreche — aber nach meiner innigsten Ueberzeugung und nach den Erfahrungen, die ich durch Beobachtung und in längerem Zusammenleben mit meinen Gutsgenossen gesammelt habe, ist es ganz wo anders, wo Euch der Schuh drückt. Ich glaube, es sind die Schul- und Credit-Verhältnisse, die Euch die meiste Noth machen — es ist die Unmöglichkeit, in der Ihr Euch oft befindet, das zum Betriebe Eurer Wirthschaften nöthige Geld zu beschaffen. Da sitzt der Krebs, der



fast überall an dem Wohlstande der Bauern fehlt und namentlich das Bestehen der kleineren Wirthe in Frage stellt. Die ist ein Capital gekündigt, für das Dein Grundstück mehr als hinreichende Sicherheit gewährt, und Du mußt, wenn Du nicht zufällig wohlhabende Freunde und Verwandte hast, die Dir helfen können, die unbilligsten Bedingungen eingehen, um das Geld zu bekommen. Da war auf meinem Gute z. B. ein kleiner Wirth, übrigens aber ein nüchterner und arbeitsamer Mann, mit dessen Verhältnissen ward es zusehends schlechter. Endlich kam er zu mir und ging mich um Hülfe an. Es waren ihm nun schon seit drei Jahren (so lange war er im Besiz der Stelle) alljährlich die ersten hundert Thaler Hypothek gekündigt worden, und er hatte seinem Gläubiger, einem Breslauer Tischler, der jetzt ein Hauptdemokrat sein soll, jedesmal baare 25 Thlr. zahlen müssen, damit er ihm das Geld noch ferner beließe. Der Mann hatte auf diese Weise, wenn wir die 5 Procent gesetzlicher Zinsen hinzurechnen, jährlich 30 Procent Zinsen bezahlen müssen. Und ich versichere Euch, das Geld stand goldsicher — ich hatte selbst vergeblich 500 Thaler für die Verfüzung geboten. — Solcher Fälle und ähnlicher Schindereien soll es leider viele geben.

Die nämliche Gewandniß hat es mit den kleinen Summen, derer Ihr mitunter zum eigentlichen Wirtschaftsbetriebe bedürft. Ihr möchtet ein Schwein oder eine Kuh kaufen und könntet augenblicklich gerade billig dazu kommen; aber Ihr habt das Geld just nicht baar liegen; — der Handel unterbleibt also und Ihr müßt dasselbe Stück in vierzehn Tagen theurer und schlechter kaufen, oder für 10 Thaler, die man Euch heute vorstreckt, nach einem Monat 12 Thaler wieder bezahlen, d. h. in andern Worten: aufs Jahr 240 Procent geben. Diesen Uebelständen nun muß und wird abgeholfen werden, und der Anlaß dazu ist wiederum von Euren Feinden, von den Bauernfressern, den Gutsbesitzern, ausgegangen, indem sie über Euren Anschluß an die bestehenden landwirthschaftlichen Creditvereine, beriethen. Aus denen könnt Ihr in Zukunft gegen billigen Zins und sichere Hypotheken Geld vorgestreckt erhalten, ohne daß Ihr der Gefahr einer Rückzahlung ausgesetzt seid. Desgleichen haben sie die Errichtung

von landwirthschaftlichen Banken in Angriff genommen, aus denen Ihr gegen ein Unterspand und einen Zins von 5 bis 6 Procent Vorschüsse entnehmen könnt; — diese werden Euch dann um die Kleinigkeit von 234 bis 235 Procent wohlfeiler zu stehen kommen, als früher.

Damit aber diese Vorschläge nicht bloß gute Vorsätze bleiben, sondern fruchtbringend und ausführbar werden, müssen erst wieder Ruhe und Ordnung im Lande sein, müssen die demokratischen und republikanischen Wühlereien aufhören, müßt Ihr das unselige Mißtrauen von Euch werfen und nicht mehr Leute zu Wahlmännern und Deputirten wählen, die Euch zu Munde reden und mit Versprechungen locken, die sie nicht halten können — sondern Männer, die es Euch durch ihr ganzes Leben, Wirken und Sein, die es Euch durch die That bewiesen haben, daß sie ein fühlendes, ein menschenfreundliches Herz in der Brust tragen!

Wo sind aber solche Männer zu finden? — Liebe Landleute, in allen Klassen und Ständen — Ihr müßt sie nur aufsuchen; — denn es ist leider wahr, das Laster, die Eignenucht, die Unwissenheit drängen sich überall vor, machen sich breit und reißen das Mantel auf, während die Rechtlichkeit, die Nächstenliebe und gründliches Wissen sich stille zu Hause halten und eher verbergen, als vor den Leuten glänzen mögen. Aber noch einmal: suchet nur und Ihr werdet finden, klopft nur an und es wird Euch aufgethan werden.

Es ist im Wahlgesetz mit weiser Fürsicht angeordnet, daß Ihr nicht unmittelbar Eure Vertreter, sondern nur Wahlmänner zu ernennen habt, welche dann erst unter einander über die Wahl des Deputirten bestimmen. Durch diese Einrichtung ist Euch meines Erachtens der richtige Fingerzeig gegeben worden. Unser König, der allen Lügen der Demokraten zum Trost, den Zustand des Landes sehr wohl kennt, beabsichtigte durch die Schöpfung der Wahlmänner Euch die Aufgabe zu erleichtern und auch dem Ungelehrtesten unter uns das Mittel an die Hand zu geben, nach bestem Wissen und Gewissen zum Gedeihen wahrer Freiheit beizutragen. Es wäre für viele unter uns ein schweres, ja ein unmögliches Geschäft, einen Deputirten, d. h. den Mann



herauszufinden, der neben der erforderlichen politischen Bildung auch die ganze und volle sittliche Hingebung besitzt, nicht rechts und nicht links zu schauen, sondern allein die Sache und das Wohl des Staates im Auge zu behalten. Unser König sah voraus, daß Ihr bei einer solchen Wahl dem Zufall, den glatten Worten und den verführerischen Tügen der Wähler, kurz jeder schädlichen und schändlichen Einwirkung überlassen bliebet, und daß Ihr Ihm somit nicht Vertreter, sondern Verräther nach Berlin schicken würdet.

Ganz etwas Anderes ist es aber mit der Wahl eines Wahlmannes; dazu ist jeder von Euch hinreichend befähigt, und wenn man nach den vorigen Wahlen beinahe auch das Gegentheil glauben sollte, so lag das doch weniger an der Einrichtung als an Eurer Unerfahrenheit und — nehmt mir das Wort nicht übel — an dem Leichtsinne, mit welchem Ihr alles glaubtet, was Euch jeder Straßenläufer und Streichhube auf die Nase band. Den Kreis, in welchem Ihr Euch bei dem Aussuchen des Wahlmanns zu bewegen habt, übersieht Ihr vollständig, — es ist der Kreis Eurer Gemeinde, ein Kreis von Männern, deren Leben und Wirken Ihr kennt, deren Gesinnung Ihr nach ihren Thaten beurtheilen könnt. Wenn jeder von uns nur ernstlich will, so muß im ganzen Lande auch nicht ein unrechter Wahlmann ernannt werden, folgt nur, wie ich Euch gleich anfangs sagte, Eurer gesunden Vernunft und der Stimme Eures Gewissens, und gebt keiner bösen Einflüsterung Gehör.

Daß Euer Wahlmann unsträflichen Wandels sein muß, versteht sich von selbst; aus einem unreinen Gefäß, und wäre es von lauter Gold, könnt Ihr keinen klaren Wein schöpfen. Der Mann, welcher in der Gemeinde in Zucht und Gottesfurcht voran geht, der ein Beschützer der Wittwen und Waisen, ein Wohltäter der Armen, ein Helfer aus der Noth, ein geordneter Haushalter, ein liebender Ehegatte und ein guter Vater ist — den nehmt, der sei Euer Wahlmann, und fragt nicht viel darnach, ob er Gutsherr oder Bauer, reich oder arm, geistlich oder weltlich sei!

Ist er der Gutsherr — um so besser. Er wird dann außer den obengenannten Vorzügen wahrscheinlich noch einen

größern Grad von politischer Umsicht besitzen und dadurch besonders geschickt sein, zur Wahl des rechten Deputirten mitzuwirken. War er aber schon früher Euer Freund, wie sollte er da diesen neuen Beweis Eures Vertrauens so mißbrauchen und nicht alle seine Kräfte aufbieten, um für Euer Wohl, das Ihr in seine Hand legtet, nach bester Ueberzeugung zu sorgen.

Ist er Euer Pfarrer — wäre es seit den wenigen Monaten, die zwischen heute und dem 18. März liegen, so ganz anders geworden in unserem Preußenlande, und der Pfarrer nicht mehr der Vertrauensmann und der natürliche Rathgeber der Gemeinde? — Mögt Ihr wirklich zu Eurem Wahlmann nicht mehr den Mann, der Euch traute, Eure Kinder taufte, Eure Eltern begrub, weil die Schelmen von der Landstraße wider ihn lästerten, wie sie gegen Gott und König lästern und alles aus Eurem Herzen reißen wollen, was Euch bisher für heilig galt und theuer war? —

Oder er sei ein Bauer, ein Kossäte, ein Tagearbeiter! — nehmt sie, Ihr Freunde, wenn sie nur Ehrenmänner sind und ihr Blick so weit trägt, daß er Eure falschen Freunde von Euren wahren Freunden unterscheidet. Ich wiederhole es Euch noch einmal, das Amt des Wahlmanns erheischt keine besondere politische Bildung; wo sie mit demselben verbunden sein kann, da ist es gut, weil sie eine größere Bürgschaft für die richtige Beurtheilung des geeigneten Deputirten giebt; — aber ein biederer Charakter, eine unbeugsame Rechtlichkeit, ein helles Auge und ein klarer Blick ist Alles, was Noth thut, und die Einfalt findet oft das Rechte, wo hochmüthige Klugheit und Selbstüberhebung auf falscher Fährte abirren.

Jetzt wende ich meine Ansprache an Euch, Ihr Wahlmänner, die Ihr durch das ehrende Vertrauen Eurer Gemeinden zu einem eben so wichtigen als schweren Amte berufen seid. Erfasset Eure Aufgabe mit Gottesfurcht, erfüllet sie ohne Menschenfurcht! Vergesst Euer selbst und gedentet allein der Sache! Es ist viel in Eure Hand gegeben und Mit- und Nachwelt werden Rechenschaft von Euch fordern über



Eure Treue — sorgt, daß Ihr am Tage des Gerichtes vor Gott, vor dem Volke, vor Eurem eignen Gewissen bestehen könnt!

Wählet zu Eurem Deputirten keinen zweideutigen Mann; — Hüthet Euch vor den Doppelzüngigen, wahr! Euch vor denen, die nicht warm und nicht kalt sind. Schwierige Zeiten — und das sind die unsrigen wahrhaftig! — erfordern ganze Männer, Männer, die wissen, was sie wollen, und die für ihre Zwecke die richtigen Mittel zu finden verstehen; niemand kann sich auf ein schwankes Rohr stützen, und wer mit jedem Winde segelt, wird nie ein bestimmtes Ziel erreichen. Ihr wollt ein freisinniges Regiment; macht denn, daß es stark wird und es wird frei sein; — nur der Schwache wandelt auf Schleichwegen und sieht sich überall nach Hinterhalten um. Wahrlich, die Mantelträger und Achselzucker, die unseligen Halben, haben in den letzten sieben Monaten mehr Schaden gestiftet, als die Demokraten und Republikaner zusammen; sie waren es, die den Boden urbar machten und lockerten, in welchen diese ihre unheilvolle Saat ausstreuten.

Wählt keinen, dessen bürgerliches Leben befleckt ist, oder dessen Vermögens-Umstände zertrümmet sind. Solche Leute werden nie das allgemeine Wohl im Auge behalten, sondern immerdar nur an ihren eignen Nutzen denken und Partheiung stiften, damit sie entweder durch ein ehrenvolles Amt den Makel, der ihnen anhaftet, verdecken, oder durch eine einträgliche Staatsbedienungs ihre Geldverhältnisse wiederherstellen. Es giebt zwar Ausnahmen, sie sind aber selten, und der gewissenhafte Wahlmann wird sich durch die blendenden Vorzüge und die einnehmende Form, welche diesen Männern oft eigenthümlich sind, nicht hintergehen lassen.

Keiner von den Deputirten, die am 15. November für die Steuerverweigerung stimmten, entweihe die neu zu erwählende Versammlung. Ich will zwar zur Ehre dieser Bethörten annehmen, daß ein großer Theil von ihnen nicht wußte, was er that; ich kann nicht glauben, daß mancher bis dahin unbescholtene Mann mit Vorbedacht die Gräuel des Bürgerkrieges, des Brudermordes, die Erweckung aller schlimmen und nichtswürdigen

Leidenschaften über unser armes Vaterland heraufbeschwören wollte; — man müßte selbst ein Niederträchtiger sein, um einen solchen Grad von Niederträchtigkeit bei seinem Nächsten vorauszusetzen! — Die Unerfahrenheit unsrer politischen Gründlinge, ein gewisser bornirter Stolz, den sie für Unabhängigkeitsinn und Freiheitsgefühl nahmen, eine große Selbstüberschätzung ihres werthen Ich's, die vielen kleinen republikanischen und demokratischen Bosheitsgelüste, mit welchen die gährende Zeit ihre unreifen Köpfe geschwängert hatte, das Bewußtsein der hohen Bedeutsamkeit, mit welcher der souveraine Straßenpöbel von Berlin ihre Versuche, den Staat zu verwirren, in Schutz nahm, veranlaßten sie, noch über die Nachäffung des französischen Blutconvents hinauszugehen und ihre ganze sittliche und politische Eigenthümlichkeit zu offenbaren, indem sie die Steuerverweigerung decretirten. Wenn wir aber selbst diesen mildesten Maßstab anlegen, so tangen doch Männer, welche so wenig moralische Haltung, so wenig politische Einsicht und Selbstbeherrschung gezeigt haben, ein für alle Male nicht mehr zu Volksvertretern. Nehmt nur an, das Land war eben so unrelig als seine Abgeordneten, und hätte diesen Beschlüssen Folge gegeben, was wäre dann geschehen? — Die Regierung mußte die Steuern gewaltsam eintreiben, und um dies mit Nachdruck zu können, das Heer so sehr als möglich vermehren; der Bürgerkrieg wäre losgebrochen, Handel und Wandel hätten vollends aufgehört; die Einnahmen des Staates verminderten sich in demselben Grade, wie die Ausgaben anwuchsen.

Um ihre Bedürfnisse zu decken, mußte die Regierung Anleihen machen und wie es in solchen Verhältnissen natürlich ist, auf die aller unvortheilhaftesten Bedingungen eingehn, vielleicht 100 Thaler verschreiben, wo sie nur 40—50 Thaler empfing. Und endlich siegte der König — aber welch ein Sieg! — das Land zerrüttet, der Wohlstand zerstört, die Menschheit verwildert, das Gesetz außer Achtung, die Staatsschuld verdoppelt, und wo man nicht mehr im Stande war, die einfachen Steuern zu berichtigen, mußten sie zweifach erhöht werden! — Oder die National-Versammlung gewann das Spiel; — so wäre unsre Lage noch schrecklicher gewesen; — zu den Uebeln, welche ich eben aufzählte, wären dann noch



die Herrschaft der niedrigsten Volkshese, Gottesleugnung, die Störung jeden Bestandes, Verfolgung und Mord aller Rechtlichen, Vertreibung eines Königshauses, dem Preußen allein seine Größe verdankt, die Sinnfischung fremder Mächte und namentlich die Unterjochung und Theilung unseres Vaterlandes durch den Franzosen, dem es schon längst nach dem Rhein gelüftet, und durch den Russen, der gar gerne Ordnung bei uns machen würde, hinzugetreten. Aber Gott sei Dank und Dank dem gefunden Sinne des Volks, daß es in der Treue beharrte! — Das Geschrei dieser Frösche aus dem Sumpfe unserer National-Versammlung, welche sich, wie in der Fabel, zu Ochsen aufblähen wollten, aber zerplatzten, ehe sie zum Ziele kamen, verhallte wirkungslos — Ihr brandmarktet sie mit gebührender Verachtung als Verräther an Gott, an dem Könige und der Freiheit! — Damit Ihr aber die Namen dieser vatermörderischen Rotte nicht vergesst und auf daß sie Euch nicht täuschen möge, hänge ich ihre zerborstenen Felle vor Euren Augen auf, damit Ihr sie schon aus der Ferne an ihrem verwesenden Geruche erkennen und Euch vor jeder unliebsamen Annäherung wahren könnt.

In der Versammlung vom 15. Nov. 1848, in welcher die Verwelgerung der Steuern beschlossen wurde, waren folgende Deputirte anwesend: Anwandter, Appelt, Arnold, Arnz, Albrecht, Bading, Ballnusz, Balzer, Bauer-Odenau, Bauer-Krotoschin, Bauer-Billfallen, Bazynski, Beck, Behnisch, Berends, v. Berg, Beck, Bergmann, v. Besser, Bliessner, Borchardt, Bormann, Born, Bothmer, Brill, v. Brodowski, Bucher, Burkhardt, Becker, Brehmer, v. Bruckhausen, Conditt, Cieskowski, Dehnell, D'Ester, Dierschke, Dittrich, Doerk, Dramburg, Ebel, Eichner, Elkmann, Elsner, Rees v. Esenbeck, Euler, Seyerabend, Friedrich-Neustadt, Friedrich-Landsberg, Funke, Gierke, Gladbach, Gottlieb, Grün, Grebel, Guittienne, Haber, Hänel, Hansen, Hausmann-Glatz, Hausmann-Hoyerswerda, Heißig, Herrmann, Hesse, Herne, Hildenbagen, Hofferichter, Huld, Hoyoll, Jacoby, Jentsch, Jgel, Jung-Berlin, Jung-Fraustadt, Junker, Jwand, Kabus, Kämpf, Kaul, Keiffenheim, Kielemann, v. Kirchmann, Kittelmann, Klatte, Klemm, Klingenberg, Klink-

hammer, Knauth, Kneip, Köhler-Marienwerder, Köhler-Görlich, Körsgen, Kosch, Kracktrügge, v. Kraszewski, Krause, Krüger, Kühnemann, Kuhr, Kunz, Kuhner, Larasch, Lapwiz, Lens, Eigendza, v. Lipski, v. Lisefski, Lohff, Lüdicke, Ludwig, Maager, Maasch, Mann, Mäke, Matthaei, Mesrich, Möwes, Mildner, Moldenhauer, Moris, Mros, Mühlens, Müller-Brieg, Müller-Sieg, Müller-Wohlan, Müller-Lübben, Müller-Zell, Nienstil, Nethe, Nettmann, Nickel, Neuhaus, Otto, Paap, Packeiser, Pankow, Parrisius, Par, Peterck, Peters, Phillips, Piegsa, Pilet, Pinoff, Plath, Plönnis, v. Potworoski, Quandt, Kaensch, Rahn, Rassauf, Rehme, Gf. Reichenbach, Reinige, Reimcke, Repell, Reuter, Richter-Berent, Riedel-Pyris, Riehl, Rodbertus, Röscher, Rüdiger, Schaffranek, Scheden, Schell, Schmidt-Garnikau, Schmidt-Landsbut, Schmidt-Gilau, Schneider, Schön-Plesch, Schöne, Scholz, Schornbaum, Schramm-Striegan, Schramm-Langenfalka, Schulz, Schulze-Minden, Schulze-Delitsch, Schulze-Schweg, Schulze-Wansleben, Schulze-Friedeberg, Schwickerath, Siebert, Stiba, Sohrweide, Specht, Spikel, Stalling, Steffanowicz, Steimmig, Stein, Strybel, Summann, Schwieger, Schlitz, Seidel, Taczanowski, Taczaraki, Teichmann, Temme, Teske, Thim, Thümmel, Töbe, Treiber, Uhlich, v. Unruh, Differs, Voigt, Wachsmuth, Waldeck, v. Wangenheim, Wegener, Weichsel, Willenberg, Witt, Woeniger, Wollheim, Zenker, Ziegler, Zimmermann, Zoltowski, Zorn.

Hütet Euch vor denen, die viel versprechen; sie werden wenig halten. Es ist ein alter Satz, daß die, welche mit dem Maule zumeist vorweg sind, in der Regel mit Hand und Fuß nachhinken. Liebe Freunde, nachgrade sehen wir es wohl alle ein, daß die Zeit wahrhaftig nicht darnach ist, uns mit goldenem Regen zu tränken, wir wollen froh sein, wenn auf keinem Regen das Feuer ausläßt. Wo also ein Mann vor Euch austritt und spricht: „Mitbrüder, es ist gar vieles verdorben und aus dem Schlafe gekommen, das wieder eingereut werden muß. Wollt Ihr geduldig sein und sein abwarten, so will ich mich aufmachen und den Versuch wagen, das Böse in Gutes, Unfrieden



Verträglichkeit, Unheil in Heil zu verkehren. Das ist aber ein schwieriges Unterfangen und Ihr müßt mir hier zu Hause dabei helfen; denn wenn Ihr in unserm Rücken verwirrt, was wir mühsam und mit beider Hände Arbeit entwirren, so bleibt halt alles auf dem alten faulen Fleck!" — dem Manne schenkt Euer Vertrauen, er wird es nicht missbrauchen. Kommt aber ein anderer und schreit Euch an: „Hochgeehrte Wahlmänner, was auch einer bieten mag, ich halte immer den doppelten Saß; wo mein Vordermann Silber sagte, da sage ich Gold; und wo er König ausspielt, da steche ich mit Trumpf!" — auf den gebet nicht Acht; er täuscht sich entweder selbst, oder will Euch betrügen.

Wählet ohne Vorurtheil und forget, daß Männer aus allen Ständen in der neuen Kammer sitzen mögen. Es ist ein Vorwurf, den man der constitutionellen Verfassungsart der ständischen gegenüber mit Recht macht, daß sie mehr die Interessen der Parteien, als das wirkliche Wohl der Stände vertritt. Deshalb müßt Ihr es Euch doppelt angelegen sein lassen, durch eine besonnene Wahl diesen Fehler thöricht zu beseitigen und Männer aus allen Schichten des Volkes in die neuen Kammern zu bringen: je mehr alle Stände in denselben vertreten sind, je mehr sich die verschiedenen Ansichten und Interessen gegenseitig das Gleichgewicht halten, um so eher und leichter wird das große Werk der Einigung und der Verständigung vor sich gehen. Erwäget, daß die Gesetze, welche von den Kammern dem Könige zur Bestätigung vorgeschlagen werden, für das ganze Land verbindlich sein sollen, und daß es für die Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens jedenfalls sehr bedenklich ist, wenn sich einzelne Klassen von Staatsbürgern von dem Aufbau der neuen Verfassung gänzlich ausgeschlossen sehen. So war es mit der vorigen Versammlung; sie war vom Mißtrauen gezeugt und mußte deshalb auch Haß und Unfrieden zur Welt bringen. Es fehlte überall an Männern, welche die einzelnen Fragen auf den praktischen und richtigen Standpunkt stellen konnten, und wo man die Ruhe an den Hörnern packen mußte, da zerrte man sie beim Schwanz; so war es denn kein Wunder, daß nichts Geschicktes zu Stande kam und sich unnütze Schwäzer und boshafte

Ruhestörer immer mehr der Versammlung bemächtigten; denn wo keiner zuletzt recht mehr weiß, was er will und vernünftiger Weise wollen darf, da überrennen sich Wünsche und Leidenschaften und zertreten die keimenden Saaten, ehe sie zur Reife kommen.

Wie ist es aber möglich, daß sich alle Wahlmänner des ganzen Landes im Voraus darüber verständigen, wie sie Männer aus allen Ständen in die Kammer bringen? — Eine solche Verständigung kann freilich nicht erfolgen; aber forscht nur überall gerichtlich und ohne Vorurtheil nach den Würdigsten; sie sind durch alle Klassen und Lebenskreise ziemlich gleichmäßig vertheilt; — und es wird sich auch ohne vorherige Verabredung von selbst eine Ausgleichung finden. Hier ist es ein Beamter; — schließt ihn nicht aus, weil er dem Staate dient; die Rechtschaffenheit der Preussischen Beamten ist überall zum Sprichwort geworden; Frankreich und England beneiden uns um unsre ausgezeichnete Verwaltung, und nur im eignen Lande will man sie nicht anerkennen, weil hin und wieder auch bei uns Mißbräuche und Uebelstände vorkommen mögen; — ist es aber nicht ungerecht und thöricht zugleich, deshalb einen ganzen Stand anzuklagen? — Eine gewisse Anzahl von Beamten ist außerdem zu einer gedeihlichen Wirksamkeit der Kammern unerlässlich; — sie können über manche Verwaltungsfragen nicht allein die beste Auskunft geben, und die Aussagen der Minister berichtigen und bestätigen, sondern sie sind auch die sichersten Bürgen für einen beschleunigten Geschäftsgang. Es kommt in den Kammern nicht selten und daß unsre Beamten das aus dem Grunde verneinen, das wagen selbst ihre Verleumder, die Demokraten, nicht zu leugnen. Ich kann z. B. ein gar geschickter und für das Wohl des Landes innig begeisterter Mann sein, aber ich verhehe nichts vom Geschäftsgang, mir fehlen die Handgriffe; ehe ich die erlernen kann, ist der Beamte bereits mit der ganzen Sache fertig, weil ihm die Form keine Schwierigkeit macht. Ihr seid es also nicht allein ihnen, sondern Eurem eigenen wohlverstandenen Vortheil schuldig, daß Ihr sie in die Kammer bringt; je rascher die Arbeiten gefördert werden, um so eher wird das Vertrauen hergestellt und um so weit-



ger Geld kosten die Tagelöhner den Steuerpflichtigen. Was von den Verwaltungsbeamten gilt, kann im allgemeinen auch vom Stande der Richter und der Justizkommissarien gesagt werden; sie sind größtentheils der Rede mächtig, tüchtige Arbeiter und klare Köpfe. Seid aber bei der Auswahl behutsam, daß Ihr nicht auf Rabulisten und Instanzenverschlepper stoßt; die Gewohnheit wird leicht zur Leidenschaft — das wißt Ihr wohl aus eigener Erfahrung an den Processen, die sich wie ein Wandwurm durch Euer ganzes Leben ziehn. Wo so ein kniffliger Kopf ein Gesetz macht, da läßt er sich auch gleichzeitig einen Ausweg durch die Hinterthür offen. Seid also vorsichtig und seht zu, daß ihrer nicht zu viele werden.

In einem andern Bezirke sei es ein Militair; — liebe Freunde, vergesst vor allem des Heeres nicht; — nicht der ganze Staat zusammengebrochen und wir nicht rettungslos einem wüthenden Pöbel in die erbarmungslosen Hände gefallen sind, verdanken wir allein unserer tapferen und getreuen Armee; — gewähret ihr deshalb recht zahlreiche Ehrenpläne in unserer Versammlung, und stellet dadurch die neue Verfassung unter den Schutz ihres starken, kraftvollen Armes; es wäre schlecht mit unseren Freiheiten bestellt, sie würden alsbald inneren und äußeren Feinden unterliegen, wenn das Heer mit Mißtrauen oder gar mit Widerwillen aufnahm. Fürchtet nicht, daß der soldatische Geist und die Gewohnheit des Gehorchens die Gemüther der Offiziere den Anforderungen der Freiheit entfremdet hat; sie sind Soldaten, aber nur wahrer Freiheit entfremdet hat; sie sind gehorsam, aber nur dem Feinde gegenüber — sie sind gehorsam, aber nur Gebote der Ehre; ein wahrhaft tapferer Mann ist allem nach auch ein unabhängiger Mann, denn er kann keine Befehle hegen nach oben oder nach unten; — erinnert Euch, noch vor wenigen Wochen die Deputiertenkammer der preussischen Republik die Einführung der preussischen Verfassung auf den Antrag eines sehr liberalen Staatsmannes verworfen, weil sie allzu demokratisch sei. Es gilt eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen und gleichzeitig eigenen Nutzen zu dienen; laßt also die Gelegenheit vorübergehen.

Vom Wehrstande komme ich auf den Lehrstand. Gott, indem Ihr seine Diener ehrt; ehret in den

und Erziehern eurer Kinder diejenigen Männer, welche auch in Euren Herzen die Keime des Guten erwecken, befestigen und verwahren. Die Stellung des Geistlichen bringt ihn in vielfache Berührung mit allen Ständen; er weiß um manche Thräne, die im Verborgenen geweint wird; er kennt die Schäden, welche am geistigen und irdischen Leben der Nation fressen; oft vermag auch ein versöhnliches Wort des Friedens die von politischer Leidenschaft erhitzten Gemüther zu besänftigen und der Fragen, welche die Diener der Kirche und Schule unmittelbar berühren, werden viele vorkommen.

Ihr Wahlmänner aus dem Stande der Bauern, vergesst Eure Stimme nicht einem befähigten Vertreter, weil er ein Rittergutsbesitzer ist; — Ihr Wahlmänner aus dem Stande der Gutsbesitzer, vergesst nicht, wie viel Ihr unter dem Mißtrauen des Landvolkes gelitten habt und beweiset es durch die That, wie grundlos der Argwohn war, welcher sich gegen Euch erhob, indem Ihr ohn' Ansehen der Person wählte. Laßt uns Hand in Hand gehn und die ländlichen Verhältnisse werden sich ohne Schwierigkeit ordnen.

Gedenket des Königes; kein Mann überschreite die Schwelle der neuen Versammlung, der nicht mit dem ganzen Herzen zu Ihm steht. Laßt uns wieder gut machen, Ihr Herren vom Lande, was die Städte gegen Ihn fehlten; laßt die Antwort in Euren Herzen und verwahrt sie fest, es vor wenig Tagen einer Breslauer Deputation gab es heißt: „Was mich nächst Gottes Beistand die Treue meines lieben Landvolks. Ja, meine ganze Zeit hindurch gestärkt und getröstet hat, das ist wie in Pommern — in Preußen, wie auch in den andern Theile Schlesiens, vorzüglich aber in Westfalen und am Rhein hat sich in dem Landvolke ein trefflicher Sinn bewährt und haben die braven Bauern den Wühlereien widerstanden.“

Es werden viele unter Euch sein, die sich jener Zeit noch erinnern, in welcher unser hochseliger König Euch von euren Lehnsträgern zu freien Eigenthümern umschuf, die die Hürden der Obrigkeit von Euch nahm, durch die Ablösung der Lasten der Bauern und Rustikalen erleichterte; —



wir alle erinnern uns der Sorge, welche unser jetziger König vom ersten Augenblick Seiner Regierung an auf das Wohl des platten Landes verwandt hat; Er wollte die leichte Bürde, welche noch auf Euren Schultern liegt, durch die Errichtung der Landrenten-Banken vermindern und ließ durch Seine Minister eine hierauf bezügliche Denkschrift dem Vereinigten Landtage vorlegen, welche dieser leider nicht annahm; — Er versuchte durch das vielfach angefeindete und mißverständene Gesetz über die Bäuerliche Erbfolge, welches dem Sohne gewisse Vortheile bei Uebnahme der väterlichen Besizung zusicherte, das Eingehen und den Verkauf von Bauerngütern zu verhindern und den kleineren Wirth gegen die Vergrößerungsgelüste der großen Grundbesizer zu schützen; — und wenn Er gleich in den Städten leben mußte, so ging Er doch im Herzen mit dem Bauer zu Tisch und Seine Seele sorgte Sich um das tägliche Brod des Arbeiters. — Versuchet nun so große Wohlthaten, wie die sind, welche ich Euch eben aufzählte, nach bestem Vermögen zu vergelten und wählet keinen Mann zum Abgeordneten, dessen treuer Anhänglichkeit an Euren Herrn und König Ihr nicht gewiß seid! — Trotz der dankenden Erwähnung, welche unser König dem guten Sinne des Landvolkes schenkte, sind doch aus unserer Mitte viele der allerböswilligsten Deputirten hervorgegangen. Die Provinz Preußen schickte Ballnuff, Bauer, Benck, v. Besser, Conditt, Klemm, Klingenberg, Knauth, Köhler, Kuhr, Packeiser, Philipps, Reuter, Richter, Schmidt, Schulze, Specht, Temme, Witt. Aus Brandenburg gingen Anwandter, Arnold, Bading, Born, Kämpff, Klatte, Krüger, Kunz, Maas, Müller, Rahn, Reinecke, Riel, Schulz, Siebert, Spigel, Wachsmuth hervor. Das königlich gesünzte Pommern entsandte Männer wie Bliesner, Bucher, Dehnell, Gierke, Gottlieb, Jensch, Lohff, Maager, Moldenhauer, Panckow, Plath, Quandt, Repell, Riebe, Riedel, Rodbertus, Tebke, v. Wangenheim. Von den Sachsen erwähne ich Balzer, Bergmann, Bormann, Burckhardt, Dörk, Zildenhagen, Krackrügge, Ludwig, Moritz, Nerhe, Parisius, Peters, Pilet, Rötcher, Schramm, Schulze-Delinsch, Schulze-Wanzleben, Thümmel, Treiber, Ublisch, v. Unruh

Weichsel. Posen und Schlessien laßt mich übergehen; sie vergaßen der Anhänglichkeit an unseren König so sehr, wie das getreue und biedere Westphalen seines alten Ruhmes eingebent war; von allen Deputirten, die es erwählte, waren allein Funke von Hagen und Vogelsang von Lübbingshausen unter den Widersachern des Königs. Eine fast ebenso treue Gesinnung wie Westphalen bewies der Rhein; eine Ausnahme machten nur Arnz, Bauer, v. Berg, D'Ester, Euler, Gladbach, Grebel, Guittienne, Hansen, Herrmann, die beiden Jesse, Kaul, Körsgen, Müllerling, Schornbaum, und Schwikerath.

Liebe Freunde, soviel Namen ich hier nannte, soviel Beleidigungen und Kränkungen habt Ihr dem Könige bereitet, soviel Unrecht habt Ihr bei den nächsten Wahlen wieder gut zu machen! Alle diese Männer stimmten dafür, dem Könige die Krone, welche Seine Väter von Gottes Gnaden trugen, und durch Gottes Gnade auf Ihn vererbt, von der Stirn zu reißen, und an ihrer statt auf Sein gesalbtes Haupt ein elendes Partheienwerk, ein jämmerliches Lügengespinnt von demokratischem Kackergold und republikanischer Scheinslitter zu drücken! — Liebe Freunde, gebet Acht, daß die ächten Steine der Treue, des Glaubens, der Zucht und der Sitte nicht von ruchloser Hand aus der Krone unserer Könige entwendet werden mögen, und die Lüge der Zeit Euch nicht jenes falsche Teufelsgold der Volkssouverainität in die arglosen Hände spielt, dessen gleichendes Prangen war auf kurze Zeit das Auge besticht, das aber seinem innersten Wesen nach nichts anderes kann und will, als das Volk verblenden, betrügen und an den Rand des Verderbens führen, zu Nutzen einiger Ehrgeiziger und Sinnloser, die an nichts gedenken als an den eigenen Vortheil, die nichts zu verlieren haben als ein Dasein voll Schande, deren gottloses Herz kein anderes Gefühl mehr kennt, als die Lust an der Zwietracht und die Freude am Zerstören. — Liebe Landsleute, traget eifrig Sorge, daß sich die Schaalen göttlichen Zorns nicht über uns ergießen mögen, und Gottes Gnade, die jene Männer vom Haupte unserer Könige



# Reglement

zur Verordnung vom 26. November 1849

## über die Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum Volksbause.

§. 1. Es ist unverzüglich zur Einrichtung der Wahlbezirke zu schreiten und die Zahl der auf jeden derselben fallenden Wahlmänner festzusetzen (§. 4. bis 6. der Verordnung).

Gemeinden von 3500 oder mehr als 3500 Seelen werden von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde in Wahlbezirke getheilt, deren keiner mehr als 3499 Seelen umfassen darf.

Gemeinden von 1500 bis 3499 Seelen bilden, nach der Bestimmung des Landraths, entweder einen Wahlbezirk für sich, oder werden von demselben bis zu höchstens 3499 Seelen mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirke vereinigt.

Gemeinden unter 1500 Seelen, so wie nicht zu einer Gemeinde gehörende bewohnte Besitzungen, werden von dem Landrathe mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Wahlbezirke vereinigt.

Jedoch ist dahin zu sehen, daß wo Gemeinden von weniger als 1500 Seelen zu einem Wahlbezirke vereinigt werden, derselbe wo möglich nicht mehr als 1999 Seelen umfaßt, mithin nicht mehr als 3 Wahlmänner zu wählen hat.

§. 2. Gleichzeitig ist zur Aufstellung der Wählerlisten (§. 21. der Verordnung) und nach deren Schluß zur Aufstellung der Abtheilungslisten (§. 24. der Verordnung) zu schreiten.

§. 3. Bei der Aufstellung der Abtheilungslisten ist folgendes Verfahren zu beobachten.

Nach Anleitung des anliegenden Formulars werden die Wähler in der Ordnung verzeichnet, daß mit dem Namen des Höchstbesteuerten angefangen wird, dann derjenige folgt, welcher nächst jenem die höchsten Steuern entrichtet, und so fort bis zu demjenigen, welcher die geringste Steuer zu zahlen hat.

Alsdann wird die Gesamtsumme aller Steuern berechnet. Die Grenze der ersten Abtheilung wird dadurch gefunden, daß man die Steuerbeträge der einzelnen Wähler so lange zusammenrechnet, bis das erste Drittel der Gesamtsumme erreicht ist. Was von der Gesamtsumme dann noch übrig bleibt, wird in zwei Hälften getheilt. Diejenigen Wähler, welche die erste Hälfte aufbringen, bilden die zweite, und die übrigen die dritte Abtheilung.

Läßt sich, bei gleichen Steuer- oder Schätzungsbeträgen nicht entscheiden, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abtheilung zu rechnen ist, so giebt die alphabetische Ordnung der Familiennamen den Ausschlag.

§. 4. In Gemeinden, welche für sich einen Wahlbezirk bilden und in Wahlbezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, wird nur eine Abtheilungsliste angefertigt. Im erstern Falle stellt dieselbe die Gemeinde-Verwaltungsbehörde, im letztern der Landrath fest.

Ist aber eine Gemeinde auf Grund der §§. 5. und 6. der Verordnung in mehrere Bezirke getheilt, so wird von der Gemeinde-Verwaltungsbehörde zuvörderst eine allgemeine Abtheilungsliste für die ganze Gemeinde angelegt, und dann aus dieser für jeden einzelnen Bezirk ein Auszug gemacht, welcher für diesen Bezirk die Abtheilungsliste bildet. Deshalb ist es nöthig, in der allgemeinen Liste bei jedem Wähler die Nummer des Bezirks anzugeben.

§. 5. Steuerfreie Wähler, welche auf Grund der §§. 12. und 17. der Verordnung ihr Stimmrecht auszuüben wünschen, müssen sich bei der Behörde, welche die Wählerliste aufstellt, innerhalb einer von derselben festzusetzenden und bekannt zu machenden Frist anmelden und derselben die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung angeben. Unterlassen sie die Anmeldung, so werden sie nicht in die Listen aufgenommen; versäumen sie es, die Grundlagen der für sie anzustellenden Steuerberechnung rechtzeitig anzugeben, so werden sie in diejenige Abtheilung gesetzt, welche die Behörde für angemessen erachtet.

§. 6. Sowohl auf der Wählerliste als auch auf der Abtheilungsliste muß von der Behörde, welche zur Entscheidung über die Reklamationen berufen ist, noch vor dem Wahltermine bescheinigt werden, daß innerhalb der Reklamationsfrist (§§. 23. 25. der Verordnung) keine Reklamationen erhoben, oder die erhobenen erledigt sind.

§. 7. Aus der Abtheilungsliste des Wahlbezirks wird für jeden landwehrpflichtigen Wähler, welcher zur Zeit der Wahl zum Dienste einberufen ist, nach dem Muster der Anlage, ein Auszug gemacht. Derselbe muß enthalten:

1. den Namen und Wohnort des Wählers,
2. den Steuerbetrag, mit welchem er zum Ansatz gekommen ist,
3. den Wahlbezirk und die Abtheilung für welche er zu wählen hat,
4. die Zahl der von der Abtheilung zu wählenden Wahlmänner.

Dieser Auszug ist dem stellvertretenden Landwehrbataillons-Kommandeur mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn, Behufs der Ausfüllung der Namen der Wahlmänner durch die landwehrpflichtigen Wähler, an den Kommandeur desjenigen Bataillons gelangen zu lassen, zu welchem dieselben einberufen sind.

Auf demselben Wege gelangt der ausgefüllte Auszug zurück, und ist die Requisition, so wie die Erledigung derselben so zu beschleunigen, daß die ausgefüllten Auszüge noch vor dem Wahltermin in den Händen des Wahl-Kommissarius sich befinden.

Dasselbe Verfahren findet statt, wenn bei engeren Wahlen eine nochmalige Stimmenabgabe der Landwehrmänner erforderlich werden sollte, und sind in diesem Falle auf dem Auszuge die Namen derjenigen Kandidaten zu vermerken, auf welche die Stimmgebung sich nur erstrecken darf.

§. 8. Wenn eine nach §. 5. und 6. der Verordnung vorgenommene Eintheilung einer Gemeinde in Wahlbezirke dazu führt, daß in einem einzelnen Bezirke entweder eine Abtheilung ganz ausfällt, oder ein zu großes Mißverhältniß zwischen der Anzahl der Wähler der verschiedenen Abtheilungen des Bezirks hervortritt, so kann die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde, von der ihr im §. 20. der Verordnung beigelegten Befugniß Gebrauch machen, und die Wähler einzelner oder aller Abtheilungen in besondere, von denen der übrigen Abtheilungen unabhängige, Wahlbezirke theilen.

Sie kann dies entweder in der Art thun, daß sie die Gemeinde zuvörderst auf Grund der §§. 5. und 6. der Verordnung im Wahlbezirke theilt, und demnächst die Anordnung trifft, daß die sämtlichen Wähler der Gemeinde, welche der 1ten Abtheilung angehören, nicht in diesen Wahlbezirken mitwählen, sondern die auf sie fallende Anzahl der Wahlmänner in besondern Wahlbezirken wählen, in welche sie möglichst gleichmäßig vertheilt werden.

Oder die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde kann, nach vorläufiger Eintheilung der Gemeinde in Wahlbezirke auf Grund der §§. 5. und 6. der Verordnung, dieselbe Anordnung, wie sie eben in Bezug auf die Wähler der 1ten Abtheilung angedeutet worden ist, in Bezug auf die Wähler der 1ten und 2ten Abtheilung treffen, ohne daß es nöthig wäre, daß dann die Wahlbezirke der 1ten Abtheilung mit denen der 2ten zusammen fallen.

Endlich kann die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde von einer Eintheilung der Gemeinde in Wahlbezirke auf Grund der §§. 5. und 6. der Verordnung ganz absehn, und die Wahlbezirke für die Wähler jeder Abtheilung besonders festsetzen.

§. 9. Jeder in Gemäßheit des §. 20. der Verordnung oder des §. 8. des Reglements gebildete Wahlbezirk muß einen Wahlvorstand haben, der so zusammengesetzt ist, wie es der §. 27. der Verordnung vorschreibt.

§. 10. Die Wähler des Wahlbezirks werden zu einer bestimmten Stunde des Tages der Wahl zusammenberufen.

In Wahlbezirken, welche aus mehreren Ortschaften bestehen, kann der Wahlvorsteher, um die Wähler der Nothwendigkeit zu überheben, einen weiten Weg zurückzulegen, oder viel Zeit zu verlieren, in Gemäßheit des §. 28. der Verordnung, Wahlversammlungen an verschiedenen Stellen des Wahlbezirks, und selbst für jede einzelne Ortschaft ansetzen.

Hiermit schließe ich mein Wahlbüchlein und bitte Euch, prüfe seinen Inhalt mit unbefangenen Sinnen und ohne Vorurtheil. — Liebe Freunde, es ist viel leichter: versprechen, als Wort halten, und wer von Euren Rechten zu Euch spricht, findet meist ein geneigter Ohr, als der Euch an Eure Pflichten vermahnt. Dennoch hab' ich den letzten Weg eingeschlagen, weil ich das Lügen für ein unehrlich Ding halte, das den Demokraten wohl anstehen mag, das aber die reine und gute Sache nimmer beslecken darf, für welche ich nach meinen schwachen Kräften immer kämpfen werde und auch in diesem Büchlein gekämpft habe.

Glaube ich ja nicht, daß irgend eine Staatsverfassung in der Welt an und für sich selbst schon im Stande sei, die Menschheit frei und glücklich zu machen; der beste Ackergrund und die reinste Saat allein geben noch keine Gewähr für eine gute Ernte. Der Boden will auch fleißig bestellt sein; dazu sind gewissenhafte und treue Arbeiter von Nothen; und wie Ihr keine Heerde von Schweinen auf's Feld schickt, die sich freilich auch gut auf's Wühlen verstehen, um den Boden zu lockern und für die Aufnahme der Saat empfänglich zu machen, ebenso wenig sendet jene Maulwürfe in die neuen Kammern, welche nichts können und wollen, als aus Euren Herzen die Wurzeln herauszuheben, mit denen Ihr an Gott, an König und an Vaterland hängt! Suchet Euch Männer aus, von denen Ihr vor Gott und vor Euren Gewissen die Ueberzeugung habt, daß ihr Herz warm und hingebend für das Heil unseres Vaterlandes schlägt, und daß sie auch die Fähigkeit und die Kenntnisse besitzen, am Neubau unseres Staates lebens wirksam mitzuarbeiten. Habt Ihr solche Männer erwählt, so mögt Ihr auch getrost auf Gottes Segen hoffen; er wird Euch am Tage der Ernte nicht fehlen lassen nach der Verheißung über König und Volk über Kind und Kindeskind kommen!



Es ist ihm zur Ausführung dieser Maafregeln ein Zeitraum von höchstens 3 Tagen incl. des vom Minister des Innern bestimmten Tages der Wahl gestattet. In einer gleichen Frist ist die etwa erforderlich werdende engere Wahl (§. 16. des Reglements) zu bewirken.  
Der Wahlvorsteher ernennt in diesem Falle an jedem Orte, wo er eine Wahlversammlung abhält, neue Beisitzer, erforderlichen Falls auch einen neuen Protokollführer.

Vor dem Wahlvorstande desjenigen Ortes, wo die letzte Wahlversammlung stattfindet, wird die Wahlhandlung abgeschlossen und das Resultat verkündet.

§. 11. Die Wahlverhandlung wird mit Vorlesung der §§. 27 — 35. der Verordnung und der §§. 11 — 19. dieses Reglements durch den Wahlvorsteher eröffnet.

Alsdann werden die Namen aller stimmberechtigten Wähler vorgelesen.

Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt, und so die Versammlung konstituiert.

Später erscheinende Wähler melden sich bei dem Wahlvorsteher und können an den noch nicht geschlossenen Abstimmungen theilnehmen.

Abwesende, mit Ausnahme der zum Dienst einberufenen Landwehrpflichtigen, können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theilnehmen.

§. 12. Der Wahlvorsteher ernennt den Protokollführer und die Beisitzer (§. 27. der Verordnung). Er beauftragt den Protokollführer mit Eintragung der Wahlstimmen in die Abtheilungsliste.

§. 13. In Wahlbezirken, welche auf Grund der §§. 5. und 6. der Verordnung gebildet sind, wählt die dritte Abtheilung zuerst, die erste zuletzt.

§. 14. Der Protokollführer ruft die Namen der Wähler in der Folge, wie sie in der Abtheilungsliste verzeichnet sind, auf. Jeder Aufgerufene tritt an den zwischen der Versammlung und dem Wahlvorsteher aufgestellten Tisch und nennt, unter genauer Bezeichnung, den Namen des Wählers, welchem er seine Stimme geben will.

Sind zwei Wahlmänner zu wählen, so nennt er gleich zwei Namen. Diese trägt der Protokollführer neben den Namen des Wählers, und in Gegenwart desselben, in die Abtheilungsliste ein, oder läßt sie, wenn derselbe es wünscht, von dem Wähler selbst eintragen.

§. 15. Die Wahl erfolgt nach absoluter Mehrheit der Stimmenenden.

Ungültig sind, außer dem Fall des §. 30. der Verordnung, solche Wahlstimmen, welche auf andere, als die nach §. 32. der Verordnung oder §. 16. des Reglements wählbaren Personen fallen.

Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§. 16. So weit sich bei der ersten oder einer folgenden Abstimmung absolute Stimmenmehrheit nicht ergibt, kommen diejenigen, welche die meisten Stimmen haben, in doppelter Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner auf die engere Wahl.

Wenn bei einer Abstimmung die absolute Stimmenmehrheit auf mehrere, als die noch zu wählenden Wahlmänner gefallen ist, so sind diejenigen derselben gewählt, welche die höchste Stimmenzahl haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Vorstehers gezogen wird.

§. 17. Sowohl bei der ersten, wie bei der engeren Wahl, ist die Abgabe der Stimmen seitens der zum Dienst einberufenen Landwehrmänner Behufs Abschließung der Wahlhandlung nur dann abzuwarten, oder einzuholen, wenn die fehlenden Stimmen noch einen entscheidenden Einfluß auf den Ausfall der Wahl haben können. In diesem Falle ist die Wahl erst dann abzuschließen, wenn die Stimmen der Landwehrmänner eingegangen sind.

§. 18. Die gewählten Wahlmänner müssen sich, wenn sie im Wahltermine anwesend sind, sofort, sonst binnen drei Tagen, nachdem ihnen die Wahl angezeigt ist, erklären, ob sie dieselbe annehmen und, wenn sie in mehreren Abtheilungen (resp. im Falle des §. 8. des Reglements in mehreren Bezirken) gewählt sind, für welche derselben sie annehmen wollen.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen drei Tagen, gilt als Ablehnung.

Jede Ablehnung hat für die Abtheilung (resp. im Falle des §. 8. des Reglements für den Bezirk) eine neue Wahl zur Folge.

§. 19. Ueber die Wahlhandlung ist ein Protokoll nach dem anliegenden Formular aufzunehmen.

§. 20. Die Ober-Präsidenten haben sofort die Wahlkreise für die Wahl der Abgeordneten, die Wahl-Kommissare und die Wahlorte zu bestimmen, auch davon, daß dies geschehen, die Wahlvorsteher zu benachrichtigen.

§. 21. Die Wahlvorsteher reichen die Wahl-Protokolle dem Wahl-Kommissar ein.

Der Wahl-Kommissar stellt aus den eingereichten Wahl-Protokollen ein Verzeichniß der Wahlmänner seines Wahlbezirks auf und ladet dieselben schriftlich zur Wahl des Abgeordneten ein.

§. 22. Die Wahl-Verhandlung wird mit Vorlesung der §§. 37. bis 42. der Verordnung, so wie der §§. 22. bis 26. dieses Reglements eröffnet.

Im Uebrigen kommen die Bestimmungen des §. 11. dieses Reglements zur Anwendung.

§. 23. Der Abgeordnete wird in der Art gewählt, daß jeder aufgerufene Wahlmann den Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme giebt.

Den vom Wahlmann genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Wahlmannes in die Wahlmännerliste ein, wenn der Wahlmann nicht verlangt, den Namen selbst einzutragen.

§. 24. Hat sich auf keinen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten.

Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat.

Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Kandidaten in derselben Weise wie die erste vorgenommen.

Jede Wahlstimme, welche auf einen anderen, als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten fällt, ist ungültig.

Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt in jeder der folgenden Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat.

Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet das Loos, welcher aus der Wahl fällt.

Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet ebenfalls das Loos.

In beiden Fällen ist das Loos durch die Hand des Wahl-Kommissars zu ziehen.

§. 25. Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§. 26. Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahl-Kommissar in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zum Nachweise, daß er nach §. 41. der Verordnung wählbar ist, aufzufordern.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen 8 Tagen von der Zustellung der Benachrichtigung, gilt als Ablehnung.

In Fällen der Ablehnung oder Nicht-Wählbarkeit hat der Ober-Präsident sofort eine neue Wahl zu veranlassen.

§. 27. Sämmtliche Verhandlungen, sowohl über die Wahl der Wahlmänner, als die Wahl des Abgeordneten werden von dem Wahl-Kommissar dem Ober-Präsidenten gehörig geheset eingereicht, welcher dieselben dem Minister des Innern zur weitem Veranlassung vorzulegen hat.

**Königliches Staats-Ministerium.**  
(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha.  
von der Heydt. von Rabe. Simons. von Schleinitz.

Berlin, gedruckt in der Decker'schen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.

# Abtheilungs - Liste.

Fortlaufende Nummer.	Namen der Urwähler.	Betrag der Klassensteuer oder classificirten Steuer, oder directen Communalsteuer, oder der Einschätzung.	Betrag der Grundsteuer.	Betrag der Gewerbesteuer.	Summa der von jedem Urwähler zu zahlenden Steuer.	Steuerbetrag der Abtheilung	Bemerkungen.		
		Rth.	Rth.	Rth.	Rth.	Rth.			
1.	Fabrikbesitzer Reiche.....	48	10	30	88	371	I. Abtheilung.  Von den drei, einen gleichen Steuerbetrag zahlenden Urwählern unter 7. 8. 9. gehört Clarus in die II. Abtheilung, weil die Anfangsbuchstaben A. B. dem Buchstaben C. vorgehen.		
2.	Gutsbesitzer Sommer.....	24	50	.	74				
3.	Müller Richter.....	18	20	30	68				
4. 5.	2 Grundbesitzer à { 12 Rthlr. Klassen- und 20 Rthlr. Grundsteuer.....	24	40	.	64				
6.	Gastwirth Frölich.....	12	15	10	37				
7.	Grundbesitzer Arnold.....	8	12	.	20				
8.	Grundbesitzer Bär.....	8	12	.	20				
9.	Grundbesitzer Clarus.....	8	12	.	20	360	II. Abtheilung.		
10 — 14.	5 Grundbesitzer à { 6 Rthlr. Klassen- und 8 Rthlr. Grundsteuer.....	30	40	.	70				
15. 16.	2 Gewerbetreibende à { 6 Rthlr. Klassen- und 6 Rthlr. Gewerbesteuer.....	12	.	12	24				
17.	Mezger Koch.....	4	.	8	12				
18 — 27.	10 Grundbesitzer à { 4 Rthlr. Klassen- und 6 Rthlr. Grundsteuer.....	40	60	.	100				
28.	Bäcker Lorch.....	4	.	6	10				
29. 30.	2 Hausirer à { 2 Rthlr. Klassen- und 6 Rthlr. Gewerbesteuer.....	4	.	12	16				
31. 32.	3 Grundbesitzer à { 2 Rthlr. Klassen- und 6 Rthlr. Grundsteuer.....	6	18	.	24				
33 — 44.	12 Grundbesitzer à { 3 Rthlr. Klassen- und 4 Rthlr. Grundsteuer.....	36	48	.	84				
45 — 52.	8 Grundbesitzer à { 3 Rthlr. Klassen- und 4 Rthlr. Grundsteuer.....	24	32	.	56			368	III. Abtheilung.
53.	Krämer Hartlieb.....	3	.	4	7				
54.	Bundarzt Cramer.....	6	.	.	6				
55.	Beamter Lippert.....	6	.	.	6				
56 — 75.	20 Grundbesitzer à { 2 Rthlr. Klassen- und 3 Rthlr. Grundsteuer.....	40	60	.	100				
76 — 78.	3 Pächter à 4 Rthlr. Klassensteuer.....	12	.	.	12				
79 — 81.	3 Pächter à { 3 Rthlr. Klassen- und 1 Rthlr. Grundsteuer.....	9	3	.	12				
82 — 89.	8 Tagelöhner mit Grundbesitz à { 2 Rthlr. Klassen- und 2 Rthlr. Grundsteuer.....	16	16	.	32				
90.	Meyer.....	3	.	.	3				
91 — 120.	30 Hausbesitzer à { 1 Rthlr. Klassen- und 1½ Rthlr. Grundsteuer.....	30	45	.	75				
121. 122.	2 Pächter à 2 Rthlr. Klassensteuer.....	4	.	.	4				
123 — 152.	30 Tagelöhner à 1 Rthlr. Klassensteuer.....	30	.	.	30				
153 — 202.	50 Fabrikarbeiter, Gesellen und Diensthöten à ½ Rthlr.....	25	.	.	25				
203 — 220.	18 steuerfreie Personen.....	.	.	.	.				
Summa.....		494	493	112	1099				
Davon ein Drittheil.....		.	.	.	366½				



Compagnieführer.



Verhandelt . . . . . den . . . . . 1849.

In dem auf heute zur Wahl von . . . . .  
Wahlmännern für den Urwahlbezirk . . . . .  
anberaumten Termine wurde die Verhandlung von  
dem Wahlvorsteher durch Vorlesung der §§. 18.  
bis 25. der Verordnung vom 30sten Mai d. J.  
und der §§. 8 — 15. des Reglements vom 31sten  
desselben Monats eröffnet.

Sodann wurden die Urwähler des Bezirks in  
der Reihenfolge verlesen, wie sie in der anliegenden  
Abtheilungsliste verzeichnet sind.

Der Wahlvorsteher eröffnete der Versammlung,  
daß er zum Protokollführer den

und zu Beisitzern die

1. . . . .
2. . . . .
3. . . . .
4. . . . .
5. . . . .
6. . . . .

hiermit ernenne. Er verpflichtete dieselben mittelst  
Handschlags an Eides Statt.



Der Protokollführer rief hierauf die Namen der Urwähler der

### Dritten Abtheilung

zur Abgabe ihrer Stimmen nach einander auf. Die Aufgerufenen traten an den Tisch und nannten jeder einzeln

den Namen desjenigen Urwählers, welchem sie ihre Stimme zum Wahlmann geben wollten

die Namen derjenigen beiden Urwähler, welchen sie ihre Stimme zu Wahlmännern geben wollten.

Der Protokollführer trug diese Namen in die Abtheilungsliste neben den Namen der stimmenden Urwähler ein, oder ließ sie von den Urwählern, die solches wünschten, selbst eintragen.

Eben so trug er die Namen, welche von auswärts stehenden Landwehrmännern bereits genannt waren, nach Vorlesung des ausgefüllten Auszuges, in welchem dieselben verzeichnet waren, in die Abtheilungsliste neben den Namen jener Landwehrmänner ein.

Nach Beendigung dieses Geschäfts fragte der Wahlvorsteher, ob noch ein Urwähler der dritten Abtheilung seine Stimme abzugeben habe. Als sich Niemand weiter meldete, erklärte er die Abstimmung für geschlossen.

Die Zahl der Stimmenden betrug

Für ungültig erklärte Stimmen waren vorhanden

Die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also

Und ist mithin die absolute Majorität

Es haben erhalten

	Stimmen
1.	
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	
8.	
9.	
10.	
11.	
12.	

Da der die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde er als zum Wahlmann gewählt der Versammlung bekannt gemacht, erklärte, da er in der Versammlung anwesend war, auf Befragen, daß er die Wahl annehme und unterschrieb zum Zeichen dessen.

Da

1.

2.

die meisten Stimmen und die absolute Majorität erhalten haben, so wurden dieselben als zu Wahlmännern gewählt der Versammlung bekannt gemacht und sie erklärten, da sie in der Versammlung anwesend waren, auf Befragen, daß sie die Wahl annahmen und unterschrieben zum Zeichen dessen.

Da hiernach keiner die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde nach den Bestimmungen des §. 13. des Reglements zu einer engern Wahl geschritten, und da die Abtheilung 2 (1) Wahlmänner zu wählen hat, kamen nur diejenigen 4 (2) auf die engere Wahl, welche die meisten Stimmen gehabt hatten und zwar:

1.

2.

(3.)

(4.)

Die Zahl der Stimmenden betrug ungültige Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also und ist mithin die absolute Majorität

Es erhielten bei dieser engern Wahl

1.

2.

(3.)

(4.)

Stimmen

Da der und der die meisten Stimmen und die absolute Majorität erhalten haben so sind sie hiernach zu Wahlmännern gewählt worden und wurde (n) als solche (r) der Versammlung bekannt gemacht. Auf Befragen erklärte (n) dieselben da sie in der Versammlung anwesend waren, daß sie die Wahl annahme (n) und unterschrieb (en) zum Zeichen dessen.

Es wurde, da noch ein Wahlmann zu wählen war, in Bezug auf diesen zur engern Wahl geschritten, und es kamen nur diejenigen 2 auf die Wahl, welche, nächst dem bereits Gewählten, die meisten Stimmen gehabt hatten, nämlich:

1.

2.

Die Zahl der Stimmenden betrug ungültige Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also und ist mithin die absolute Majorität

Es erhielten bei dieser engern Wahl

1.

2.

Stimmen

Da der Stimmen erhalten hat, so ist er zum Wahlmann durch absolute Majorität gewählt, und als solcher der Versammlung bekannt gemacht worden. Da er in der Versammlung anwesend war, um die Annahme der Wahl befragt, erklärte er dieselbe annehmen zu wollen und unterschrieb zum Zeichen dessen.

Da der also noch 2 (3) (4) (5) Stimmen erhalten hat, ihm der 2 (3) (4) (5) zur absoluten Majorität fehlen, die Stimmen Landwehrmänner aber noch nicht eingegangen waren, so wurde der Abschluß der Wahl ausgesetzt.

Die Urwähler der dritten Abtheilung wurden in Gemäßheit des §. 10. des Reglements zum Abtreten veranlaßt und entfernten sich.

wird durchgeschrieben, wenn nur 1 Wahlmann zu wählen ist.

wird durchgeschrieben, wenn keine engere Wahl erforderlich ist.

wird durchgeschrieben, wenn nur 1 Wahlmann zu wählen war, oder die beiden zu wählenden Wahlmänner bei der ersten engern Wahl die absolute Stimmenmehrheit erhalten haben.

wird durchgeschrieben, wenn dieser Fall nicht stattfindet.

wird durchgeschrieben, wenn keine Landwehrmänner aus dem Bezirke zum Dienste einberufen sind.



Es wurde demnachst von der

## zweiten Abtheilung

zur Wahl der Wahlmänner geschritten. Der Protokollführer rief die Namen der Urwähler dieser Abtheilung nach einander auf. Die Aufgerufenen traten an den Tisch und nannten jeder einzeln

den Namen desjenigen Urwählers, welchem sie ihre Stimme zum Wahlmann geben wollten,

die Namen derjenigen beiden Urwähler, welchen sie ihre Stimme zum Wahlmann geben wollten.

Der Protokollführer trug diese Namen in die Abtheilungsliste neben den Namen der stimmenden Urwähler ein, oder ließ sie von den Urwählern, die solches wünschten, selbst eintragen.

Eben so trug er die Namen, welche von auswärts stehenden Landwehrmännern bereits genannt waren, nach Vorlesung des ausgefüllten Auszuges, in welchem dieselben verzeichnet waren, in die Abtheilungsliste neben den Namen jener Landwehrmänner ein.

Nach Beendigung dieses Geschäfts fragte der Wahlvorsteher, ob noch ein Urwähler der zweiten Abtheilung seine Stimme abzugeben habe. Als sich Niemand weiter meldete, erklärte er die Abstimmung für geschlossen.

Die Zahl der Stimmenden betrug  
für ungültig erklärte Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also  
und ist mithin die absolute Majorität

Es haben erhalten

	Stimmen
1.	
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	
8.	
9.	

Da der . . . die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde er, als zum Wahlmann gewählt, der Versammlung bekannt gemacht, erklärte, da er in der Versammlung anwesend war, auf Befragen, daß er die Wahl annähme und unterschrieb zum Zeichen dessen.

Da

1. . . . .
2. . . . .

die meisten Stimmen und die absolute Majorität erhalten haben, so wurden dieselben als zu Wahlmännern gewählt der Versammlung bekannt gemacht. Auf Befragen erklärten sie, da sie in der Versammlung anwesend waren, daß sie die Wahl annähmen und unterschrieben zum Zeichen dessen.

wird durch  
frischen, wenn  
keine Landwehr-  
männer aus dem  
Bezirke zum  
Dienst einberu-  
fen sind.

wird durch  
frischen, wenn 2  
zu wählen sind.

wird durch  
frischen, wenn nur  
1 Wahlmann zu wählen ist.

wird durchfrischen, wenn keine engere Wahl erforderlich ist.

Da hiernach keiner die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde nach den Bestimmungen des §. 13 des Reglements zu einer engern Wahl geschritten und da die Abtheilung 2 (1) Wahlmänner zu wählen hat, kamen nur diejenigen 4 (2) auf die engere Wahl, welche die meisten Stimmen gehabt hatten und zwar

1. . . . .
2. . . . .
- (3.) . . . . .
- (4.) . . . . .

Die Zahl der Stimmenden betrug  
ungültige Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also  
und ist mithin die absolute Majorität

Es erhielten bei dieser engern Wahl

	Stimmen
1.	
2.	
(3.)	
(4.)	

Da der . . . und der . . . die meisten Stimmen und die absolute Majorität erhalten { hat } { haben }, so { ist er } { sind sie } hiernach { zum Wahlmann } { zu Wahlmännern } durch absolute Majorität gewählt worden und wurde (n) als solche (r) der Versammlung bekannt gemacht. Auf Befragen erklärte (n) { derselbe } { dieselben }, da sie (er) in der Versammlung anwesend war (en), daß sie (er) die Wahl annähme (n) und unterschriebe (n) zum Zeichen dessen.

Es wurde, da noch 1 Wahlmann zu wählen war, in Bezug auf diesen zur engern Wahl geschritten und es kamen nur diejenigen 2 auf die Wahl, welche, nächst dem bereits Gewählten, die meisten Stimmen gehabt hatten, nämlich

1. . . . .
2. . . . .

Die Zahl der Stimmenden betrug  
ungültige Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also  
und ist mithin die absolute Majorität

Es erhielten bei dieser engern Wahl

	Stimmen
1.	
2.	

Da der . . . Stimmen erhalten hat, so ist er zum Wahlmann durch absolute Majorität gewählt und als solcher der Versammlung bekannt gemacht worden. Da er in der Versammlung anwesend war, um die Annahme der Wahl befragt, erklärte er die Wahl annehmen zu wollen, und unterschrieb zum Zeichen dessen.

Da der . . . Stimmen erhalten hat, ihm also noch 2 (3) (4) (5) zur absoluten Majorität fehlen, die Stimmen der 2 (3) (4) (5) Landwehrmänner aber noch nicht eingegangen waren, so wurde der Abschluß der Wahl ausgesetzt.

wird durchfrischen, wenn nur 1 Wahlmann zu wählen war, oder die beiden zu wählenden Wahlmänner bei der ersten engern Wahl die absolute Stimmenmehrheit erhalten haben.

wird durchfrischen, wenn hier Fall nicht stattfindet.

Die Urwähler der zweiten Abtheilung wurden in Gemäßheit des §. 10 des Reglements zum Abtreten veranlaßt und entfernten sich.



Es wurde demnachst von der

# ersten Abtheilung

zur Wahl der Wahlmänner geschritten. Der Protokollführer rief die Namen der Urwähler dieser Abtheilung nach einander auf. Die Aufgerufenen traten an den Tisch und nannten jeder einzeln

den Namen desjenigen Urwählers, welchem sie ihre Stimme zum Wahlmann geben wollten

die Namen derjenigen beiden Urwähler, welchen sie ihre Stimme zum Wahlmann geben wollten.

Der Protokollführer trug diese Namen in die Abtheilungsliste, neben den Namen der stimmenden Urwähler ein oder ließ sie von den Urwählern, die solches wünschten, selbst eintragen.

Ebenso trug er die Namen, welche von auswärtstehenden Landwehrmännern bereits genannt waren, nach Verlesung des ausgefüllten Auszuges, in welchem dieselben verzeichnet waren, in die Abtheilungsliste neben den Namen jener Landwehrmänner ein.

Nach Beendigung dieses Geschäfts fragte der Wahlvorsteher, ob noch ein Urwähler der ersten Abtheilung seine Stimme abzugeben habe. Als sich Niemand weiter meldete, erklärte er die Abstimmung für geschlossen.

Die Zahl der Stimmenden betrug  
ungültige Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also  
und ist mithin die absolute Majorität

Es haben erhalten

1.	Stimmen
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	
8.	

Da der . . . . . die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde er als zum Wahlmann gewählt, der Versammlung bekannt gemacht, erklärte auf Befragen, da er in der Versammlung anwesend war, daß er die Wahl annahm und unterschrieb zum Zeichen dessen.

Da

1.	
2.	

die meisten Stimmen und die absolute Majorität erhalten haben, so wurden dieselben als zu Wahlmännern gewählt der Versammlung bekannt gemacht. Auf Befragen erklärten sie, da sie in der Versammlung anwesend waren, daß sie die Wahl annahmen und unterschrieben zum Zeichen dessen.

wird durch-  
geschrieben, wenn  
keine Landwehr-  
männer aus dem  
Bezirke zum  
Dienst einge-  
rufen sind.

wird durch-  
geschrieben, wenn 2  
zu wählen sind.

wird durch-  
geschrieben, wenn nur  
1 Wahlmann zu wählen ist.

wird durchgeschrieben, wenn keine engere Wahl erforderlich ist.

Da hiernach keiner die absolute Majorität erhalten hatte, so wurde nach den Bestimmungen des §. 13. des Reglements zu einer engern Wahl geschritten und da die Abtheilung 2 (1) Wahlmänner zu wählen hat, kamen nur diejenigen 4 (2) auf die engere Wahl, welche die meisten Stimmen gehabt hatten und zwar

- 1.
- 2.
- (3.)
- (4.)

Die Zahl der Stimmenden betrug  
ungültige Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also  
und ist mithin die absolute Majorität

Es erhielten bei dieser engern Wahl

1.	Stimmen
2.	
(3.)	
(4.)	

Da der . . . . . und der . . . . .  
die meisten Stimmen und die absolute Majorität erhalten (haben), so (sind sie) (hat), so (ist er)  
hiernach (zu Wahlmännern) (zum Wahlmann) durch absolute Majorität gewählt worden und wurde (n) als solche (r) der Versammlung bekannt gemacht. Auf Befragen erklärte (n) (dieselben) (derselbe), da sie (er) in der Versammlung anwesend war (en), daß sie (er) die Wahl annahm (n) und unterschrieb (en) zum Zeichen dessen.

Es wurde, da noch 1 Wahlmann zu wählen war, in Bezug auf diesen zur engern Wahl geschritten und es kamen nur diejenigen 2 auf die Wahl, welche, nächst dem bereits Gewählten, die meisten Stimmen gehabt hatten, nämlich:

- 1.
- 2.

Die Zahl der Stimmenden betrug  
ungültige Stimmen waren vorhanden

die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also  
und ist mithin die absolute Majorität

Es erhielten bei dieser engern Wahl

1.	Stimmen
2.	

Da der . . . . . Stimmen erhalten hat, so ist er zum Wahlmann durch absolute Majorität gewählt und als solcher der Versammlung bekannt gemacht worden. Um die Annahme der Wahl befragt, erklärte er, da er in der Versammlung anwesend war, dieselbe annehmen zu wollen, und unterschrieb zum Zeichen dessen.

Da der . . . . . Stimmen erhalten hat, ihm also noch 2 (3) (4) (5) zur absoluten Majorität fehlen, die Stimmen der 2 (3) (4) (5) Landwehrmänner aber noch nicht eingegangen waren, so wurde der Abschluß der Wahl ausgesetzt.

wird durchgeschrieben, wenn nur 1 Wahlmann zu wählen war, aber die beiden zu wählenden Wahlmänner bei der ersten engern Wahl die absolute Stimmenmehrheit erhalten haben.

wird durch-  
geschrieben, wenn  
dieser Fall nicht  
vorhanden ist.



Gegenwärtige Verhandlung ist von dem Wahl-  
vorsteher, den Beisitzern und dem Protokollführer  
überall genehmigt und wie folgt vollzogen worden.

a. u. s.

Der Wahlvorsteher.

Die Beisitzer.

Der Protokollführer.

## Aufruf

an die Urwähler Deutschlands zur Wahl des Volkshauses  
am Deutschen Reichstage zu Erfurt.

### Deutsche Mitbürger!

Das unterzeichnete Comité ist tief von dem Gedanken ergriffen, eine so große Anzahl Deutscher Männer aus fast allen Gauen unseres gemeinsamen Vaterlandes an dem Tage der Abgeordneten-Wahl zum Reichstage, vielleicht zu derselben Stunde, zur Ausübung ihrer feierlich erworbenen Rechte, zur Ausübung selbst übernommener heiliger Pflichten versammelt zu wissen. Es hat sich, um diesem Gedanken einen sichtbaren Ausdruck zu geben, die Aufgabe gestellt, diesen für jeden wahrhaften Deutschen so bedeutungsvollen Tag durch ein Werk, das die gemeinsame Liebe zum Vaterlande ausdrücken soll, kund zu geben. Den Impuls dazu giebt diese unsere öffentliche Aufforderung, an jenem Wahltag in den verschiedenen Kreisen der Urwähler Deutscher Lande, freiwillige Beiträge einzusammeln, die zur Ausdehnung unserer jungen Marine, zum Schutze unserer bisher wehrlosen Küsten verwendet werden sollen. Es soll eine Wiederholung jenes Aktes werden, wie ihn die Preussischen Urwähler bereits vollzogen, indem sie an ihren Wahltagen durch solche Sammlungen die beiläufige Summe

von 20,000 Thalern

aufgebracht, welche, zu einem gleichen Zwecke bestimmt, einstweilen bei der Königl. Preussischen Haupt-Bank verzinslich untergebracht sind. Fügen wir dieser Sammlung unsern gegenwärtigen Beitrag hinzu, und bringen dadurch eine Summe auf, hinreichend, mittelst derselben etwas Großes, unser Würdiges, zu unternehmen. —

Das Comité fordert zu diesem Zwecke sämtliche zur Wahl ihrer Vertreter am Deutschen Reichstage stimmberechtigten Urwähler auf, am Wahltag ihr Scherflein — und sei es noch so geringe — auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen. Wenn der Beitrag für jeden Urwähler durchschnittlich auch nur die Höhe eines Preussischen Silbergroschens erreicht, und man die Zahl der Ersteren, nach den vorhandenen statistischen Registern auf mindestens Sechsz Millionen berechnet, so würde, wenn diese Sammlungen ins Künftige bei jedem ordnungsmäßigen Wahlacte wiederholt würden, dadurch eine Summe zusammengebracht werden, mehr als ausreichend um die Mittel herbeizuschaffen, wodurch unseren Seeplätzen und Küsten ein dauernd sicherer Schutz gewährt würde.

Das Comité schließt diese Aufforderung mit der dringenden Bitte, daß sämtliche Herren Wahl-Commissarien in allen Deutschen Wahlkreisen an dem genannten Tage sich dieser patriotischen Angelegenheit, wo möglich vor dem Beginn der Wahl durch geeignete Ansprache und rechtzeitiges Einsammeln der freiwilligen Gaben durch die Herren Stimmzähler und Protokollführer um so mehr ihre ganze Theilnahme widmen möchten, weil dieses Werk als eine gemeinsame That Deutscher Männer zu betrachten, und gewiß geeignet ist, dem Auslande zu zeigen, daß der Deutsche Gemeinsinn und die Liebe zu unserm herrlichen Vaterlande noch nicht erloschen sind.

Die Herren Wahl-Commissarien wollen geneigtest die gesammelten Beiträge den verschiedenen Reg.-Hauptkassen ihres Landes zur Beförderung übersenden, und eine Anzeige über die Höhe der überantworteten Gelder unter der postfreien Rubrik „Angelegenheit für die Deutsche Marine“ an das unterzeichnete Comité, zu Händen des mitunterzeichneten Kaufmann Herrn. H. Wollheim baldgefalligst gelangen zu lassen. —

Berlin, am 1. Januar 1850.

### Das Comité.

v. Bodelschwingh,  
Königl. Preuss. Bevollmächtigter und vord. Staatsminister.

Bloemer,  
Königl. Preuss. Geh. Justiz-Rath.

Graf v. Eulenburg,  
Königl. Preuss. Regierungs-Rath.

v. Glümer,  
R.-S. Märk. Eisenbahn-Direktor,

v. Griesheim,  
Oberst und Director des Königl. Preuss. Allg. Kriegs-Departements

Dr. Jacobson,  
Stadt-Rath zu Berlin.

Dr. Liebe,  
Herzogtl. Braunschw. Legationsrath.

Freih. v. Lepel,  
Großherzogtl. Hess. Geh. Rath.

Freih. v. Meysenbug,  
Großh. Badischer Kammerherr und Legationsrath.

Mosle,  
Großh. Oldenb. Oberst.

Naunyn,  
Königl. Preuss. Geh. Rath u. Bürgermeister zu Berlin.

Pfeiffer,  
Kurf. Hessischer Oberkammer-Direktor.

v. Schack,  
Großh. Meckl.-Schwerinscher Kammerherr u. Leg.-Rath.

Seebeck,  
Großh. Sachsen-Weim. Staatsrath.

Vollpracht,  
Herzogtl. Nassauischer Präsident.

Wollheim,  
Kaufmann und Fabrikbesitzer zu Berlin.



St. Augustin

an die Herren Mitglieder der ersten Kammer  
des Reichstages zu Berlin

Sehr geehrte Herren!

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu berichten, dass ich am 1. d. M. in die erste Kammer des Reichstages zu Berlin eingetroffen bin. Ich habe mich sofort mit den Herren Mitgliedern der ersten Kammer bekannt gemacht und habe mich mit den Herren Mitgliedern der zweiten Kammer bekannt gemacht. Ich habe mich mit den Herren Mitgliedern der ersten Kammer bekannt gemacht und habe mich mit den Herren Mitgliedern der zweiten Kammer bekannt gemacht.

Sehr geehrte Herren!

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu berichten, dass ich am 1. d. M. in die erste Kammer des Reichstages zu Berlin eingetroffen bin. Ich habe mich sofort mit den Herren Mitgliedern der ersten Kammer bekannt gemacht und habe mich mit den Herren Mitgliedern der zweiten Kammer bekannt gemacht. Ich habe mich mit den Herren Mitgliedern der ersten Kammer bekannt gemacht und habe mich mit den Herren Mitgliedern der zweiten Kammer bekannt gemacht.

Sehr geehrte Herren!

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu berichten, dass ich am 1. d. M. in die erste Kammer des Reichstages zu Berlin eingetroffen bin. Ich habe mich sofort mit den Herren Mitgliedern der ersten Kammer bekannt gemacht und habe mich mit den Herren Mitgliedern der zweiten Kammer bekannt gemacht. Ich habe mich mit den Herren Mitgliedern der ersten Kammer bekannt gemacht und habe mich mit den Herren Mitgliedern der zweiten Kammer bekannt gemacht.

Monat

3

# Denkschrift,

betreffend

die Feststellung der Wahlbezirke für die Wahl  
der Abgeordneten zur zweiten Kammer.

Der §. 69. der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 bestimmt:

Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgestellt. Sie können aus einem oder mehreren Kreisen, oder aus einer oder mehreren der größeren Städte bestehen.

Der neuesten Volkszählung nach würden diese Abgeordneten sich, wie folgt, auf die Regierungs-Bezirke vertheilen:



— 2 —

N <sup>o</sup>	Regierungs-Bezirk.	Ein- wohner.	Abge- ordnete.	Provinz.	Abge- ordnete.	
1.	Königsberg . . . . .	847,952.	18,42.	Preußen	54,28.	
2.	Gumbinnen . . . . .	632,356.	13,73.			
3.	Danzig . . . . .	405,805.	8,81.			
4.	Marienwerder . . . . .	613,300.	13,32.			
5.	Posen . . . . .	900,430.	19,56.	Posen	29,64.	
6.	Bromberg . . . . .	463,969.	10,08.			
7.	Berlin . . . . .	408,502.	8,87.	Brandenburg		
8.	Potsdam . . . . .	818,364.	17,77.			
9.	Frankfurt . . . . .	840,127.	18,25.	2,066,993.	44,89.	
10.	Stettin . . . . .	547,952.	11,90.	Pommern	25,31.	
11.	Goeslin . . . . .	434,140.	9,43.			
12.	Stralsund . . . . .	182,981.	3,98.			
13.	Breslau . . . . .	1,165,994.	25,33.			
14.	Oppeln . . . . .	987,318.	21,45.	Schlesien	66,61.	
15.	Piegnitz . . . . .	912,497.	19,83.			
16.	Magdeburg . . . . .	674,149.	14,64.			
17.	Merseburg . . . . .	724,686.	15,74.			
18.	Erfurt . . . . .	343,617.	7,46.	Sachsen	37,84.	
19.	Münster . . . . .	421,044.	9,15.			
20.	Minden . . . . .	459,833.	9,99.			
21.	Arnsberg . . . . .	564,842.	12,27.			
22.	Cöln . . . . .	484,593.	10,53.	Westphalen	31,41.	
23.	Düsseldorf . . . . .	887,614.	19,28.			
24.	Coblenz . . . . .	499,557.	10,85.			
25.	Trier . . . . .	488,699.	10,61.			
26.	Aachen . . . . .	402,617.	8,75.	Rheinprovinz	60,02.	
				2,763,080.		
	Summa . . .	16,112,938.	350,00.	16,112,938.		350,00.

— 3 —

Um die Ausführung der Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vorzubereiten, wurden die Ober-Präsidenten der einzelnen Provinzen aufgefordert, dem Minister des Innern ihre Ansichten über die Bildung der Wahlbezirke mitzutheilen. Als leitende Gesichtspunkte sind hierbei aufgestellt:

1. daß Städte von vorwiegend städtischem Leben ihre abgesonderte Vertretung zu erhalten hätten; übrigens aber ohne strenge Innehaltung der Grenzen eines Regierungsbezirks in Rücksicht auf die Zahl und Zusammensetzung der städtischen Bezirke vornehmlich die Wünsche der Betheiligten zu beachten seien;
2. daß jeder Kreis wo möglich auch einen in sich abgeschlossenen Wahlkreis bilde und Einen Abgeordneten stelle, eine Theilung der Kreise aber vermieden werde;
3. daß, wenn Kreise vereinigt werden müßten, darauf Rücksicht zu nehmen sei, wieweit die zusammenzulegenden Kreise gemeinschaftliche Interessen hätten, daß die Bezirke demnach mehr organisch als mechanisch eingerichtet und die bestehenden Kreis-Vertretungen hierbei mit ihrem Gutachten gehört würden;
4. daß strenge Rücksicht auf die Volkszahl nur bei Vertheilung der Abgeordneten unter die Provinzen zu nehmen sei.

### Rhein-Provinz.

#### a) Regierungsbezirk Cöln.

Nach Vernehmung der Regierung schlug der Ober-Präsident vor, mit Rücksicht auf die Seelenzahl im Jahre 1849, wonach auf 1 Abgeordneten 44,415 Seelen kommen, folgende Wahlbezirke zu bilden (A.):

1.	Stadt Cöln . . . . .	88,356 Seelen . . . . .	2 Abgeordn.
2.	Landkreis Cöln . . . . .	50,071 „ . . . . .	1 „
3.	Kreis Bonn . . . . .	55,185 „ . . . . .	1 „
4.	„ Mülheim . . . . .	41,968 „ . . . . .	1 „
5.	Siegkreis . . . . .	77,965 „ . . . . .	
	Kreis Waldbröl . . . . .	19,595 „ . . . . .	
		97,560 „ . . . . .	2 „
6.	„ Wipperfürth . . . . .	26,106 „ . . . . .	
	„ Gummersbach . . . . .	29,987 „ . . . . .	
		56,093 „ . . . . .	1 „
7.	„ Rheinbach . . . . .	29,628 „ . . . . .	1 „
8.	„ Guskirchen . . . . .	31,327 „ . . . . .	1 „
9.	„ Bergheim . . . . .	38,375 „ . . . . .	1 „
		488,563 Seelen . . . . .	11 Abgeordn.

Der Ober-Präsident bemerkte dabei, daß möglichst vermieden worden sei, mehrere Kreise zu Wahlkörpern zu vereinigen, vielmehr, ohne auf Gleichheit der Be-



völkering überwiegende Rücksicht zu nehmen, die einzelnen Kreise als für sich bestehende Wahlbezirke deshalb projektirt worden wären, weil eine solche Einteilung den Wünschen der Betheiligten mehr als irgend eine andere entspreche.

Wenn es inzwischen darauf ankommen sollte, einige erheblichere Ungleichheiten in der Größe und Bevölkerung einzelner Wahlbezirke auszugleichen, proponirte der Ober-Präsident (B.):

die Kreise Bonn (ad 3.) und Rheinbach (ad 7.) mit zusammen 84,813 Seelen zu Einem Wahlbezirk Behufs der Wahl von 2 Abgeordneten zu verbinden, weil, wenn aus dem Kreise Rheinbach mit nur 29,628 Seelen ein eigener Wahlbezirk gebildet werde, gegenüber anderen Wahlbezirken, allerdings ein erhebliches Mißverhältniß bestehen würde.

Im Uebrigen hielt der Ober-Präsident den ersten Plan aufrecht.

Eine Vernehmung interimistischer Kreis-Vertretungen mit ihrem Gutachten konnte nicht erfolgen, da solche im Regierungsbezirk Köln damals noch nicht gebildet waren.

Von anderer Seite wurde zur Erzielung einer möglichst gleichen Vertheilung der Abgeordneten auf die Bevölkerung anheim gegeben, nachstehende Einteilung der Wahlbezirke zu treffen (C.):

1. Stadt Köln .....	88,356 Seelen.....	2 Abgeordn.
2. Kreis Köln und Guskirchen .....	81,398 „ .....	2 „
3. „ Bergheim .....	38,375 „ .....	1 „
4. „ Bonn und Rheinbach .....	84,813 „ .....	2 „
5. „ Mülheim, Wipperfürth, Gummersbach .....	98,061 „ .....	2 „
6. „ Sieg, Waldbröl .....	97,560 „ .....	2 „
		11 Abgeordn.

#### b) Regierungsbezirk Düsseldorf.

Im Einverständniß mit der Regierung hatte der Ober-Präsident Anfangs sich dahin erklärt, für die Wahlen von 19 Abgeordneten, von welchen vermöge der Seelenzahl des Departements auf 47,400 Seelen ein Abgeordneter kommt, folgende Bezirke zu bilden (A.):

1. Kreis Düsseldorf .....	77,962 Seelen.....	2 Abgeordn.
2. „ Solingen .....	67,196 „ .....	1 „
3. „ Elberfeld .....	126,523 „ .....	3 „
4. „ Lennep .....	67,204 „ .....	1 „
5. „ Duisburg .....	111,042 „ .....	3 „
6. „ Rees .....	49,918 „ .....	1 „
7. „ Geldern .....	96,070 „ .....	2 „
8. „ Cleve .....	49,300 „ .....	1 „

Seite... 645,215 Seelen..... 14 Abgeordn.

Uebertrag...	645,215 Seelen.....	14 Abgeordn.
9. Kreis Kempen .....	61,600 „ .....	1 „
10. „ Grefeld .....	61,193 „ .....	1 „
11. „ Neuß .....	36,929 „ .....	1 „
12. „ Grevenbroich .....	35,079 „ .....	1 „
13. „ Gladbach .....	60,517 „ .....	1 „
		900,533 Seelen..... 19 Abgeordn.

Auch gegen diesen Plan war einzuwenden, daß theilweise dabei eine gewisse Gleichmäßigkeit der Bevölkerung der Wahlbezirke zu sehr verlassen sei, und in Folge dessen schlugen die Regierung und das Ober-Präsidium vor, die Wahlbezirke 1., 2., 3. so zu bilden (B.):

1. Kreis Düsseldorf.....	77,962		
„ Solingen .....	67,196	145,158 Seelen.....	3 Abgeordn.
2. Gemeinde Elberfeld .....	47,131 „ .....	1 „	
3. „ Barmen .....	35,984 „ .....	1 „	
4. „ Kronenberg, Haan, Mettmann, Wülfrath, Velbert, Har-den-berg .....	43,408 „ .....	1 „	

Die Vertretungen der Kreise Düsseldorf und Solingen erklärten sich für die hier projektirte Verbindung beider Kreise zu einem Wahlbezirk und zur Wahl von 3 Abgeordneten, die Erstere für den Fall, daß nicht zum Zweck der Wahl von 2 Abgeordneten Seitens des Kreises Düsseldorf, dieser in zwei Wahlbezirke — Stadt Düsseldorf und Landkreis Düsseldorf — eingetheilt werden könnte; die Letztere unbedingt, weil der Kreis Solingen, dessen Bevölkerung nur um etwa 10,000 Seelen geringer sei, als die des Kreises Düsseldorf, in seinem Wahlrechte zu sehr beschränkt sein würde, wenn der Kreis Solingen nur Einen, der Kreis Düsseldorf dagegen 2 Abgeordnete zu wählen haben sollte. Eben so sprach sich die Vertretung des Kreises Elberfeld für die oben erwähnte Einteilung des Kreises in 3 Wahlbezirke aus, indem die Vertreter der Landgemeinden dabei besonders geltend machten, daß nur im Fall solcher Einteilung die angemessene Betheiligung der Wähler an den Wahlen, die bisher bei der Voraussicht des Unterliegens, gegenüber den Städten, eine sehr geringe gewesen, zu erwarten sei.

Was die Kreise Kempen, Grefeld, Gladbach und Lennep betrifft, welche jeder einen Abgeordneten zu wählen haben, so erkannten Regierung und Ober-Präsidium an, daß die Bevölkerungszahl derselben, namentlich des letztgedachten Kreises, im Vergleich zu derjenigen der Kreise Neuß und Grevenbroich, in einem bedeutenden Mißverhältniß steht, hielten aber dafür, daß dieses Mißverhältniß, um der politischen Einheit der Kreise keinen Eintrag zu thun, nicht weiter berücksichtigt werden könne.



### c) Regierungsbezirk Aachen.

Der Regierungsbezirk Aachen zählte im Jahre 1849 — 408,062 Seelen. Nach der Ansicht der Regierung sollten die hierauf (1 : 45,340) kommenden 9 Abgeordneten folgendermaßen zu vertheilen sein (A.):

1. Kreis Montjoie .....	20,042		
" Malmédy .....	30,818		
" Schleiden .....	35,964		
		86,824 Seelen	2 Abgeordn.
2. " Jülich .....	38,149		
" Erkelenz .....	35,918		
" Heinsberg .....	33,535		
" Geilenkirchen .....	26,093		
		133,755	3
3. " Aachen, Stadtkreis .....	48,687		
" Aachen, Landkreis .....	63,410		
" Düren .....	53,030		
" Cuxen .....	22,356		
		187,483	4

Die Regierung motivirte diese Vorschläge hauptsächlich mit der Gleichartigkeit der Interessen und Landesverhältnisse; denn die vier fruchtbaren Kreise der Ebene: Jülich, Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg, trieben vorzugsweise Ackerbau, während das eigentliche Stufenland des Regierungsbezirks: Aachen, Stadt- und Landkreis, Düren, Cuxen — wegen seiner Gefälle und Fabriken, seiner Kohlen- und Erz-lager — einen überwiegend industriellen Charakter, und das eigentliche Gebirgsland: die Kreise Montjoie, Malmédy, Schleiden, dagegen ganz specifische, von den Verhältnissen der anderen Gebietstheile abweichende Interessen haben. Bei der Bildung dieser drei natürlichen Gruppen walte aber auch in numerischer Beziehung eine relative Gleichheit der Wahlkörper nach den Bevölkerungsverhältnissen ob.

Der Ober-Präsident gab indeß aus den bei dem Plane A. für den Regierungsbezirk Köln angeführten Gründen folgender Eintheilung (B.) den Vorzug:

1. Stadtkreis Aachen .....	48,687 Seelen	1 Abgeordn.	
2. Landkreis Aachen .....	63,410	1	
3. Kreis Düren .....	53,030	1	
4. " Jülich .....	38,149	1	
5. " Erkelenz .....	35,978	1	
6. " Schleiden .....	35,964	1	
7. " Heinsberg .....	33,535		
" Geilenkirchen .....	26,093		
		59,628	1
8. " Cuxen .....	22,356		
" Montjoie .....	20,042		
" Malmédy .....	30,818		
		73,216	2
		408,062 Seelen	9 Abgeordn.

Interimistische Kreisvertretungen waren damals im Regierungsbezirk noch nicht gebildet, so daß deren Gutachten nicht eingeholt werden konnte.

Inzwischen wurde noch nachstehendes Projekt, als dem Zahlenverhältniß der Einwohner sowohl, als den geographischen und sonstigen Beziehungen der betreffenden Kreise am meisten entsprechend, zur Erwägung gestellt (C.):

1. Stadtkreis Aachen .....	48,687 Seelen	1 Abgeordn.	
2. Kreis Aachen			
" Cuxen .....	85,766	2	
3. " Montjoie			
" Schleiden .....			
" Malmédy .....	86,824	2	
4. " Düren .....	53,030	1	
5. " Jülich .....	38,149	1	
6. " Heinsberg			
" Erkelenz .....			
" Geilenkirchen .....	95,552	2	

### d) Regierungsbezirk Trier.

Die 11 Abgeordneten dieses Regierungsbezirks würden, unter Berücksichtigung der Bevölkerung von 1849 (1 : 44,200), wie die Regierung und der Ober-Präsident übereinstimmend vorgeschlagen haben, folgendermaßen zu vertheilen sein:

1. Kreis Berncastel .....	43,668 Seelen	1 Abgeordn.	
2. " Wittlich .....	42,806	1	
3. " Prüm .....	32,237		
" Daun .....	24,663		
" Wittlich .....	35,473		
		92,373	2
4. Stadt- und Landkreis Trier .....	84,198	2	
5. Kreis Saarburg .....	30,532		
" Merzig .....	33,033		
		63,565	1
6. " Saarlouis .....	48,272	1	
7. " Saarbrücken .....	42,595		
" Ottweiler .....	30,759		
		73,354	2
8. " St. Wendel .....	38,016	1	
		486,252 Seelen	11 Abgeordn.

Interimistische Kreisvertretungen haben zur Zeit der Aufstellung des Projekts nicht bestanden, konnten daher nicht mit ihrem Gutachten vernommen werden.



## e) Regierungsbezirk Coblenz.

Der Regierungsbezirk wählt 11 Abgeordnete. Nach der Ansicht der Regierung würden dieselben auf die 495,000 Seelen der Bevölkerung vom Jahre 1849 (1 : 45,000), wie folgt, zu vertheilen sein (A.):

1. Kreis Coblenz	59,200			
" St. Goar	35,300	94,500 Seelen	.....	2 Abgeordn.
2. " Kreuznach	55,600			
" Simmern	37,800			
" Zell	29,100	122,500	=	..... 3
3. " Mayen	48,400			
4. " Cochem	33,800			
" Adenau	21,800			
" Ahrweiler	32,800	88,400	=	..... 2
5. " Neuwied	62,000			
" Altenkirchen	37,800	99,800	=	..... 2
6. " Weßlar	44,400	44,400	=	..... 1
		495,000 Seelen	.....	11 Abgeordn.

Die Regierung bemerkte hierzu, daß, da in ihrem Bezirke, außer Coblenz mit über 20,000 Einwohnern, größere Städte überhaupt nicht vorhanden wären, von einer gemeinschaftlichen Vertretung derselben durch einen städtischen Abgeordneten nicht die Rede sein könne.

Der Ober-Präsident dagegen gab nachstehendem Plane (B.) den Vorzug:

1. Kreis Coblenz	59,200 Seelen	.....	1 Abgeordn.
2. " Neuwied	62,000	=	..... 1
3. " Kreuznach	55,600	=	..... 1
4. " Mayen	48,400	=	..... 1
5. " Weßlar	41,400	=	..... 1
6. " Altenkirchen	37,800	=	..... 1
7. " Simmern	37,800	=	..... 1
8. " St. Goar	35,300	=	..... 1
9. " Ahrweiler	32,800	=	..... 1
10. " Cochem	33,800		
" Zell	29,100		
" Adenau	21,800	84,700	=
		495,000 Seelen	..... 11 Abgeordn.

Interimistische Kreisvertretungen, welche mit ihrem Gutachten zu hören gewesen wären, bestanden zur Zeit jener Vorschläge nicht.

Bei Erwägung des Planes B. trat das Bedenken hervor, daß zu erhebliche numerische und sonstige Ungleichheiten stattfinden würden.

In Frage kam daher noch, ob nicht folgender Plan (C.) zur Beseitigung der gegen die Projekte der Regierung und des Ober-Präsidenten zu machenden Einwendungen gereichen möchte:

1. Kreis Coblenz			
" St. Goar	94,500 Seelen	.....	2 Abgeordn.
2. " Kreuznach			
" Simmern	93,400	=	..... 2
3. " Mayen	48,400	=	..... 1
4. " Weßlar	41,400	=	..... 1
5. " Neuwied			
" Altenkirchen	99,800	=	..... 2
6. " Cochem			
" Zell			
" Adenau	84,700	=	..... 2
7. " Ahrweiler	32,800	=	..... 1
			11 Abgeordn.

Es würde erwünscht sein, noch das Gutachten der Provinzial-Vertretung über die obigen Vorschläge wegen Bildung der Wahlbezirke mit Rücksicht auf die lokalen und sonstigen eigenthümlichen Verhältnisse der Rhein-Provinz zu vernehmen.



2 R 1387 53 No 556

Bei der in unvorsehener Zeit vorgenommener Messung und Abgrenzung  
"neben der die Grundbesitzer der hiesigen die Messung  
des Grundbesitzes über der Messung bei der die hiesigen Messung  
vom 1. d. Juni 1853 erfolgte. m. l. 213 in m. l. 213  
Lageplan der hiesigen Messung. Man hat nun eine  
Bestimmung der hiesigen Messung. Man hat nun eine  
mit der hiesigen die Messung ob die Lageplan der  
bei der Messung der hiesigen Messung. Man hat nun eine  
und die hiesigen die Messung der hiesigen Messung, als hiesigen  
in m. l. 213, bei m. l. 213 die Messung der hiesigen Messung  
nicht beobachtet worden. Man hat nun eine  
Lageplan der hiesigen Messung. Man hat nun eine  
Messung, und die hiesigen die Messung der hiesigen Messung  
in der hiesigen der hiesigen Messung, als hiesigen  
die Bestimmungen der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853  
und der hiesigen der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853  
und der hiesigen der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853  
als hiesigen der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853.

Die hiesigen der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853

hiesigen der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853

B. I. 4036 geg. B. I. 4036

Circulär an die hiesigen der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853

Lageplan der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853

der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853

No. 1111

der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853

der hiesigen Messung vom 1. d. Juni 1853

1111



Und die Kreis- und Kreis-Ämter dieser nicht über-  
 ungen das folgende Kreis-Ämter untergeordnet  
 worden sind. So ist die Kreis-Ämter  
 die Kreis-Ämter bezug auf den ganzen Kreis  
 zusammenstellen und die Mängel zu den  
 Mängel aufzuheben und die Kreis-Ämter  
 und die Kreis-Ämter.

Die Kreis-Ämter dieser Ämter sind die  
 die Kreis-Ämter der Kreis-Ämter in den  
 Kreisen zu setzen.

Legburg, den 29. Januar 1855.

Der Landrath.

Wittling

Der Kreis-Ämter  
 Landrath  
 in

Mein

Nr. 530.

10



# Zusammensetzung

der  
gemeinlichen Kreisversammlung über das Verordnen der Kreisämter in der Provinz.

## 1. Zusammensetzung der Kreisversammlung.

Die Kreisversammlung ist aus den Kreisämtern, Kreisräthen und Kreisverordneten bestehend. Als Mitglieder zu wählen sind:

1. die Kreisräthe, welche aus den Kreisämtern, Kreisräthen und Kreisverordneten bestehend sind, so wie die Kreisverordneten, welche aus den Kreisämtern, Kreisräthen und Kreisverordneten bestehend sind.
2. die Kreisräthe, welche aus den Kreisämtern, Kreisräthen und Kreisverordneten bestehend sind, so wie die Kreisverordneten, welche aus den Kreisämtern, Kreisräthen und Kreisverordneten bestehend sind.
3. die Kreisräthe, welche aus den Kreisämtern, Kreisräthen und Kreisverordneten bestehend sind, so wie die Kreisverordneten, welche aus den Kreisämtern, Kreisräthen und Kreisverordneten bestehend sind.

## 2. Kreisämter.

Die Kreisämter sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten. Die Kreisämter sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten.

## 3. Kreisverordnete.

Die Kreisverordneten sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten. Die Kreisverordneten sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten.

## 4. Kreisräthe.

Die Kreisräthe sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten. Die Kreisräthe sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten.

## 5. Kreisverordnete.

Die Kreisverordneten sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten. Die Kreisverordneten sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten.

## 6. Kreisräthe.

Die Kreisräthe sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten. Die Kreisräthe sind die Kreisräthe, Kreisverordneten und Kreisverordneten.



Der Zusammenbauung so wie der Abfl. Ost und Abfl. Tarnisch zur Abfl. ungen.  
Der und der über der Zerstörung der feindlichen geschlossenen Passirungen zu der  
Abfl. ansehnlichen zu bringen.

Die Einleitung zur Briefe ist zu dem Mitgliede des Briefkollegiums, in welchem man  
zu sein wünscht, von dem Briefkammer, dessen Befestigung dem Briefkommisarius ab-  
hängt, zu geben, und die Zeit der gegebenen Befestigung auf der Einleitung zu  
nach zu abgeben.

T. Wamperman hai van Oost.

[illegible]

Ein Pfaffstimmer werden voranstellen, nachher den Kinnigstall abzugeben, wobei jederzeit ein bis zwei jüngste Mitglieder des Pfaffkollageniums die Kinnigstall sammeln, welche für den Kinnigstall in Gemeinschaft mit dem Pfaffkollagenium zu vertheilen haben.

Gemäßt ist derjenige, welcher die absolute Minoritätsfrist verläßt, d. h. derjenige welcher mehr als die Hälfte der Minorität der asylianer Bürger vertritt, mit der Hälfte der darunter die Minorität hat — nach der Lebensdauer — als das Mitglied der Obhofsammlung zu stellen. Ist bei der asylianischen Abschnürung eine absolute Minoritätsfrist nicht erreicht worden, so findet zur Ergänzung einer solchen die mit der Asylianer nach der 2. d. d. Reglements vom 22. Juni 1842 statt.

8. Nachh. Protokoll.

Obwohl die in dem Maschinenbau-Studienstande befindlichen Kaufmänner nicht aus Rücksicht auf  
geringeren, bei dieser Aufarbeitung viel geringeren Barzahlung des F.H. des Kgl. Landrats  
am 22. Juni 1842 unerschütterlich ist. Als Muster zu einem solchen Kausal das auch  
guten Befund haben. Alle bei einer Maschinenbau-Studien möglichsten in der  
manchen Fälle sind darin nicht berücksichtigt worden; es bleiben dem Maschinenbau  
möglicherweise noch verschiedene der wichtigsten erforderlichen Abänderungen  
dasselbe überlassen.

Einem in einem Sammelwerk, das so viele Jahre abgefallen und  
im Hocke aufgeworfen, in demselben sind aber die einzelnen Blätter und  
mit der Kränzelung, in welcher sie gehalten sind, verfertigt worden, zu zeigen, ob  
es zu demselben beigefügt sind, und zu zeigen, dass die Blätter des 1<sup>ten</sup>, 2<sup>ten</sup>, 3<sup>ten</sup>, 4<sup>ten</sup>, 5<sup>ten</sup>,  
6<sup>ten</sup>, 7<sup>ten</sup>, 8<sup>ten</sup>, 9<sup>ten</sup>, 10<sup>ten</sup>, 11<sup>ten</sup>, 12<sup>ten</sup>, 13<sup>ten</sup>, 14<sup>ten</sup>, 15<sup>ten</sup>, 16<sup>ten</sup>, 17<sup>ten</sup>, 18<sup>ten</sup>, 19<sup>ten</sup>, 20<sup>ten</sup>, 21<sup>ten</sup>, 22<sup>ten</sup>, 23<sup>ten</sup>, 24<sup>ten</sup>, 25<sup>ten</sup>, 26<sup>ten</sup>, 27<sup>ten</sup>, 28<sup>ten</sup>, 29<sup>ten</sup>, 30<sup>ten</sup>, 31<sup>ten</sup>, 32<sup>ten</sup>, 33<sup>ten</sup>, 34<sup>ten</sup>, 35<sup>ten</sup>, 36<sup>ten</sup>, 37<sup>ten</sup>, 38<sup>ten</sup>, 39<sup>ten</sup>, 40<sup>ten</sup>, 41<sup>ten</sup>, 42<sup>ten</sup>, 43<sup>ten</sup>, 44<sup>ten</sup>, 45<sup>ten</sup>, 46<sup>ten</sup>, 47<sup>ten</sup>, 48<sup>ten</sup>, 49<sup>ten</sup>, 50<sup>ten</sup>, 51<sup>ten</sup>, 52<sup>ten</sup>, 53<sup>ten</sup>, 54<sup>ten</sup>, 55<sup>ten</sup>, 56<sup>ten</sup>, 57<sup>ten</sup>, 58<sup>ten</sup>, 59<sup>ten</sup>, 60<sup>ten</sup>, 61<sup>ten</sup>, 62<sup>ten</sup>, 63<sup>ten</sup>, 64<sup>ten</sup>, 65<sup>ten</sup>, 66<sup>ten</sup>, 67<sup>ten</sup>, 68<sup>ten</sup>, 69<sup>ten</sup>, 70<sup>ten</sup>, 71<sup>ten</sup>, 72<sup>ten</sup>, 73<sup>ten</sup>, 74<sup>ten</sup>, 75<sup>ten</sup>, 76<sup>ten</sup>, 77<sup>ten</sup>, 78<sup>ten</sup>, 79<sup>ten</sup>, 80<sup>ten</sup>, 81<sup>ten</sup>, 82<sup>ten</sup>, 83<sup>ten</sup>, 84<sup>ten</sup>, 85<sup>ten</sup>, 86<sup>ten</sup>, 87<sup>ten</sup>, 88<sup>ten</sup>, 89<sup>ten</sup>, 90<sup>ten</sup>, 91<sup>ten</sup>, 92<sup>ten</sup>, 93<sup>ten</sup>, 94<sup>ten</sup>, 95<sup>ten</sup>, 96<sup>ten</sup>, 97<sup>ten</sup>, 98<sup>ten</sup>, 99<sup>ten</sup>, 100<sup>ten</sup>, 101<sup>ten</sup>, 102<sup>ten</sup>, 103<sup>ten</sup>, 104<sup>ten</sup>, 105<sup>ten</sup>, 106<sup>ten</sup>, 107<sup>ten</sup>, 108<sup>ten</sup>, 109<sup>ten</sup>, 110<sup>ten</sup>, 111<sup>ten</sup>, 112<sup>ten</sup>, 113<sup>ten</sup>, 114<sup>ten</sup>, 115<sup>ten</sup>, 116<sup>ten</sup>, 117<sup>ten</sup>, 118<sup>ten</sup>, 119<sup>ten</sup>, 120<sup>ten</sup>, 121<sup>ten</sup>, 122<sup>ten</sup>, 123<sup>ten</sup>, 124<sup>ten</sup>, 125<sup>ten</sup>, 126<sup>ten</sup>, 127<sup>ten</sup>, 128<sup>ten</sup>, 129<sup>ten</sup>, 130<sup>ten</sup>, 131<sup>ten</sup>, 132<sup>ten</sup>, 133<sup>ten</sup>, 134<sup>ten</sup>, 135<sup>ten</sup>, 136<sup>ten</sup>, 137<sup>ten</sup>, 138<sup>ten</sup>, 139<sup>ten</sup>, 140<sup>ten</sup>, 141<sup>ten</sup>, 142<sup>ten</sup>, 143<sup>ten</sup>, 144<sup>ten</sup>, 145<sup>ten</sup>, 146<sup>ten</sup>, 147<sup>ten</sup>, 148<sup>ten</sup>, 149<sup>ten</sup>, 150<sup>ten</sup>, 151<sup>ten</sup>, 152<sup>ten</sup>, 153<sup>ten</sup>, 154<sup>ten</sup>, 155<sup>ten</sup>, 156<sup>ten</sup>, 157<sup>ten</sup>, 158<sup>ten</sup>, 159<sup>ten</sup>, 160<sup>ten</sup>, 161<sup>ten</sup>, 162<sup>ten</sup>, 163<sup>ten</sup>, 164<sup>ten</sup>, 165<sup>ten</sup>, 166<sup>ten</sup>, 167<sup>ten</sup>, 168<sup>ten</sup>, 169<sup>ten</sup>, 170<sup>ten</sup>, 171<sup>ten</sup>, 172<sup>ten</sup>, 173<sup>ten</sup>, 174<sup>ten</sup>, 175<sup>ten</sup>, 176<sup>ten</sup>, 177<sup>ten</sup>, 178<sup>ten</sup>, 179<sup>ten</sup>, 180<sup>ten</sup>, 181<sup>ten</sup>, 182<sup>ten</sup>, 183<sup>ten</sup>, 184<sup>ten</sup>, 185<sup>ten</sup>, 186<sup>ten</sup>, 187<sup>ten</sup>, 188<sup>ten</sup>, 189<sup>ten</sup>, 190<sup>ten</sup>, 191<sup>ten</sup>, 192<sup>ten</sup>, 193<sup>ten</sup>, 194<sup>ten</sup>, 195<sup>ten</sup>, 196<sup>ten</sup>, 197<sup>ten</sup>, 198<sup>ten</sup>, 199<sup>ten</sup>, 200<sup>ten</sup>, 201<sup>ten</sup>, 202<sup>ten</sup>, 203<sup>ten</sup>, 204<sup>ten</sup>, 205<sup>ten</sup>, 206<sup>ten</sup>, 207<sup>ten</sup>, 208<sup>ten</sup>, 209<sup>ten</sup>, 210<sup>ten</sup>, 211<sup>ten</sup>, 212<sup>ten</sup>, 213<sup>ten</sup>, 214<sup>ten</sup>, 215<sup>ten</sup>, 216<sup>ten</sup>, 217<sup>ten</sup>, 218<sup>ten</sup>, 219<sup>ten</sup>, 220<sup>ten</sup>, 221<sup>ten</sup>, 222<sup>ten</sup>, 223<sup>ten</sup>, 224<sup>ten</sup>, 225<sup>ten</sup>, 226<sup>ten</sup>, 227<sup>ten</sup>, 228<sup>ten</sup>, 229<sup>ten</sup>, 230<sup>ten</sup>, 231<sup>ten</sup>, 232<sup>ten</sup>, 233<sup>ten</sup>, 234<sup>ten</sup>, 235<sup>ten</sup>, 236<sup>ten</sup>, 237<sup>ten</sup>, 238<sup>ten</sup>, 239<sup>ten</sup>, 240<sup>ten</sup>, 241<sup>ten</sup>, 242<sup>ten</sup>, 243<sup>ten</sup>, 244<sup>ten</sup>, 245<sup>ten</sup>, 246<sup>ten</sup>, 247<sup>ten</sup>, 248<sup>ten</sup>, 249<sup>ten</sup>, 250<sup>ten</sup>, 251<sup>ten</sup>, 252<sup>ten</sup>, 253<sup>ten</sup>, 254<sup>ten</sup>, 255<sup>ten</sup>, 256<sup>ten</sup>, 257<sup>ten</sup>, 258<sup>ten</sup>, 259<sup>ten</sup>, 260<sup>ten</sup>, 261<sup>ten</sup>, 262<sup>ten</sup>, 263<sup>ten</sup>, 264<sup>ten</sup>, 265<sup>ten</sup>, 266<sup>ten</sup>, 267<sup>ten</sup>, 268<sup>ten</sup>, 269<sup>ten</sup>, 270<sup>ten</sup>, 271<sup>ten</sup>, 272<sup>ten</sup>, 273<sup>ten</sup>, 274<sup>ten</sup>, 275<sup>ten</sup>, 276<sup>ten</sup>, 277<sup>ten</sup>, 278<sup>ten</sup>, 279<sup>ten</sup>, 280<sup>ten</sup>, 281<sup>ten</sup>, 282<sup>ten</sup>, 283<sup>ten</sup>, 284<sup>ten</sup>, 285<sup>ten</sup>, 286<sup>ten</sup>, 287<sup>ten</sup>, 288<sup>ten</sup>, 289<sup>ten</sup>, 290<sup>ten</sup>, 291<sup>ten</sup>, 292<sup>ten</sup>, 293<sup>ten</sup>, 294<sup>ten</sup>, 295<sup>ten</sup>, 296<sup>ten</sup>, 297<sup>ten</sup>, 298<sup>ten</sup>, 299<sup>ten</sup>, 300<sup>ten</sup>, 301<sup>ten</sup>, 302<sup>ten</sup>, 303<sup>ten</sup>, 304<sup>ten</sup>, 305<sup>ten</sup>, 306<sup>ten</sup>, 307<sup>ten</sup>, 308<sup>ten</sup>, 309<sup>ten</sup>, 310<sup>ten</sup>, 311<sup>ten</sup>, 312<sup>ten</sup>, 313<sup>ten</sup>, 314<sup>ten</sup>, 315<sup>ten</sup>, 316<sup>ten</sup>, 317<sup>ten</sup>, 318<sup>ten</sup>, 319<sup>ten</sup>, 320<sup>ten</sup>, 321<sup>ten</sup>, 322<sup>ten</sup>, 323<sup>ten</sup>, 324<sup>ten</sup>, 325<sup>ten</sup>, 326<sup>ten</sup>, 327<sup>ten</sup>, 328<sup>ten</sup>, 329<sup>ten</sup>, 330<sup>ten</sup>, 331<sup>ten</sup>, 332<sup>ten</sup>, 333<sup>ten</sup>, 334<sup>ten</sup>, 335<sup>ten</sup>, 336<sup>ten</sup>, 337<sup>ten</sup>, 338<sup>ten</sup>, 339<sup>ten</sup>, 340<sup>ten</sup>, 341<sup>ten</sup>, 342<sup>ten</sup>, 343<sup>ten</sup>, 344<sup>ten</sup>, 345<sup>ten</sup>, 346<sup>ten</sup>, 347<sup>ten</sup>, 348<sup>ten</sup>, 349<sup>ten</sup>, 350<sup>ten</sup>, 351<sup>ten</sup>, 352<sup>ten</sup>, 353<sup>ten</sup>, 354<sup>ten</sup>, 355<sup>ten</sup>, 356<sup>ten</sup>, 357<sup>ten</sup>, 358<sup>ten</sup>, 359<sup>ten</sup>, 360<sup>ten</sup>, 361<sup>ten</sup>, 362<sup>ten</sup>, 363<sup>ten</sup>, 364<sup>ten</sup>, 365<sup>ten</sup>, 366<sup>ten</sup>, 367<sup>ten</sup>, 368<sup>ten</sup>, 369<sup>ten</sup>, 370<sup>ten</sup>, 371<sup>ten</sup>, 372<sup>ten</sup>, 373<sup>ten</sup>, 374<sup>ten</sup>, 375

9. Prüfung und Bestätigung der Waage.

Das Pfaff, Pöschel soll nach den Zustellungsbescheinigungen der Einladungen ist  
mit Bezug der Landrats unter geordnetem Aufsehung verbleiben, ob die Gemeindeführer  
die auf sie gefallenen Pfaff, neuzusammensetzen haben und die zur Pöschelbarkeit der  
sachlichen Eigenschaften (S. 4.) besitzen, zur Einsetzung der Aufseherbarkeit der  
Haltungsverhältnisse der Pfaff, bei der Pfaff, nur Abgaben und die  
Haltungsverhältnisse der sachlichen Gemeindeführer, zur Einsetzung der Pfaff, Einset-  
zung nicht mehr auf der Pfaff, neuzusammensetzen.

Holly<sup>n</sup>

Quintus Primus:

4.

2,

44.

Ausgabliken 100000:

als mit Fußfahldienste

1,

2.

27

b. ohne Aufschuldigung

1.

2

Wm. N. N. Dan

18.

An hochzuverehelichte Frau Maria Elisabeth  
geb. v. Mitzglin daselbst Vorsteherin und  
das Gemeindefürsorge (Eingekommene, Hofamt  
Ling). Das Eingekommene N. N. in der  
dem Vorsteher das Eingekommene N.  
verpflichtet, in der Folge für die das  
Vorsteherin der <sup>dem</sup> ... der Hoff  
nicht Abgegeben der Eingekommene  
N. zur Kirchstädtischen Hofamt  
für die Zeit von ... 18. bis zum  
18. (Der Rest ist gegeben  
gegeben) vorzulegen.

Der Wappenstein wurde zuvörderst  
in die Leidenen zum feierlichen Aufstellen  
und der Inschrift gesetzt. Die Feiern wurden  
bei dem Wappenstein vorgenommen, und  
es wurde auf dem Wappenstein, das feierliche  
Mitglied der Gemeinde aufgenommen und  
der Gemeindevorstand unter dem Vorsitz  
des Vorwärtens den 14.  
Tag zum Aufstellen eingeleitet und  
das Wappenstein.

Hiermit wird zu Rath nach Kräft  
 ständiger Abgesandten der Bürgermeister  
 von . . . für den Zeitraum von . . .  
 bis . . . zusammen. Der Rath besteht  
 mittelst vorstehender Einigungsdal, welche von  
 den beiden jüngsten Mitgliedern des Rath.  
 kollegiums, der (Gemeinderath und Ramm) der  
 beiden jüngsten Mitglieder) zusammen  
 und darauf von Vorfällen in Gemeinshaft  
 mit dem Konsilgenosse eröffnet werden.  
 Eine der Einigungsdalung vorgeschrieben, daß  
 auf der Bürgermeisters N. 1. Ramm  
 auf der Bürgermeisters O. 2. Ramm und  
 auf der Gemeinderathen O. 2. Ramm  
 zusammen.

Auf den Eingeweihten . . . (Hamen)  
war ein wenig mehr als die Hälfte der Kraft  
für einen gefallen und verfallen worden als  
zum Kreisbändischen Abgrenzen der Ein-  
geweihten N. gewieft, der Worfam-  
lung bekannt gemacht, auf erklärte der  
follen auf Befragen, die auf ihn gefallene  
Kraft anzunehmen.

Unmüßig



Einmüthig wurde zum Rath eine Hallen-  
 Versammlung beschloffen als gewählte  
 beauftragten Abgeordneten geschildert.  
 Die von den beiden Kirchgemeinden ge-  
 sammelten und von den Eltern in Gemein-  
 schaft mit dem Vorsteher der Pfarre  
 erhaltenen Beiträge ergaben, daß  
 Der . . . N. a. . .  
 Der . . . O. a. . .  
 erhalten hatte, die von der Kirche  
 der beiden Kirchgemeinden erhalten, so  
 wurden die beiden beschloffen  
 Gewin  
 welche die meisten Kirchen erhalten hatten  
 auf eine angemessene Weise gebracht.  
 Die Verhandlung war beschloffen gesammelt  
 und eröffneten Kirchengemeinde  
 . . . Kirchen für . . .  
 . . . Kirchen für . . .  
 Die von der  
 die beschloffen Kirchen erhalten hatten  
 hatte, so wurden die beschloffen als Hallen-  
 die Kirchengemeinden Abgeordneten

Perfected in above.

(Vollständigkeit)

Molly.

Mehrseitige, von Königlichen Regierungen und Landraths=Ämtern, so wie von Gemeinde=Behörden an mich gerichtete Fragen über die Ausführung der Wahlverordnung vom 30sten, und die Handhabung des Reglements vom 31sten v. Mts. beantworte ich, im Einverständnisse mit dem Königlichen Staats=Ministerium, wie folgt:

1. Der §. 10. der Verordnung stellt den allgemeinen Grundsatz auf, daß die Urwähler nach Maaßgabe der von ihnen zu entrichtenden directen Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt werden sollen.

Es hat daher jeder Urwähler das Recht zu verlangen, daß er mit allen directen Staatssteuern, die er irgend wo im Preussischen Staate zahlt, zum Ansätze gebracht werde. Allein diejenigen Behörden, welche die Urwähler- und Abtheilungs-Listen aufstellen, sind, von Amtswegen, nur diejenigen Steuern bei jedem einzelnen Urwähler in der Liste anzugeben verpflichtet, welche derselbe respective in der Gemeinde oder im Wahlbezirke zahlt. Den Betrag der außerhalb dieser Grenzen zu zahlenden Steuern muß der Urwähler derjenigen Behörde, welche die Urwählerliste aufstellt, rechtzeitig und spätestens innerhalb der Reclamationsfrist gegen die Liste (§. 15. der Verordnung) glaubwürdig nachweisen, widrigenfalls es bei dem Ansätze der Behörde bewendet.

2. Jeder Urwähler darf nur in einer Abtheilung wählen, auch dann, wenn er mehr als ein Drittel der Gesamtsteuer zahlt.

3. Wird bei Bildung der ersten Abtheilung das erste Drittel der Gesamtsteuer dadurch überschritten, daß der Letzte in die Abtheilung fallende Urwähler einen größeren Steuerbetrag zahlt, als zur Erreichung des ersten Dritttheils der Gesamtsteuer erforderlich ist, so wird bei Bildung der beiden folgenden Abtheilungen nur derjenige Theil der Gesamtsteuer zum Grunde gelegt, welcher nicht von den Urwählern der ersten Abtheilung getragen wird, dergestalt, daß diejenigen, welche die Hälfte dieses Restes der Gesamtsteuer tragen, die zweite, und alle übrigen die dritte Abtheilung bilden.

Wenn beispielsweise die Gesamtsteuer einer Gemeinde, welche einen Wahlbezirk für sich bildet, 600 Rthlr. betrüge, und ein Wähler allein 220 Rthlr. Steuer bezahlte, so würde dieser die erste Abtheilung bilden, die zweite Abtheilung aus denjenigen bestehen, welche die nächsten 190 Rthlr. aufbringen, und die übrigen würden zur dritten Abtheilung gehören. In derselben Weise würde die Abtheilungsbildung vor sich gehen, wenn von den beiden Höchstbesteuerten der eine 170 Thlr., der andere 50 Thlr. Steuer zahlte, in welchem Falle diese beiden die erste Abtheilung ausmachen würden u. s. w.

4. Aus den §§. 10. und 14. der Verordnung geht hervor, daß jeder Urwahlbezirk in drei Abtheilungen getheilt werden, und jede Abtheilung ein Drittel der Wahlmänner wählen soll. An diesem leitenden Grundsätze muß festgehalten werden. Wo daher die Bestimmung des §. 10. der Verordnung und des §. 4. des Reglements, daß unter gewissen Bedingungen die Gesamtsumme der Steuern gemeindeweise berechnet und eine allgemeine Abtheilungsliste für die ganze Gemeinde angelegt werden soll, in einzelnen Fällen zu dem Resultate führen sollte, daß in einem Urwahlbezirke eine Abtheilung ganz ausfallen würde, ist für diesen Urwahlbezirk unter Zugrundelegung der Gesamtsteuer, welche der Bezirk aufbringt, eine abge sonderte Abtheilungsbildung vorzunehmen.

5. Ebenso ist es erforderlich, daß da, wo nach §. 9. der Verordnung eigene Militärwahlbezirke gebildet werden, die Abtheilungen innerhalb derselben und überall nach den Grundsätzen der Klassensteuer-Veranlagung mit Hinzurechnung der etwa sonst von den bezüglichen Wählern aufgebrachten directen Staatssteuern formirt werden, zu welchem Ende die Civilbehörde (§. 11. der Verordnung) eine Einschätzung nach diesen Grundsätzen von Amtes wegen vorzunehmen hat.

6. Schließlich bringe ich die Vorschriften des §. 7. des Reglements, wonach die von den Landwehrmännern ausgefüllten Auszüge noch vor dem Wahltermine sich in den Händen des Wahlkommissars befinden sollen, nachdem die Militärbehörden dem entsprechend vom Herrn Kriegsminister instruiert sind, in Erinnerung, und bemerke, daß in denjenigen Fällen, wo das Landwehrbataillon zwar zusammengezogen, aber nicht aus seinem Bezirke abgerückt ist, die Auszüge aus den Abtheilungslisten direct an den Commandeur des Bataillons zu senden sind.

Berlin, den 18. Juni 1849.

Der Minister des Innern  
(gez.) von Manteuffel.

An  
das Königliche Landraths = Amt.

Kofgeronnenner Abfchrift Nr. m. gemäß Landräthl. Auf. v. 1. c. N<sup>o</sup> 408  
Vom Landräthl. Amt zu Herborn nebst zu überfenden  
Siegburg am 14. Septbr. 1855  
Vom Landräthl. Amt  
Siegburg



[illegible]

Coblenz, den 8. October 1866  
 Der Ober-Präsident der Rheinprovinz

Ala  
den küniglichen Leutnant Herrn Movius  
Hauptmann von St. Goar.

Oberschied zur Aufstellung des Kunstvereins  
Cöblenz am 8. October 1866  
Der Ober-Präsident der Rheinprovinz

J. H.  
 J. H. Villers  
 Am Lud Königl. Landw. und z. Siegburg  
 No. 10,047.

Erreuliet in einer Abschrift bei den Herren  
Liegenschaftsbesitzern des Kriegerdenkmalgrundes  
Kriegsdenkmal am 15. October 1866  
der Landrath u. d. m.

No 4367.

H. C.  
 Kar. Konit. Instruktion  
 22. Müller  
 pr. Wenden 19/11 66 N. 1387 mitbr. am 20/11 66 Zurech  
 Pöglar



Abt. 111

Berlin, den 13. August 1864.

In dem gefälligen Briefe vom 16. März v. J. angegebenen Fragen in Betreff der Nachbarschafts- und Hausbesitzer in den Vorstädten des alten und neuen Berlin von Grundbesitzern selbst in einer angemessenen Forderung mitzutheilen und eine offne Erwählung meinerseits folgenden ganz allgemein:

Für den Besitz einer oder mehrerer Familien, in welcher Form sich gemäß § 2 der Verordnung vom 10. November 1865 der Besitz eines Guts 30 Jahre hindurch fortgesetzt haben muß, um dem „alten“ Besitz die Zugehörigkeit zu werden aufzuerkennen die in dem Circular-Verlasse vom 27. October 1854 gegeben Erklärung als maßgebend anzusehen ist.

Nach demselben ist, „Familie“ für in dem Sinne von „Haushalt“ zu verstehen, als ein solches, das in der in Rede stehenden Beziehung nur die Person als zu einer oder mehreren Familien gehörig zu betrachten sind, welche auf der Grundlage des Familienverbandes verbunden sind. Hierdurch könnte in starker Befassung vorgelegt werden, daß ein und eine Person nur ein Gut mit dem Augenblicke ihrer Aufweisung an der Familie ihres Hutes in die ihrer Mannes leben. Das wird auf zu treffen, sofern man dem Circular-Verlasse vom 27. October 1854. voran gesetzt ist, das Gut demnach auf Person der Besitzerin oder Angehörigen der Familie des Mannes oder der Besitzerin selbst übergeht. Wenn aber das Gut aus dem Besitz der Besitzerin oder der dessen Familie durch irgendwelche, nicht die Freigabe, nicht weisen müssen, daß durch die Aufweisung der Besitzerin in der Folge durch Abkündigung, von dem Hute der Angehörigen verbunden mit dessen Gesellschafter nicht aufgegeben ist, und es wird in solchen Fällen die Continuität des Besitzes der weiterlebenden Familie nicht nur unterbrechen verursacht werden können, selbst dann nicht, wenn das Gut der isolierten Eigentümerin in der Folge unterworfen werden sein sollte. Es fällt an im Weiteren darauf, daß die Frau zur Familie des Mannes zu rechnen ist, und daß der „alte“ Besitz der Person nicht, zuletzt in dem Circular-Verlasse vom 16. Mai 1862 anerkannt worden ist, ohne Rücksicht auf den Titel, auf dem der Fortbestand, von einem Familienmitglied auf das andere beruht, sich fortsetzt, so wird für die Aufrechterhaltung der vorhandenen ununterbrochenen Fälle kann ein Zweifel übrig bleiben. Der spezifische Grund aber, daß sich in der Folge unter dem Namen des Mannes zu rechnen der Besitznachfolger überlassen läßt, als ein Mitglied der Familie gekommen ist, oder nicht, liegt sich durch die Begründung, daß unter Umständen die Affirmation des betreffenden Gutes in dem Hute

Zurück



gekauften der alten Besitzungen zulegt, aber wieder aufzunehmen  
nicht, wenn das was in gedachten, übrigand nicht häufig vorkommen  
tallen tritt, in welchem die Kontinuität der Besitzes nicht für unter  
brechen zu erwarten ist.

2, In obigen Brief ist bei der Darstellung der zweiten Frage zu im-  
pfinden, welche Befehle, ob die Qualität der alten Besitzes aufhalten  
bleibt, wenn wir auf in der gemeinschaftlichen Besitz von Personen  
übergeht, wenn man eine oder mehrere der dieser Besitzenden Familien nicht  
angesehen. Die Frage ist, wie durch den Gesetz vom 3. Februar 1862. an  
den Oberpräsidenten in Coblenz, in einem eigensichellen Bericht  
aufgefordert worden, im Allgemeinen zu antworten. Es ist aber, wie  
in dem Circulargesetz vom 3. November 1854 ausgesprochen zu haben,  
wenn der gemeinschaftliche Besitz, insbesondere zu haben, wenn dann  
die Besitzenden mit Wämmen einer anderen Familie angeschlossen sind.

3, In der Verordnung vom 10. Nov. 1865 ist in Vorberathung mit dem  
Replament vom 12. October 1854 übergeben von Rittergütern von  
wichtigen, Vorberathung die Rede. Unter Vorberathung der übrigen  
sowohl als sind diese diejenigen Rittergüter, welche nur zur  
Verständigung berathen, aber zum alten Besitzungsbesitz  
zum besetzten Grundbesitz zu zählen, wie diejenigen, die  
dann auf die Landesgesetz ist.

4 u. 5. Dagegen, dass diejenigen Rittergüter, welche sich in Besitz  
von Majestäten des Königs, Besitzungsbesitz von Personen  
der Regierung befinden, aus den Vorberathungen  
gesehen werden, ist nicht zu nehmen.

6, Wenn in § 3 der Verordnung vom 10. November 1865 unter  
zur Begründung besetzten Besitzes, "gewissen Ein-  
ordnungen neben dem Einkommen auf die Einkommen  
spezifische Substitutionen vorzusetzen, so ist der Zweck der  
diesem zu verstehen, welche gemäß § 55 Tit. 12. El. d.  
des allgem. Landrecht und auf 2 Einkommenfälle aufgeführt  
sind. Das ist auch in den druckveröffentlichten Gesetzen  
vom 14. Oct. 1857 in Betreff des Rittergutes Kränzelin und von  
10 Juli 1862 in Betreff des Rittergutes Hohenwalde be-  
rücksichtigt.

7, In demselben § 3 wird auch ausdrücklich, dass das in  
besonderen Überlegung der Vorberathung, in männlicher Linie "zu-  
sammen sein müssen" bezieht sich darauf, dass nicht bloß die Ver-  
änderung der Vorberathung, sondern auch die Einkommenveränderung an  
Prüfung

Prüfung zu unternehmen ist, wenn dies in bestimmten Fällen  
gewissen Grundbesitzern im Sinne der Vorberathung vom 10. November  
1865 nicht geschehen, wie in dem druckveröffentlichten Gesetze vom 30. Aug.  
1862 in Betreff des Rittergutes Samuel in Warmitz  
angeordnet ist, so wird aber eine solche Einkommenveränderung  
nicht für unzulässig und zu erwarten sein, dass welche für den Fall  
des Ausstehens der Einkommenveränderung auf die weibliche Linie  
zur Folge zu haben oder an der eigentlichen Einkommenveränderung  
zum Zweck festgehalten wird.

8, Ob die gewöhnliche Ordnung die Einkommen des Einkommen  
besitzes zu ändern, um den besetzten Gütern die Qualität alter Besitzes  
zu erhalten, kann allgemein nicht aufgeführt werden, da die für  
bei überstandenen Einkommen sehr verschieden sein können. In beiden  
Fällen, in denen eine solche Befehl worden ist, liegen jedoch  
Güter, welche sich seit langem Zeit in einem und demselben  
Familie befinden, auf einen Punkt, in dem man  
tallen die letzten der Einkommen, gelangten und ergaben dem  
einen Falle schon der Einkommen, in dem anderen der Fall den  
man der Familie, und der die Güter, Einkommen, Einkommen.  
Es  
liegt mindestens in der Billigkeit, in der Einkommen  
auf in Zukunft die Kontinuität des Einkommenbesitzes anzunehmen.

9, Was den in Betreff des Rittergutes Samuel vorberathenen Ein-  
bezieht, so kann man in der Einkommen der Einkommen der Einkommen  
aufgeführt aufgeführt der Einkommen v. 11. Mai v. J. ganz angegeben  
dass die Einkommen der Einkommen. Gesetze vom 3. November  
1854 zu unternehmen ist, insbesondere die Qualität besetzten Be-  
sitzes für ein Einkommen dadurch nicht verloren geht, dass der Einkommen  
nicht aus der Einkommen Familie gekommen ist, sondern aus der  
Einkommenbesitz erhalten geblieben ist. Ein Einkommen der  
Einkommen Familie, der in der Einkommen Einkommen Einkommen  
ist, wird dann die Einkommen von den Einkommen Einkommen  
nicht zu erwarten sein.

Der Minister des Innern  
Hans Eulenburg.

An den Königl. Wirklichen Geheimen Rath und Ober-Präsi-  
denten Herrn von Jagow-Heinrich zu Potsdam.

Alles die zur gef. Kenntnissnahme und Darstellung  
Der Minister des Innern  
Hans Eulenburg.







Zfl. Nr.	Namen der Eigentümer	Namen des Ortes	Namen der Gemeinde oder des Grundbes. gründerliege.	Grundstücke			Gebäude			Summe		
				rt.	Lgr.	Pfg.	rt.	Lgr.	Pfg.	rt.	Lgr.	Pfg.
1	Lichtenberg Kat. Hof	Niedermenden	Obermenden	16	11	4						
			Niedermenden	41	7	7	6	12				
			Meindorf	8	12	7				72	13	6
2	Lichtenberg Kat. Hof	Meindorf	Meindorf	48	28	4	12	12				
			Niedermenden	11	14	4						
			Obermenden	2	23	8				75	18	4
3	Siemens' Grod.	Grosenbusch	Hangelar	28	26	7	3	27				
	und Arnold		Holzlar		14	10						
			Niederpleis	18	21	5				51	29	10
4	Klein Hof. Neufs		Niederpleis	40	20	1	2			42	20	1
5	Olsen Franz Siegl.	Müllers. S. M.	Müllers. S. M.	22	5	1	3	6				
			Hangelar	1	22	4						
			Niederpleis	11	15	11				48	19	4
6	Neuhöfer Hof. S. Müller	S. Müller	S. Müller	40	19	11	2	24				
	Gef. m. f. m.		Niederpleis	1	16					44	29	11
7	Birkhäuser Hof. Coln	S. Müller	S. Müller	28	25	8	4	24		42	20	
		N. pleis	N. pleis	9	"	7						